



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

38. Sitzung

3. Wahlperiode

Mittwoch, 12. April 2000, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt

Harry Glawe, CDU	2288
Monty Schädel, PDS	2289
Erhard Bräunig, SPD	2290
Reinhardt Thomas, CDU	2291
Torsten Koplin, PDS	2292

Mitteilungen des Präsidenten..... 2278**Genehmigung der Tagesordnung**

Lutz Brauer, CDU (zur Geschäftsordnung)	2278
Till Backhaus, SPD (zur Geschäftsordnung)	2278
Beschluss	2278

Aktuelle Stunde**Jugend und Zukunft –**

Herausforderung für die Gesellschaft	2278
Volker Schlotmann, SPD	2278
Jürgen Seidel, CDU	2279
Heike Lorenz, PDS	2280
Sylvia Bretschneider, SPD	2281
Minister Dr. Rolf Eggert	2282
Dr. Hubert Gehring, CDU	2283
Minister Helmut Holter	2284
Karla Staszak, SPD	2286
Angelika Gramkow, PDS	2287

Gesetzentwurf der Landesregierung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 3. Dezember 1998 zur Änderung des Abkommens vom 16. und 17. Dezember 1993 über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 3/932 –	2293
---	------

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses

– Drucksache 3/1238 –	2293
Beschluss	2293

Gesetzentwurf der Landesregierung:

Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Tierschutzrechtes (Tierschutzzuständigkeitsgesetz – TierSchZG M-V) (Erste Lesung) – Drucksache 3/1199 –	2293
Minister Till Backhaus	2293

Birgit Schwebs, PDS	2294	Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Betriebsnahe Beschäftigungspolitik	
Detlef Müller, SPD	2295	– Drucksache 3/673 –	2309
Beschluss	2296	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung	
		– Drucksache 3/1201 –	2309
		Norbert Baunach, SPD	2309
		Dr. Ulrich Born, CDU	2310
		Minister Helmut Holter	2312
		Heidemarie Beyer, SPD	2313
		Barbara Borchardt, PDS	2314
		Beschluss	2315
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes (Erste Lesung)		Antrag der Landesregierung: Zustimmung des Landtages zu der „Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämp- fung von Meeresverschmutzungen“	
– Drucksache 3/1202 –	2296	– Drucksache 3/1203 –	2315
Ministerin Dr. Martina Bunge	2296	Minister Dr. Wolfgang Methling	2315, 2320
Dr. Arthur König, CDU	2297	Reinhardt Thomas, CDU	2317
Annegrit Koburger, PDS	2297	Dr. Henning Klostermann, SPD	2319
Beschluss	2298	Caterina Muth, PDS	2320
		Beschluss	2321
Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern: Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1999		Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Milchwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern	
– Drucksache 3/1208 –	2298	– Drucksache 3/1219 –	2321
Friedbert Grams, CDU	2298	Hannelore Monegel, SPD	2321, 2326
Beate Mahr, SPD	2299	Friedbert Grams, CDU	2322
Annegrit Koburger, PDS	2300	Johann Scheringer, PDS	2323
Thomas Nitz, CDU	2301	Minister Till Backhaus	2324
Beschluss	2302	Beschluss	2327
Antrag der Finanzministerin: Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1997 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes –		Antrag der Fraktion der CDU: Bericht zur Situation der Organisation der Polizei	
– Drucksache 3/87 –	2302	– Drucksache 3/1214 –	2327
Unterrichtung durch den Landesrechnungshof: Jahresbericht 1999 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1997 sowie der Vermögensübersicht 1997 des Landes Mecklenburg-Vorpommern		Reinhardt Thomas, CDU	2327
– Drucksache 3/490 –	2302	Minister Dr. Gottfried Timm	2329
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses		Gerd Böttger, PDS	2334
– Drucksache 3/1239 –	2302	Dr. Armin Jäger, CDU	2336
Wolfgang Riemann, CDU	2303	Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	2340
Dr. Gerhard Bartels, PDS	2305	Beschluss	2341
Ministerin Sigrid Keler	2308		
Beschluss	2309		

Antrag der Landesregierung:

**Zustimmung des Landtages zur Mitstiftung
des Landes zur Errichtung der Stiftung
„Alfried-Krupp-Kolleg Greifswald“**

– Drucksache 3/1209 –	2341
Minister Dr. Peter Kauffold	2341
Dr. Arthur König, CDU	2342
Dr. Gerhard Bartels, PDS	2343
Dr. Manfred Reißmann, SPD	2344
Beschluss	2344

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Fachkräftemangel in IT- und Ingenieurberufen

– Drucksache 3/1224 –	2344
Heidmarie Beyer, SPD	2344
Eckhardt Rehberg, CDU	2345
Minister Dr. Rolf Eggert	2350
Minister Helmut Holter	2351
Karla Staszak, SPD	2354
Minister Dr. Peter Kauffold	2356
Kerstin Kassner, PDS	2358
Sylvia Bretschneider, SPD	2359
Beschluss	2361

Antrag der Fraktion der CDU:

**Überarbeitung des Operationellen Programms
des Landes für die Förderperiode 2000 bis 2006**

– Drucksache 3/1215 –	2361
Jörg Vierkant, CDU	2361, 2366
Minister Dr. Rolf Eggert	2362
Kerstin Kassner, PDS	2365
Erhard Bräunig, SPD	2367
Beschluss	2367

Antrag der Landesregierung:

**Einwilligung des Landtages gemäß
§ 63 Absatz 1 LHO zur weiteren
Beteiligung des Landes an Gesell-
schaften mit beschränkter Haftung**

– Drucksache 3/1210 –	2367
Minister Helmut Holter	2368, 2372
Wolfgang Riemann, CDU	2370
Reinhard Dankert, SPD	2371
Barbara Borchardt, PDS	2372
Dr. Ulrich Born, CDU	2374
Beschluss	2374

Nächste Sitzung

Donnerstag, 13. April 2000	2374
----------------------------------	------

Beginn: 10.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 38. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Von der CDU ist angekündigt worden, dass ein Dringlichkeitsantrag gestellt wird. Bitte.

Lutz Brauer, CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die CDU hat einen Antrag vorgelegt, den ich bitte dringlich in die Tagesordnung aufzunehmen. Gestatten Sie mir, die dafür entsprechende Begründung hier abzugeben.

Der Berufsstand der Kutter- und Küstenfischerei, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, ist ein Berufsstand, der demnächst auf die Rote Liste gehört, weil sich die Rahmenbedingungen für diesen Berufsstand immer weiter verschärfen, insbesondere im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung von Nationalparkverordnung und dem Fischen auch in Biosphärenreservaten.

Der vorliegende Antrag betrifft insgesamt 46 Fischer von Usedom, Rügen und dem Darß. Die Dringlichkeit ist ganz einfach deshalb gegeben, weil die Dorschquote im Moment abgefischt ist, das Fischen mit der Langleine – Experten werden wissen, was darunter zu verstehen ist – gegenwärtig die Wirtschaftlichkeit der Fischereiunternehmen fundiert und wiederum die Fischerei mit der Langleine voraussetzt, dass das Fischen mit der Besteckzeese, um den erforderlichen Köderfisch zu fangen, notwendig ist. Dies ist gegenwärtig nicht erlaubt, weil es keine Sondergenehmigungen für diese 46 betroffenen Fischer gibt. Insofern bitte ich um Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Abgeordnete Herr Backhaus von der SPD-Fraktion möchte reden. Bitte sehr, Herr Backhaus.

Till Backhaus, SPD (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Überzeugung, dass diese Dringlichkeit so nicht gegeben ist, weil an diesem Problem nicht erst seit heute gearbeitet wird, sondern dieses Thema über Jahre bekannt ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Im Landwirtschaftsausschuss ist das Thema gemeinsam mit dem Umweltminister besprochen worden und es ist dort auch definitiv den Abgeordneten der CDU mitgeteilt worden, dass die Fischer, die einen Antrag gestellt haben, nämlich 61, in aller kürzester Frist die Genehmigung erhalten werden und dass zum Zweiten mit denjenigen, die zusätzlich einen Antrag gestellt haben, nämlich die Differenz zwischen 61 und 83, dass mit diesen Fischereiunternehmen verhandelt wird. Insofern, glaube ich, ist dieser Antrag in seiner Dringlichkeit nicht geboten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Antrag zum Thema „Fischerei in Nationalparks und Naturschutzgebieten“ liegt Ihnen auf Drucksache 3/1252 vor. Nach Paragraph 40 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung kann diese

Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss über die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Erweiterung der Tagesordnung ist abgelehnt worden

(Reinhardt Thomas, CDU: Wieder angeln.)

mit den Stimmen der SPD-Fraktion, mit den Stimmen der PDS-Fraktion, bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Jugend und Zukunft – Herausforderung für die Gesellschaft“ beantragt.

Aktuelle Stunde Jugend und Zukunft – Herausforderung für die Gesellschaft

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit gut zwei Wochen liegt die neueste, die 13. so genannte Shell-Studie vor. Sie hat das Motto „Jugend 2000“. Und wie erwartet, hat auch diese Studie wieder ein breites öffentliches Interesse hervorgerufen, aber auch ein durchaus kontroverses Interesse. Für die SPD-Fraktion selbst war diese Studie Anlass genug, das Thema heute im Landtag aufzurufen.

Meine Damen und Herren, wir sehen die heutige Diskussion als Möglichkeit, das Thema Jugend und Gesellschaft – losgelöst von Sachanträgen und politischer Alltagsarbeit – aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. In diesem Sinne möchte ich heute die Opposition einladen, frei von politischen Schaukämpfen, wenigstens für die nächsten Minuten, in eine ernsthafte Diskussion darüber einzutreten.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Angelika Gramkow, PDS: Das wird nichts.)

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht sind drei Aspekte besonders hervorzuheben:

Erstens. Das Thema der Aktuellen Stunde lautet bewusst „Jugend und Zukunft – Herausforderung für die Gesellschaft“. Hier wird nämlich eine bestimmte Richtung definiert, und zwar von den Jugendlichen hin zur Politik und Gesellschaft. Allzu oft bedeutet Jugendpolitik auch heute noch Suchen und Definieren von Angeboten an die Jugend, die diese dann aber nicht annehmen. Und der Grund: Die Angebote gehen schlicht und einfach an den Interessen der Jugendlichen vorbei.

In diesem Sinne verschreibt sich auch die neueste Shell-Studie – wie einige der Vorgängerstudien auch – einem besonderen Auftrag, nämlich zu erforschen, wie die Jugend als eigenständige Gruppe, sozusagen als Betroffene der zukünftigen Entwicklungen ihre Zukunft, ihren Gestaltungswillen, ihre Wert- und Lebensvorstellungen sowie ihren eigenständigen Beitrag sieht. Ich halte das für einen wichtigen und richtigen Ansatz, denn es ist selbstverständlich, dass sich die Jugend grundsätzlich anders sieht und definiert, als es die Erwachsenenwelt tut und sich wohl auch häufig gerne nur wünscht. Ich muss da fragen: Ging es uns nicht genauso? Das heißt aber im

Umkehrschluss: Um Politik und Gesellschaft für Jugendliche wirklich attraktiv zu gestalten, müssen wir wissen, was die Jugendlichen eigentlich wollen. Nicht wir müssen den Jugendlichen sagen, was sie zu wollen haben, meine Damen und Herren.

Zweitens. Besonders kontrovers ist nach der Veröffentlichung der Studie die Frage diskutiert worden, ob die Jugend 2000 in besonders hohem Maße Neigungen zum Rechtsextremismus aufweist. Insgesamt identifiziert die Studie einen Prozentsatz von rund 62 Prozent aller Befragten, die der Meinung sind, dass der Anteil von Ausländern an der Bevölkerung in Deutschland zu hoch sei. Für Ostdeutschland liegt diese Zahl sogar bei knapp 70 Prozent. Und diese Zahlen sind mehr als besorgniserregend. Die Studie konstatiert auch, dass die Ablehnung von Ausländern in dem Maße zunimmt, wie der persönliche Umgang mit ihnen abnimmt. Einfach gesagt: Wo weniger Ausländer leben, ist die Ausländerfeindlichkeit hoch, und umgekehrt.

Aber: Die Studie zieht ein sehr vorsichtiges Fazit. Ich glaube, diese Bedächtigkeit tut uns allen in der öffentlichen Debatte gut. Sie bewertet vorsichtig: „All das gibt mit aller gebotenen Vorsicht dazu Anlass, als Hintergrund für hoch ausländerfeindliche Einstellungen schlechtere Lebensbedingungen, geringere Bildung, schlechtere Ausstattung oder zumindest eine Selbsteinschätzung in dieser Richtung zu behaupten. Im Kern der Ausländerfeindlichkeit scheinen sich Konkurrenzgefühle zu verstecken beziehungsweise die Furcht, in der wachsenden Konkurrenz um Arbeitsplätze und Zukunftschancen ... zu unterliegen.“

Meine Damen und Herren, weniger Ideologie als vielmehr wahrgenommene tatsächliche oder potentielle Konkurrenz scheinen die Quellen dieser Zahlen zu sein. Dies macht uns deutlich, wie wichtig es ist, den jungen Menschen Perspektiven in Form von Ausbildungs-, Arbeits- und Studienplätzen aufzuzeigen.

(Gesine Skrzepski, CDU: Bla, bla, bla.)

Das ist wirklich eine sehr ernsthafte Diskussion, Frau Skrzepski.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Ich freue mich über Ihren intelligenten Beitrag.

Das beste Programm gegen Ausländerfeindlichkeit junger Deutscher sind Ausbildungs- und Arbeitsplatzprogramme. Deshalb ist neben allen anderen Anstrengungen auch das 100.000er Programm der Bundesregierung so wichtig. Sie wissen, es ist in Mecklenburg-Vorpommern so gut wie in keinem anderen Bundesland angenommen worden – ein Programm übrigens, das von vielen Politikern der CDU zum damaligen Zeitpunkt abgelehnt wurde.

Drittens, das Verhältnis von Jugend und Politik: Damit komme ich auf das eingangs Gesagte zurück. Nicht mehr die Fremdsicht auf die Gruppe der Jugendlichen ist das alles Entscheidende. Es muss vielmehr um das Artikulieren und Einbringen der Selbstsicht von Jugendlichen gehen. Auch die Shell-Studie konstatiert, das politische Interesse auf Seiten der Jugendlichen sinkt und sinkt und sinkt. Jugendliche verstehen Politik als ritualisiert und in ihrer, wie es heißt, ritualisierten Betriebsamkeit als völlig bezuglos zum eigenen Leben.

Meine Damen und Herren, wir haben als Koalition schon eine Menge auf den Weg gebracht. Ich erinnere an

die zensurfreie Schülerzeitung und die Herabsetzung des Wahlalters. Wir werden uns der UN-Kinderrechtskonvention annehmen.

Zum Schluss ein Vorschlag, den ich aufgreife, von Professor Hurrelmann in einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“. Er hat den Vorschlag gemacht – und wir können als Politiker Wissenschaftler ja ernst nehmen an der Stelle –, er fordert, das Strafgeld der CDU im Gefolge ihrer Affären in eine Bundesstiftung Jugendpolitik einzubringen. Das halte ich für eine überlegenswerte Idee. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, dieses hier heute gewählte Thema „Jugend und Zukunft – Herausforderung für die Gesellschaft“ ist ein Thema, das immer aktuell ist. Insofern ist es für eine Aktuelle Stunde geeignet. Aber, Herr Schlotmann, ich würde vorschlagen, wir sollten dann mal ein bisschen wegkommen von den großen Sprüchen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

und sollten uns dann mal anhand konkreter Sachverhalte über die Probleme, die uns alle sicherlich bewegen, unterhalten. Und da meine ich eben, eine der wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit dem gestellten Thema ist die berufliche Bildung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na sehen Sie! – Volker Schlotmann, SPD: Das kommt doch noch. Sie sind zu voreilig.)

Ich freue mich, dass Sie das bestätigen, Herr Schoenenburg.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Und besonders – da sind wir uns sicherlich auch einig – gehört dazu die Ausbildung in Unternehmen. Das duale System, um nur einmal ein Stichwort zu nennen, ist sicher nach wie vor ohne echte Alternative.

Wie ist nun die Situation bei uns im Lande, wenn man sich die Ausbildungsproblematik näher anschaut? Ich beziehe mich auf die letzte Information des Landesamtes Nord vom 05.04.2000. Wir haben nach wie vor hohe Bewerberzahlen, über das Thema haben wir oft geredet. Wir sind immer noch ein junges Land, selbst wenn Jugendliche uns nach wie vor verlassen. Man rechnet mit ungefähr 29.200 Bewerbern. In den Vorjahren waren das etwas über 30.000, also ein ganz leichter Rückgang. Ich weiß nicht, ob dort überhaupt von Rückgang gesprochen werden kann. Und wir wissen, dass die Zahlen sich erst nach unten ändern werden nach dem Jahr 2005, dann allerdings dramatisch. Das ist richtig.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Die Wirtschaft hat nach wie vor eine große Aufgabe in Mecklenburg-Vorpommern. Ich habe an früherer Stelle des Öfteren schon einmal nachgewiesen, dass sie diese Aufgabe so eigentlich gar nicht bewältigen kann. Deswegen ist es sicherlich notwendig, auch hier Unterstützung im Osten zu leisten.

In den letzten sechs Monaten sind 8.600 Stellen aus der Wirtschaft angeboten worden. Das sind 650 Stellen oder sieben Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Lehrstellen, die bisher in außerbetrieblichen Einrichtungen angeboten wurden: 500 weniger als zum vergleichbaren Vorjahresmonat. In außerbetriebliche Ausbildungen nach dem hier schon erwähnten Jugend-Sofortprogramm sind – und da ging es am 1. Februar los – derzeit 160 Teilnehmer eingestiegen. Dies waren im März 1999 knapp 1.100. Wir haben nach wie vor, wie das auch in den vorangegangenen Jahren der Fall war, freie Ausbildungsplätze zum Beispiel bei Verkäufern im Nahrungsmittelhandwerk, bei Energieelektronikern, bei Versicherungskauffleuten – das hätte ich überhaupt nicht erwartet, muss ich zugestehen –, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das war auch früher so?)

Ich habe gesagt, das hätte ich überhaupt nicht erwartet.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aha!)

... bei Industriemechanikern. Von den Fleischern und Landwirten will ich gar nicht reden, denn das war in der Tat eine Erscheinung, die wir des Öfteren hatten. Und hier würde ich mir jetzt Aktionen wünschen und nicht die, für meine Begriffe, etwas scheinheilige Diskussion über die Greencard. Hier könnten wir Aktionen fahren, um den Leuten klarzumachen: Hier sind Möglichkeiten – nutzt sie!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, was macht jetzt die Landesregierung bei der Situation, wie sie sich darstellt? Sie ist nach wie vor so schwierig wie in den vergangenen Jahren auch, ich will das deutlich sagen. Die Landesregierung kündigt Ende März im Bündnis für Arbeit – ich glaube, es heißt auch, für Ausbildung – an, dass die betriebliche Ausbildungsplatzförderung in den nächsten drei Jahren schrittweise auf null gefahren werden soll.

(Minister Dr. Rolf Eggert: Das stimmt doch gar nicht! – Wolfgang Riemann, CDU: Soll!)

Ich erinnere noch einmal daran: Diese betriebliche Ausbildungsplatzförderung – es geht da um die Größenordnung bei den männlichen Azubis von 3.000 DM, bei den weiblichen von 4.000 DM – wurde bisher und wird auch noch gezahlt für Erstausbildung und Ausbildung über den eigenen Bedarf. Sie wird nicht für die sozusagen normale Ausbildung in den Unternehmen gewährt. Und das macht man dann so, indem man der Wirtschaft sagt, ihr kriegt ein paar Berufe mehr im Informationsbereich – von dem Geld natürlich. Ich bin mal gespannt, wie das klappt.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das rechnet sich sogar, Herr Seidel.)

Und dem Handwerk sagt man, wir stärken die Verbundausbildung, die durchaus vernünftig ist, das will ich gar nicht bestreiten, damit man auch von der Flanke her Ruhe hat. Ich erinnere nur daran: Dieser Angriff ist zu meiner Zeit auch schon mal gefahren worden. Damals konnten wir ihn noch – mit vereinten Kräften übrigens – abwehren, heute scheint sich ein Sinneswandel eingestellt zu haben.

Und wenn man dann noch hört, dass diese Verbundausbildung – ich sage mal die Summen: 3.000 und 4.000 DM – schrittweise in drei Jahren auf null gefahren

wird, dann muss man sagen, einen unsinnigeren Vorschlag habe ich überhaupt noch nicht gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Sie haben
aber das System nicht begriffen.)

Also 3.000 DM schrittweise auf null fahren, wissen Sie, das ist wirklich der Witz des Jahrhunderts. Das deckt nicht mal die Verwaltungskosten, wenn man im dritten Jahr vielleicht noch eine Förderung von 1.000 DM machen will. Hier gibt es offensichtlich eine Diskussion, die man überdenken sollte.

Ich meine, hier gibt es Möglichkeiten, konkret zu handeln, eine Haltung zu ändern. Die Jugend wird es danken. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lorenz von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Lorenz.

Heike Lorenz, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Shell-Studie wird von Jugendarbeitern, Mitarbeitern in den Jugendämtern und natürlich Jugendpolitikern stets gern aufgegriffen. Sie ist inzwischen die am meisten zitierte Studie, wenn es darum geht, sich mit Vorstellungen und Orientierungen junger Leute auseinander zu setzen. Die Aktuelle Stunde des Landtages hat sich mit landespolitischen aktuellen Fragen zu beschäftigen und da kann das Erscheinen der 13. Shell-Studie nur ein Aufhänger, aber nicht Gegenstand der Debatte sein.

Das Thema verleitet zum Philosophieren, zugegeben. Aber nun stellen Sie sich vor, es fragt Sie jemand tatsächlich, ob und warum es in Mecklenburg-Vorpommern schön ist. Da fallen uns doch gleich Wasser, Sonne, Wind, die wunderschöne Landschaft ein und wir sind ein ganz besonders netter Menschenschlag. Was aber, wenn da jemand die Frage nicht als Urlauber gestellt hat, sondern weil er einen Lebensort für sich und für seine zu gründende Familie sucht? Was sagen wir dann? Dann ist zu beantworten, welche Chancen unser Land seinen Einwohnern eröffnet. Dann muss sich dieses Land messen lassen an den Lebensansprüchen von Kindern und Jugendlichen. Und ihr erster Anspruch – wir haben es hier im Parlament nicht nur einmal vorgetragen und diskutiert – ist, selber mitbestimmen zu dürfen und als Subjekte ernst genommen zu werden, und nicht, ihnen eine Welt hinzustellen. Ich glaube, da sind wir uns auch überwiegend einig.

Die 13. Shell-Studie informiert uns über die Zukunftsorientierung junger Leute in der Bundesrepublik, sie zieht Vergleiche und stellt Unterschiede fest in den Beurteilungen und Lebensentwürfen junger Leute in Ost und West. Die Grundstimmung der Jugendlichen sei deutlich optimistischer als 1997, wenngleich die Jugend im Osten ihre Situation „im Vergleich zu Westdeutschen als belastender, zum Teil auch bedrückender“ erlebt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Tja!)

Die Kluft in den Anschauungen und Erwartungen zwischen den Jugendlichen in Ost und West „ist größer und nicht kleiner geworden“. Treffen diese Wertungen in Mecklenburg-Vorpommern zu? Welches sind bedrückende und belastende Lebensumstände in Mecklenburg-Vorpommern? Welches sind positive Bedingungen? Die Bewertung kann wohl nicht in der Aktuellen Stunde geleistet werden. Es bedarf systematischer Analysen.

Und ich bin froh, dass das Sozialministerium sich auch in Bezug auf den Kinder- und Jugendbericht einen neuen Weg hat einfallen lassen und entschlossen ist, ihn zu gehen, nämlich eine indikatorengestützte Berichterstattung zu beginnen, damit wir über die Jahre hinweg die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern verfolgen können und wirklich Schlüsse für unser Land konkret auch nachvollziehen können.

Was lässt sich heute feststellen? Da ist zunächst ein Blick auf die sich weiter differenzierende finanzielle Situation von jungen Menschen und Familien angebracht. Mehr als 47.000 Menschen leben von Sozialhilfe, darunter ein Drittel unter 18 Jahren. Jedes vierte Kind lebt von Sozialhilfe. Ein unbekannter Teil lebt auf dem gleichen oder nur geringfügig besseren finanziellen Niveau. Dahinter steht die Armut der Eltern, die ihre Ursache vor allem in der Dauerarbeitslosigkeit hat. Arbeit, Arbeit, Arbeit, lautet daher die Forderung, um auch zu erreichen, dass alle Kinder am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt Anteil haben können.

Armut schließt zunehmend mehr Kinder vom gesellschaftlichen Leben aus. Unter dem Motto „Selbst ist der Mann, selbst ist die Frau, selbst ist das Kind – Selbstbeteiligung und persönliche Verantwortung an die Stelle von sozialer Hängematte“ werden viele abgeschnitten von Bildung, Freizeitsport, Kino, Büchern, Schwimmbad, Computern, aber auch von den Möglichkeiten gesunder Lebensführung. Dass immer weniger Kinder warmes Essen in der Schule zu sich nehmen, hat auch damit zu tun, dass das Kochen abends für vier Personen preiswerter ist als Schulspeisung und Kantine zusammengerechnet.

Familien sind aber auch von einer anderen Seite in Gefahr – durch die ungerechte Verteilung der Arbeit. Wo zwar das Einkommen hoch, der Zeitfonds für die Familie aber nahezu null ist, werden soziale Beziehungen zerstört. Laut Shell-Studie wollen junge Leute Familie und beziehen von dort einen großen Teil ihrer Wertvorstellungen.

Zu den wichtigsten Sorgen gehört die Angst davor, keine Ausbildung und Arbeit zu bekommen. Und die Sorgen sind begründet, auch wenn 1999 statistisch jedem Jugendlichen eine Lehrstelle angeboten werden konnte. Von 29.576 Bewerbern sind 9.322 in schulische Weiterbildung oder Arbeitsaufnahme gemündet, wie es so heißt. Das heißt bei vielen Warteschleife oder Resignation. Und trotzdem, ich will die Bemühungen nicht gering schätzen – die der öffentlichen Hand nicht und vor allem die der kleinen Unternehmen in unserem Land nicht. Wann erhalten sie die Unterstützung der großen Firmen, die nicht ausbilden und sich damit einen Kostenfaktor vom Hals halten?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Diese Firmen sitzen nicht in unserem Land. Die Ausbildungsumlage auf Bundesebene muss endlich kommen.

(Beifall Monty Schädel, PDS)

Wer nach Mecklenburg-Vorpommern kommt, findet ein ziemlich verstaubtes Bildungssystem vor, in dem Kindern ein längeres gemeinsames Lernen verwehrt wird, ein Bildungssystem eingeführt und aufrechterhalten wird unter dem Vorwand der Förderung von Leistung, das frühzeitig selektiert. Schule hat aber mehr Funktionen, als Wissen zu vermitteln und Leistung zu trainieren.

In unserem Land sind Kinder benachteiligt, wenn sie in kleinen Gemeinden leben. Sie büßen viel Freizeit ein durch

lange Wege zur Schule oder zur Ausbildung, der Besuch von Musikschulen und die Beteiligung an Sport- und Jugendvereinen wird erschwert, vielen auch unmöglich gemacht durch lange Wege.

In unserem Land konnte die Förderung der Jugendvereine und -verbände zumindest auf Landesebene verstetigt und 2000 sogar verbessert werden. Aber wenn wir ehrlich sind, verlassen können sich die jungen Leute auf unser Land nicht. Ich gehe davon aus, dass in diesem Raum keiner ist, der die Notwendigkeit dieser Fördergelder heute anzweifeln wird. Aber in Zeiten weniger prallgefüllter Kassen ist die Jugendförderung immer in Gefahr, zur Disposition gestellt zu werden. Und es fehlt noch ein Bekenntnis dieses Landtages, einen Festbetrag unantastbar zu machen. Es fehlt die Festlegung von 40 DM pro Kopf im Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Frau Bretschneider von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Bretschneider.

Sylvia Bretschneider, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Armut hat sich im Verlauf der letzten Jahre von den Alten zu den Jungen verlagert. Am weitaus stärksten sind inzwischen Kinder und Jugendliche betroffen. Wie das Statistische Landesamt feststellte, waren von den rund 50.800 Hilfeempfängern am Jahresende 1998 19.300 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und 12.700 junge Frauen und Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren betroffen. Das außergewöhnlich hohe Sozialhilferisiko der jüngeren Bevölkerung wird außerdem in den altersbezogenen Empfängerquoten deutlich. Demnach sind Kinder unter 3 Jahren und im Alter von 3 bis 6 Jahren sowie junge Frauen von 18 bis 29 Jahren extrem häufig auf Sozialhilfe angewiesen. In den unteren Einkommensgruppen überwiegt der Anteil der Kinder von Alleinerziehenden. So, wie sich die Zahl der Kinder von Alleinerziehenden insgesamt um 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erhöht hat, ist auch der Anteil der Kinder Alleinerziehender mit einem Einkommen von monatlich unter 1.800 DM leicht angestiegen, und zwar von 31,3 Prozent 1997 auf immerhin 34,6 Prozent 1998.

Im Sozialbericht des Landes sind die Probleme von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien geradezu offensichtlich. Kinder sind in der Bundesrepublik zum Armutsrisiko geworden. Die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland bestätigen dies in ihrem gemeinsamen Sozialwort. Armutserscheinungen bei Kindern und Jugendlichen bleiben nicht auf Einkommensarmut beschränkt. Kinder und Jugendliche leiden auf vielfältige Weise unter Armut. So leben zum Beispiel 40 Prozent der Kinder im Osten in zu engen Wohnungen ohne eigenes Zimmer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, junge Menschen, die von Armut betroffen sind, sehen heute vielfach keine Perspektiven dafür, wie sie sich aus eigener Kraft aus ihrer Notlage befreien können. Wenn sie dann noch mit Gleichaltrigen konfrontiert sind, die sich scheinbar alles leisten können, ist für viele die Versuchung groß, sich illegal das zu verschaffen, was sie sich legal nicht leisten können. Dies gilt besonders für diejenigen unter ihnen, die erhebliche Ausbildungsdefizite aufweisen, oder für solche Jugendliche, die aufgrund desolater Familienverhältnisse von zu Hause keinerlei Unterstützung erwarten können.

Es muss meines Erachtens neben dem Schwerpunkt der Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut darum gehen, die sich in Notlagen befindlichen Kinder und Jugendlichen zu befähigen, aus eigener Kraft die Schwierigkeiten zu bewältigen, mit denen sie konfrontiert sind. Das betrifft besonders die Bereiche Familie, Schule und Ausbildung, Freizeit und Medien.

Hier ist die Gesellschaft, sind Verbände und Unternehmen und natürlich die Politik aufgefordert, Platz für Kinder in unserer Gesellschaft zu schaffen. Den betroffenen Familien muss ideelle und materielle Hilfe zuteil werden. Dabei ist einerseits an Hilfe und Unterstützung für allein erziehende Eltern, Arbeits erleichterungen für Alleinerziehende, die wieder in den Beruf einsteigen wollen, und bessere Betreuungsmöglichkeiten für die ganz Kleinen zu denken. Andererseits sollte im Hinblick auf die Armutsverteilung dafür Sorge getragen werden, dass den Betroffenen ein stützendes soziales Netzwerk zur Seite steht, keine Hängematte, mit dessen Hilfe sie Perspektive und Hoffnung auf bessere Lebensumstände gewinnen und konkrete Hilfe auf dem Weg zu diesem Ziel erfahren können. Dies gilt sowohl für die Eltern als auch für die Kinder.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Anhörung des Sozialausschusses zur UN-Kinderrechtskonvention wurde deutlich, dass der materielle Status von Kindern, die von Hilfen zum Lebensunterhalt abhängig sind, wesentlich verbessert werden muss. Sozialhilfe wird überwiegend von jüngeren Bevölkerungsschichten bezogen. Hier ist in den letzten Jahren ein überdurchschnittlicher Anstieg der Sozialhilfebedürftigkeit festzustellen. Das zeigt, dass Haushalte mit Kindern einem wesentlich höheren Sozialhilferisiko ausgesetzt sind als Haushalte ohne Kinder. Dies trifft in besonderem Maße auf allein erziehende Frauen zu, die von Erwerbslosigkeit überdurchschnittlich betroffen sind. Dem Risiko der Verarmung von Kindern muss daher im Wesentlichen durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze sowie bezahlbarer Freizeitangebote begegnet werden. Aus diesem Grund sehen wir für unsere Fraktion einen Schwerpunkt in der Verhinderung und Überwindung von Armut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Schluss. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei den Schuldnerberatungsstellen fällt für das Jahr 1999 der gestiegene Anteil der Jugendlichen auf. Die bereits in den letzten Jahren von den Schuldnerberatern beobachtete Tendenz setzt sich somit auch für das Jahr 1999 fort, wobei der Anteil der 22-Jährigen sogar den größten Anteil des Zuwachses ausmacht. Da meine Redezeit zu Ende ist, möchte ich das nur mahnend in den Raum stellen. Ich hoffe, dass wir Gelegenheit haben, uns dieser Thematik noch einmal extra zu widmen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Um das Wort hat gebeten der Wirtschaftsminister Herr Eggert. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Rolf Eggert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich ist es ja die Stunde der Abgeordneten und ich wollte hier heute nicht sprechen. Aber, Herr Seidel, Sie haben mich doch dazu veranlasst, hier einiges richtig zu stellen.

Als Erstes vielleicht noch einmal: Die betriebliche Ausbildungsplatzförderung, also die so genannte Pro-Kopf-För-

derung, ist seit 1996 sukzessive ein Stück weit zurückgeführt worden und Sie als mein Amtsvorgänger wissen das ganz genau, weil – wir haben auch hier in diesem Landtag schon einmal darüber gesprochen – wir auch keine Subventionsmentalität in diesem Bereich aufkommen lassen wollen. Insofern setze ich hier einen Weg fort, der im Übrigen auch schon von Ihnen eingeleitet worden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das Zweite, meine Damen und Herren, es geht uns in erster Linie darum, auf die Situation auch angemessen sowie zweck- und zielgerichtet zu reagieren. Wir haben in etwa mit 29.200 Bewerbern in diesem Jahr zu rechnen und wir haben gerade, was die zukunftssträchtigen Berufe angeht, also Multimediabereich zum Beispiel, weitaus mehr Bewerber als tatsächlich angebotene Plätze, in der jetzigen Situation. Und darauf mit einem angemessenen Programm zielgerichtet zu reagieren, das war eigentlich Ziel unserer Förderung. Das vorrangige Ziel dieser Förderprogramme ist, dass das betriebliche Ausbildungsplatzangebot in der Wirtschaft verbreitert wird, neue Ausbildungsplätze in den zukunftssträchtigen Berufen entstehen, denn dort sind genau die Bedarfe,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

und dass die kleinen und mittleren Unternehmen von indirekten Ausbildungskosten für die überbetrieblichen Ausbildungsphasen entlastet werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das nimmt insbesondere Rücksicht auf unsere Strukturen, denn wir haben in erster Linie kleine und mittelständische Unternehmen, die von diesen Kosten zum Teil so belastet sind, dass sie vor Ausbildung zurückschrecken. Wir haben hier im Übrigen im Einklang gehandelt mit allen Sozialpartnern und einen Konsens erreicht. Und diese drei wesentlichen Programme werden von allen Sozialpartnern mitgetragen und jetzt auch praktisch an die Unternehmen und an die Öffentlichkeit herangetragen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Was das Ausbildungsplatzförderprogramm angeht, was Sie angesprochen haben, das haben wir jetzt erstmalig für drei Jahre festgelegt. Und da wird nichts auf null gefahren, sondern da werden die Zuschüsse im Jahre 2000 zwischen 2.000 und 7.000 DM betragen und im Jahre 2002 zwischen 1.500 und 5.000 DM. Insofern geben wir hier den Unternehmen jetzt über drei Jahre Sicherheit, mit welcher Pro-Kopf-Förderung sie zu rechnen haben. Die differenzierte Förderung zwischen Jungen und Mädchen bleibt hier im Übrigen ebenfalls erhalten.

Ein weiteres Ziel der Förderung ist es, Unternehmen, die in den letzten drei Jahren nicht mehr ausgebildet haben, in die Ausbildung zurückzuholen und das in einem Maße zu machen, dass zum Beispiel bisherige Berufsbilder, die dort ausgebildet worden sind, wie gewerbliche und technische Berufe, nun in neue Berufe überführt werden. Auch das ist ein wichtiger Schwerpunkt dieses Programms. Und wir haben auch, gerade um den Betrieben hier einen zusätzlichen Anreiz zu geben, damit auch Hauptschüler in die Ausbildung einbezogen werden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heidemarie Beyer, SPD: Das müsste sich die CDU eigentlich wünschen.)

eine Bonusförderung für Hauptschüler von 1.000 DM pro Kopf aufgenommen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung von Ausbildungsverhältnissen in ausgewählten neuen und neu geordneten Berufen. Hier legen wir ein neues Programm auf, nämlich „Zuwendungen zur Förderung von betrieblichen Verbundausbildungen im Verbundmodell Multimedia“, ein ganz neues Programm, das ganz genau in die Richtung zielt, wo die Bedarfe in diesem Lande da sind. Wir werden danach den Unternehmen, die in Multimediaberufen ausbilden, einen Sachkostenzuschuss bis zu 4.000 DM und, wenn sie ein Mädchen einstellen, bis zu 6.000 Mark gewähren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die notwendigen überbetrieblichen Bildungsphasen, wo also ein Bildungsträger eingeschaltet wird, werden bis zu 40 Wochen finanziert. Das ist für Unternehmen, die 10, 15, 20 oder 30 Mitarbeiter haben, ganz besonders wichtig,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

dass man ihnen in dieser Phase einfach ein Stück weiterer Belastung abnimmt, damit sie ausbilden.

Wir gehen hier also einen völlig neuen Weg und ähnlich wie in dem Modellprojekt, das am Schweriner Ausbildungszentrum gelaufen ist, werden sich die Bildungsträger, die dafür zur Verfügung stehen, weiterentwickeln müssen von einem, der ein fertiges Programm vorlegt und dann wartet, dass andere aufspringen, werden sich die Bildungsträger zu Dienstleistern entwickeln müssen, die, ganz angepasst an die betrieblichen Besonderheiten, hier tatsächlich tätig werden. Und das zweite Wichtige: Sie werden auch da eingespannt, wo es darum geht, Betriebe zu motivieren, in diesem Modellprojekt tätig zu werden. Wenn man sich einmal das Modellprojekt in Schwerin anguckt, das nicht nur allein auf Jugendliche bezogen war, dann hat das allein 100 zusätzliche Ausbildungsplätze gebracht.

Ein letzter Satz, meine Damen und Herren, noch zur Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung. Ich denke, im Jahr des Handwerks, und da insbesondere das Handwerk ja viele Lasten der Ausbildung getragen hat, haben wir, was die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung angeht, die Fördersätze erhöht, und zwar in der Grundstufenausbildung von bisher 66,6 Prozent auf 80 Prozent und in der Fachstufenausbildung von 33,3 Prozent auf 50 Prozent. Also, meine Damen und Herren, dass wir uns hier der Verantwortung entziehen wollen, das ist überhaupt nicht festzustellen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

sondern wir haben uns hier auf die Situation des Landes eingestellt und genau da angesetzt, wo die Schwachpunkte sind, meine Damen und Herren. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Herr Gehring von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Gehring.

Dr. Hubert Gehring, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte in meinem Beitrag vielleicht einmal weniger auf unsere Befindlichkeiten eingehen als auf die Befindlichkeit der Jugend, also auf die Ergebnisse der Shell-Studie. In diesem Zusammenhang haben wir uns sicherlich daran gewöhnt, dass wir, wenn

wir über Jugend und Zukunft reden, immer gleich die Sorgenfalten auf der Stirn bekommen: Stichwort Null-Bock-Generation, Stichwort Desinteresse am gesellschaftlichen Fortgang, Stichwort rechtsradikale Tendenzen, Stichwort Drogenmissbrauch und Gewalt an den Schulen.

Das ist einerseits auch richtig, denn tatsächlich besteht viel Anlass zur Sorge, und dies ist eine Herausforderung an uns. Und ich möchte erwähnen, dass das gestrige Eggesiner Urteil auch in diesem Zusammenhang für uns eine ständige Mahnung bleibt. Es gibt also viel zu tun. Wir werden deshalb als CDU-Fraktion auch in dieser Landtagssitzung einige Bereiche sehr genau beleuchten, Stichwort Zukunft der Bildung, Stichwort Sozialsysteme, Stichwort demographische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern.

Aber wir sollten uns auch einmal fragen, ob wir die Stimmung unter den Jugendlichen tatsächlich richtig beschreiben, wenn wir nur von den genannten Problemen als den allgemein gültigen Fragestellungen ausgehen.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Für mich etwas überraschend – das gebe ich gerne zu – haben die Autoren der 13. Shell-Jugendstudie, die Ende letzten Monats vorgelegt worden ist, ein modifiziertes Bild gezeichnet. Von Null-Bock-Generation oder vom In-den-Tag-hinein-Leben könne danach nur relativ wenig die Rede sein. Vielmehr haben die Jugendlichen „nüchtern und illusionslos erkannt, welche Herausforderungen in der modernen, globalisierten Gesellschaft auf sie zukommen. Ideologien oder starre Wertorientierungen sind für die große Mehrheit der Jugendlichen irrelevant. ... Mit Blick auf die persönliche Lebensplanung gehen die Jugendlichen mehrheitlich davon aus, daß es ihnen gelingen wird, Familie und Beruf miteinander zu verbinden.“

Wer dies liest, kann sich auch einmal provokatorisch fragen, ob die Fragestellung, die wir heute diskutieren, letztendlich noch ganz richtig so ist, also die Frage: Wie weit müssen wir als Umwelt, als Politik uns um die Jugendlichen und deren Befindlichkeiten kümmern? Vielleicht ist es mittlerweile einfach auch so, dass die Jugend sich umgekehrt um den Fortgang der Gesellschaft weitaus mehr Gedanken macht, als es viele von uns für möglich halten. Sind die heute 10-, 12-, 15-jährigen Schüler und Schülerinnen nicht schon viel spielerischer, aber auch bewusster in der modernen Gesellschaft angekommen als wir? Zwei vielleicht banale Beispiele: Wer von den hier anwesenden Vätern und Müttern und Großvätern programmiert zum Beispiel seinen Videorecorder noch alleine?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich.)

Machen das nicht die Kinder? Und sehen die Jugendlichen von Los Angeles über Tokio bis Wladiwostok nicht die gleichen internationalen Musiksender und leben dadurch ein viel umfassenderes kulturelles Bewusstsein, so dass ihnen der Begriff der Globalisierung viel näher ist als uns und sich damit letztendlich dann auch weniger Ängste, sondern häufiger auch Chancen und Optimismus ergeben? Klar ist, denke ich, dass die heute 16-Jährigen nicht mehr mit den 16-Jährigen verglichen werden können, die beispielsweise unseren Generationen angehörten. Da sind die Jugendlichen von heute stellenweise wesentlich erwachsener, stellenweise auch wesentlich verantwortungsvoller. Sicherlich gilt das nicht für alle, aber die Tendenz – und dies zeigt die Studie – ist hier relativ eindeutig.

Für mich ergibt sich deshalb die Forderung, dass wir uns alle umstellen. Sicherlich, die Probleme gibt es weiterhin und da müssen wir auch im Detail – es ist hier auch schon diskutiert worden – die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Gleichzeitig müssen wir, denke ich, aber auch erkennen, dass die Jugendlichen sich heute schon wesentlich mehr einbringen wollen und dies auch sachgerecht können. Vielleicht sollten wir, gerade wir als Politiker uns deshalb ein wenig darauf besinnen, dass Zuhören manchmal eine größere Tugend ist als das Reden. Wenn ich der Jugend zuhöre, dann erkenne ich schon ein Problembewusstsein beispielsweise hinsichtlich der Thematik Rente, hinsichtlich der Thematik Finanzierungsmöglichkeiten des Staates, Trend zur Selbstverantwortung. Und wenn dieser Trend vorhanden ist, dann müssen wir auch über die Möglichkeiten reden, wie wir die Jugendlichen künftig mehr in die Verantwortung einbeziehen können. Über die Instrumente, wie man das dann tut, kann man sich sicherlich und muss man sich auch streiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Minister für Arbeit und Bau Herr Holter. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Gehring, ich möchte mal sagen, ich würde es gut finden, wenn in jeder Familie Väter, Mütter, Töchter und Söhne genauso wie die Omas und Opas und die Enkelkinder den Videorecorder programmieren könnten und sich ein gegenseitiges Geben und Nehmen herausbildet.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

In meiner Familie ist es so. Ich surfe im Internet genauso wie meine Tochter, bloß wir haben unterschiedliche Interessen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach so?)

Während ich nach Politik und anderen Dingen gucke ...

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja natürlich interessiert sich meine 12-jährige Tochter dafür, wer denn der Nächste ist, der bei „Big Brother“ ausscheidet.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Also da gibt es unterschiedliche Interessen, auch das muss man wahrnehmen. Ich sage ja nichts zu der Sendung „Big Brother“, die ich nicht für gut halte.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Hansa gucke ich auch, natürlich, das ist ja auch wichtig.

Aber ich will das hier auch im Zusammenhang mit meiner Rede deutlich machen. Die Shell-Studie, sie ist schon angesprochen worden, gibt ein unterschiedliches Bild über die jungen Menschen in Deutschland. Herr Gehring ist darauf eingegangen. Und wenn wir uns heute in diesem Haus darüber verständigen, was Jugendliche und Zukunft gemeinsam haben, sollten wir die Ergebnisse der Shell-Studie sehr wohl heranziehen.

Und allen Unkenrufen zum Trotz würde ich sagen, Jugendliche haben in Mecklenburg-Vorpommern eine Perspektive und sie verstehen diese Perspektive als He-

erausforderung. Und es liegt an uns, welche Bedingungen wir dafür schaffen, dass sich Jugendliche in diesem Lande wohl fühlen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass sie hier bleiben beziehungsweise, nachdem sie weggegangen sind, auch wieder hierher kommen. Natürlich ist es angesichts fortdauernder Arbeitslosigkeit, Flexibilisierung und Globalisierung der Wirtschaft und eines rasanten Wandels in den Lebensbereichen eine Herausforderung für die Jugendlichen und die Gesellschaft insgesamt. Und wir sind aufgefordert, nicht nur zu reden, sondern diese Herausforderungen anzunehmen. Deswegen – das zeigt ja auch die Shell-Studie – sind viele Jugendliche relativ zuversichtlich und überzeugt von ihrer eigenen Leistungskraft, und das auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich meine, man muss aufpassen, wir sollten sehr wohl aufpassen, dass wir die Jugend nicht schlecht reden, sondern wir sollten sie motivieren, sich einzubringen in die Gesellschaft und Leistungsfähigkeit zu entwickeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Über den Weg, glaube ich, können wir sie auf ihre Lebensperspektive vorbereiten. Und sie sind dann weder verängstigt noch leichtsinnig und unbekümmert, sondern die Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern – davon bin ich zutiefst überzeugt – sind entschlossen, die Herausforderungen anzunehmen, die sie realistisch vor sich sehen. Sie wollen diese Herausforderungen meistern.

Auffällig ist allerdings, meine Damen und Herren, dass in fast allen von der Shell-Studie untersuchten Themenbereichen der Unterschied zwischen Ost und West größer geworden ist. Das ist bedenklich und da muss man sich also fragen, auch ich als Minister muss mich fragen, ob wir alles dafür tun, dass die Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern, dass die Jugend tatsächlich die Chancen ergreifen kann, um an beruflicher Ausbildung, Arbeit und Wohnung teilzuhaben. Fragen müssen wir uns also, was wir dafür tun, die Jugend auf die Zukunft vorzubereiten. Die Schwierigkeiten der Lebens- und Zukunftsgestaltung, die von vielen Jugendlichen in östlichen Landesteilen erkannt werden, ergeben sich nach der Shell-Studie nicht aus einer mangelnden Bereitschaft zur Anstrengung und Leistung und die Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern leben nicht überwiegend spaßbetont oder frustriert, wie manche Erwachsene oder Lehrer glauben mögen. Ihre Ängste vor der Zukunft stammen aus den objektiv unterschiedlichen Lebensverhältnissen. Aufs Ganze betrachtet, auch das bestätigt die Shell-Studie, sind unsere jungen Menschen nämlich einsatzbereiter, höher motiviert und leistungsorientierter im Vergleich zu den westdeutschen Jugendlichen.

Jugendliche ahnen offensichtlich sehr genau, dass sich die Arbeitsgesellschaft deutlich ändert und sich die Lebenskonzepte ihrer Eltern nicht mehr auf ihre Generation verlängern lassen. Und im Übrigen, wie auch wir als Jugendliche will die heutige junge Generation anders leben und anders arbeiten als die ältere Generation. Auch das muss man akzeptieren.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Aber gerade in dem Wandel der Arbeitsgesellschaft, in dem Wandel aller Lebensbereiche haben sie eine größere

Chance, ihren Wunsch und ihren Willen nach einem anderen Leben, nach einem anderen Arbeitsverständnis tatsächlich auch zu realisieren. Und dazu gehört eben, dass Erwerbsbiographien anders sein werden als in der Vergangenheit. Es wird nicht immer die glatte Straße von der Ausbildung über den Einstieg in den Beruf bis zur Rente sein, sondern es wird Unterbrechungen geben und es wird immer wieder permanente Neuanfänge geben müssen. Und Jugendliche stellen sich darauf ein und wir müssen sie dabei unterstützen.

Natürlich – und das ist ja nicht unbekannt – ist die Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land trotz finanzieller Verstärkung aus dem Jugendsonderprogramm des Bundes noch viel zu hoch. Besonders in der Altersgruppe der 20- bis 25-Jährigen ist jeder vierte bis fünfte junge Mensch bis zu drei Monaten nach Ausbildungsende ohne Arbeit. Von dieser Arbeitslosigkeit sind vor allem Jugendliche betroffen, die eine abgeschlossene Ausbildung haben und nun als junge Fachkräfte keine Erstbeschäftigung finden. Das ist, meine Damen und Herren, der eigentliche Skandal. Und wir müssen uns fragen, was ist hier zu tun.

Auf der einen Seite – das ist jedem klar, der sich damit beschäftigt – geht es, wenn es keinen Anschluss gibt nach der Berufsausbildung, um einen Wissensverlust, Fähigkeiten werden nicht weiterentwickelt. Die Halbwertszeit einer modernen Ausbildung beträgt heute keine drei Jahre mehr. Andererseits ist die Persönlichkeitsentwicklung gestört, auch das muss man berücksichtigen. Wer als junger Mensch nach Ausbildungsende keine Arbeit findet, droht aus unserer Gesellschaft herauszufallen. Und über Kriminalitätsentwicklung und andere Exzesse in unserer Gesellschaft ist ja schon ausreichend diskutiert und berichtet worden.

Ich hatte Anfang März Gelegenheit, in Wismar anlässlich einer Konferenz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit abends mit Jugendlichen zu diskutieren. Ein junger Gärtner hat über seine Erfahrungen berichtet. Er sagte, ich bin 25 Jahre alt und will ordentlich arbeiten. In der Regel hat er über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verbunden mit weiterer Qualifizierung dann keine weitere Anstellung gefunden. Jugendliche, junge Menschen erwarten von uns zu Recht einen Platz, in dem sie ihren Beruf ausüben können, Geld verdienen und anerkannt sind. Diese Dinge verbinden sie. Und deswegen habe ich in meinem Ministerium besonderen Wert darauf gelegt, dass die Erstbeschäftigungschancen junger Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt verbessert werden

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

und dass nach abgeschlossener Ausbildung möglichst viele junge Leute, Jungen und Mädchen, eine Chance einer ersten wirklichen Arbeit in ihrem Beruf haben.

Wir haben, weil Herr Seidel nach Taten fragte, das Programm „Jugend baut“ auf den Weg gebracht, übrigens zurückgehend auf eine Forderung der Jugend auf der Job-Parade hier, 1998 war es wohl, in Schwerin.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, und Heike Lorenz, PDS)

Wir haben jetzt diese Richtlinie in Kraft gesetzt und ich kann Ihnen sagen ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel haben Sie in diesem Topf, Herr Holter?)

Immer mit der Ruhe!

(Wolfgang Riemann, CDU: Jaja! Jaja! Dann sagen Sie es auch!)

Das Geld ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie viele Leute können Sie damit in einen Job bringen? Wie viel?)

Herr Riemann, ein bisschen Geduld, ich komme gleich zu der Zahl.

Durch die gemeinsame Förderung mit den Arbeitsämtern haben Jugendliche aufgrund unserer Investitionszuschüsse in gemeinnützige Einrichtungen zum ersten Mal die Chance, Arbeit in einem Wirtschaftsbetrieb aufzunehmen. In Neukloster – ich nenne jetzt mal die Orte, auch für die Wahlkreisarbeit –, Ludwigslust, Torgelow, Rostock und Bützow ist zusätzlich Arbeit im Baubereich von Schulen, Jugendeinrichtungen, Kindergärten und Landschulheimen durch Investitionen möglich geworden, die nunmehr von jungen ausgebildeten Fachkräften in bewährten Betrieben ausgeführt werden. Wir können heute sagen, dass rund 100 junge Facharbeiter

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

über dieses Programm eine Anstellung finden und ihre beruflichen Fähigkeiten entwickeln werden.

Herr Riemann, ich gebe Ihnen ja Recht – und darüber muss man ja mal diskutieren –, ich gebe Ihnen ja Recht, uns allen, glaube ich, reicht das Geld, das in diesem Topf ist, nicht aus. Ich würde da noch viel mehr Geld reinstecken,

(Angelika Gramkow, PDS: Darüber werden wir auch noch reden müssen.)

um hier jungen Leuten eine Anstellung zu geben.

Zweite Sache, das Programm „Duo“. Dieses Programm wird auch noch in diesem Sommer anlaufen. Sie wissen, dass es hier um ein Programm geht, das seitens der Unternehmensverbände gemeinsam mit den Gewerkschaften in den Gesprächen des Bündnisses für Arbeit entstanden ist. Hier geht es darum, dass junge Fachkräfte nach einem halben Jahr branchenspezifischer Tätigkeit in gemeinwohlorientierten Diensten ein weiteres halbes Jahr in Betrieben arbeiten werden. Durchsetzt mit berufsspezifischen Bildungsinhalten wachsen die Jugendlichen so langsam in den Betrieb hinein. Für manch einen ist es wichtig, diese ersten Erfahrungen zu sammeln, und man sollte solch eine Wirkung nicht unterschätzen, zumal hiermit auch eine Zertifizierung verbunden ist. Und das ist ja dann auch für die weitere berufliche Karriere ein Gewinn. Übrigens haben auch die Betriebe einen Gewinn davon. Sie können die jungen Menschen kennen lernen und bilden sozusagen einen Personalpool zukünftiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ich möchte Sie darauf orientieren – und Sie finden das auch in den Fächern –, dass in Schwerin am 1. Mai zum dritten Mal die Job-Parade stattfinden wird. „Jugend kann nicht warten“ – das ist ein richtiger Slogan, der hier aufgemacht wird. Es geht jetzt darum, berufliche Bildung und Arbeit zu organisieren, und nicht, die Jugendlichen zu verärgern. Und ich will hier anmerken: Noch tanzen und singen die Jugendlichen. Ich möchte nicht, dass die Kraft und das Engagement der jungen Menschen in Schwerin sich in etwas anderes, in einer destruktiven Art und Weise entladen.

Ich möchte zum Ende kommen und Sie daran erinnern, was letztes Jahr auf einem der großen Wagen stand. Es klingt wie eine Drohung an uns, aber es ist die Herausforderung, die wir annehmen sollten. Dort stand: „So, wie ihr uns jetzt fördert, werden wir uns morgen um euch kümmern.“ – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Staszak von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Staszak.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum bin ich denn jetzt nicht dran? Das verstehe ich nicht, Herr Präsident. Aber gut.)

Sie sind die nächste Rednerin nach dem Plan, der hier erarbeitet worden ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich weiß, der Minister hat es durcheinander gebracht. Danke schön. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Karla Staszak, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beziehe mich auch auf die Jugendstudie 2000, denn diese versucht, ein möglichst umfassendes repräsentatives Bild der heutigen Jugend zu zeichnen. Dem Thema Jugendliche im Osten und Westen Deutschlands und der Frage nach den Unterschieden und Gemeinsamkeiten von Jungen und Mädchen wird dabei eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ich möchte mich in meiner Bewertung der Ergebnisse auf die Erkenntnisse beschränken, die aus gleichstellungspolitischer Sicht zum Nachdenken über die Politik in Mecklenburg-Vorpommern anstoßen.

Der zentrale Zukunftswunsch ist sowohl für die in Ostdeutschland befragten Mädchen als auch für die befragten Jungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ihre Anstrengungen konzentrieren sich auf diese beiden Bereiche. Ihr Lebenskonzept lautet, Familie und Beruf, und nicht, entweder – oder. Damit bestätigt die Shell-Studie unsere kleine Untersuchung in Mecklenburg-Vorpommern.

Zum Erreichen dieser Ziele zeichnen sich die Mädchen und jungen Frauen in Ostdeutschland vor allen anderen Gruppen in der Studie durch eine sehr hohe Leistungs- und Mobilitätsbereitschaft aus. Die ermittelte Leistungsbereitschaft der Mädchen in Ostdeutschland liegt um 6,6 Prozent höher als die der Mädchen in Westdeutschland und um 6,4 Prozent höher als die der Jungen in Ostdeutschland. Die als Zeichen individueller Flexibilität zu begrüßende Mobilitätsbereitschaft, das heißt die Bereitschaft, den bisherigen Wohnort gegen einen neuen einzutauschen, liegt bei den jungen Frauen in Ostdeutschland sogar um 8,7 Prozent höher als bei der gleichaltrigen Gruppe in Westdeutschland.

Trotz der hohen persönlichen Einsatzbereitschaft finden speziell die jungen Frauen in Mecklenburg-Vorpommern offenbar nicht die Voraussetzungen, um hier ihre Lebenskonzeption zu realisieren. Der 1998 angestiegene Wanderungsverlust Mecklenburg-Vorpommerns war vor allem auf die Fortzüge junger Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren zurückzuführen. Die Betrachtung nach dem Geschlecht zeigt, dass deutlich mehr junge Frauen als junge Männer das Land verlassen, um ihre beruflichen

Perspektiven umzusetzen. 1998 verlor Mecklenburg-Vorpommern gut doppelt so viele Frauen wie Männer.

Des Weiteren liefert uns die Shell-Studie auch einen Hinweis darauf, dass die jungen Frauen in Ostdeutschland ihre persönliche Zukunft hier als nicht gesichert sehen, denn die Zuversicht hinsichtlich der eigenen Lebenssituation wird von keiner anderen Gruppe so skeptisch beurteilt wie von den Mädchen und jungen Frauen in Ostdeutschland.

Lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen: Die Mädchen und jungen Frauen in Ostdeutschland zeichnen sich im bundesweiten Vergleich durch eine besonders hohe Leistungs- und Einsatzbereitschaft zur Verwirklichung ihrer eigenen Ziele aus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Jugendlichen sehen ihre persönliche Lebensperspektive in einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Mecklenburg-Vorpommern scheinen die Rahmenbedingungen speziell für junge Frauen zur Verwirklichung ihrer Lebensziele nicht befriedigend zu sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Mecklenburg-Vorpommern verliert deshalb viele für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft dringend benötigte junge Menschen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Es ist also ein erheblicher politischer Handlungsbedarf zu erkennen, möchte man den geschilderten Trend stoppen und umkehren. In welche Richtung die Maßnahmen im Einzelnen gehen müssten, möchte ich hier andeuten: Die Arbeitslosenquote von Frauen liegt in Mecklenburg-Vorpommern immer noch über der Quote der Männer. Dieses schreckt leistungsbereite junge Frauen ab.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Trotz SPD und PDS.)

Nee, nee, nee, so einfach ist das nicht. Das wissen Sie ja auch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Es sollte doch der Umschwung kommen.)

Ja, ja, darüber können wir noch mal reden, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann müssen wir mal ins Wahlprogramm gucken!)

Sie wissen ja, dass sich schon was verbessert hat, ne?

(Georg Nolte, CDU: Die Sprüche.)

Von entscheidender Bedeutung für junge Frauen sind chancengleiche Zugangsbedingungen zur Wirtschaft, speziell zu den zukunftsorientierten Berufsbereichen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wie der Informationstechnologie, wo der Frauenanteil derzeit lediglich 15 Prozent beträgt. Und der Wirtschaftsminister hat Ihnen ja vorhin dargelegt, was er tun will. Ich denke, das ist der Weg in die richtige Richtung, um etwas dagegen zu machen. Also wir tun etwas, Herr Riemann, wie Sie sehen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Mit Worten! Mit Worten!)

Die in Schulen und Gesellschaft vermittelte Rollenzuweisung von Mädchen und Jungen muss beendet wer-

den. Darüber rede ich auch häufig. Mädchen dürfen nicht auf so genannte frauentypische Berufsfelder festgelegt werden. Das hat der Wirtschaftsminister auch erkannt.

(Harry Glawe, CDU: Das weiß man doch.)

Sie müssen genauso wie Jungen Zugang zu sämtlichen Ausbildungsgängen, Berufs- und Erwerbsfeldern haben. Die Herausforderung an Politik und Gesellschaft besteht darin, die Rahmenbedingungen für die Zukunftswünsche der jungen Menschen zu schaffen. Und dafür müssen wir alle etwas tun. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Vorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow. Bitte sehr, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident!

Ja, meine Damen und Herren, wenn die Geschäftsordnung nicht wäre, hätte ich gerne die mir zustehenden fünf Minuten an ein Mädchen oder einen Jungen oder vielleicht auch den Sprecher des Landesjugendringes übergeben, um uns kräftig die Meinung zu sagen zu diesem Thema.

(Siegfried Friese, SPD: Ihnen aber auch!)

Auch mir, Herr Friese.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie hat doch „uns“ gesagt.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kinder und Jugendliche haben Rechte unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status und ihren Anschauungen. Das ist die Botschaft der UN-Kinderrechtskonvention und dazu hat sich die Bundesrepublik Deutschland bekannt.

Ob Kinder ihre Rechte hier in unserem Land wahrnehmen können, hängt davon ab, ob sie die notwendigen Rahmenbedingungen vorfinden, ob sie von belastenden und bedrückenden Lebensumständen weitgehend verschont bleiben, egal ob sie Mädchen oder Junge, egal ob sie nichtdeutsche oder deutsche Jugendliche sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Weil dieses Land seinen jungen Menschen eine klare Perspektive geben will, müssen wir uns hier in diesem Land, in diesem Parlament dafür entscheiden, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Schaffung von Perspektiven und Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche ein wichtiger Maßstab der Politik sind. So steht es in der Koalitionsvereinbarung, aber das ist keine Aufgabe, die Politik in 4-Jahres-Scheiben realisieren könnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und weil es eben um einen längerfristigen Prozess geht, brauchen wir Leitlinien unseres Handelns über alles Ressortdenken und über Legislaturperioden hinweg. Wenn die neoliberale Logik uns immer wieder einzureden versucht, der Schlüssel für die Zukunft einer Gesellschaft eines Landes liege in verlässlichen Rahmenbedingungen für Kapitalverwertung, dann halte ich dagegen, die Zukunft unseres Landes liegt zuallererst darin, jedem Einwohner, jeder Einwohnerin und insbesondere jungen Leuten die Chance zu geben, ihre Möglichkeiten zu entfalten.

Mit diesem großen Anspruch, meine Damen und Herren, dürfen wir jedoch die konkrete Arbeit nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Und das heißt für uns als PDS-Fraktion:

Erstens. Mecklenburg-Vorpommern muss ein Ort behüteter Kindheit sein. Dazu ist die Familienförderung auszugestalten,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und das Landeserziehungsgeld wieder einzuführen.)

vom Wohnungsbau bis zum Kindergeld, von der Anerkennung der Kindererziehungszeiten bis zur Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung von null bis zehn Jahren.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ins Kindertagesstättengesetz gehört endlich wieder ein Erziehungsauftrag.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Zweitens. Mecklenburg-Vorpommern braucht eine moderne Schule mit entrümpelten Lehrplänen, mit Leistungsförderung und dem Ende der verhängnisvollen Selektion nach Klasse 4. Schule muss auch als Ort der Demokratie und des sozialen Lernens ausgestaltet werden, Schule muss sich öffnen, muss lebenslanges Lernen ermöglichen. Weil die Herausforderungen der nächsten 30 Jahre heute gar nicht abschätzbar sind, brauchen wir die Einstellung auf ständige Veränderungen. Und wir brauchen einen Einstieg in die Praxis lebenslangen Lernens durch ein Bildungsfreistellungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Wir brauchen Hochschulen mit höherer Flexibilität, höherer Autonomie und Globalhaushalten,

(Wolfgang Riemann, CDU: Da fragen Sie mal Ihre Finanzministerin.)

die neue Ausbildungsinhalte anbieten, die nationalen und internationalen Ruf erarbeiten.

Warten Sie es doch ab, Herr Riemann!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja, bis jetzt hat sie ja erfolgreich blockiert.)

Wir müssen solche Studienbedingungen erhalten, die junge Menschen in unser Land locken.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Wir brauchen weiter Unterstützung für die Studentenerwerke und eine Landesausbildungsförderung gehört doch eigentlich auf den Tisch.

Drittens. Jeder Jugendliche, jede Jugendliche erhält in Mecklenburg-Vorpommern einen Ausbildungsplatz. Ja, das eigentliche Problem ist doch aber die so genannte zweite Schwelle. Hierzu haben beide verantwortlichen Minister Ausführungen gemacht. Ja, wir bekämpfen die Jugendarbeitslosigkeit mit neuen Konzepten, mit einer neuen Förderung. Doch ob junge Leute nach Ausbildung und Studium im Land bleiben, wird künftig auch davon abhängen, dass endlich das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ in Mecklenburg-Vorpommern gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Deshalb ist es notwendig, dass von Mecklenburg-Vorpommern ein Signal ausgeht, Herr Riemann,

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

und wir erwarten, dass die Landesregierung in der Tarifaufeinandersetzung einen Stufenplan für die Angleichung der Löhne und Gehälter im Osten einbringt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Schafft das die Landesregierung denn? –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sie können ja dagegen sein, meine Damen und Herren von der CDU.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Schafft das die Landesregierung denn?)

Viertens. Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land sein, das jungen Leuten Spaß macht. Die Förderung aktiver Jugendarbeit darf hier nicht ausgespielt werden gegen die Betreuung in Kindereinrichtungen oder gegen Investitionen im Schulbau. Lokale Projekte sind zu unterstützen. Wir brauchen ein Netz sozialer Dienste.

Ich komme zum Schluss. Wollen wir Menschen für unser Land gewinnen, müssen wir Begegnungen mit unserem Land ermöglichen. Mecklenburg-Vorpommern soll eine Heimat für junge Leute mit Zivilcourage und Toleranz sein. Dieser Prozess ist Selbstfindung, Selbstbestimmung und Selbstbewusstsein. Und wir müssen dafür die Voraussetzungen schaffen – möglichst ohne Haushaltsvorbehalt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jugend und Zukunft in Ost und West ist schon ein Thema, das seit Jahren diesen Landtag bewegt. Heute haben wir einen Antrag von Seiten der SPD zu diesem Thema. Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen natürlich sagen, Sie hatten vor anderthalb Jahren einen guten Slogan: „Innovation und soziale Gerechtigkeit“. Das, was Sie hier heute wieder zum Thema stellen, beklagen Sie. Ich höre Sie eigentlich weitestgehend nur klagen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Da haben Sie aber eben nicht zugehört.)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich anderthalb Jahre mit der Schule, mit der Orientierungsstufe im Land Mecklenburg-Vorpommern befasst.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Das war Ihr Beitrag bisher zur Entwicklung dieses Landes. Sie sind vor einigen Wochen kläglich aneinander gescheitert und jetzt versuchen Sie den Leuten einzureden, dass Sie sich um die Jugend kümmern. Das ist ja schon mal bemerkenswert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Sylvia Bretschneider, SPD: Wir tun es, Herr Glawe, wir tun es.)

Ein Zweites will ich noch sagen. Wenn der Ministerpräsident die Gleichstellungsbeauftragte im Land auffordert, sich darum zu kümmern, dass mehr Chancen für Frauen eingeräumt werden, wissen Sie, mit den paar Projekten,

die zur Zeit auf dem Weg sind, Modellprojekten, werden Sie es wohl nicht schaffen. Auch das, was hier Herr Holter vorgetragen hat, „Jugend baut“, ist sicherlich eine sinnvolle Initiative,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

nur im Haushaltsansatz stehen dazu 500.000 DM.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Den Löwenanteil wird natürlich das Arbeitsamt leisten, Herr Holter, und nicht Sie und nicht das Land. Das ist doch auch eine Tatsache.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Kerstin Kassner, PDS)

Die entscheidenden Dinge im Land Mecklenburg-Vorpommern werden durch die Arbeitsämter bestritten. Immerhin werden rund 2 Milliarden DM dafür bereitgestellt, meine Damen und Herren, und wir müssen dafür sorgen, dass sie sinnvoll bereitgestellt werden.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir müssen nämlich dafür sorgen, dass der erste Arbeitsmarkt gefördert wird,

(Reinhard Dankert, SPD: Jaja.)

dass die Einstellungen auf dem ersten Arbeitsmarkt erfolgen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dass derjenige, der auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben will, sich in die Betriebe einbringen kann.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Dann sagen Sie das Ihren Unternehmern!)

Das ist doch die entscheidende Botschaft und damit ist der Weg für die Jugendlichen da.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, Sie sind doch verantwortlich für den industriellen Kahlschlag im Land.)

Aber ich sage auch, Ihre Bilanz im letzten Jahr war doch, dass Sie 24.000 Arbeitsplätze verloren haben. Das ist doch die Wahrheit und hier beklagen Sie wieder andere Dinge, die Sie eigentlich ganz anders machen müssen.

(Reinhard Dankert, SPD:
Wo haben Sie denn das her?)

Zum AQMV. Wir haben ja eine Frage – lebenslanges Lernen hat Herr Holter angesprochen –, eine ganz wichtige Frage. Nur im AQMV stellen wir knapp fünf Prozent der Mittel bereit. Andere Länder machen es deutlich besser. Ich sage Ihnen, in Sachsen sind es zehn Prozent, im EU-Durchschnitt werden sieben bis acht Prozent für lebenslanges Lernen bereitgestellt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na.)

Eine ganz entscheidende Zukunftsfrage wird hier im AQMV, was ja Zukunftsprogramm sein soll, verspielt. Die entscheidende Botschaft muss doch eigentlich sein: Wir brauchen die Förderung des Unternehmerteistes als ganz entscheidende Frage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Diese wird von keinem als die Grundlage dessen überhaupt angesehen.

(Heidmarie Beyer, SPD: Doch, wir machen's, Herr Glawe. Wir machen's.)

Frau Gramkow erzählt hier immer die Dinge, die eigentlich nachhaltig sind. Sie müssen doch erst mal dafür sorgen, dass wir Arbeitsplätze haben, dass wir Betriebe haben, dass wir Ansiedlungen schaffen, dann kann man auch alles andere tun.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, dafür hätten Sie doch acht Jahre lang schaffen können. Da haben Sie die Zahl der Arbeitsplätze halbiert.)

Ja, Sie halbieren alles Mögliche. Sie wissen ganz genau, dass durch den Lebensbaum der Anteil der Rentner steigt und damit automatisch Ihre Zahlen so besser werden.

(Zuruf von Heidmarie Beyer, SPD)

Nur, Sie vergessen eins, wir haben weiterhin eine Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern von 19,3 Prozent,

(Reinhard Dankert, SPD: Das vergessen wir natürlich nicht.)

das ist gewaltig viel, meine Damen und Herren.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja natürlich. Wir machen ja auch was.)

Da müssen wir ansetzen, da müssen Sie ansetzen, da höre ich von Ihnen überhaupt nichts. Meine Damen und Herren, wir brauchen die Förderung der Anpassungsfähigkeit für die Unternehmen, wir brauchen die Förderung des Unternehmergeistes und gerade bei den Jugendlichen muss dieser Unternehmergeist gefördert werden und den kann man eben durch finanzielle Anforderungen stärken.

(Heidmarie Beyer, SPD: Ja, wer macht denn da was? Wer macht denn da was, Herr Glawe? – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Was machen wir im Land? Im AQMV geben wir knapp 20 Prozent der Mittel dafür aus,

(Heidmarie Beyer, SPD: Es kommt nicht nur aufs Geld an, es kommt auch auf die Ideen an.)

in Sachsen sind es 44 und im europäischen Durchschnitt immerhin 25 Prozent. Also das ist nicht unbedingt das Innovative, was Sie hier vorschlagen, meine Damen und Herren. Also ich meine schon, dass Sie da noch einiges tun müssen. Auch zum Programm „Duo“, was Herr Holter hier so lobt, ist natürlich von ihm nur die halbe Wahrheit gesagt worden. Das Programm ist nachhaltig nicht gesichert,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

das heißt die Finanzierung auf Dauer nicht klar. Herr Holter, darüber müssen wir noch diskutieren und ich denke, auch insgesamt muss über das AQMV ab dem Jahre 2001 noch in diesem Jahr diskutiert werden. So kann das nicht weitergehen, dass man das AQMV fortschreibt,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

aber an den EU-Regelungen vorbei, und damit auf der anderen Seite im Land erzählt, das wäre alles innovativ.

Ein weiteres Problem, meine Damen und Herren, wir müssen uns auch die Frage stellen: Warum nimmt der Alkoholkonsum in Mecklenburg-Vorpommern zu?

(Unruhe bei den Abgeordneten – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling)

Warum wird der Konsum von Ecstasy weiterhin nicht gesehen? Meine Damen und Herren, ich fordere ein Landesaktionsprogramm gegen Alkohol

(Heinz Müller, SPD: Da gibt es schon einen Parteitagsbeschluss von 1912 zum Thema Schnaps. – Dr. Ulrich Born, CDU: Aber nur gegen den Alkoholmissbrauch.)

und gegen synthetische Drogen.

Meine Damen und Herren, leider ist meine Redezeit um, aber ich denke, dieses Thema werden wir noch intensiv diskutieren müssen. – Danke schön.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schädel von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schädel.

Ich bitte, wieder dem Redner zuzuhören und die Diskussion nachher untereinander zu führen.

Monty Schädel, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sprecher des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern zu dem Thema der Aktuellen Stunde heute: „Das heutige Thema der Aktuellen Stunde ‚Jugend und Zukunft‘ wird allzu oft zum Jammertal der politischen Landschaft.“

Ich möchte mit meinem Beitrag beweisen, dass gerade Jugend ungeheuer spannend sein kann und vor allem große Zukunftschancen in sich birgt, Zukunftschancen, die sich Mecklenburg-Vorpommern nicht entgehen lassen kann. Da die Vorredner sich schon inhaltlich mit der vorgelegten Shell-Studie auseinander gesetzt haben,

(Reinhard Dankert, SPD: Mehr oder weniger.)

möchte ich mich auch dort nicht lange aufhalten. Fakt ist jedoch, dass Jugendliche deutlich leistungsorientierter denken und schon viel früher mit Problemen belastet sind, als es noch vor einem Jahr der Fall war. Wir können sagen, dass Jugend realistischer geworden ist als Ergebnis ihrer Umwelt.

Die Umwelt erfahren Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern oftmals sprichwörtlich auf der Straße. Gerade im ländlichen Raum fehlen Räumlichkeiten für selbstbestimmte junge Menschen. Schule ist realitätsfern geworden. Kinder und Jugendliche klagen darüber, dass sie von Entscheidungsträgern nicht ernst genommen werden. Auf die Bedürfnisse von Jugendverbänden wird unzureichend reagiert. Diese Liste können Sie aufgrund Ihrer eigenen Erfahrungen aus Ihrem Wahlkreis entsprechend fortsetzen. Aber statt resignieren müssen wir agieren, müssen Politik in Mecklenburg-Vorpommern wieder kinder- und jugendfreundlich machen.

Bereits in der Koalitionsvereinbarung der PDS- und SPD-Fraktion findet sich das Thema Jugend als Querschnittsaufgabe wieder. Bereits auf dem Papier macht die Landesregierung deutlich, dass Kinder und Jugendliche nicht weiterhin als Randthema behandelt werden, als das sie jahrelang gegolten haben.

In der Praxis hat die Landesregierung schon viel erreicht. So wurde dieses Jahr der Jugendetat um 270.000 DM erhöht. Das bedeutet mehr Ferienfreizeiten, mehr Seminare der außerschulischen Jugendbildung, mehr Aktivitäten der Jugendverbände. Die Landesregierung setzt im Moment erfolgreich das 1.000-Stellen-Landesprogramm der Jugend- und Schulsozialarbeit um, um Jugend entsprechend zu unterstützen. Die Landesregierung hat zusammen mit dem Landesjugendring neue Medien flächendeckend eingeführt, www.jugendinMV.de ist bereits in aller Munde. Aber diese Erfolge sind nur Schritte auf dem Weg zu einem kinder- und jugendfreundlichen Mecklenburg-Vorpommern. Was von Kindern und Jugendlichen gebraucht wird, ist das Gefühl einer gesicherten Kindheit, einer glücklichen und vor allem selbstbestimmten Jugend. Da Jugend zu einem Querschnittsthema der Politik geworden ist, muss sie auch als gemeinschaftliche Aufgabe behandelt werden. Darum schlage ich die Erarbeitung eines umfassenden Landesjugendprogramms vor, das ressortübergreifend erarbeitet und umgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Solch ein Landesjugendprogramm muss langfristig aufgebaut sein und auf aktuelle Problemlagen junger Menschen eingehen. Weiterhin muss die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht Alibi charakter haben, sondern praktisch erlebbar werden. So hat der Landesjugendring, wie auch den Beiträgen in den Zeitungen zu entnehmen war, eine umfassende Beteiligungskampagne gestartet. Unter dem Motto „Misch dich ein!“ wird zur Zeit die Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vorbereitet, bei der Kinder und Jugendliche im Herbst ihre Forderungen artikulieren können. Das Konzept sieht dabei gerade die kommunale Beteiligung als Hauptaufgabe. So sollen Moderatoren nach skandinavischem Vorbild Beteiligung in den Kommunen ermöglichen, wie es auch schon in der Koalitionsvereinbarung formuliert ist. Um auf Landesebene ein deutliches Signal zu setzen, schlage ich Ihnen die volle Unterstützung des Landtages zu dieser Kampagne vor.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

und fordere die Einsetzung eines Kinder- und Jugendobhutsmanns beziehungsweise einer -frau nach skandinavischem Modell.

Wir sind heute die jüngste Region Deutschlands und eine der jüngsten Regionen in Europa. Das wird sich bis 2015 grundlegend geändert haben. Dann sehen Umfragen Mecklenburg-Vorpommern nämlich als älteste Region in ganz Europa. Um das zu verhindern und Mecklenburg-Vorpommern nicht handlungsunfähig zu machen, gilt es jetzt zu handeln. Wir müssen unseren Kindern und Jugendlichen das Gefühl geben, dass sie gebraucht werden und dass sie Mecklenburg-Vorpommern gestalten können. – So weit der Landesjugendringsprecher Jörn Richter zu dieser Aktuellen Stunde.

Lassen Sie mich noch anfügen, meine Lampe leuchtet heute überraschenderweise noch nicht: Das, was hier gesagt worden ist, gilt selbstverständlich nicht nur für die in unserem Land lebenden deutschen Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die mit anderer Nationalität. Auch ihnen, die hier geboren und eingeschult wurden, die hier ihre Schul- und Lehrausbildung absolvieren oder, kurz gesagt, die hier groß geworden sind, auch für diese Kinder und Jugendlichen gilt das. Soll die junge Generation in

Mecklenburg-Vorpommern – und vielleicht auch folgende Generationen, denn einmal feststehende Vorurteile lassen sich nur schwer wieder abbauen – nicht weiter mit Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gleichgesetzt werden, sollte sie mit den so genannten Anderen und Fremden aufwachsen und leben lernen. Von hier aus können wir die Bedingungen dafür schaffen. Lassen Sie uns damit anfangen und Jugend mitgestalten, damit sie ihre Bedingungen schaffen kann. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bräunig.

Erhard Bräunig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Glawe, ich habe ein bisschen Schwierigkeiten damit, wenn man über Arbeitslosigkeit redet und behauptet, 24.000, nein, 40.000 Stellen, wie die Zahl war, weiß ich nicht mehr,

(Dr. Ulrich Born, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU: 24.000.)

24.000 Stellen haben wir mehr.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie haben bis '98 hier Verantwortung getragen, Sie hätten ja diese Richtung abwenden können.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja.)

Herr Glawe, kommen Sie, immer wieder ist es die gleiche Leier, die Sie hier auftragen.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Die Programme werden schon greifen.

Meine Damen und Herren, hier ist viel gesagt worden über Ausbildung und über Arbeitslosigkeit. Ich will das nicht mehr alles wiederholen, ich bin inzwischen wohl, ich weiß nicht, der zehnte, zwölfte Redner hier. Der Fakt ist der, dass in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich das Problem der Ausbildung gar nicht so steht, weil in keinem neuen Bundesland Betriebe so viel ausbilden wie in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Torsten Koplin, PDS)

Das ist einfach so und das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Ich meine auch, dass die Bemühungen der Landesregierung, auch der alten Landesregierung und der neuen Landesregierung, gerade in diesem Bereich einiges und vieles zu tun, doch gegriffen haben, so dass das Problem der Nichtausbildung eigentlich gar nicht so steht. Ich glaube, dass das doch recht zufriedenstellend ist.

Ich sehe das Problem eher in der darauffolgenden Arbeitslosigkeit und das ist wohl das viel Schlimmere. Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass praktisch das dringende Problem der Arbeitslosigkeit bei uns ansteht. Es lag Ende des vergangenen Jahres bei 50 Prozent der Jüngeren unter 25 Jahre, das heißt, es waren im Jahresdurchschnitt '99 circa 18.000 Jugendliche im Land ohne Arbeit. Wenn man sich die Zahl mal vor Augen führt, dann heißt es eigentlich, dass wir hier verdammt sind, die wirtschaftliche Basis so zu verstärken, dass die Wirtschaft mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann. Oft habe

ich den Eindruck, dass hier im Parlament doch gegenteilig gearbeitet wird, und ich meine, der nächste Haushalt wird es zeigen. Hier wird der Etat des Wirtschaftsministers sicherlich auch eine Rolle spielen. Dennoch muss es klar sein, Jugendliche, die den Einstieg in das Beschäftigungssystem nicht schaffen, haben oft für das gesamte Berufsleben mit Benachteiligungen zu rechnen. Das ist so.

Langzeitarbeitslosigkeit und daraus resultierende gesundheitliche Probleme, aber auch Armut im Alter sind häufig die Folge. Daher liegt unser Bemühen gerade darin, die Zahl der Jugendlichen zum einen ohne Schulabschluss und zum anderen ohne Ausbildung möglichst gering zu halten. Und hier, meine ich, ist auch die Schule gefragt, sind die Lehrer gefragt. Ich weiß nicht, ob es immer ernst genug genommen wird. Es soll keine Kritik sein, aber manchmal hat man den Eindruck, als wenn die Schüler nach zehn Jahren entlassen werden und, ich sage mal, die Abstimmung zwischen Wirtschaft und Universitäten noch viel zu schlecht ist, so dass die Kinder oft orientierungslos sind. Viele Jugendliche wissen heute überhaupt nicht, welchen Beruf sie nach der Schule ergreifen sollen. Hier ist eine Berufsfrühorientierung notwendig, in der gemeinsam mit den Schülern deren Qualität und Interessen herausgearbeitet werden sollen.

Ziel muss deshalb sein, dass Schule, Berufsberatung und Jugendsozialarbeit schon im Vorfeld von Berufsvorbereitung und Ausbildung ihre Zusammenarbeit verstärken. Hier gilt es, die Jugendlichen besonders auf interessante und zukunftssträchtige Ausbildungsberufe sowie Studiengänge aufmerksam zu machen, in denen Fachkräfte benötigt werden. Dazu gehören neben den IT- und Multimediaberufen auch die Dienstleistungsbranchen, aber ebenfalls die klassischen Berufe sowie die Landwirtschaft. Die Jugendlichen mit Abitur sollten verstärkt davon überzeugt werden, ein Studium aufzunehmen. Wir haben, zumindest in der letzten Zeit, den Prozess, dass immer mehr Berufe durch Abiturienten besetzt werden, die eigentlich durch Realschüler besetzt werden sollten. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Da gehen natürlich auch viele Ausbildungsplätze verloren.

Angesichts des schnellen gesellschaftlichen Wandels in der Industrie zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft wächst der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitnehmern. Besonders Ingenieure der Elektrotechnik und Informationsbranche, aber auch des Maschinenbaus werden benötigt. Hier zeichnen sich für Jugendliche mit Hoch- und Fachschulreife günstige beschäftigungssichernde Zukunftsperspektiven ab.

Wenn wir hier besonders von den zukunftsweisenden Berufen in den IT- und Multimediabereichen reden, dann zeigt die diesjährige Shell-Studie, dass ein Technikinteresse von Jugendlichen auch vom Bildungsniveau abhängig ist. Höhere eigene Bildung – und das ist hier schon mal gesagt worden, schon öfter gesagt worden – geht häufig auch mit einem höheren Technikinteresse einher. Daher heißt es, hier ist neben einer guten Schulausbildung auch die verstärkte Förderung technischer Interessen notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ab 2005 werden viele Erwerbstätige aus Altersgründen ausscheiden und nur wenige junge Menschen die Schule verlassen. Hier wird ein deutlich steigender Bedarf an Fachkräften entstehen. Das heißt, für junge Leute von heute bedeutet das Perspektiven, die sie nutzen können, indem sie sich

qualifizieren und für die sich ständig verändernden Erfordernisse der Wirtschaft offen zeigen.

Die rote Lampe blinkt, ich bin gleich fertig.

Berufliche Perspektiven ergeben sich besonders für junge Menschen immer wieder auch in der Existenzgründung, das ist hier angesprochen worden von Herrn Glawe, da haben Sie natürlich Recht. Hierbei müssen sie unterstützt werden. Es muss ihnen die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Fähigkeiten und damit die Grundlagen ihrer eigenständigen Existenz zu entwickeln. Gute Beispiele hierfür sind Schülerfirmen und die Technologie- und Gründerzentren im Land. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Holter ist leider nicht hier, aber ich glaube, er hat eine gute wirtschaftspolitische Rede gehalten. Die Shell-Studie zur Jugend in Deutschland mit ihrer Grundaussage „Die Jugend ist zuversichtlich.“ ist eine Aussage, auf die wir denken aufbauen zu können. Das heißt doch vor allem für uns, dass die Jugend für sich und ihre Zukunft trotz aller Probleme Perspektiven sieht. Diese Sicht und die damit verbundene Einstellung der Jugend ist ein wichtiger Baustein für unser aller Zukunft.

Eine Jugend, die sich im Wesentlichen in dieser Gesellschaft, in dieser parlamentarischen Demokratie wohlfühlt, hat doch erkannt, dass es sich lohnt, einerseits Bewährtes, also Grundwerte zu bewahren und andererseits das zu verändern, was aus ihrer Sicht verändert werden muss. Das heißt für mich, dass die Jugend mit beiden Beinen im Leben steht und nicht zu sehr nach links und nach rechts abdriften wird. Wir können also mit dieser Jugend gelassen in die Zukunft blicken. Wer sich wohlfühlt, der setzt natürlich auch auf Werte und Bewährtes, und das heißt doch auch, dass die politische Zukunft unseres Landes nicht lange bei Rot-Grün liegt.

Neben diesen positiven Aspekten möchte ich aber trotzdem auch die Problembereiche ansprechen. Unser gemeinsames Ziel muss es bleiben, Jugendliche, die mit dieser Gesellschaft oder mit unserem geltenden Recht in Konflikt kommen, wieder so in die Gesellschaft zu integrieren, dass sie sich einfügen und wieder eine Perspektive haben. Ich meine, auch das ist eine große Herausforderung, weil in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil der jugendlichen Straftäter steigt. Besonders bedrückend sind dabei die brutalen Gewalttaten, mit denen wir immer wieder konfrontiert werden. Wir werden uns damit abfinden müssen, dass ein geringer, sehr geringer Prozentsatz für die Gesellschaft verloren ist. Vor denen müssen wir unsere Bürgerinnen und Bürger schützen. Dazu gibt es keine Alternative. Wir sind aber der Überzeugung, dass wir den größten Teil der Jugendlichen, die vorschnell in eine Ecke gestellt wurden und werden, durch eine vernünftige und erfolgreiche Präventionsarbeit wieder für uns, also für die Gesellschaft gewinnen können. Das ist eine ganz wesentliche Herausforderung, um auch diesen Jugendlichen eine Zukunft zu sichern. Die Kriminalprävention vor Ort, die direkten Angebote vom sportlichen bis zum kulturellen Bereich, sind aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Beitrag dazu.

„Sport statt Gewalt“, das erfolgreiche Präventionsprojekt, ist von uns nach dem Lichtenhagener Krawall als Polizeisport gegen Gewalt initiiert worden und dafür gab es mehrere gute Gründe. Die damaligen Gewalttaten, die Aggressionsbereitschaft in größeren Gruppen waren erschreckend. Leib und Leben von Ausländern und Polizisten waren gefährdet. Aber es waren auch immer einzelne extreme Täter, die sich hervorgetan haben und denen andere in der Gruppe folgten. Im Übrigen waren die Hardliner unter den Gewalttouristen zu finden, nicht unter den Einheimischen. Und wir wollten mit diesem Projekt auch beweisen, dass die Jugendlichen in Lichtenhagen eben nicht diese Rechtsextremisten sind, zu denen sie durch Politiker und Medien abgestempelt wurden. Wer mit der Polizei auf die Matte geht, der hat seine Zukunft Gott sei Dank noch nicht verspielt. Der Erfolg hat uns Recht gegeben. Die Jugendkriminalität konnte drastisch verringert werden. Das ist im Übrigen ein großer Erfolg der Arbeit von Dieter Hempel in der Polizeidirektion Rostock.

Ich meine, dass wir auch auf den Großteil der so genannten Rechtsextremen zugehen sollten, um sie in attraktive Maßnahmen einzubinden. Nach meinen Erfahrungen sind das nicht nur unverbesserliche Rechtsextremisten, sondern vielfach Jugendliche, für die es sich lohnt, Projektarbeit vor Ort voranzutreiben. Hier sehen wir noch einen weiteren Schwerpunkt unserer zukünftigen Präventionsarbeit. Nach den guten Erfahrungen mit „Sport statt Gewalt“ war ein Präventionsangebot für jene Problemjugendliche überfällig, deren Interesse mehr im Bereich Kunst und Kultur liegt. Mit „Kunst statt Gewalt“ ist es uns gelungen, auch für diese Jugendlichen ein attraktives Angebot zu machen. Illegale Sprayer oder verurteilte Sprayer und jugendliche Straftäter mit künstlerischen Neigungen werden dabei in Projektgruppen mit den besten Sprayern Europas, namhaften Künstlern und Sozialpädagogen zusammenarbeiten. Ziel ist es, sie damit aus der illegalen Szene zu lösen. Gleichzeitig ergeben sich damit aber auch Berufsperspektiven im künstlerischen Bereich. Die bisherigen Erfahrungen geben uns Recht.

Mein Dank gilt hierbei auch dem Innenministerium und dem Kultusministerium für die offenen Türen. Ich hoffe, dass wir auf dem wichtigen Feld der Prävention die zukünftigen Herausforderungen erkennen und gemeinsam für die Zukunft, wenn ich mal so sagen darf, unserer Problemkinder in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten. Wir werden unsere erfolgreichen Präventionsprojekte weiter vorantreiben und erwarten die Unterstützung der Landesregierung. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplin von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplin.

Torsten Koplin, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe versucht, mich dem aktuellen Thema zuzuwenden, indem ich mir die Frage gestellt habe: Welche Sichtweise haben junge Menschen, die zur Wende gerade dem Kindesalter entwachsen, auf die jetzige Realität? Das ist ja ein Punkt, der mit der Shell-Studie so nicht gegriffen wurde, und ich bin da zu folgenden Erkenntnissen gekommen:

Erstens. Die Deutsche Einheit ist eine Selbstverständlichkeit für die jungen Menschen in unserem Land geworden.

Zweitens. Das vergangene Gesellschaftsmodell hat an Anziehungskraft fast vollständig verloren, aber es gibt eine kritische Distanz zur jetzigen Wirtschafts-, Sozial- und Jugendpolitik.

Drittens gibt es ein Bejahen der Wende, aber es gibt auch eine Sicht darauf, dass gesagt wird, das Herstellen der inneren Einheit liegt noch in weiter Zukunft.

Und viertens. Oft werden nur geringe Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung gesehen. Ebenso wird von Defiziten im Erleben von sozialer Gerechtigkeit gesprochen.

Viele Einschätzungen sind in den vergangenen Jahren Wandlungen unterworfen gewesen. Zwei Einschätzungen sind meines Dafürhaltens jedoch geblieben:

Erstens. Junge Menschen wollen gebraucht werden, wollen in eigener Sache beteiligt sein, wollen beruflich wie privat in diesem Land eine Perspektive haben.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Und zweitens. Nicht politische Rhetorik und Versprechungen, sondern persönliches Erleben der Realität sind entscheidend.

In der Thematik der Aktuellen Stunde heißt es ja „Herausforderung“. Aus meiner Sicht besteht die Herausforderung darin festzustellen, dass eine Politik notwendig ist, eine politische Realität, die da heißt: Hier haben junge Menschen eine Perspektive, hier werden junge Menschen gebraucht und hier bestimmen sie mit. Dieses Land hat nur eine Zukunft, wenn junge Menschen hier ihre Zukunft auch sehen. Dazu ist es notwendig, für die berufliche Zukunft zu sorgen. Und ich sehe es völlig anders als Herr Riemann, Herr Glawe und Herr Seidel vorhin. Ich unterstütze die Aktivitäten der Landesregierung in Sachen „Jugend baut“

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe ja nicht gesagt, dass wir nicht unterstützen.)

oder, wie wir heute gehört haben, zur Förderung moderner Berufe, denn gerade moderne Berufe bergen ja Potentiale in sich zur Beschäftigungsförderung in diesem Land für Kommunikationstechnologien und wissensintensive Dienstleistungsbereiche.

Zweitens ist es notwendig, gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West als Anspruch aufrechtzuerhalten.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Georg Nolte, CDU)

Die Sozialministerin sieht das nicht anders und zum Landeshygieneinstitut werden wir morgen noch reden. Das ist eine sehr intelligente Lösung, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Der Anspruch heißt aber „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und daran sollten wir festhalten.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Drittens. Mecklenburg-Vorpommern muss eine erste Adresse in Sachen Bildung und Qualifikation sein. Ich unterstütze in der Beziehung das Handeln der Landesregierung, über ein Qualitätssicherungskonzept der Schulen zu einem Qualitätssicherungsprogramm zu kommen.

Und viertens ist es notwendig, eine umfassende Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsfindungsprozessen.

zessen zu organisieren. Der Landtag sollte, da stimme ich Herrn ... Die rote Lampe ist das Schlimmste, was es gibt in diesem Landtag.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS –
Heinz Müller, SPD: Ein Zwischenruf
von Riemann ist schlimmer.)

Ich komme zum letzten Satz. Der Landtag sollte die Beteiligungskampagne, mein Kollege Schädel hat das bereits gesagt, des Landesjugendringes unterstützen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzesentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 3. Dezember 1998 zur Änderung des Abkommens vom 16. und 17. Dezember 1993 über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts, Drucksache 3/932, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses, Drucksache 3/1238.

**Gesetzesentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen
vom 3. Dezember 1998 zur Änderung des
Abkommens vom 16. und 17. Dezember 1993
über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 3/932 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Sozialausschusses**
– Drucksache 3/1238 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 3. Dezember 1998 zur Änderung des Abkommens vom 16. und 17. Dezember 1993 über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts auf Drucksache 3/932. Der Sozialausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1238, den Gesetzesentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzesentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzesentwurfes der Landesregierung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzesentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzesentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/932 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzesentwurf bei einer Stimmenthaltung auf Seiten der CDU-Fraktion ansonsten einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Erste Lesung des Gesetzesentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Tierschutzrechts, Drucksache 3/1199.

**Gesetzesentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten
auf dem Gebiet des Tierschutzrechtes (Tierschutzzuständigkeitsgesetz – TierSchZG M-V)**
(Erste Lesung)
– Drucksache 3/1199 –

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Backhaus. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Wiedervereinigung trat in den neuen Bundesländern ein vergleichsweise, und das ist sehr positiv zu bewerten, modernes Tierschutzrecht in Kraft. Das war allerhöchste Zeit, denn in den Jahren zwischen 1945 und 1990 waren Tiere, insbesondere die Tiere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, rechtlich leider nur unzureichend geschützt. Der einzige Schutz galt, wie wir wahrscheinlich alle wissen, dem Hauptproduktionsmittel Boden oder Tier zur Ernährungssicherung der Bevölkerung oder als Gesellschaftstier zur Unterstützung der Reproduktion der Arbeitskraft.

Seit dem 03.10.1990 gelten nun auch für Mecklenburg-Vorpommern die ethischen Grundlagen zum Schutz aller Mitgeschöpfe. Das neue Tierschutzrecht habe ich persönlich aus tiefstem Herzen begrüßt, da nun die Verantwortung des Menschen für das Tier verbindlich vorgeschrieben ist. Ich glaube, Mecklenburg-Vorpommern hat in dieser Frage auch nach wie vor noch einiges zu leisten.

Die modifizierte Formulierung des Paragraphen 90a des Bürgerlichen Gesetzbuches setzt ein deutliches Signal dafür, dass der Tierschutz eine ethische und auch insbesondere moralische Verpflichtung in unserer Gesellschaft ist, zeigt sich doch auch der Umgang mit den Tieren als ein Spiegel in unserer Gesellschaft. Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist in diesem Zusammenhang sehr deutlich ausgefallen. Danach wurde entschieden, dass nicht jede wirtschaftliche Erwägung bei der Tierhaltung einen vernünftigen Grund im Sinne des Paragraphen 1 des Tierschutzgesetzes für die Zufügung von Schmerzen der Nutztiere darstellt. Diesem Gedanken entspricht auch das tatsächlich jahrelange Bemühen der Tierschützer in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, nämlich den Tierschutz im Grundgesetz fest zu verankern. Das würde unter anderem die Durchsetzung vieler Tierschutzvorschriften bis in die höchsten Gerichtsinstanzen hinein deutlich erleichtern. Allerdings muss ich hier noch einmal betonen, dass auch eine Flut von rechtlichen Grundlagen den Tierschutzgedanken nicht weiter voranbringt, wenn man es nicht tatsächlich selber will, wenn Respekt, Ehrfurcht und insbesondere die Liebe vor dem Tier nicht fest und tatsächlich in unseren Wertvorstellungen verankert werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Zum Tier, die Liebe zum Tier. Sie haben gesagt, vor dem Tier.)

Zum Tier, ja. Das ist ein gutes Stichwort, Herr Dr. Born.

Wir haben ja so manche Diskussion hier in der Vergangenheit geführt. Ich erinnere an Neubukow oder verschiedenste andere Maßnahmen, wo leider gerade aus dem christlichen Lager die Vorstellungen doch erheblich anders waren.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Der Tierschutz hat im Landwirtschaftsministerium und damit in dem von mir zu verantwortenden Haus und für mich persönlich einen sehr, sehr hohen Stellenwert. Konsequenterweise habe ich dem Tierschutz in dem Agrarkonzept 2000 eine besondere Priorität eingeräumt. Mein Ziel der Agrarpolitik ist ganz klar eine tierschutzgerechte Produktion, die den Ansprüchen der Verbraucher neben preisgünstigen Lebensmitteln, aber insbesondere mit einer hohen Qualität gerecht wird. Es gehört zum tierhalterischen Selbstverständnis, landwirtschaftlichen Nutztieren ein artgerechtes Verhalten zu ermöglichen und jedes tatsächliche vermeidbare Leid von ihnen fernzuhalten. Eine solche Einstellung kommt nicht nur den Tieren selbst zugute, sondern ist aus meiner Sicht eine hohe moralische Pflicht. Sie fördert darüber hinaus auch die Akzeptanz für landwirtschaftliche Produktionsweisen und damit für den Agrarbereich insbesondere und leistet einen außerordentlich wichtigen Beitrag für das positive Image unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Bilder von Mutterkühen – ich weiß nicht, ob dem einen oder anderen so etwas schon einmal aufgefallen ist –, wenn diese auf Winterweiden zum Teil bis zum Bauche im Morast versinken, sollten in diesem Zusammenhang auch unbedingt der Vergangenheit angehören. Zum Glück, und das betone ich an dieser Stelle, sind dieses Ausnahmen. Sie fallen uns aber leider besonders ins Auge. Deshalb müssen wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass solche Dinge nicht mehr passieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den letzten Jahren ist schrittweise tatsächlich einiges im Sinne des Tierschutzes und seines angemessenen Stellenwertes dazu erreicht worden. Hier einige Beispiele, so die weitere Senkung der Zahl der Tierversuche und der verwendeten Tiere in Mecklenburg-Vorpommern, die Kapazitäts- und Ausstattungsverbesserung der Tierheime in Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin dem Parlament außerordentlich dankbar, dass wir in diesem Jahr wieder 200.000 DM zur Verfügung haben, um gezielt Investitionen in diesem Bereich voranzubringen. Ich erinnere an die Sachkundelehrgänge nach dem Tierschutztransport und der Tierschutzschlachtverordnung und insbesondere im Zoofachhandel. Ich erinnere an die verbindlichen Gespräche – und dafür bin ich sehr dankbar – zur Einführung des Tierschutzes in den Schulunterricht, auch hier in gemeinsamer ressortübergreifender Zusammenarbeit, und die erfolgreich durchgeführten Landeswettbewerbe zur artgerechten Nutztierhaltung. Ich glaube, auch dieses ist ein Beweis dafür, dass wir es tatsächlich mit dem Tierschutz in Mecklenburg-Vorpommern sehr, sehr ernst nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Mein erklärtes Ziel ist es, dieses Schrittempo weiter deutlich zu erhöhen. Nach der jüngsten Novellierung des Tierschutzgesetzes vom 25. Mai 1998 wurde jedoch deutlich, dass die bisher geltende Tierschutzzuständigkeits-

verordnung aktualisierungsbedürftig ist. Weil das neue Tierschutzgesetz auch einige neue Aufgaben beschreibt, die originäre Aufgaben der Kreisordnungsbehörden darstellen, muss die neue Zuständigkeitsregelung gemäß Paragraph 72 Absatz 3 der Landesverfassung per Gesetz erfolgen.

In der Hauptsache bleiben aber, und das will ich hier noch einmal deutlich herausstreichen, die Landräte und Oberbürgermeister die zuständigen Behörden. Die neu hinzukommenden Aufgaben sind vor allem Zuständigkeiten für weitere Tierhaltungserlaubnisse oder auch Sachkundebescheinigungen oder Bescheinigungen und Kontrollen. Neben der genannten Aufgabenerweiterung für die Kommunalbehörden möchte ich besonders auf die einzige tatsächliche Zuständigkeitsänderung hinweisen. Bisher war das Ministerium als oberste Landesbehörde insbesondere für die Abschnitte 4 bis 7 und 11 des Tierschutzgesetzes zuständig. Diese besonderen Aufgaben im Zusammenhang mit Tierversuchen in Mecklenburg-Vorpommern sollen nun zweckmäßigerweise und im Sinne der Funktionalreform in meinem Ministerium auf das Landesveterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt als Landesoberbehörde übertragen werden. Damit bleibt die Gleichbehandlung aller Antragsteller innerhalb des Landes und auch darüber hinaus möglich.

Die Voraussetzung für die erforderliche wissenschaftliche Bearbeitung der Tierversuchsanträge beziehungsweise -anzeigen wird sogar damit noch erheblich verbessert. Das wird langfristig auch dem Wissenschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern zugute kommen und Sie wissen ja, dass wir hier an einem doch hoffentlich zukunfts-trächtigen Projekt im Sinne der weiteren Entwicklung gerade von Wissenschaftsstandort und Entwicklungsstandort Mecklenburg-Vorpommern vorankommen wollen.

Abschließend will ich nicht unerwähnt lassen, dass die Zuständigkeit für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für betäubungsloses Schlachten – vielfach bekannt unter dem Begriff des Schächtings – aufgrund der Sensibilität der Thematik auch weiterhin von der obersten Landesbehörde entschieden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Eine Alternative zu dem vorliegenden Gesetzentwurf ist nicht zu erkennen. Für die öffentlichen Haushalte entstehen im Übrigen damit keine Kosten. Insofern bitte ich Sie, den Gesetzentwurf in den Ausschüssen möglichst zügig zu beraten, um somit auch und insbesondere einen außerordentlich wichtigen Beitrag zum Tierschutz innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu leisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schwebs.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung zur Regelung von Zuständigkeiten im

Bereich des Tierschutzes ist nach Ansicht der Fraktion der PDS plausibel und mit großer Sicherheit praktikabel. Da dieses Gesetz im Wesentlichen die Anpassung landesrechtlicher Bestimmungen an die neuen Bedingungen nach dem novellierten Tierschutzgesetz ist, handelt es sich im Großen und Ganzen um einen verwaltungstechnischen Akt, der hier zu vollziehen ist. Es stellt sich also eher die Frage, ob wir der vorgeschlagenen Aufgabenstruktur zustimmen. In diesem Zusammenhang folgen wir der Argumentation der Regierung.

Es ist ratsam, die neuen Aufgaben zur Umsetzung des novellierten Tierschutzgesetzes weitgehend auf die Landkreise und die kreisfreien Städte zu übertragen. In den zuständigen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern, bei den Landräten beziehungsweise Oberbürgermeistern ist schon in der Vergangenheit gute Arbeit auf diesem Gebiet geleistet worden. Die vorhandene personelle Ausstattung und Fachkompetenz der Ämter ist gut geeignet, die neuen Aufgaben des Tierschutzes zu erfüllen, sei es auf dem Gebiet der Beaufsichtigung von Einrichtungen und Betrieben, die gewerbsmäßig Tiere transportieren, der Erteilung einer Erlaubnis zum Halten von Tieren in Zoologischen Gärten oder der Erlaubniserteilung für das Ausbilden von Hunden zu Schutzzwecken für Dritte. Gleichsam erscheint es uns sinnvoll, die neuen Aufgaben im Bereich Tierversuchswesen in die Kompetenz des Landesveterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamtes zu übertragen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle bietet es sich eigentlich an, Sie wegen der Überschaubarkeit der vorliegenden Drucksache um Zustimmung zu bitten und das Rednerpult freizugeben. Aber die Gelegenheit ist günstig, ein Stichwort aufzugreifen, das ich mir gerade in geschickter Weise selbst zugespielt habe – nämlich Tierversuchswesen.

Zweifelsfrei hat die Novellierung des Tierschutzgesetzes im Mai 1998 schon einige wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet des Tierschutzes gebracht. Dennoch bleibt das Tierversuchswesen nach wie vor äußerst umstritten und liefert gegenwärtig die aktuelle Kulisse für mehrere parlamentarische Initiativen auf Bundesebene. Noch in dieser Woche wird im Bundestag über Anträge von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS debattiert, die zum Inhalt haben, dass der Tierschutz als verfassungsrechtlich geschützter Belang in das Grundgesetz aufgenommen wird. Damit würde der Tierschutz in Deutschland endlich einen höheren Stellenwert gegenüber anderen geschützten Rechtsgütern, wie etwa der Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit, der Berufsfreiheit und der Eigentumsgarantie, erhalten.

Den Kritikern aus der Opposition sei erklärt, dass dieser Antrag Tierversuche nicht verbieten will. Wohl soll er aber dazu beitragen, dass unnötige Tierversuche unterbleiben und alternative Versuchsmethoden gefördert werden und sich entwickeln können. Zur Aufnahme des Tierschutzes als verbindliches Staatsziel in die Verfassung bedarf es bekanntlich einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag. Doch das scheint am Widerstand von CDU und CSU zu scheitern. Deshalb möchte ich insbesondere Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ermuntern, Ihren bescheidenen Einfluss auf Ihre Bundestagsabgeordneten geltend zu machen, dass dieses Ziel doch noch zu erreichen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Müller.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tierschutz wird in der Bevölkerung zu Recht sehr emotional diskutiert und auch in diesem Parlament haben Probleme des Tierschutzes von der ersten Legislaturperiode an eine große Rolle gespielt. Es gab zahlreiche Initiativen, die Wirkung gezeigt haben. In fast allen Haushaltsberatungen gelang es, Haushaltsmittel für den Tierschutz zu erstreiten. Ich erinnere mich auch an die auf den verschiedenen Ebenen des politischen Lebens geführten Diskussionen um die Käfighaltung von Legehennen im Zusammenhang mit der Legehennenhaltung in der Großanlage in Neubukow, der Minister hat ebenfalls darauf hingewiesen.

Wie Sie wissen, hat es hier entsprechende Entwicklungen im Interesse tierschutzgerechter Haltungsbedingungen gegeben, wenn auch das Ziel, das endgültige Verbot der Käfighaltung, noch nicht erkämpft werden konnte. Oder denken Sie an die über die Medien veröffentlichten Bilder grausamer Tierquälerei bei Transporten von Lebewild oder an Tierversuche, die den Tieren große Schmerzen bereiten.

Die 1998 erfolgte Novellierung des Bundestierschutzgesetzes wurde seitens der SPD im Bund und im Land lange gefordert. Die CDU hat unter ihrer damaligen Regierungsverantwortung leider sechs Jahre gebraucht, um diese Novellierung auf den Weg zu bringen. Glücklicherweise ist es über den Vermittlungsausschuss seinerzeit gelungen, originäre SPD-Vorstellungen im Vermittlungsverfahren durchzusetzen. Davon sind unter anderem zu nennen:

- die Ermächtigung für das Bundesministerium, das Verbringen von Tieren oder deren Einfuhr nach Deutschland von der Einhaltung von Tierschutzbestimmungen abhängig zu machen,
- der Sachkundenachweis, der auf Personen auszudehnen ist, die gewerbs- oder berufsmäßig Tiere betäuben oder töten,
- das Verbot der Aggressionsdressur und der Aggressionszucht
- sowie die Einführung eines Zentralregisters für Zirkusbetriebe und Tierschauen, um den Tierschutz auch dort verstärkt durchzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz Verbesserung im Tierschutzrecht sind noch etliche Hintertüren offen geblieben. Der Käfighaltung für Legehennen steht, wie bereits gesagt, auch durch diese Novellierung grundsätzlich noch nichts im Wege. Tierversuche können durch Rechtsverordnungen wieder zugelassen werden und jeder Tierversuch, der nicht innerhalb von zwei bis drei Monaten untersagt wurde, gilt zukünftig als genehmigt. Dennoch sind die behördlichen Verantwortlichkeiten für den Schutz der Tiere beträchtlich gestiegen. Die Landesregierung hat daher von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die Zuständigkeiten per Gesetz, wie es die Landesverfassung vorschreibt, auf verschiedene Ebenen zu verlagern, das heißt auf die Landkreise, die kreisfreien Städte, das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei sowie auf das Landesveterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamt Mecklenburg-Vorpommern.

Aufgabe der Behörde soll es nunmehr sein, die per Gesetz erreichten Verbesserungen in hoher Qualität von der Papierform auf die Praxis im Interesse des Tiereschutzes zu übertragen. Das dem Parlament im Entwurf der Landesregierung vorliegende Tierschutzzuständigkeitsgesetz trägt diesem Anliegen Rechnung.

Namens der Fraktion der SPD beantrage ich die Überweisung des Entwurfes zur federführenden Bearbeitung in den Landwirtschaftsausschuss und zur Mitberatung in den Innenausschuss. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, wie eben auch vorgetragen wurde, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1199 zur federführenden Beratung an den Landwirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes, Drucksache 3/1202.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Ersten Gesetzes
zur Änderung des Gesetzes zur
Ausführung des Betreuungsgesetzes**
(Erste Lesung)

– **Drucksache 3/1202 –**

Das Wort zur Einbringung hat die Sozialministerin Frau Dr. Bunge. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer mehr erwachsene Menschen können ihre Angelegenheiten nicht selbst wahrnehmen und benötigen deshalb als gesetzliche Vertreter eine Betreuerin oder einen Betreuer. In Mecklenburg-Vorpommern sind es derzeit über 20.000 Personen. Exakt waren am 31.12.1999 bei den Amtsgerichten unseres Landes 20.444 Betreuungsverfahren registriert. Bei den betroffenen Menschen handelt es sich vorwiegend um ältere, aber auch psychisch Kranke und geistig behinderte Personen.

Unser Ziel ist es, die Qualität der beruflichen Betreuungsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern zu fördern. Die berufsbegleitende Fortbildung richtet sich an bewährte und erfahrene Berufsbetreuer. Ihnen sollen umfassende und fundierte Kenntnisse zur Bewältigung ihrer Aufgaben vermittelt werden. Zwar haben sich die meisten alten Bundesländer entschlossen, eine solche Fortbildung nicht anzubieten. Wie die anderen neuen Bundesländer auch halten wir dagegen entsprechende Regelungen für erforderlich. Das zeigt schon der von den Betreuungsvereinen und beruflichen Betreuern gemeldete Bedarf an Qualifizierung.

Uns war es zudem wichtig, dass Umschulung, Fortbildung und Prüfung im Land selbst durchgeführt werden. Die Betreuerinnen und Betreuer sollen nicht darauf verwiesen werden, nach Berlin, Magdeburg oder Hamburg

fahren zu müssen. Vor diesem Hintergrund ist der heute eingebrachte Gesetzentwurf zu sehen, mit dem eine Rechtsgrundlage für die Nachqualifizierung von beruflichen Betreuern geschaffen werden soll.

Die Inhalte der Fortbildungsmaßnahmen werden in einer noch zu erlassenden Rechtsverordnung durch das Bildungsministerium geregelt. Messlatte für Fortbildung und Prüfung ist ein dem Hochschulniveau vergleichbares Niveau, sofern von den Prüflingen nicht ausdrücklich eine mittlere, einem Lehrberuf vergleichbare Qualifikation gewünscht wird.

Mit den jetzt vorgelegten Regelungen wird es den erfahrenen und bewährten Berufsbetreuern, die zur Zeit nicht über eine einschlägige Ausbildung verfügen, auch in Zukunft möglich sein, im Betreuungswesen zu akzeptablen Bedingungen mitzuarbeiten. Nach der bundesrechtlichen Regelung erhält ein Betreuer, der für einen mittellosen Betroffenen bestellt ist, für seine Tätigkeit eine Vergütung aus der Staatskasse. Der Stundensatz beträgt grundsätzlich 31,50 DM. Betreuer, die eine Ausbildung an einer Hochschule abgeschlossen haben, zum Beispiel Juristen, Sozialpädagogen, Psychologen und natürlich auch jeweils die weiblichen Kollegen, erhalten dagegen 54 DM pro Stunde. Nach einer erfolgreichen Nachqualifizierung werden künftig auch andere Betreuer die höhere Vergütung erhalten können.

Besonders die anerkannten Betreuungsvereine, die vom Sozialministerium sowie den Kommunen für die Gewinnung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer gefördert werden, sind auf eine kostendeckende Refinanzierung der Bezahlung ihrer beruflichen Betreuer angewiesen. Sie können ihre Verpflichtung aus ihren Arbeitsverträgen nur erfüllen, wenn sie von der Staatskasse auch in der Höhe bezahlt werden, in der sie ihrerseits Kosten für Arbeitsplätze und Vergütungen ihrer professionellen Mitarbeiter haben. Das ist nur mit dem erhöhten Stundensatz möglich. Dass auch die langjährig im Betreuungswesen Tätigen Zugang zu diesem Stundensatz erhalten, wie es unser Gesetzentwurf vorsieht, ist ein Gebot der Fairness.

Das alte Vergütungssystem stellte vor allen Dingen auf den Schwierigkeitsgrad des Einzelfalles ab. Langjährig tätige Betreuer erwarben Erfahrungswissen und wurden bei der Übernahme von schwierigen oder sehr schwierigen Betreuungen von den Gerichten entsprechend höher bezahlt. Dies wird nach dem neuen bundesrechtlichen Vergütungssystem spätestens nach Ablauf der Übergangsfrist ab Mitte dieses Jahres nicht mehr möglich sein. Zukünftig wird einzig und allein auf die formale, durch Zeugnisse belegte Ausbildung des Betreuers abgestellt. Berufliches Erfahrungswissen zählt nicht mehr für die Eingruppierung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass wir uns im Bundesrat vergeblich gegen eine Neuregelung gewandt haben. Da sie nun dennoch Gesetz geworden ist, müssen wir einen Teil der Folgen mit der landesrechtlichen Regelung der Fortbildung und Prüfung beseitigen. Dies tut die Landesregierung mit der Vorlage des Gesetzentwurfes.

Der Gesetzentwurf schafft außerdem die Möglichkeit für die Betreuungsbehörden, die Mitteilungspflicht der beruflichen Betreuer auch erzwingen zu können. Das ist zurzeit nicht zweifelsfrei. Wir sind aber darauf angewiesen, Daten für die Planung des Betreuungswesens von den beruflichen Betreuern zu erhalten. Die Mitteilungs-

pflichten des Gesetzes dürfen daher nicht nur ein sanktionsloser Appell des Gesetzgebers bleiben, sondern auch eine rechtlich durchsetzbare Pflicht werden. Diese soll in das Landesausführungsgesetz zum Betreuungsgesetz eingefügt werden, um eine Zersplitterung der Ausführungsregelungen zu vermeiden.

Ich hoffe, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung Ihre Zustimmung finden wird und die Beratungen in den Landtagsausschüssen zügig vorangehen, damit möglichst bald in diesem Bereich weitergehende Rechtssicherheit für die langjährig beruflichen Betreuer und die Betreuungsvereine geschaffen wird. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Reinhard Dankert, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. König von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dr. König.

Dr. Arthur König, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum 1. Januar des letzten Jahres trat das Betreuungsrechtsänderungsgesetz in Kraft. Dadurch gelten neue Regelungen zur Vergütungsordnung von beruflichen Betreuern gegen die Staatskasse. Darauf wies ja schon die Sozialministerin Frau Dr. Bunge hin.

Erste praktische Erfahrungen im Umgang mit dieser Gesetzesänderung zeigen nun, dass es neben dem gewünschten Effekt der bundesweiten Vereinheitlichung und Gleichbehandlung der Betreuer und Betreuungsvereine durch Anbindung des Stundensatzes der Vergütung an eine einschlägige Qualifikation der Betreuer Benachteiligungen für die Betreuer in den neuen Bundesländern gibt. Diese Benachteiligungen liegen darin, dass durch die Gesetzesänderung es zu einer finanziellen Schlechterstellung kommt, da die vorhandenen Fachkenntnisse der Betreuer in den neuen Bundesländern in der Regel durch berufliche Erfahrung in der Praxis und durch Weiterbildung erworben wurden und nicht so sehr durch eine einschlägige, abgeschlossene Fachausbildung.

Meine Damen und Herren, um diesen Mangel zu beheben und den erfahrenen und kompetenten Betreuern weiterhin eine existenzsichernde Tätigkeit zu ermöglichen, sieht die vorliegende landesrechtliche Regelung eine bis zum 30. Juni 2002 befristete Möglichkeit zur Nachqualifizierung vor. Diese Nachqualifizierung soll federführend vom Bildungsministerium im Einvernehmen mit dem Sozial- und Justizministerium durch Rechtsverordnung geregelt werden.

Nach Angaben des Sozialministeriums besteht ein relativ hoher Bedarf an so einer landesrechtlichen Regelung, denn mit Stand vom Dezember 1998 haben sich von 204 Berufsbetreuern 164 zur Nachqualifizierung angemeldet. Es besteht bei der Gleichstellung der Betreuer in West und Ost Handlungsbedarf. Diesem Handlungsbedarf kommt die Landesregierung mit der Beschlussvorlage auf Drucksache 3/1202 nach.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass die Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf etwas Vernünftiges auf den Weg gebracht hat. Eine eingehende Diskussion der Ausgestaltung der Qualität und des Prozederes der

Nachqualifizierung soll im Rechts-, Sozial- und Bildungsausschuss erfolgen. Hier müssen dann auch die Regelungsvorschläge der Landesregierung auf ihre Durchsetzbarkeit und Qualität hin geprüft werden.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt der Überweisung der vorliegenden Drucksache in die oben genannten Ausschüsse zu. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. König.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Koburger von der Fraktion der PDS.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Wie schon erwähnt, haben wir es mit einem Ausführungsgesetz zum Betreuungsrechtsänderungsgesetz zu tun. Nur noch eine Anmerkung. Es ist wie bei vielen anderen Gesetzen, die die alte Bundesregierung erlassen hat: Nach relativ kurzer Zeit mussten wieder Änderungen geschaffen werden, um hier Fehler und Lücken auszubügeln. Ich denke, auch mit dieser Ausführung, die wir jetzt im Lande vornehmen, wird noch eine weitere Lücke mit geschlossen.

Diese Änderungen ergaben sich insbesondere aus rechtspolitischen Entscheidungslinien, die sich auf die Anpassung von Verfahrensbestimmungen an die Bedürfnisse der gerichtlichen Praxis richten sowie an das Bemühen, eine Neukonzeption der Vergütung von Berufsbetreuerinnen und -betreuern zu schaffen. Die verfahrensrechtliche Seite will ich bewusst vernachlässigen, da sie nicht Gegenstand des vorliegenden Gesetzentwurfes ist. Benennen möchte ich jedoch die Neuregelung der Vergütung von Betreuerinnen und Betreuern. Bekanntlich richtet sich diese Vergütung maßgeblich nach den nutzbaren Fachkenntnissen der -betreuerinnen und Betreuer. Der Gesetzgeber hat dafür drei einschlägige Qualifikationsstufen vorgegeben. Diesen einzelnen Stufen wurden jeweils Festbeträge der Vergütung zugewiesen. Die daran geknüpften Hoffnungen bei den betroffenen Berufsbetreuerinnen und -betreuern und den hinter ihnen stehenden Verbänden nach einer allgemeinen Erhöhung der Vergütung erfüllten sich jedoch nicht, so dass letztlich für die überwiegende Mehrzahl der Betreuerinnen und Betreuer die übernommenen Stundensätze der Vergütung die Festschreibung des Status quo bedeuten.

Die Neuregelung wirkte sich allerdings nachteilig insbesondere für die Betreuerinnen und Betreuer in den neuen Bundesländern aus. Hier haben Menschen unterschiedlicher Qualifikation als Quereinsteigerinnen und -einsteiger die Chance für eine neue Erwerbstätigkeit genutzt oder sind nach der Einheit andere Wege gegangen. Das Änderungsgesetz ließ jetzt nur noch die Vergütung gemäß einer entsprechenden Ausbildung zu. Jahrelange praktische Erfahrungen fanden dabei keinerlei Berücksichtigung. Um dem Rechnung zu tragen und keine Lücken in der Betreuung entsprechender Personen entstehen zu lassen – die Zahl hat ja Frau Bunge schon genannt –, bedarf es landesrechtlicher Regelungen über die Umschulung und Fortbildung von Berufsvormündern. Danach soll durch Landesrecht bestimmt werden, dass durch die Teilnahme an einer Umschulung oder Fortbildung mit abschließender

staatlich anerkannter Prüfung eine Nachqualifizierung der tätigen Betreuerinnen und Betreuer der Aufstieg in die Vergütungsgruppen ermöglicht wird. Weitergehende Zulassungsvoraussetzungen, Anforderungen an die Umschulung oder Fortbildung, die Art und der Umfang der zu erbringenden Prüfungsleistungen, das Prüfungsverfahren selbst und die Zuständigkeit durch das Landesrecht sind durch das Landesrecht näher zu regeln.

Dies liegt uns in Erster Lesung vor. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass das sehr zeitig geschehen ist. Formell betrachtet ist demzufolge das Gesetz ein Bereich für die Justiz und die Bildung. Jedoch sollten wir das Gesetz auch unter dem Blickwinkel sehen, dass das Betreuungsrecht grundlegender Korrekturen und Akzentverschiebungen bedarf in Richtung der Reform des Betreuungsrechtes von der justizförmigen zur sozialen Betreuung. Daher ist die Überweisung in den Sozialausschuss dringend geboten und demzufolge stimmen wir dem zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Koberger.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1202 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Sozialausschuss sowie an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Beratung des Tätigkeitsberichtes des Petitionsausschusses gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern – Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1999, Drucksache 3/1208.

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern: Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1999 – Drucksache 3/1208 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses Herr Grams von der Fraktion der CDU.

Friedbert Grams, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Petitionsrecht ist eines der wichtigsten verfassungsrechtlich verankerten Rechte der Menschen in unserem Land. Auch im Jahr 1999 machten viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes hiervon Gebrauch. Die große Bedeutung dieses Rechtes liegt im direkten Kontakt der Bürgerinnen und Bürger mit einem parlamentarischen Gremium. Was die Menschen über Petitionen an uns Volksvertreter herantragen, hat einen besonders hohen Stellenwert. Insoweit ist der Petitionsausschuss ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bürgern im Land, dem Parlament und der Regierung. Ich denke, man muss sehr großen Wert darauf legen, diese Verbindung zu pflegen, immerhin ermöglicht die Arbeit im Petitionsausschuss eine schnelle Rückkopplung über die

Auswirkungen von gesetzgeberischen Entscheidungen und Verordnungen der Landesregierung auf die Bürgerinnen und Bürger im Land.

Nach Artikel 10 unserer Verfassung hat jeder das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Über 2.100 Bürgerinnen und Bürger haben im Berichtszeitraum von diesem Recht Gebrauch gemacht und sich in über 500 Petitionen an den Petitionsausschuss mit der Bitte gewandt, ihr Anliegen zu beraten und nach Lösungsmöglichkeiten für die aufgeworfenen Probleme zu suchen. Dem darin zum Ausdruck kommenden Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger in das Petitionsrecht setzen, haben sich alle Mitglieder des Ausschusses bemüht in ihrer täglichen Arbeit gerecht zu werden. Für die Mitglieder des Petitionsausschusses bedeutet die Bearbeitung von Petitionen – gestatten Sie mir diese Bemerkung – viel beharrliche und intensive Arbeit, häufig über das normale Alltagsgeschäft hinaus. Für diese kompetente und engagierte Arbeit danke ich allen Ausschussmitgliedern recht herzlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Hannelore Monegel, SPD)

Bevor ich auf den vorliegenden Bericht zu sprechen komme, möchte ich außerdem den fleißigen und zuverlässigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschusssekretariates meinen besonderen Dank aussprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Auch in einer Zeit, in der durch krankheitsbedingte Ausfälle eine besonders schwierige Situation entstand, leisteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariates umfangreiche Vorarbeit und halfen jederzeit geduldig, Sonderwünsche der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r)n nach zusätzlichen Stellungnahmen und anderen Recherchen für die Vorbereitung der Beschlussempfehlungen zu erfüllen. Herzlichen Dank dafür auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen und all jenen, die uns bei der Lösung aktiv unterstützt haben. An dieser Stelle möchte ich mich persönlich und im Namen der Mitglieder des Ausschusses recht herzlich bei Herrn Pommerening, dem langjährigen Sekretär des Ausschusses, bedanken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Heike Lorenz, PDS)

Wir wünschen ihm für seine neue Tätigkeit viel Erfolg und alles Gute.

(Harry Glawe, CDU: Jawohl!)

Lassen Sie mich nun konkret auf den vorliegenden Bericht eingehen. Mit 502 Petitionen wurden im Jahr 1999 13,5 Prozent weniger Eingaben eingereicht als im Vorjahr. Erheblich zurückgegangen ist die Zahl der Eingaben zu Arbeitnehmerproblemen, im Bereich Vermögensfragen und im Bereich Bauwesen. Zuwächse waren 1999 im Bereich des Justizministeriums, Beschwerden über Gerichte, sowie des Sozialministeriums, Maßregelvollzug und Renten, zu verzeichnen.

Zur Klärung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wandte sich der Petitionsausschuss 1999 549-mal mit Stellungnahmeersuchen an die Landesregierung. Hierbei ist interessant, dass am häufigsten das Innenministerium um Stellungnahmen zu Eingaben, die dessen Geschäftsbereich betreffen, gebeten wurde. Auch das Sozialministerium und das Justizministerium wurden recht häufig um

die Abgabe einer Stellungnahme zu Petitionen gebeten. Die Stellungnahmen der Ministerien erwiesen sich als sehr zweckmäßig. In den Ausschussberatungen wurden die geladenen Vertreter der Landesregierung kritisch zu den einzelnen Petitionen befragt, um im Interesse der Petentinnen und Petenten eine Lösung zu finden beziehungsweise die getroffenen Entscheidungen, die zu der jeweiligen Petition geführt haben, zu verstehen.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, den Ermessensspielraum der rechtlichen Regelung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger voll auszuschöpfen,

(Beifall Harry Glawe, CDU: Richtig.)

jedoch lässt die geltende Rechtslage mitunter nur einen politischen Handlungsspielraum zu, den es stärker für die parlamentarische Arbeit zu nutzen gilt. Es muss festgestellt werden, dass auch im Berichtszeitraum 1999 viele Beschwerden beim Petitionsausschuss eingegangen sind, die sich mit der Gebühren- und Beitragsentwicklung in den Kommunen befassen. Offensichtlich gelingt es vor Ort vielfach immer noch nicht, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger so einzubeziehen, dass für sie die Entscheidungen in den Kommunen transparent und akzeptabel sind. Dieses ausgewählte Beispiel zeigt, dass jeder Abgeordnete, aber auch die Landesregierung oder die Entscheidungsträger vor Ort sowie die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus der Lektüre des Tätigkeitsberichtes Schlussfolgerungen für die Arbeit mit den Bürgern ziehen sollten.

An dieser Stelle sei eine etwas kritische Anmerkung gestattet. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns zu Recht, dass wir uns sehr zügig und konzentriert mit ihren Anliegen auseinandersetzen. In letzter Zeit war allerdings verstärkt zu beobachten, dass die Landesregierung häufig erst verspätet auf das Stellungnahmeersuchen des Petitionsausschusses reagiert hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist nicht in Ordnung. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich bitte die Ministerien sehr eindringlich, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Stellungnahmeersuchen des Petitionsausschusses vordringlich zu bearbeiten, eventuell nach Verbesserung für Verwaltungsabläufe zu suchen, um die Frist von einem Monat zu wahren.

Lassen Sie mich dennoch unterstreichen: Im Regelfall wurde der Petitionsausschuss im Rahmen seiner Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung sowie den ihnen nachgeordneten Behörden kompetent und engagiert unterstützt, so dass den Petenten in vielen Fällen geholfen werden konnte. Im Berichtszeitraum waren es 112 Fälle, bei denen dem Anliegen der Petentinnen und Petenten entsprochen werden konnte. Somit waren 24,1 Prozent der Eingaben erfolgreich.

Die Analyse der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger macht deutlich, dass immer noch typisch ostdeutsche Themen Anlass zur Abgabe einer Petition sind. So standen 15-mal offene Vermögensfragen, 17-mal Probleme im Zusammenhang mit der einmaligen Zuwendung nach dem Vertriebenenzuwendungsgesetz, 9-mal Fragen der Rehabilitation und 8-mal Probleme mit dem Rentenüberleitungsgesetz im Mittelpunkt von Petitionen. Vor diesem Hintergrund hat sich der Petitionsausschuss entschlossen, ein Treffen mit Vertretern ostdeutscher Petitionsaus-

schüsse in Schwerin anzuregen, um diese speziellen Schwerpunkte der Eingaben gezielt zu analysieren und zu diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zum Schluss meiner Rede, Ihnen nochmals die Lektüre des Tätigkeitsberichtes wärmstens zu empfehlen. Wir haben durch die Behandlung von Petitionen die Möglichkeit, Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern direkt in unser politisches Tagesgeschäft einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Menschen unseres Landes aber auch immer wieder ermutigen, von ihrem Petitionsrecht Gebrauch zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie, dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das Jahr 1999 Ihre Zustimmung zu geben. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grams.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Mahr von der Fraktion der SPD.

Beate Mahr, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Leider kann man wieder feststellen, dass der Plenarsaal recht leer ist, wenn es um Petitionen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Dies ist mehr als traurig, sind es doch gerade die Petitionen, die uns Parlamentariern Handlungsbedarf anzeigen.

Aber nun zum Bericht 1999. Trotz des häufigen Sekretärswechsels liegt uns ein ausgezeichnetes, klar gegliedertes und aussagekräftiges Papier vor.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Unser herzlicher Dank gilt den Mitarbeitern des Ausschussessekretariats. Wenn ich beim Danken bin, auch an dieser Stelle Dank und Anerkennung an die Mitglieder des Ausschusses,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Annegrit Koburger, PDS)

auch wenn ich mir bei einigen Kollegen der CDU tiefergründigere und kontinuierlichere Mitarbeit wünschen würde.

Es macht viel Arbeit, sich wöchentlich auf circa vier bis fünf Beratungen mit Regierungsvertretern und etwa sechs bis acht ausschussinternen Beratungen über Petitionen vorzubereiten. Aber das sind wir dem Vertrauen, das die Petenten uns entgegenbringen, einfach schuldig. Wo sonst tritt der Bürger mit uns Abgeordneten so direkt und unmittelbar in Kontakt wie im Petitionsausschuss?

Wenn uns auch 1999 mit 502 Petitionen 13,5 Prozent weniger Eingaben erreichten – der Vorsitzende hatte das auch schon in der Presse mitgeteilt –, lässt das nicht auf den Schwierigkeitsgrad der einzelnen Petitionen

schließen. Zwar geht die Zahl der einfachen zurück, es bleiben aber die schweren Fälle.

Hier ein Beispiel, aus Zeitgründen sehr gekürzt dargestellt: Ein Diplomlehrer, Fach ML, arbeitet bei einem freien Träger. Er hat sich in einem weiteren Lehrfach hoch qualifiziert. Das Bildungsministerium erkennt dies jedoch nicht an und will dem freien Träger den Zuschuss für den Diplomlehrer nicht zahlen. Zu dieser Petition hat der Ausschuss siebenmal getagt, davon zweimal mit Regierungsbeteiligung und einmal mit dem Bildungsträger. Der Bildungsausschuss hat sich dreimal mit der Petition beschäftigt, bis wir sie endlich im Zeitraum Juni bis Dezember zugunsten des Petenten abschließen konnten.

Dahinter, liebe Kolleginnen und Kollegen, verbirgt sich viel, viel Detailarbeit, Hartnäckigkeit und Bürgernähe der Mitglieder des Ausschusses.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Annegrit Koburger, PDS)

Für die Arbeitskreise der Koalition sind Petenten eben keine Querulanten oder lästige Briefschreiber. Im Gegenteil, die Arbeitskreise der SPD und PDS arbeiten bei der Lösung der durch die Petition aufgezeigten Probleme eng zusammen. Hier bewährt sich die Koalition.

Dem Bericht entnehmen Sie, wie oft der Ausschuss sich um Stellungnahmeersuchen an die Regierung gewandt hat. Ich danke auch hier für die merklich besser gewordene Qualität dieser Stellungnahmen. Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die ausgezeichneten Stellungnahmen des Justizministeriums zu Petitionen aus dem Strafvollzug.

Es ist wohl bedauerlich, wenn die Ministerien Fristverlängerung für Stellungnahmen beantragen müssen, aber andererseits verlangen wir Ausschussmitglieder auch Antworten mit Hand und Fuß. Ich glaube, wir können dem Parlament mit Stolz verkünden, dass etwa ein Viertel der Eingaben zugunsten der Petenten abgeschlossen werden konnten. Natürlich kann im Petitionswesen keine hundertprozentige Planerfüllung angestrebt werden, aber die Mitglieder des Ausschusses werden auch weiterhin mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Petenten arbeiten.

Wie Sie auch dem Bericht entnehmen können, gibt es eine sehr hohe Zahl von Petitionen, die sich mit Gebühren und Abgaben aus dem Bereich der Kommunen beschäftigen. Der Ausschussvorsitzende wies schon darauf hin. Hier sehe ich auch für die gewählten Vertreter der Kommunen eine Pflicht. Augenscheinlich genügt es nicht, Beitragssatzungen und Gebührenverordnungen im amtlichen Anzeiger zu veröffentlichen. Eine breite Diskussion in den Gemeinden und Kreisen wäre sicher hilfreich.

Eine umfassende Analyse, warum Petitionen aus den Landkreisen Güstrow, Uecker-Randow sowie aus den kreisfreien Städten Rostock, Schwerin und Neubrandenburg vergleichsweise hoch sind, hat der Ausschuss bisher noch nicht vorgenommen.

Gestatten Sie mir nun einen kleinen Blick über den Gartenzaun. Uns liegen regelmäßig die Berichte der Petitionsausschüsse aller Bundesländer vor. Während in den neuen Bundesländern die breite Palette des Lebens vom Bauantrag über Fragen zum Vermögen bis zum Wohngeld vertreten sind, sind die Petitionsausschüsse der alten Bundesländer zum überwiegenden Teil mit Petiti-

onen zum Asylrecht beschäftigt. Ich habe das nicht zu bewerten, kann aber doch ableiten, dass das Arbeitsspektrum in Mecklenburg-Vorpommern ein sehr breites ist.

(Peter Ritter, PDS: Weil es hier
nicht so viele Ausländer gibt.)

Ich wage auch die kühne Behauptung, dass das Vertrauen in die Demokratie in unseren Bundesländern keineswegs so erschüttert ist, wie die Umfragen, Zeitungs- und Fernsehberichte es uns ab und zu anzeigen wollen, sonst gäbe es nicht die hohe Zahl und das breite Spektrum der Eingaben. In diesem Sinne bitte ich die Regierung auch weiterhin um gute Zusammenarbeit. Uns Mitgliedern im Petitionsausschuss wünsche ich für die Zukunft den Idealismus, den wir brauchen, um mit den Aktenbergen fertig zu werden, last, but not least den Mitarbeitern des Sekretariats Ruhe und Gelassenheit mit den manchmal nicht einfachen Abgeordneten unseres Ausschusses. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Mahr.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Koburger von der Fraktion der PDS.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Auch ich möchte mich namens der PDS-Fraktion noch einmal ausdrücklich bei den fleißigen Bienenchen im Ausschussekretariat, aber auch bei den Ausschussmitgliedern bedanken. Ansonsten hätten wir vielleicht sogar eine Terminverlängerung beantragen müssen, was zum Glück nicht passiert ist, um diesen Tätigkeitsbericht hier heute beraten zu können.

Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, dass wir weniger Petitionen haben. Das wurde hier schon erwähnt. Es wäre allerdings ein Trugschluss, daran den tatsächlichen Arbeitsumfang der Mitglieder des Ausschusses oder des Ausschussekretariats messen zu wollen. Eine wesentliche Ursache liegt unseres Erachtens nach darin, dass geänderte rechtliche Regelungen in bestimmten Bereichen, die somit Grundlage für Petitionen waren, beseitigt wurden, wie zum Beispiel beim Rentenstrafrecht, oder teilweise beseitigt wurden. Des Weiteren haben Einwohnerinnen und Einwohner in den letzten Jahren schon mehr Erfahrungen – wenn auch nicht immer positive – sammeln können, wie, wo und wann sie sich mit unterschiedlichen Beteiligungsformen einbringen können, und tun dies auch. Ebenso sind die umfangreichsten strukturellen Veränderungen, die zum Teil zu einer großen Anzahl von Massenpetitionen geführt haben, abgeschlossen.

Dagegen sind die Inhalte der jetzt eingehenden Petitionen zumeist von sehr komplexer und komplizierter Materie, so dass der Ausschuss und im Vorfeld die Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) für den Abwägungs- und Entscheidungsprozess zum Teil langwierige Recherchen, Anhörungen et cetera durchführen müssen. Ich denke, diese gründliche Befassung und das gemeinsame Ringen im Ausschuss selber wie auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Verwaltungen der unterschiedlichen Ebenen hat zu zahlreichen positiven Entscheidungen im Interesse von Petentinnen und Petenten führen können. Um so schwieriger allerdings ist es, wenn trotz aller Bemühungen keine Abhilfe geschaffen werden kann.

Meine Damen und Herren! Wenn es auch kein generelles Mittel sein kann, so erweisen sich doch Überweisungen von Petitionen an die Landesregierung oder an die Fraktionen als sehr sinnvoll. Dies gilt insbesondere, wenn die angestrebten Lösungen nur durch politische Entscheidungen der Legislative oder der Exekutive erreicht werden und nicht im Ermessens- oder Entscheidungsspielraum einzelner Beamtinnen und Beamten liegen können.

Ebenso verhält es sich mit Anliegen, die einer sehr langfristigen und umfassenden Lösung bedürfen, noch dazu, wenn mehrere Ebenen und Entscheidungsträger darin eingebunden werden müssen. Als markantestes Beispiel dafür wäre hier die Massenpetition zur Auswertung der Kinderrechtswahl zu nennen. Hier müssen die unterschiedlichen Ebenen – Kommune, Land, aber auch Schulen – kooperativ in die Erarbeitung von Strategien, Programmen und Gesetzen eingebunden werden, um dem Anliegen gerecht werden zu können. Das gilt für die Forderungen nach einem breit gefächerten bezahlbaren Freizeitangebot ebenso wie bei der vorgebrachten Problematik der Gewalt in Familien oder an Schulen.

Die Sensibilisierung der Gesellschaft, das Erlernen friedlicher Konfliktlösungsstrategien oder gesetzliche Regelungen auf Bundesebene zur gewaltfreien Erziehung sind nur langfristig und in enger Zusammenarbeit zu erreichen. Auch die Überweisungen an den Petitionsausschuss des Bundestages stehen nicht als ledigliche Verweisung auf die andere Zuständigkeit, sondern haben schon zu Lösungen länderübergreifender Probleme geführt. So ist jetzt ein Gesetz der Bundesregierung im parlamentarischen Verfahren, das den durch Blutproben mit Hepatitis C infizierten Personen eine bessere rentenrechtliche Regelung und finanzielle Entschädigung sichert.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Damit konnte weitestgehend dem Anliegen von Petentinnen entsprochen werden, auch wenn der Umfang der finanziellen Entschädigung den Erwartungen der Betroffenen noch nicht gerecht wird.

Das waren nur einige wenige konkrete Beispiele, die das Wirken des Ausschusses als Ganzes in Kooperation mit anderen und dem Bundestag kenntlich machen.

Meine Damen und Herren! Aus dieser Kooperation der Petitionsausschüsse anderer Bundesländer wird deutlich, dass es im Zusammenhang mit den inhaltlichen Schwerpunkten erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt. An einzelnen Beispielen ist das hier dargelegt worden. Ich denke, dass hier zum großen Teil noch sehr unterschiedlichen Lebensverhältnissen in Ost und West Rechnung zu tragen ist. Frau Mahr hatte schon gesagt, bei uns spiegelt sich das bunte Leben wider. In den alten Bundesländern konzentriert es sich doch mehr auf Asyl- und Ausländergesetzgebung, wobei natürlich festzustellen ist, dass es dort insgesamt einen wesentlich höheren Anteil gibt als bei uns.

In den Tätigkeitsberichten der östlichen Bundesländer haben wir nach wie vor – und auch das wurde hier schon erwähnt – Probleme der Vermögensfragen, der Bodenreform oder Fragen zu Gebühren und Abgaben im kommunalen Bereich, die eine wesentliche Rolle spielen. Die Asylproblematik kann man schon fast als marginal bei uns bezeichnen. Da sollte man allerdings auch noch einmal hinterfragen – und ich habe zumindest die Erfahrung

gemacht, weil ich eine Berichterstatteerin auf diesem Gebiet bin –, dass viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber kaum oder gar keine Kenntnisse über ihre Rechte, eine Petition einreichen zu können, haben. Da müssten wir noch einmal überlegen, in welchen Formen man das hier bekannt machen kann.

Meine Damen und Herren! Vorab möchte ich noch auf eine andere Sache aufmerksam machen, die in diesem Tätigkeitsbericht noch keine Rolle spielen konnte, da die Petitionen noch nicht abgeschlossen sind. Der nächste Bericht wird sich sicherlich darauf beziehen. Zum Teil ist auf diese Problematik schon durch entsprechende Interessenverbände aufmerksam gemacht worden. Wir haben zunehmend mit Petitionen aus den unterschiedlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zu tun zum Thema Mobbing. Die Angst um den Arbeitsplatz entwickelt sich zu einem Konkurrenzkampf zwischen Kolleginnen und Kollegen. Dies führt augenscheinlich zu solchen brisanten Formen und hat mittlerweile ein solches Ausmaß angenommen, dass Betroffene uns als ihre letzte Chance, dem gegenzusteuern, ansehen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Beklagt wird, dass das Klima in den Kollektiven unerträglich wird und auch Auswirkungen auf die Arbeits- und Leistungsfähigkeit in negativer Hinsicht zeigt. Diesen Vorgriff habe ich ganz bewusst gewählt, damit in den Fraktionen wie auch in den Ministerien Überlegungen angestellt werden können, mit welchen Strategien wir dieser Entwicklung begegnen können.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Ich weiß, wenn wir nicht so viele Arbeitslose und nicht das Problem dieses Damoklesschwertes Arbeitslosigkeit hätten, würde es diese Entwicklung nicht geben. Aber wir haben es nun einmal und wir müssen dem gegensteuern. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Koburger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Nitz von der Fraktion der CDU.

Thomas Nitz, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will den Ball mal gleich aufgreifen, das Thema Mobbing. Mobbing findet ja sehr verbreitet gerade im öffentlichen Dienst statt, sehr verbreitet in helfenden Berufen, das heißt in Berufen, in denen die Angst um den Arbeitsplatz eigentlich nicht so die vordergründige Rolle spielt. Es geht oftmals um Geld und Geltung und es geht auch darum, was Menschen bereit sind, anderen Menschen anzutun. Das ist vielleicht das Kernproblem beim Thema Mobbing.

Nun zum Bericht des Petitionsausschusses. Ich kann die Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Arbeit des Petitionsausschusses nicht so ganz teilen, aber das ist sicherlich auch nicht so gemeint gewesen. Zufrieden mit in etwa 25 Prozent positiv entschiedenen Petitionen kann man nun mal nicht sein.

Was mich ein bisschen beunruhigt bei der Geschichte und was auch die CDU beunruhigt, ist, dass die Anzahl der Petitionen eigentlich seit Jahren kontinuierlich zurückgeht. Man kann ja darüber in Jubel ausbrechen und

sagen, es gibt eben keine Probleme mehr. Aber wenn Sie mal in die Gesichter der Leute schauen, dann sehen Sie, dass es sehr viele Petitionen gibt, die nie geschrieben werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr. –
Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Sie haben schon sehr verbreitet – und ich sage nachher auch gleich etwas dazu – Resignation und Lethargie. Und auch das wird zur materiellen Gewalt, wenn es die Massen ergreift. Das ist nun mal so, und zwar in der Weise, dass anschließend die Staatsgewalt sich auf Kosten der Leute gegen die Leute wendet. Diesen Rückgang von Petitionen sehe ich weder als einen Grund zum Jubeln, sondern eher als ein Alarmzeichen, und zwar seit Jahren.

Nehmen wir mal das Beispiel der SED-Opfer. Warum wenden die sich kaum noch an uns? Die haben schlichtweg einfach aufgegeben. Die haben mitbekommen, dass in dieser Republik eifrige Systemtreue und Mitmachen, treue Pflichterfüllung, egal für wen und was, weitaus höher gewertet werden als eigenes Denken, als der Einsatz für Freiheit und Menschenwürde.

Eine Petentin schreibt uns zu der Meinung, dass der Rückgang der Petitionen auf die immer bessere Arbeit der öffentlichen Verwaltung der Behörden zurückzuführen ist: Wenn das mal nicht ein Irrtum ist. Es ist nämlich oftmals so, dass der Apparat am Ende immer Recht hat. Das bekam eine junge Frau zu spüren, die in Wildwestmanier in die Mangel der Polizei geriet. Das war übrigens einer der wenigen derartigen Fälle, die in die Öffentlichkeit gelangten und auch durch die Presse gingen, weil man in solchen Fällen gerade vorweg die Übermacht sieht oder aus Angst oder Scham vor weiterer Demütigung von solchen Beschwerden absieht.

Als dann erkennbar wurde, dass sich diese junge Frau beschweren würde, dass sie die Sache nicht auf sich beruhen lassen würde, wurde sie erst einmal vorsorglich angezeigt wegen Beamtenbeleidigung und Widerstand. Tja, da beweise mal einer das Gegenteil! In der Befassung damit erfuhr ich, dass das ein ganz gängiges Verfahren ist. Weil gerade die Opfer hier oftmals in Beweisnot sind, greift das Übermaßverbot nicht. Das ist auch ein Hinweis auf eine weitere Lücke im entsprechenden Gesetz.

Die Petitionen nehmen ab. Ja, aber wer beschwert sich angesichts solcher Dinge dann noch? Dabei ist es in der freiheitlichen Demokratie so wichtig, sich zu wehren, eben gegen Amtsmissbrauch, Korruption, Willkür und die Arroganz der Macht der Behörden in allen Ebenen. Und das ist weit verbreitet inzwischen.

Wenn jetzt die Verwaltung, die Behörden den Ausschuss unterstützen, dann tun sie weiter nichts als ihre Pflicht und Schuldigkeit.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig.)

Ich kann Ihnen von noch einem Fall berichten, an dem man sieht, wie man in der Bürokratie verschleifen kann, wenn man sich wehrt in dieser Bundesrepublik. Wenn sich jemand gegen das Verbot, einen Kleintierstall auf seinem Grundstück errichten zu dürfen, wehrt, kann es schon einmal passieren, dass dann später irgendwann der Autobahnzubringer zufällig genau über sein Grundstück führt. Das alles passiert in diesem Land.

Eine Sache wollte ich noch ansprechen, die uns immer wieder verfolgt und die aus meiner Sicht auch eine gewis-

se Wichtigkeit hat, da Artikel 1 des Grundgesetzes zur Menschenwürde hierbei eine große Rolle spielt, und zwar ist das die Verfahrensweise der Kontrolle so genannter eheähnlicher Gemeinschaften durch die Sozialämter. Darüber wird ständig Beschwerde geführt. Da gibt es einen Katalog, wie vorzugehen ist, dass man einen Hausbesuch macht, dass man eingelassen werden muss, ansonsten kürzt man die Leistungen oder streicht sie. Ja, man wird in aller Regel auch eingelassen. Dann sind solche Sachen zu kontrollieren wie Betten, Schränke, der Kühlschrank, ob er getrennte Fächer hat, und dergleichen. Das mag ja alles berechtigt sein, dass man kontrolliert, aber so geht das auf keinen Fall. Das verstößt gegen die Menschenwürde, Artikel 1 Grundgesetz.

Wer also akzeptiert, schluckt, mitmacht, wird zum Komplizen eines immer arroganter, selbstherrlicher und rigoroser werdenden Apparates. Wenn dieser nun auch noch gewalttätig wird, ändert diese Republik ihr Gesicht.

Wir haben hier einen sehr sachlichen Tätigkeitsbericht vorliegen und in der Thematik zwar schwankende, aber tendenziell rückläufige Petitionszahlen. Noch sind die Menschen geduldig und friedlich und ich will mal hoffen, dass das kein Trugschluss ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Nitz.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Berichterstattung ist beantragt worden, dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses auf Drucksache 3/1208 zuzustimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit wurde dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses auf Drucksache 3/1208 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU sowie der Fraktion der PDS bei zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Beratung des Antrages der Finanzministerin – Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1997 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes, Drucksache 3/87, und der Unterrichtung durch den Landesrechnungshof – Jahresbericht 1999 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1997 sowie der Vermögensübersicht 1997 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/490, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 3/1239.

Antrag der Finanzministerin:
Entlastung der Landesregierung
für das Haushaltsjahr 1997
– Vorlage der Haushaltsrechnung und
Vermögensübersicht des Landes –
– Drucksache 3/87 –

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof:
Jahresbericht 1999 über die Prüfung der
Haushalts- und Wirtschaftsführung und
der Haushaltsrechnung 1997 sowie der
Vermögensübersicht 1997 des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/490 –

Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses
– Drucksache 3/1239 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht. Im Ältestenrat wurde eine Aussprache von 35 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

(Reinhard Dankert, SPD: Er zieht zurück. Nach vorsorglicher Abmeldung.)

Das Wort hat dann der Abgeordnete Herr Riemann von der Fraktion der CDU.

(Unruhe bei Minister Dr. Wolfgang Methling – Angelika Gramkow, PDS: Ruhe da oben auf den Ministerbänken!)

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie wichtig die SPD diesen Tagesordnungspunkt nimmt, zeigt die fehlende Wortmeldung des Kollegen Borchert.

Eigentlich, meine Damen und Herren, könnten wir uns heute zurücklehnen, beschäftigt sich doch dieser Tagesordnungspunkt mit dem Haushaltsvollzug des Jahres 1997, einem Jahr der großen Koalition und der Prüfung dieses Jahres durch den Landesrechnungshof. Einstimmig hat der Finanzausschuss der Landesregierung und dem Landesrechnungshof für die Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 1997 Entlastung erteilt und ich gehe davon aus, dieses Parlament wird den Empfehlungen folgen.

So weit, so gut – ich könnte jetzt meine Rede beenden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

gäbe es nicht einige Tatsachen, die die jetzige Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen bisher nicht angepackt haben und, es scheint so, auch nicht anpacken wollen

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist eine glatte Unterstellung!)

um des lieben Koalitionsfriedens willen, Frau Gramkow.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Ihre Sorgen möchte ich haben.)

Welche Schwerpunkte sind zu nennen?

Erster Schwerpunkt: der notwendige und unabdingbare Stellenabbau

Fakt ist, alle Länder unternehmen gewaltige Anstrengungen, die Verwaltung zu verschlanken. Was aber tut Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern? Statt Verwaltung und Häuptlinge abzubauen, wird ein zusätzliches Ministerium installiert, Häuptlinge, Versorgungsfälle reihenweise eingestellt, teilweise rechtswidrig, und bei den Indianern, meine Damen und Herren, soll gespart werden.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wir haben im Jahr 2000 25,8 Stellen auf 1.000 Einwohner. Im Durchschnitt der alten Flächenländer wurde 1998, meine Damen und Herren, schon eine Ausstattung von 20,8 Stellen je 1.000 Einwohner erreicht. Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hier in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht bereit, in der Verwaltung zu sparen. Stattdessen soll die Bildung beschnitten werden, bei Poli-

zei, Forst und Laborantinnen soll gespart werden. Geforderte Aufgabenkritik wird als zu einseitig betrachtet. „Weiter so!“ ist das Motto dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Wie, meine Damen und Herren, wollen wir mit SPD und PDS in der Regierung und ihrem Handeln die Solidarität der anderen Bundesländer im Solidarpakt II erreichen, nachdem selbst Herr Müntefering die PDS als Sektenpartei bezeichnet? Frau Keler, Sie koalieren mit einer Sekte.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Caterina Muth, PDS: Ooh, ooh! –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Nach den Aussagen von Herrn Müntefering koalieren Sie mit einer Sekte. Das muss hier festgestellt werden.

Zweiter Schwerpunkt: Sowohl in der Beratung zum Landesrechnungshofbericht als auch in einer gesonderten Sitzung hat sich der Finanzausschuss mit dem IT-Bereich in der Landesregierung und mit dem IT-Gesamtplan beschäftigt.

Nicht deutlich kann diese Landesregierung machen, wohin der Weg gehen soll.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Worum geht es hier eigentlich? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Gute Frage.)

Zugegeben, die Koordinierung in diesem Bereich ist mit den Jahren besser geworden, aber nach wie vor, meine Damen und Herren, gibt es Fürstenhöfe, nach wie vor gibt es kein DVZ-Gesetz, nach wie vor kann diese Landesregierung nicht deutlich machen, wie in den verschiedenen Bereichen durch Nutzung der Informationstechnik Personal einzusparen ist, Leistungen schneller und qualitätssicherer erbracht werden können.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist eine glatte Fehleinschätzung. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Haben Sie Ahnung von dem, was Sie da erzählen?)

Nach wie vor muss dieser Landtag, Frau Gramkow, und das ist die Wahrheit,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

eine Verbesserung der Koordinierung anmahnen. Und dies, meine Damen und Herren, sind keine Altlasten, sondern Neulasten.

Was uns aber mit Bestürzung erfüllen sollte, ist, dass diese Koalition zwar die Greencard begrüßt, aber im Bereich der Landesverwaltung trotz IT-Fürstenhöfen keine Ausbildung junger Fachleute zulässt. Selbst das DVZ, eine hundertprozentige Landestochter, ja, das Datenverarbeitungszentrum,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Worüber reden Sie eigentlich?)

bildet in diesem Bereich nur jährlich zwei bis drei Fachleute aus. Jährlich zwei bis drei Fachleute!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das sind schon sechs.)

Das, meine Damen und Herren, ist Ihr Widerspruch zwischen Worten und Taten. Das ist der eigentliche Skandal.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh! –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Dritter Schwerpunkt: Finanzierung der Universitäten einschließlich der Klinika, Ausstattung der Fachhochschulen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Riemann, haben Sie es nicht ein bisschen kleiner?)

Wenn der Landesrechnungshof, Herr Schoenenburg, feststellt,

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS – Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS)

dass die Klinika unterfinanziert sind, so setzt sich diese Feststellung für das Jahr 1997 bis in die heutige Zeit fort. Sie sind angetreten, alles besser zu machen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wer hat denn das aufgeschrieben?)

Wer aber beim Parlamentarischen Abend der Hochschullektorenkonferenz anwesend war – und, meine Damen und Herren, ich zitiere ein Mitglied der SPD-Fraktion: „Ich wäre fast im Boden versunken.“ – und wenn ich den Inhalt eines Besuches des Finanzausschusses an der Fachhochschule Wismar zusammenfassend wiedergebe, so lautet das ernüchternde Fazit: Dieses Land spart an seiner Zukunft. Dieses Land ist durch ein System gekennzeichnet, welches den Universitäten und Fachhochschulen zutiefst misstraut. Und, Frau Gramkow, vor der Autonomie, der Freiheit von Lehre und Forschung steht ein Landesfinanzministerium wie eine Chinesische Mauer

(Beifall Harry Glawe, CDU – Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oha!)

und der Kultusminister ist nicht in der Lage, diese zu stürmen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir haben keinen Kultusminister mehr. Haben Sie das noch nicht mitgekriegt? – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Vierter Schwerpunkt: Wie lange, Herr Dr. Bartels, und wie oft soll dieser Landtag, wie oft soll der Landesrechnungshof noch die Rechtssicherheit bei der Krankenhausfinanzierung anmahnen und wie oft soll dieser Landtag dazu noch einen Beschluss fassen?

Schon am 23.04.1997 – 1997, meine Damen und Herren! Lassen Sie sich diese Jahreszahl auf der Zunge zergehen! – hat der Landtag die Landesregierung, verantwortlich damals Sozialminister Kuessner, SPD, heute Frau Bunge, PDS,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nee, nee, Ministerpräsident Seite, CDU.)

diese Minister aufgefordert und er fordert auch heute die Regierung auf, endlich eine Rechtsverordnung für die Krankenhausförderung zu erlassen, damit auf diesem Gebiet Rechtssicherheit hergestellt werden kann. Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, dass Minister kommen und gehen und die Regierung nach dem Motto handelt: Lasst die im Landtag doch schwatzen und beschließen. Wir machen das, was wir wollen.

(Harry Glawe, CDU: Genau. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, das gefällt mir, was Sie da gerade gesagt haben.)

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, ein Gerichtsurteil und Sie liegen im Bereich der Krankenhaus-

förderung genauso auf der Nase wie beim Lehrerpersonalkonzept.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Fünfter Schwerpunkt: Die Beschaffung und Haltung von Dienstfahrzeugen muss neu konzipiert werden, die zentrale Fahrbereitschaft muss wirtschaftlicher arbeiten – Forderungen aus dem Bericht des Landesrechnungshofes, dem sich die CDU im Finanzausschuss nahtlos anschließen kann, sind es doch Forderungen, die die CDU in der großen Koalition in der letzten Legislaturperiode erhoben hat und die von der SPD verhindert wurden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was? Sie haben sich nicht durchgesetzt? Mein Gott!)

Solches setzt sich unter Rot-Rot fort.

(Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Herr Schoenenburg, Sie setzen sich auch nicht durch.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na warten Sie's mal ab! Warten Sie's mal ab!)

Sie verkümmern zum Schwanz,

(Angelika Gramkow, PDS: Na vielleicht wollen wir das aber auch gar nicht.)

mit dem der Hund wedelt und nicht Sie mit dem Hund.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also in Bezug auf mich ist das eine Ehrenbezeichnung.

Zuruf von Angelika Gramkow, PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Dieses setzt sich unter Rot-Rot fort. Mehrheitlich werden die Beanstandungen gleichgültig zur Kenntnis genommen. Sie haben sie gleichgültig zur Kenntnis genommen, statt ihnen beizutreten. Wir wollten den Beanstandungen beitreten, um damit auch einen Handlungsauftrag auszulösen.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, Sie wollen doch immer nur beischlafen und nicht beitreten.)

Sie haben das verhindert mit Ihren Stimmen.

Ein Ersuchen, durch Fahrzeugreduzierung eine Auslastung von 60 bis 80 Prozent zu erreichen, wird von den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Wirtschaftlichkeit bei der Fahrbereitschaft, dieses könnte ja die Häuptlinge treffen. Rot-Rot spart lieber bei den Indianern.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir wollen uns den Indianer Riemann sparen.)

Warum, meine Damen und Herren, folgen wir nicht den Empfehlungen des Landesrechnungshofes? Der brave Mann, Herr Dr. Bartels, spart wie immer bei sich zuletzt.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja.)

Sechstens: Einzelbemerkungen

– Parchim, ein Fass ohne Boden? Waren wir selber zu inkonsequent? Oder gelingt es uns endlich, in diesem Jahr einen Boden einzuziehen?

(Angelika Gramkow, PDS: Da fang' ich aber an zu lachen.)

– Filmförderung ohne Kontrolle? Prüfverfahren schon seit 1991?

(Angelika Gramkow, PDS:
Wer hat das denn verhindert?)

Frau Gramkow, Sie haben nicht richtig zugehört. Ich habe gesagt: Waren wir selbst zu inkonsequent?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Denken Sie mal an Heringsdorf! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist aber eine schöne Umschreibung.)

In Heringsdorf gehen die Zuschüsse, Herr Schoenenburg, das wissen Sie, von Jahr zu Jahr zurück.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Und Gleiches hat der Landtag auch schon von der Landesregierung gefordert für Parchim.

- Ministerielle Befürwortung von Arbeitsrechtsverletzungen an der Uni-Klinik Rostock? Was passiert, wenn wegen der Dauerbelastung ein Patient Schaden nimmt?
- Keine Nebentätigkeitsverordnung bis heute trotz Prüfung schon 1997? Warum?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Was passiert, wenn Abgeordnete von Ihren Reden Schaden nehmen?)

- Wo ist die Personalentwicklungsplanung im Kultusministerium? Wo ist für diesen Bereich ein Fort- und Weiterbildungsprogramm?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir haben doch gar kein Kultusministerium mehr. Das sollten Sie doch wissen.)

Herr Dr. Bartels, Sie wissen genau, was ich meine.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie müssen sich trotzdem mit den Realitäten abfinden, Herr Riemann.)

- Wird es ein Bibliothekskonzept für den Bereich der Landesverwaltung geben?

(Minister Till Backhaus: Müssen Sie so schreien?)

Sie sehen also, meine Damen und Herren,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ich sage ja, wir nehmen von seinen Reden gesundheitlichen Schaden.)

es gibt noch viel zu prüfen und zu verbessern. Aber gestatten Sie mir noch eine abschließende Feststellung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wir nehmen beim nächsten Mal Ohropax. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Herr Schoenenburg, Sie kennen doch den Spruch von den Hunden, die getroffen sind.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Erst hat er's mit dem Schwanz, dann hat er's mit dem Hund. Mein Gott!)

Sie sehen also, meine Damen und Herren, es gibt noch viel zu verbessern. Aber ich möchte Ihnen eine abschließende Feststellung dann doch nicht ersparen. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sind zur Wahl 1998 angetreten mit dem Slogan „Gerechtigkeit besonders im Osten“. Sie, meine Damen und Herren von der PDS, versprochen „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Wie sieht das aber in der Praxis dieses Landes aus? Wie sieht das in der Praxis Ihrer Landesregierung aus? Forstleute,

Lehrer, Laborantinnen werden auf 69 Prozent des Westlohnes gedrückt.

(Zuruf von Minister Till Backhaus)

Haben Sie sich schon einmal mit einer Grundschullehrerin, einer Laborantin – das ist der letzte Satz –, einem Waldarbeiter unterhalten, die als Alleinverdiener eine Familie unterhalten müssen? Hier im Landtag von sozialer Gerechtigkeit schwätzen, aber mit dem Sparen nicht bei sich selbst anfangen! Meine Damen und Herren von Rot-Rot, auch Sparen muss man richtig machen. – Danke.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Richtig. – Minister Till Backhaus: Mensch, da klatschen noch nicht mal mehr die eigenen Leute, Herr Riemann.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Riemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber bitte etwas leiser!)

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Präsidentin, gestatten Sie eine Frage zur Tagesordnung? – Sind wir jetzt bei dem Bericht des Landesrechnungshofes oder sind wir in der Haushaltsdebatte zum Jahre 2001 oder irgend so was?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Der Bericht des Landesrechnungshofes war mit auf der Tagesordnung.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Danke schön. Ich hatte bei der Rede, die Herr Riemann hier gehalten hat, nur den Eindruck, dass er sich irgendwie im falschen Film befindet, denn über den Bericht des Landesrechnungshofes hat er so gut wie gar nicht geredet.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das stimmt nicht, Herr Dr. Bartels.)

So gut wie gar nicht, habe ich gesagt, Herr Riemann.

Und dann will ich Ihnen noch etwas sagen: Wenn Sie hier schon das Lehrpersonal-konzept ansprechen, dann fragen Sie doch mal Ihre Kollegen im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, wie viele Nachfragen und wie viel Interesse sie an einem Tagesordnungspunkt hatten, der auf Antrag der CDU-Fraktion aufgesetzt wurde,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

wozu der Minister schriftlich und mündlich berichtet hat und die CDU-Fraktion nicht eine Frage hatte.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und wenn Sie sich dann hier hinstellen und sagen, dass die Regierung da eine Bauchlandung gemacht hat, finde ich das schon etwas seltsam.

Aber jetzt begeben Sie sich zum Tagesordnungspunkt,

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig. Sehr richtig. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

um den es eigentlich geht, nämlich den Bericht des Landesrechnungshofes. Und eine oberflächliche Sicht auf

diese Dinge legt ja immer die Gefahr nahe, dass man sagt, es geht um Vergangenes, es geht um einen Blick zurück im Zorn,

(Harry Glawe, CDU: Was? Was?)

weil ja immer kritisiert wird. Es werden ja in der Regel Berichte aufgeschrieben, wo man Kritisches bemerkt hat. Die Ursache dafür ist die Tatsache, dass es sich immer um die Rechnungslegung vergangener Jahre handelt – das ist schon gesagt worden – und dass auch die Untersuchung Vorgänge aus den vergangenen Jahren zumindest zum großen Teil betrifft und dass wir dann immer wieder feststellen, dass die Stellungnahmen zu den untersuchten Sachverhalten von Ministern und Ministerinnen und Staatssekretären vorgenommen werden, die zu der Zeit, die untersucht wurde, nicht im Amt waren. Das ergibt natürlich immer eine gewisse Problematik.

Und zu dem Stichwort Zorn will ich nur sagen, der Landesrechnungshof machte die ihm von der Verfassung vorgeschriebene Arbeit

(Wolfgang Riemann, CDU: Und er macht's gut.)

und ist nicht etwa dazu da, irgendjemanden zu ärgern oder im Zorn vorzugehen. Zorn allerdings, das will ich gerne einräumen, kommt gelegentlich bei Mitgliedern des Finanzausschusses auf, weil eine ganze Reihe von Beanstandungen zu immer gleichen Sachverhalten dann doch immer wieder vorkommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. Richtig.)

Ich habe jetzt fünf Berichte des Landesrechnungshofes in der Bearbeitung durch den Finanzausschuss erlebt und ich muss sagen, manchmal wundere ich mich schon, wie sehr sich die Dinge immer wieder wiederholen. Und obwohl immer wieder versichert wird, es wird sich alles ändern oder es hat sich alles schon geändert, ändert sich doch manchmal leider viel zu wenig. Insofern sagt man sich schon manchmal, was soll's, und wird etwas zornig. Aber das betrifft dann uns und das ist ja vielleicht auch ganz gut, weil wir dann dazu kommen, doch wirklich etwas zu ändern.

Aber das Wesentliche an diesen Berichten ist natürlich nicht der Blick zurück, sondern die Frage, welche Schlussfolgerungen müssen wir aus den Untersuchungen für die weitere Arbeit in der Gegenwart und in der Zukunft ziehen. Im Unterschied zu Herrn Riemann will ich nicht über allgemeine Haushaltsfragen palavern,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sind keine allgemeinen Haushaltsfragen, Herr Dr. Bartels.)

sondern ich will zu einigen konkreten Sachverhalten aus dem Bericht des Landesrechnungshofes sprechen und daraus natürlich Schlussfolgerungen zu ziehen versuchen, was unsere gegenwärtige Arbeit betrifft.

Eines der Dauerthemen – auch nicht zum ersten Mal in einem Landesrechnungshofbericht – ist die Situation an den Universitätsklinika.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ja, das habe ich auch gesagt.)

Die konkrete Situation, die hier beschrieben wird, bezieht sich auf das Universitätsklinikum der Universität Rostock. Ich zitiere mal aus dem Bericht des Landesrechnungshofes, Ziffer 379: „Die Ursache für die erhebliche Fehlerquote liegt nach den Feststellungen des Landes-

rechnungshofes teilweise in der nicht ausreichenden Kenntnis der entsprechenden Vorschriften, teilweise auch in der Oberflächlichkeit der Bearbeitung.“ Und das bezogen auf das Jahr 1997. Das ist natürlich nicht ohne Brisanz, zeigt aber – und darauf will ich deutlich hinweisen –, dass sich hier in Einzelfragen die bekannten Probleme im Management unserer beiden Universitätsklinika zeigen. Ich denke, die Schlussfolgerung, die wir daraus ziehen müssen, ist, wir müssen sehr schnell dafür sorgen, dass in beiden Universitätsklinika neue Managementformen einziehen, damit wir hier ein wirtschaftlicheres Herangehen an die Dinge erreichen können. Und ich setze große Hoffnungen – das will ich auch noch mal sagen – in die Arbeitsgruppe, die sich gebildet hat, um die Möglichkeit der Bildung einer Anstalt öffentlichen Rechts für das Universitätsklinikum Greifswald zu prüfen und in die Praxis umzusetzen.

Ich will hier auch anmerken, dass ich in diesem Zusammenhang doch gelegentlich etwas verwundert bin über Pressemeldungen, die Vorgänge an der Universität Rostock, an dem Universitätsklinikum betreffen, und die Frage, wie wird die Neubesetzung des Verwaltungsleiters am Universitätsklinikum gelöst. Ich will deutlich sagen, ich habe nichts gegen die Einbeziehung privaten Kapitals und privater Erfahrung im Management, aber ich denke, dass entsprechende Vorhaben, ehe sie umgesetzt werden können, im Landtag behandelt werden müssen, denn die entsprechenden Regelungen sind durch das derzeitige Landeshochschulgesetz nicht gedeckt und ohne Befassung des Landtages können wir hier nicht zu einer Lösung kommen. Wir als Landtag sollten dann auch darauf achten, dass, obwohl es, wie ich glaube und hoffe, im Moment nicht beabsichtigt ist,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das steht aber auch nicht im Landesrechnungshofbericht.)

die Anfänge dieser Lösungen, die vorgesehen sind, nicht dazu führen, dass wir eine schleichende Privatisierung am Ende erhalten.

(Harry Glawe, CDU: Sie werden schon sehen, was Sie kriegen.)

Im Zusammenhang mit den Klinika ist vom Landesrechnungshof auch viel über zu hohe Abfindungen berichtet worden, die am Universitätsklinikum gezahlt wurden. Ich zitiere hier aus der Ziffer 368 des Berichtes: „Das BM hat dazu ergänzend mitgeteilt, es billige überhöhte Abfindungszahlungen nicht; das Klinikum habe jedoch unter immensem wirtschaftlichen und ministeriellen Druck gestanden, den zeitgerechten – wie im Haushalt ausgewiesenen – Personalabbau zu realisieren, um drohende Defizite zu verhindern.“ So richtig bestimmte Maßnahmen der effizienteren Gestaltung der Verwaltungsarbeit sind, die Frage, die sich an solchen Äußerungen spiegelt, ist: Sparen wir hier gelegentlich nach dem Motto „Koste es, was es wolle“?

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich glaube, dass wir dort für die weitere Arbeit in der Zukunft Konsequenzen ziehen müssen.

Eine letzte Bemerkung zu diesem Bereich der Klinika, auch weil es hier generelle Fragen gibt: Der Landesrechnungshof weist darauf hin, dass die Dienstplangestaltungen an der Chirurgischen Universitätsklinik dem Arbeitsrecht und dem Tarifrecht widersprechen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Habe ich auch genannt.)

Und ich glaube, hier müssen wir ganz schnell zu generellen Reaktionen kommen, weil entsprechende Verstöße durch uns natürlich nicht geduldet werden können und weil wir den Hinweisen des Hofes sehr deutlich nachgehen müssen, um hier zu Konsequenzen zu kommen. Ich will auch sagen, die im Bericht zitierte Äußerung des Bildungsministeriums, dass neue Arztstellen angesichts der gegenwärtigen gesundheitspolitischen Gesetzgebung, die nicht in Schwerin gemacht wird, unrealistisch seien,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

kann da nicht die ausreichende Antwort sein.

Zwei Anmerkungen möchte ich machen zum Bereich des Berichtes über die Organisationsstruktur des Bildungsministeriums. Es ist völlig klar und völlig berechtigt, dass der Landesrechnungshof sich mit der Frage der effizienten Organisation der Verwaltungsarbeit beschäftigt. Und ich würde auch sagen, der Vorschlag, Organisations- und IT-Referate im Ministerium zusammenzulegen, darüber kann man reden. Der Vorschlag, die Abteilungen für Schule und für Berufsschule zusammenzulegen, scheint mir dagegen nicht so sehr logisch, denn nicht überall, wo Schule draufsteht, ist auch die gleiche Art von Schule drin.

(Harry Glawe, CDU: Aha!)

Und dann müssten wir die Hochschulabteilung nämlich gleich noch mit reinnehmen, denn da kommt ja auch das Wort „Schule“ vor.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Was ich damit sagen will, ich stelle jetzt nicht die Frage, ob wir uns nicht Herrn Riemann einsparen, sondern die Frage ist:

(Wolfgang Riemann, CDU: Der ist gewählt, den können Sie nicht einsparen.)

Bei aller Sach- und Fachkompetenz, die im Landesrechnungshof vorhanden ist – reicht diese immer, um in allen Einzelfragen endgültige Antworten zu formulieren? Ich sage das mit Blick auf die Nummer 411 des Landesrechnungshofberichtes: „Der Landesrechnungshof erwartet vom BM, daß es die von ihm empfohlenen Maßnahmen bis zum Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode im wesentlichen durchgeführt hat.“ Ich denke, das geht so nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht?)

Empfehlungen geben, Vorschläge machen – das ist korrekt. Aber davon auszugehen,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Erwartungen kann man immer äußern.)

dass jetzt der Landesrechnungshof darüber entscheidet, wie die Organisation in einzelnen Ministerien durchgeführt oder gestaltet wird, das geht dann sicher doch ein bisschen zu weit.

Einen letzten Punkt will ich ansprechen, der im Rechnungshofbericht einen großen Teil unter dem Titel „Erstattung der Kosten für die Unterhaltung der Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge“ einnimmt. Ich habe hier nicht die Absicht, zu den Einzelfragen Stellung zu nehmen, die im Bericht vorhanden sind, und ich habe schon gar nicht die Absicht, in daraus sich ergeben-

de Straf- beziehungsweise Disziplinarverfahren einzugreifen. Mir geht es, wie ich schon gesagt habe, um den Versuch, in die Zukunft gerichtete Aufgaben aus dem Bericht abzuleiten. Und deshalb gestatten Sie mir ein Zitat aus der Beschlussempfehlung, Seite 15. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die hier genannten Vorgänge haben Vertreter der Landesregierung sinngemäß erklärt: „Es werde selbstverständlich auf die Wirtschaftlichkeit geachtet und bei Feststellung unwirtschaftlichen Verhaltens eingegriffen. Bei den Asylbewerberheimen sei das Innenministerium gleichzeitig Genehmigungs- und Bezuschussungsbehörde. Da viele der Standards nicht eindeutig seien, sei die Entscheidung nicht immer einfach. Im Bereich der Betreuung von Asylbewerbern könne nicht allein der Maßstab sein, was durch besonders niedrige Standards am billigsten, sondern was angemessen und richtig sei.“ Zum Ende: „Zur Zeit arbeite man an der Fortschreibung der Vorschriften zur Betreuung von Asylbewerbern. Die Erstattungsrichtlinien würden im Entwurf vorliegen.“ Wenn man sich die Dinge vor Ort anguckt, merkt man sehr schnell, wie notwendig diese Erstattungsrichtlinien für die Arbeit vor Ort sind.

Ich will hier betonen, dass ich mich ausdrücklich nicht auf einen konkreten Kreis beziehe und auch keinen konkreten Vorwurf gegen einen bestimmten Betreiber erhebe, aber es ergeben sich Fragen: Wird bei der Auswahl der billigsten Anbieter, wie es vor Ort häufig geschieht, dann auch auf die Einhaltung zum Beispiel der Richtwerte für die Personalbemessung der Gemeinschaftsunterkünfte geachtet?

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Wird in der täglichen Praxis die Einhaltung dieser Vorschriften kontrolliert, durch wen und mit welchen Konsequenzen?

(Angelika Gramkow, PDS: Da ist der Innenminister für zuständig. – Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS)

Oder: Was ist eine angemessene soziale Betreuung der Asylbewerber und Flüchtlinge?

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Das soll Herr Timm persönlich machen.)

In der Richtlinie steht: „Die Beratung und Betreuung der Asylbewerber ist möglichst durch ausgebildete Sozialarbeiter oder durch Personen mit mindestens“ – ich komme gleich zum Schluss, Frau Präsidentin – „gleichwertiger Ausbildung sicherzustellen.“ Ist die Einhaltung dieser aufgeführten Voraussetzungen denkbar, wenn, wie man vom Hörensagen so weiß, Stundenlöhne von 11 bis 15 DM oder gar – auch das soll es geben – bis zu 6 DM bezahlt werden?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Timm, was machen Sie denn da bloß? – Minister Dr. Gottfried Timm:
Ja, was mache ich falsch?)

Die Frage, die sich hier ergibt, ist zum einen die Frage nach der fehlenden Tarifbindung und zum anderen das Problem des Umganges mit dem Begriff „Wirtschaftlichkeit“. Und ich will betonen, das ist ein Problem, das sich im ganzen Bericht – und nicht nur bei diesem Thema – immer wieder zeigt: Was ist wirtschaftlich? Der Landesrechnungshofpräsident hat schon mal ein Rundschreiben veröffentlicht, in dem er darauf hinweist, dass wirtschaft-

lich nicht billig heißt und nicht heißen kann und nicht heißen darf.

(Beifall Lutz Brauer, CDU)

Ich denke, dass wir über diese Fragen weiter diskutieren müssen, und ich will ganz zum Schluss deshalb auch einen Vorschlag wiederholen, den ich an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang schon einmal gemacht habe: Ich fände es sehr, sehr wichtig, dass sich alle Fachauschüsse mit den sie betreffenden Teilen des Berichtes des Landesrechnungshofes beschäftigen,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS)

um für ihre Fachbereiche daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen, denn die Befassung des Finanzausschusses allein ist hier sicher zu wenig, um wirklich die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Bartels.

Die Finanzministerin hat noch um das Wort gebeten. Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die anwesenden Abgeordneten war die Rede von Herrn Riemann nichts Neues. Herr Riemann versucht in der ihm eigenen populistischen Art, Tatsachen zu verfälschen und Anwesende zu verunsichern. Das kennen wir nun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das
macht uns aber wirklich nicht unsicher.)

Nun mal der Reihe nach zu den Fakten: Er behauptet, das zusätzliche Ministerium habe Stellen gekostet. Tatsache ist, das zusätzliche Ministerium hat keine Stellen gekostet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Herr Riemann, Sie wissen das auch ganz genau. Herr Riemann behauptet, die Stellenausstattung des Landes sei zu opulent

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, hier werden ja
reihenweise Abteilungsleiter eingestellt. –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

und wir hätten nicht genügend abgebaut. Herr Riemann, ich erinnere daran, dass wir seit 1996 konsequent Stellen abbauen, und dass wir mehr Stellen haben als die westlichen Länder, wissen Sie auch ganz genau.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Habe ich ja auch gesagt.)

Ich sage es hier noch mal fürs Protokoll: Wir haben eindeutig mehr Lehrer, weil wir mehr Jugendliche haben und weil dieser Schlüssel berücksichtigt werden muss. Und wenn Sie das immer wieder behaupten, dann ist es schon eine Frechheit, was Sie hier tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jawohl,
das ist sogar eine große Frechheit. –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD –
Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Das Nächste ist, Herr Riemann versucht auf der einen Seite, die Landesregierung aufzufordern, Stellen abzubauen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau, bei
den Häuptlingen, bei den Ministerien,
und nicht bei der Polizei!)

Aber auf der anderen Seite, Herr Riemann, wenn es darum geht, sozialverträglich Stellen abzubauen, damit wir betriebsbedingte Kündigungen vermeiden können, dann streuen Sie Sand in die Augen und dann haben Sie nicht den Mut,

(Harry Glawe, CDU: Was? Was?
Das glauben wir nicht!)

irgendwohin zu gehen und zu sagen: Jawohl, das ist richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Den Mut haben Sie nämlich gar nicht. Sagen Sie doch mal, welche Stellen ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Denken Sie mal
an Herrn Backhaus, als er sich hier vor die
Forstleute gestellt hat! Denken Sie mal daran!)

Herr Riemann, sagen Sie doch mal, welche Stellen Sie abbauen wollen. Sagen Sie es doch mal! Wir bauen jährlich etwa 1.000 ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja,
in den Ministerien, Frau Keler!)

Ach, Herr Riemann!

(Wolfgang Riemann, CDU: Woanders werden
Ministerien zusammengelegt, Sie schaffen noch
ein zusätzliches! – Minister Till Backhaus:
Werden damit Arbeitsplätze eingespart?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Riemann!

Ministerin Sigrid Keler: Herr Riemann, Sie können doch rechnen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich nehme es immer noch an, da Sie ja im Finanzausschuss und finanzpolitischer Sprecher dieser CDU sind. Herr Riemann, wie naiv sind Sie eigentlich oder was vermitteln Sie hier?

(Heiterkeit bei Minister Till Backhaus:
70 Millionen hat er gekostet.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Backhaus!

(Minister Till Backhaus: Der ärgert mich! –
Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

Ministerin Sigrid Keler: Dann das Nächste: Herr Riemann behauptet, die Landesregierung hat keine Ausbildungsplätze im IT-Bereich, die Landesregierung bildet zu wenig aus. Die Landesregierung bildet seit 1996 kontinuierlich über Bedarf aus, Herr Riemann,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Aber nicht
im IT-Bereich, Frau Keler, nein!)

auch im IT-Bereich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein, das ist
eindeutig im Finanzausschuss von der
Landesregierung so gesagt worden.)

Die Landesregierung bildet aus. Das bedeutet doch nicht nur, dass im DVZ ausgebildet wird, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und in den anderen Bereichen der Landesregierung wird nicht ausgebildet.)

Ach, Herr Riemann, das stimmt doch gar nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das können Sie ja im Protokoll nachlesen.)

Herr Riemann behauptet, die Fahrbereitschaft ist nicht wirtschaftlich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das behauptet der Landesrechnungshof und Sie haben gesagt, wir schließen uns ihm an.)

Aber Sie behaupten das Gleiche auch.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Jetzt frage ich mal: Herr Riemann, wer war denn acht Jahre lang im Innenministerium für die Fahrbereitschaft zuständig?

(Wolfgang Riemann, CDU: Und als wir die Fahrzeuge minimieren wollten, haben Sie sich dagegengestellt.)

Wer, Herr Riemann, wer war es denn?

(Harry Glawe, CDU: Wer ist denn seit fünf oder sechs Jahren Finanzministerin?)

Ach, Herr Glawe! Nein, vier Jahre bin ich erst Finanzministerin. Nein, nein, also mir können Sie das nicht nachreden, dass ich mit der Fahrbereitschaft ...

(Harry Glawe, CDU: Wer drückt denn den Daumen immer drauf? Wer geht denn grundsätzlich immer in die Haushaltsberatungen mit dem Vorsatz, ...)

Und dann hat er noch die schöne Überschrift: Das Land spart an seiner Zukunft.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist so. – Wolfgang Riemann, CDU: Das sagen nicht nur wir, sondern das sagt auch die Hochschulrektorenkonferenz. – Gerd Böttger, PDS: Ooch!)

Und wissen Sie, dahinten sitzen Leute.

(Harry Glawe, CDU: Sie waren doch auch da.)

Herr Riemann, wissen Sie, was Sie hier behaupten, ist Schwachsinn. Das Land Mecklenburg-Vorpommern ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ja, Sie sehen schon so aus, dass Sie vor Scham im Boden versinken.

(Harry Glawe, CDU: Hat sie eben „Schwachsinn“ gesagt? Das ist aber unparlamentarisch. – Peter Ritter, PDS: Ihre Zwischenrufe sind aber auch nicht gerade ... – Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Das Land Mecklenburg-Vorpommern bezahlt pro Einwohner für seine Hochschulen das meiste und wenn Sie jetzt versuchen, das auch noch schlecht zu reden und diese knapp 900 Millionen DM nicht in das Verhältnis zu stellen zum Landeshaushalt, dann sage ich

Ihnen, dann sind Sie fehl am Platze als finanzpolitischer Sprecher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Ich bitte Sie doch um etwas mehr Sachlichkeit auch in temperamentvollen Diskussionen.

(Till Backhaus, SPD: Herr Riemann, Herr Riemann! – Wolfgang Riemann, CDU: Beide Seiten! Beide Seiten!)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1239 abstimmen. Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1239 abstimmen. Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich lasse jetzt über die Ziffer 3 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1239 abstimmen. Wer der Ziffer 3 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 3 der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die die Ziffer 4 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1239. Wer der Ziffer 4 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 4 der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Betriebsnahe Beschäftigungspolitik, Drucksache 3/673, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung, Drucksache 3/1201.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Betriebsnahe Beschäftigungspolitik
– Drucksache 3/673 –

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bau, Arbeit
und Landesentwicklung
– Drucksache 3/1201 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Baunach von der Fraktion der SPD.

Norbert Baunach, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach den Temperamentsausbrüchen zur Mittagszeit ein nüchterner Bericht zur Beruhigung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir wollen ja nicht schlafen, Herr Baunach. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich möchte Ihnen kurz das Ergebnis der Beratung des vorliegenden Antrages im Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung vortragen. Das Thema, über das wir jetzt hier und heute reden – die betriebsnahe Beschäftigungspolitik – ist ein Thema, das uns lange beschäftigt, lange angeht und lange berührt und in Zukunft noch intensiver berühren wird, weil der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch weiterhin ein Problem bleiben wird.

Der Landtag hat den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS in seiner Sitzung am 16. September 1999 beraten und ihn federführend dem Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung sowie mitberatend dem Ausschuss für Finanzen und dem Wirtschaftsausschuss überwiesen. Die Beratungen des Finanzausschusses haben ergeben, dass der Antrag keine finanzrelevanten Konsequenzen beinhalte, über die er befinden müsse. Der Wirtschaftsausschuss hat dem federführenden Ausschuss aus wirtschaftspolitischer Sicht mehrheitlich die unveränderte Annahme des Antrages empfohlen, Frau Borchardt.

Im Rahmen der Beratungen hat der federführende Ausschuss unter anderem in Güstrow Experten gehört. Die dortigen Beratungen haben ergeben, dass im Landkreis Güstrow erste Erfolge bei der Jobrotation oder Jobrotation – englisch ausgesprochen –, Kollege Backhaus, aufzuweisen seien. Probleme bereite aber, dass die in die Firmen entsandten Stellvertreter nicht gleichgestellt seien. Hierdurch komme es zu teilweise mangelnder Motivation der Stellvertreter. Ein Großteil der Betriebe sieht den Einsatz von Stellvertretern als eine Möglichkeit an, ihr Stammpersonal zu qualifizieren. Des Weiteren gebe es ein regionales Beschäftigungsbündnis, welches sich als eine Plattform zur Stimulierung von mehr Arbeit verstehe. Ziel sei nicht nur die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auch die Wirtschaftsförderung, die Strukturentwicklung und die Verbesserung der sozialen Lage. Es werden qualifizierte Arbeitskräfte und hochwertiger Service benötigt, um im unternehmerischen Wettbewerb bestehen zu können. Qualifizierung als Unternehmensstrategie und Unternehmensphilosophie entscheidet über Wachsen und Bestehen des Unternehmens. Im Rahmen der betriebsnahen Beschäftigungspolitik sei die Jobrotation kein Allheilmittel, sondern ein Lösungsweg von vielen. Das Beispiel Dänemark wurde oft benannt. Dänemark habe auf dem Gebiet große Erfahrungen gesammelt. Deshalb seien auch Arbeitsbesuche von hiesigen Unternehmen und Arbeitnehmern in Dänemark zu begrüßen.

Der Vertreter des Arbeitsamtes machte darauf aufmerksam, dass alles bisher Praktizierte ein Versuch gewesen sei. Künftig stelle sich die Frage der Finanzierung der Maßnahmen. Probleme bereite es auch, die Bildungsbedarfe zu bündeln. Weitere Aspekte für eine betriebsnahe Beschäftigungspolitik seien die zielgerichtete Ermittlung von Arbeitslosen, gute Kontakte zu den Arbeitgebern, Gewährung von zusätzlichen Hilfen für die Einstellung von Mitarbeitern, Förderung der Maßnahme „Jungunternehmenschule“, Förderung über Strukturanpassungsmaßnahmen, arbeitsmarktorientierte Beratungen auch in Bezug auf die Mobilität der Arbeitssuchenden.

In der abschließenden Beratung im Ausschuss hat die Oppositionsfraktion deutlich gemacht, dass der Antrag in der vorliegenden Fassung nicht beschlossen werden soll-

te. In den Ausschussberatungen sei deutlich geworden, dass das zentrale Anliegen des Antrages die Förderung von Jobrotation sei. Erste Erfahrungen seien in den Beratungen des Ausschusses in der Sitzung in Güstrow erörtert worden. Weitere empirische Erfahrungen mit Jobrotation insbesondere im Zusammenhang mit dem lokalen Bündnis für Arbeit in Güstrow sollten ausgewertet und kritisch analysiert werden. Sofern sich das Prinzip der Jobrotation als praktikable, sinnvolle und finanzierbare Maßnahme im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik erweise, solle es in das Programm „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“ aufgenommen werden. Das zentrale Anliegen des Antrages komme nach Auffassung der CDU-Fraktion im Antragstext allerdings nicht zum Ausdruck. Nach Auffassung der Oppositionsfraktion werde die eigentliche Zielstellung des Antrages nicht deutlich.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und PDS haben die Auffassung vertreten, dass die Jobrotation nur eine Möglichkeit sei, mit der der unbestrittene Qualifizierungsbedarf in den Unternehmen leichter zu realisieren sei. Man wolle aus dem engen Experimentierkreis Güstrow herauskommen und alle Möglichkeiten in einer größeren Breite diskutieren. Das Ministerium für Arbeit und Bau sei dabei, weitere Qualifizierungsmöglichkeiten über das AQMV 2000 zu finanzieren. Finanzierungsmöglichkeiten sollten bei der Novellierung des Sozialgesetzbuches III gesucht werden. Der Antrag sei so angelegt, etwas voranzutreiben, und stelle zugleich eine Aufforderung an das Ministerium dar, weiter kreativ in die gewünschte Richtung zu arbeiten. Zugleich signalisiere ein Landtagsbeschluss der Landesregierung die Unterstützung des Landtages.

Der Ausschuss hat deshalb mehrheitlich den Beschluss gefasst:

„Der Landtag möge beschließen,

1. den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/673 unverändert anzunehmen;
2. die Landesregierung zu ersuchen, im Bundesrat bei der Novellierung des Sozialgesetzbuches III auf eine finanzielle Regelung für die Qualifizierungsförderung hinzuwirken.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Baunach.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wat nu, verehrter Kollege Ausschussvorsitzender? Der Kollege Baunach hat wie immer sehr korrekt und sehr wohl abgewogen die Beratungen des Ausschusses hier wiedergegeben, dem kann man eigentlich gar nichts hinzufügen. Wenn man sich, verehrter Kollege Baunach, die Debatte von heute morgen anhört, dann fragt man sich in der Tat, was eigentlich hier noch zu diesem Antrag Neues gesagt werden soll. Immerhin, dieser Antrag aus dem letz-

ten Jahrhundert ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Es ist doch kein letztes Jahrhundert.)

Einerseits haben wir aus dem Munde gleich zweier Minister, einer ist ja noch hier, und aus dem Munde von acht Abgeordneten der Koalition gehört, in welcher einzigartiger Weise – allerdings vor allem auch, was die Finanzausstattung angeht –

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

diese Landesregierung all das längst gleichsam in Form einer Plan-Soll-Übererfüllung betreibt, wozu sie der vorliegende Antrag nach seinem Wortlaut vermeintlich auffordern soll. Andererseits – und das ist eben auch wieder deutlich geworden – meint der Antrag nach dem Ergebnis der Ausschussberatungen offensichtlich etwas anderes, als es der Wortlaut vermuten lässt. Und da unser Ausschuss in seiner Bezeichnung ja auch das Wort „Arbeit“ enthält, kann man vielleicht vermuten, dass wir uns hier an dem orientiert haben, was Friedrich Freiherr von Humboldt einmal so formuliert hat: Zur Beruhigung des Gemüts trage angemessene Beschäftigung viel bei. – Ich meine jetzt die Beschäftigung des Ausschusses.

Die Beratungen des Ausschusses haben ergeben, dass ein Teil der tatsächlichen Intentionen des Antrags bereits im AQMV berücksichtigt sind. Auch das hat der Kollege Baunach deutlich gemacht. Wer den schriftlichen Bericht liest, wird das ebenfalls feststellen können.

Ich will es noch mal in Erinnerung rufen: Der Antrag datiert vom 1. September 1999. Da hätten Sie, meine verehrten Damen und Herren aus der Koalition, allerdings schon etwas über die Planungen der Regierung zum neuen AQMV wissen können, denn der zuständige Minister ist da immer sehr auskunftsfreudig. Er nimmt auch regelmäßig an den Ausschusssitzungen teil. Und jeder, der sich erkundigt, bekommt auch entsprechende Auskünfte.

(Harry Glawe, CDU: Das macht
er gut. Das macht er gut.)

Also zu diesem Zeitpunkt war das schon alles feststellbar.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ja, verehrter Kollege, es ist tatsächlich so. Sie müssen mal an unseren Ausschussberatungen teilnehmen.

(Peter Ritter, PDS: Ja, so kenne
ich Herrn Holter. – Zuruf von
Dr. Henning Klostermann, SPD)

Ja, umso erstaunlicher der Antrag.

Noch einmal zum Stichwort Intentionen des Antrages. In den Beratungen ist deutlich geworden, dass das eigentliche Thema des Antrages nicht eine etwas schwammige und schwer zu fassende betriebsnahe Beschäftigungspolitik ist, darüber haben wir ja heute Morgen auch in der Aktuellen Stunde nun hinreichend diskutiert, sondern vielmehr vor allem das Modell – Kollege Ausschussvorsitzender, ich hoffe, ich spreche das in Ihrem Sinne richtig aus – der Jobrotation.

(Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Dies hat insbesondere ja die Expertenanhörung des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung in Güstrow auch gezeigt.

(Heidemarie Beyer, SPD: Güstrow.)

Frau Kollegin Beyer, ich versuche, mich hinsichtlich der Aussprache am Ausschussvorsitzenden zu orientieren. Ich nehme die Korrektur aber gerne an.

Hätten Sie klar und präzise formuliert, die Landesregierung möge Bemühungen unterstützen, die die Möglichkeiten des Einsatzes von Instrumenten wie Jobrotation und Keynet für die Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern untersuchen, dann wäre dies eine klare Formulierung gewesen und hätte fraglos auch viel zielorientierter im Ausschuss diskutiert werden können. Ausgehend von der auch in Güstrow erörterten Zielstellung, vorhandene Qualifikationsdefizite in Unternehmen mit dem System der Jobrotation zu beheben, wäre hier eine stringente Debatte möglich und meines Erachtens auch sehr sinnvoll gewesen.

Wie Sie ja wissen, liegt inzwischen die bei den Beratungen des Ausschusses in Güstrow angesprochene Studie zum Bildungsbedarf der Unternehmen vor. Und diese Studie hätte mit ihren Ergebnissen eine sehr ernsthafte, aus unserer Sicht brauchbare Diskussionsgrundlage für die Möglichkeiten und Chancen von Jobrotation und auch Keynet als arbeitsmarktpolitische Instrumente in Mecklenburg-Vorpommern sein können. Leider ist sie das aber aus den genannten Gründen nicht geworden.

Schaut man sich unvoreingenommen die in der Beschlussempfehlung des Ausschusses aufgeführten wesentlichen Ergebnisse der Beratungen zum Thema betriebsnahe Beschäftigungspolitik an, so kommt man nicht umhin zuzugestehen, dass diese Ergebnisse trotz all des Fleißes des Ausschusses, des Berichterstatters und des Vorsitzenden doch recht mager sind. Um zu erkennen, dass es in Güstrow ein regionales Beschäftigungsbündnis gibt, hätte der Landtag sicher nicht des Antrages von PDS und SPD bedurft, wenn ich auch ausdrücklich sagen muss – Frau Kollegin Beyer, ich habe Ihnen das ja auch in Güstrow gesagt –, es ist verdienstvoll, dass Sie uns mit dem Modell, das in Güstrow entwickelt wurde, im Ausschuss vertraut gemacht haben. Aber, ich sage noch einmal, wir müssen von dem Antrag, so, wie Sie ihn gestellt haben, ausgehen, und da haben wir meines Erachtens nicht die Möglichkeiten genutzt, die wir gehabt hätten, wenn der Antrag auf das gezielt hätte, worauf es Ihnen offensichtlich hier ankam.

Wie Sie aus den bisherigen Beratungen zu diesem Antrag wissen und auch eben aus der Berichterstattung noch mal entnehmen konnten, lehnen wir diesen Antrag aufgrund der aufgezeigten Unausgegorenheit ab. Das ändert sich wahrscheinlich auch nicht nach der heutigen Debatte, aber wir müssen ja hören, was seitens der Koalitionsabgeordneten noch dazu gesagt wird. Ich will aber deutlich machen, dass die CDU-Fraktion keinesfalls, wenn sie diesen Antrag ablehnt, ein Votum über Modelle wie Jobrotation und Keynet – von ihnen ist im Antrag ja auch keine Rede – fällt. Das sind vielmehr Konstruktionen, mit denen wir uns ernsthaft, wie auch etwa mit Vorschlägen zum Kombilohn

(Beifall Harry Glawe, CDU)

und anderen Ansätzen, in sorgfältigen Ausschussberatungen auseinander setzen müssen. Nach den Erklärungen der Regierung heute morgen im Rahmen der Aktuellen Stunde ...

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist auch ein Vorschlag aus dem letzten Jahrhundert.)

Das ist auch aus dem letzten Jahrhundert, aber ich habe ja versucht, deutlich zu machen,

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Das ist nicht das letzte Jahrhundert, Irrtum! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass sogar Äußerungen aus dem vorletzten Jahrhundert uns manchmal weiterhelfen können.

Nach den Erklärungen der Regierung heute morgen im Rahmen der Aktuellen Stunde meine ich, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen, dass Sie ehrlicherweise von sich aus Ihren Antrag für erledigt erklären müssten. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Minister für Arbeit und Bau Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, dass selbst bei einer sehr positiven konjunkturellen Entwicklung nicht alle Arbeitslosen Mecklenburg-Vorpommerns einen Arbeitsplatz in der Wirtschaft finden würden. Und damit bleibt die Arbeitslosigkeit das zentrale Problem für die Politik und für diese Koalition. Das ist sehr hinreichend bekannt.

Wie Sie aus den Statistiken wissen, haben wir leichte frühlingshafte Signale zur Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt. Im März 2000 haben wir zu verzeichnen, dass gegenüber dem Vorjahr in Mecklenburg-Vorpommern 500 Arbeitslose weniger vorhanden sind und zum Vormonat 1.200. Besonders freut mich aber, dass wir im Konzert der ostdeutschen Länder eine positive Entwicklung haben, als einziges Land eine positive Entwicklung haben, wo alle anderen ostdeutschen Länder einen Zuwachs an Arbeitslosigkeit verzeichnen. Das ist noch kein Grund zu übertriebener Freude, Herr Born, ich glaube, darüber sind wir uns einig. Man kann sich hier sicherlich ein Beispiel daran nehmen, aber es sollte nun nicht dazu dienen, in Euphorie zu verfallen, sondern man muss sehr kritisch die Entwicklung auch in der regionalen Unterschiedlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern untersuchen.

Hier geht es nun heute um die betriebsnahe Beschäftigungspolitik. Ich habe die Möglichkeit, hier nochmals über Grundzüge zu sprechen. Ich meine schon, dass man – dafür bin ich ja wohl bekannt – einen sehr pragmatischen Ansatz wählen sollte. Hier geht es wirklich nicht darum – und das will ich bestätigen, das habe ich im Ausschuss auch nicht erlebt –, dass engstirnige Grabenkämpfe geführt werden zwischen Investitionsförderung auf der einen Seite und Stärkung des humanen Kapitals auf der anderen Seite, sondern angesichts des Wandels in der Arbeitswelt, wir haben heute Morgen darüber gesprochen, brauchen wir ein Umdenken, sogar ein radikales Umdenken, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, auch im Hinblick auf neue dienstleistungsbezogene Ausbildungs- und Arbeitsfelder.

Die Europäische Union gibt uns bei diesen politischen Ansätzen klare Unterstützung. Ich gestatte mir, aus dem Operationellen Programm ein Zitat zu bringen: „Im Sinne präventiver Arbeitsmarktpolitik soll dem Abbau bestehen-

der Beschäftigung entgegengewirkt und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wie selbständiger Existenzen unterstützt werden. Angestrebt wird eine noch stärkere Ausrichtung auf zukunftsfähige Beschäftigungsfelder. Hierzu ist die enge Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der Wirtschafts- und Strukturpolitik und mit den anderen beschäftigungswirksamen Landespolitiken beabsichtigt. Wichtige Einsatzbereiche der Weiterbildung sind die Informations- und Kommunikationstechnologien, Forschung und Entwicklung und die Erschließung neuer Geschäftsfelder. Weiterbildung soll zur Stärkung der noch zu geringen internationalen Orientierung der Unternehmen und ihren Beschäftigten genutzt werden.“

Das ist die Orientierung der Europäischen Union und ich meine, wir folgen dieser Orientierung mit unserem Programm „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“, indem wir sehr wohl programmatische Pflöcke für eine betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik eingeschlagen haben. Dazu gehört auch, dass die Projekte zur Modernisierung der Arbeitsorganisation unterstützt werden, dass die Verbindung moderner Arbeitszeitgestaltung beziehungsweise Arbeitsverteilung mit Qualifizierungsmaßnahmen gestaltet wird und dass es darum geht, saisonabhängige Beschäftigung weiter zu reduzieren.

In diesem gesamten Kontext, das kann ich nur noch mal bestätigen, erhält die berufsbegleitende Qualifizierung – ob nun Jobrotation oder Jobrotation, englisch ausgesprochen, das ist an und für sich nebensächlich – Bedeutung. Wenn über diese Form gesprochen wird, geht es immer um berufsbegleitende Qualifizierung, um sowohl einen Gewinn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für die Unternehmerinnen und Unternehmer zu erreichen. Und genau hier will ich Daten und Fakten nennen, wie wir das zum Beispiel aus unserem Ministerium ganz konkret praktizieren.

Beispiel: Mit dem Zuwendungsbescheid vom 28.03. des Jahres wurden 624.453 DM aus ESF-Mitteln und 240.174 DM aus Landesmitteln für die berufsbegleitende Weiterbildung von 210 Beschäftigten der Nahrungsmittelindustrie bewilligt. Diese Maßnahme läuft bis Ende 2001 und qualifiziert die Beschäftigten so, dass sie gleichzeitig ihre Arbeitsplätze sichern und die Unternehmen wettbewerbsfähiger machen.

Wir haben darüber hinaus – und das werden wir ja heute oder morgen im Zuge der Landtagsdebatte noch debattieren – eine Prognose über die Bevölkerungsentwicklung. Auch daraus entstehen Anforderungen an Beschäftigungspolitik. Folgende Ausgangsdaten sind nämlich zu berücksichtigen: Wir haben bis Ende 2006 – und ich nenne dieses Jahr 2006 deswegen, weil es den Zeitrahmen der Europäischen Strukturfonds mitbestimmt – einen Zuwachs an älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von 10.000 zu verzeichnen. 2020 werden es 86.000 mehr sein, die das Bild der arbeitenden Bevölkerung prägen. Wir werden also nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern ein reiferes Erscheinungsbild von den Gesichtern und von den Personen her in den Fußgängerzonen haben, sondern auch die Struktur der Erwerbstätigen und der arbeitslosen Bevölkerung wird sich verändern. Sie wird einfach älter. Das heißt, es stehen Anforderungen, über die haben wir heute auch schon gesprochen, an den Erhalt und die Nutzung sozialer Kompetenz. Und auch hier haben wir Vorsorge getroffen. Wir stellen für 600 Beschäftigte in den Reha-Einrichtungen des Landes 1,3 Millionen DM aus ESF-Mitteln und 450.000 DM aus

Landesmitteln zur Verfügung, damit sie sich weiterqualifizieren können und ihre Kompetenz erhalten können. Diese Maßnahme läuft bis Ende März 2003 – auch ein Beispiel, wie wir durch Taten unsere Ziele ganz konkret umsetzen.

Nun kann man, meine Damen und Herren, auf der einen Seite arbeitsmarktpolitische Ziele formulieren und auch Geld bereitstellen, aber das wird nicht reichen, wenn man sich nicht mit den Sozialpartnern dazu verständigt, wie denn diese Wege umgesetzt werden sollen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Deswegen haben wir uns entschieden, in der Arbeitsgruppe der Erschließung gemeinwohlorientierter Beschäftigungsfelder diese Arbeitsgruppe des Bündnisses für Arbeit neu zu justieren, ihr eine zusätzliche Ausrichtung zu geben, nämlich dass wir hier betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik diskutieren. Das ist mehr als berufsbegleitende Qualifizierung. Es geht sicherlich um berufsbegleitende bedarfsgerechte Qualifizierung. Ich nenne bloß das Stichwort „Winterakademie im Hotel- und Gaststättengewerbe“. Das ist eine Entwicklung, die schon über Jahre Erfolg zeigt. Auf die ganze Frage, die sich aus den Anforderungen der Informations- und Kommunikationstechnologien ergibt, will ich jetzt nicht eingehen. Wir haben noch einen Tagesordnungspunkt dazu. Darüber können wir ausführlich debattieren.

Aber selbst solche Fragen wie Campingplatzfachwirt – den Beruf gab es bisher gar nicht – sind Ergebnisse, die auf den Weg gebracht wurden. Oder wir haben gemeinsam mit der Wirtschaft über das Wirtschaftsministerium abgestimmt, wo denn Qualifizierungsbedarfe sind, so beispielsweise in der Hafenwirtschaft, aber auch im Metallbereich. Das wird aus dem Fonds des Arbeitsministeriums ganz konkret unterstützt.

Ich will auf Jobrotation hier nicht weiter eingehen. Ich möchte noch ein Thema erwähnen, was auch mit betriebsnaher Arbeitsmarktpolitik zu tun hat. Das ist das Thema Zeitarbeit. Ich meine, wir sollten alle uns dem Thema Zeitarbeit mal stellen und eine gewisse Skepsis und auch Angst, die damit verbunden ist, ganz behutsam abbauen.

Vor einiger Zeit hat das Arbeitsamt Neubrandenburg eine Börse veranstaltet, wo Zeitarbeitsfirmen sich vorgestellt haben. Der Zulauf von Arbeitslosen war unwahrscheinlich groß. Ich habe mir selber diese Ausstellung, diese Börse angeguckt. Ich meine schon, dass es hier nicht um moderne Sklavenarbeit geht, sondern es geht hier teilweise darum, natürlich gibt es auch schwarze Schafe, aber es geht darum, über diesen Weg Arbeitslosen beziehungsweise anderen den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das wäre ein Thema, was man sicherlich auch in der parlamentarischen Debatte diskutieren sollte.

Was machen wir nun mit Älteren? In Neustadt-Glewe gibt es ein Unternehmen, ein Bildungsunternehmen, das ein Expo-Projekt auf den Weg gebracht hat „Initiative 50 – neue Wege“. Ich habe mich als Erstes gefragt: Warum eigentlich ein arbeitsmarktpolitisches Projekt für die Expo 2000? Man könnte ja Schlösser und andere Dinge oder technische Entwicklung vorstellen. Aber genau das halte ich für richtig, wenn man sagt, wir tun etwas für die Menschen und auch für die ältere Generation. Und „Initiative 50“ – 50 steht für das Alter – macht hier deutlich, dass

über Trainings- und Feststellungsmaßnahmen, anschließende Qualifizierung und dann über ein Jahr Zeitarbeit diese Menschen in Unternehmen vermittelt werden und damit beide eine Chance haben – der Unternehmer, der entleiht, und auch derjenige, der verleih wird, sich auszuprobieren, ist das etwas für mich.

Und über eine Entlastung der Unternehmen – das entleihende Unternehmen zahlt also 30 Prozent der Lohnkosten und die Lohnnebenkosten übernimmt derjenige, also diese Bildungsfirma, die die Verleihung vornimmt – gibt es positive Impulse. Immerhin sind von über 160 Teilnehmern in diesem Programm, welches modellhaft gelaufen ist, 56 konkret in Arbeit vermittelt worden. Das spricht für sich. Ein nächster Schritt wird sein, im Arbeitsamtsbezirk Schwerin diese Erfahrung ganz konkret auszuweiten.

Ich meine, meine Damen und Herren, es ist ein richtiger Antrag zur rechten Zeit, auch wenn im letzten Jahrhundert gestellt. Aber ich meine, er weist darauf hin, dass wir hier politischen Handlungsbedarf haben. Ich wollte Ihnen nachweisen, dass wir, unabhängig von dem heutigen Beschluss, bereits aktiv waren, um diese Dinge umzusetzen.

Ich möchte Sie bitten, auch im Zusammenhang mit Jobrotation, dass wir uns alle, Opposition oder Koalitionsfraktionen, in die Diskussion zur Novellierung des Sozialgesetzbuches III einbringen. Da spielen alle diese Fragen wieder eine Rolle und weitere mehr. Aber genau die Fragen, die der Ausschuss und ich auch in Güstrow erlebt haben, zeigen eben, dass es sehr wohl bundesgesetzliche Grenzen gibt zur Umsetzung, sozusagen zur breiten Anwendung dieser Modelle. Das müssen wir also mit einer politischen Debatte, aber auch mit einer fachlichen Debatte zur Novellierung des Sozialgesetzbuches III, Arbeitsförderung, erreichen.

Ich möchte, dass mit diesem Beschluss, der heute dann wohl gefasst wird, auch eine Aufforderung an Politik und Sozialpartner formuliert wird, hier nicht nachzulassen, sondern tatsächlich Ideen und neue Wege zu entwickeln, damit wir gemeinsam erfolgreich Arbeitslosigkeit bekämpfen können. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Beyer von der Fraktion der SPD.

Heidemarie Beyer, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bildung und Qualifizierung sind kein Luxus, sind auch keine Zumutung für Betriebe, sondern eine Notwendigkeit. Die Diskussion des vorliegenden Antrages hat eine breite Diskussion verschiedener Modelle innerhalb des Landes angestoßen. Und ich erlebe es an vielen Stellen, wo ich hinkomme, dass ich darauf angesprochen werde, dass man sich Gedanken macht, wie man neue Wege gehen kann, um eben den hohen Qualifizierungs- und Bildungsbedarf, der auch durch die aktuelle Diskussion jetzt noch mehr, viel mehr, offen gelegt wurde, zu befriedigen.

Betriebsnahe Qualifizierung ist eine Notwendigkeit, eine Herausforderung, der sich jeder Arbeitnehmer und jeder Arbeitgeber stellen muss. Das zeigt die aktuelle Diskussion und mir scheint, neben der Spendenproble-

matik der CDU ist es das aktuelle Thema überhaupt. Es ist das Thema, das einen akuten Handlungsbedarf nicht nur in der IT-Branche offen legt. Das Ingenieurwesen beklagt einen Spezialistenmangel wie die Tourismusbranche. Das Bauwesen beklagt einfach Kräftemangel ebenso wie das Handwerk. Hier zeigt sich, dass Billiglöhne von unter 10 DM pro Arbeitsstunde nicht nur Abwanderung, sondern auch den Verlust von Fachpersonal bedeuten und dass damit einhergehend auf lange Sicht die Wettbewerbsfähigkeit unserer einheimischen Unternehmen eingeschränkt wird.

Auch die Praxis, auf die Ausbildung von Lehrlingen zu verzichten und stattdessen auf ungeschulte Kräfte zurückzugreifen, führte zu dem bestehenden Fachkräftemangel, der uns vielerorts begegnet. Es macht betroffen, wenn ein qualifizierter und spezialisierter Elektromechaniker lieber am Fließband arbeitet, weil er dort mehr verdient, und anderenorts notwendige Wartungs- und Serviceleistungen von Angelernten in unzureichender Qualität erbracht werden müssen.

Die Erkenntnis, dass Betriebe auf dem Weltmarkt nur mit ausgezeichneter Qualität Überlebenschancen haben, scheint sich hoffentlich durchzusetzen. Darum ist eine gute Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten das Gebot der Stunde. Das Modell Jobrotation ist dabei eine wirksame Möglichkeit, besonders kleine und mittlere Unternehmen fit für den Qualitätswettbewerb zu machen und zu halten. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu der vorliegenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Beyer.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion der PDS.

Barbara Borchardt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen haben wir in den Ausschüssen und im Zusammenhang mit dem Arbeitsbesuch in Güstrow über den Antrag der Koalitionsfraktionen „Betriebsnahe Beschäftigungspolitik“ diskutiert und die heutige Beschlussempfehlung erarbeitet. Für mich entstand während der Diskussion folgendes Bild: Fraktionsübergreifend waren sich alle einig darüber – aktive Arbeitsmarktpolitik muss so betriebsnah wie möglich erfolgen. Aus diesem Grunde kann ich das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten der CDU-Fraktion im Ausschuss auch nicht nachvollziehen, zumal kein konstruktiver Beitrag in die Diskussion eingebracht wurde.

Richtig ist – und das wurde im Rahmen der Antragseinkbringung im Herbst 1999 nicht nur einmal betont –, betriebsnahe Beschäftigungspolitik findet bereits durch die Nutzung der unterschiedlichsten Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik statt. Aber die Diskussion hat auch Folgendes gezeigt: Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es kein Rezept. Und wer sich ernsthaft mit dem Problemen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auseinandersetzen will, sollte die unterschiedlichsten Instrumente und deren Anwendung analysieren, die bestehenden Erfahrungen nutzen und weiterentwickeln. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung sollten wir nicht nur der Regierung überlassen. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen haben einen enormen Qualifizierungsbe-

darf, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein. Und in Bezug auf die Nutzung der Instrumente gibt es noch viele Reserven. Das vorhandene Potential wird noch nicht voll ausgenutzt. Diese Fragen sollten aus meiner Sicht auch ganz konkret im Bündnis für Arbeit weiter diskutiert werden.

Auf einige Probleme, an deren Lösung wir gemeinsam arbeiten sollten, sei an dieser Stelle hingewiesen:

Zum einen sehe ich das Fehlen einer konkreten Analyse über den vorhandenen Qualifizierungsbedarf entsprechend des Bedarfs der unterschiedlichsten Akteure in der Region. Das setzt aus meiner Sicht voraus, dass die unterschiedlichen Partner, wie zum Beispiel in Güstrow, sich finden, ihre Bedarfe definieren und gemeinsam nach Lösungswegen suchen.

Notwendig ist es auch, gemeinsam mit den Bildungsträgern über die Anforderungen der Region, über eine bedarfsgerechte Qualifizierung zu sprechen und entsprechende Qualifizierungskonzepte zu entwickeln. Diesem Grundgedanken wird auch das neue Programm für Arbeit und Qualifizierung in Mecklenburg-Vorpommern gerecht.

Gleichzeitig zeigen die vorhandenen Beispiele, dass insbesondere die Beratung der Erwerbslosen entsprechend ihrer persönlichen Situation verbessert werden muss, um nachhaltige Entwicklungen zu erzielen. Offene Fragen wie die des materiellen Ausgleichs – zum Beispiel bei der Jobrotation – sind zu klären, und zwar auf Bundesebene im Rahmen der Diskussion zur Novellierung des SGB III. Hier sollte meiner Ansicht nach auch die flexiblere Anwendung von bestimmten Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage der regionalen Bedarfe einbezogen werden.

Zu berücksichtigen sind in der weiteren Arbeit auch die sich entwickelnden Probleme bei der Kofinanzierung von SAM durch die Kommunen und Träger.

Allein die Aufzählung dieser Probleme zeigt, dass wir auch nach der heutigen Beschlussfassung die Diskussion nicht beenden sollten. Ich hoffe aber, darüber sind wir uns alle einig.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bezüglich der weiteren Diskussion möchte ich noch auf ein anderes Problem hinweisen. Deutlich ist geworden, dass betriebsnahe Beschäftigungspolitik immer reduziert wird auf die Betriebe oder Unternehmen auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt. Mit dieser Reduzierung werden wir aber den Anforderungen der Zeit auf Dauer nicht gerecht werden.

Unbestritten ist für mich, dass gerade in Bezug auf die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vereinen und Verbänden, in den gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten oder in den vielen Strukturanpassungsmaßnahmen der Bedarf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch enorm hoch ist. Die jeweiligen Träger sind aber nicht in der Lage, diese Qualifizierung selbst zu organisieren und schon gar nicht zu finanzieren. Wenn wir wollen, dass hier die durchgeführten Tätigkeiten verstetigt werden sollen, dass die öffentliche Beschäftigung an Akzeptanz in der Gesellschaft gewinnen soll, müssen wir uns auch diesen Fragen stellen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir mit der Behandlung dieses Themas und der heutigen Beschlussfassung Impulse gegeben haben, um gemeinsam die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern zu senken.

Der Empfehlung des Abgeordneten Born an die Koalitionsfraktionen, den Antrag als erledigt zu erklären, kann ich nicht folgen, denn der Beschlussentwurf weist deutlich auf einen Handlungsauftrag an die Regierung hin. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Borchardt.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

In Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/673 unverändert anzunehmen. Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich lasse nun über die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Beratung des Antrages der Landesregierung – Zustimmung des Landtages zu der „Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen“, Drucksache 3/1203.

**Antrag der Landesregierung:
Zustimmung des Landtages zu der
„Vereinbarung zwischen dem Bund und
den Küstenländern über die Bekämpfung
von Meeresverschmutzungen“
– Drucksache 3/1203 –**

Das Wort zur Begründung hat der Umweltminister Herr Professor Methling.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Antrag bitten wir den Landtag um nachträgliche Zustimmung zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen vom 27. April 1995. Sie können sich sicherlich erinnern, dass wir vor nicht allzu langer Zeit im Landtag darüber gesprochen haben. Wir folgen damit auch einer Empfehlung, einem Beschluss des Finanzausschusses.

Vielleicht darf ich zur Geschichte dieser Vereinbarung noch etwas sagen und auch zu Argumentationen, die auf diesem Feld geführt werden. Ich denke, es ist auch angemessen, dass ich etwas sage, wie sich diese Vereinbarung bewährt hat, ob es notwendige Änderungen geben muss in dieser Vereinbarung und zu ein paar anderen Konsequenzen auch noch.

Ich darf zunächst erst einmal feststellen, dass das Kabinett in seiner Sitzung am 14.12.1993 dem Entwurf einer Vereinbarung zwischen Bund und den Küstenländern

zugestimmt hat. Diese Vereinbarung wurde vom damaligen Minister für Bau, Landesentwicklung und Umwelt Herrn Seidel am 09.03.1995 unterzeichnet. Die Ausgaben zur Finanzierung der Vereinbarung wurden erstmals im Haushalt 1995 im Kapitel 1302 mit zwei Titeln veranschlagt.

In der Präambel dieser Vereinbarung wird übrigens ein Zustimmungsvorbehalt der verfassungsmäßigen Organe unterstellt. Aus dieser Vereinbarung – ich habe sie mir heute diesbezüglich noch einmal durchgelesen – würde ich ableiten, dass der Landtag über diese Vereinbarung hätte beraten müssen und die Zustimmung geben müssen. Das war also im Jahr 1995 beschlossen worden. Deswegen finde ich es sehr richtig und konsequent, dass der Landtag auch nachträglich dann die Zustimmung zu dieser Vereinbarung gibt. Der Landesrechnungshof kam dann in seinem Jahresbericht 1998 zu der Schlussfolgerung, dass dieses Verwaltungsabkommen, da Haushalte betroffen sind, der Zustimmung des Parlaments bedarf. Ich selber habe keine andere Auffassung. Ich stelle nur fest, dass diese Feststellung eigentlich schon im Jahr 1995 hätte getroffen werden können und die Umsetzung auch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Caterina Muth, PDS: Tolles Tempo!)

Deswegen, weil aus unserer Sicht dieses völlig legitim und erforderlich ist, schlagen wir vor, dass der Landtag unserem Antrag zustimmt. Dass dieses nachträglich geschieht, ist bedauerlich, aber ich denke, wir können diesen Mangel heute beheben.

Gestatten Sie ein paar Bemerkungen dazu, ob eine Vereinbarung angemessen ist oder ein Staatsvertrag. Dieses ist ja des Öfteren in der Diskussion gewesen. Ich will dazu nur wenige Bemerkungen machen: Die erste Bemerkung ist, ein solches Abkommen existierte bereits seit 1975 als Vereinbarung zwischen den Küstenländern. Mecklenburg-Vorpommern ist praktisch 1995 beigetreten. Bei dieser Gelegenheit wurde aber die Vereinbarung novelliert. Es liegt nicht im Ermessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu bestimmen, ob die Länder untereinander einen Staatsvertrag abschließen oder nicht, sondern das ist eine Vereinbarung aller Länder. Im Übrigen ist ein Staatsvertrag auch nur dann erforderlich, wenn Kompetenzen der einzelnen Länder eingeschränkt werden, abgegeben werden. Dieses ist im vorliegenden Fall nicht angemessen, aus unserer Sicht zumindest, und deswegen halten wir es auch für ausreichend, dass eine Vereinbarung zwischen den Ländern abgeschlossen worden ist. Insofern meinen wir, ein Staatsvertrag ist nicht erforderlich. Das ist ja auch einmal im Finanzausschuss diskutiert worden.

Ich darf Ihnen ein paar Informationen geben, wie diese Vereinbarung sich für das Land Mecklenburg-Vorpommern bewährt hat. Durch das Abkommen werden unter anderem Investitionen, die in unserem Lande getroffen werden müssten, für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen geregelt. Danach ist festgelegt, dass Mecklenburg-Vorpommern einen Anteil von 8,5 Prozent an den Investitionen übernimmt, während bei ausschließlichen Ländermaßnahmen wir 17 Prozent zu übernehmen haben.

Die Investitionen, die aus diesem Topf dann zur Verfügung stehen, wurden bei uns im Lande auch eingesetzt. In Mecklenburg-Vorpommern wurden in den vergangenen

Jahren zwei Ölwehrschiffe, unter anderem die „Vilm“, finanziert. Es wurden zwei Landungsboote, die „Äsche“ und die „Orfe“, finanziert. Es wurde eine Ölwehrgerätehalle in Stralsund eingerichtet und es wurde weiteres Ölwehrgerät zur Bekämpfung von Verschmutzungen beschafft.

Der Wert dieser Investitionen beläuft sich auf 20 Millionen DM. Mecklenburg-Vorpommern hat in den fünf Jahren, die in Frage kommen, jeweils 1,7 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Das sind also 8,5 Millionen DM in Summe. Das heißt, wir haben für unser Land 20 Millionen DM investieren können, haben selber aber nur 8,5 Millionen DM bezahlt. Ich denke, daraus wird auch deutlich, wie Mecklenburg-Vorpommern von diesem Abkommen profitiert.

Mit dieser Vereinbarung sind eine Reihe von Vorteilen gegeben, was die Vorsorgeplanung betrifft, was die Logistik betrifft. Mecklenburg-Vorpommern stehen im Bedarfsfall, im Havariefall alle Teile dieser Ausrüstung der Partnerländer zur Verfügung, ohne dass wir zusätzliche Kosten übernehmen müssen. Die Bundesbehörden erstellen für uns zahlreiche logistische Unterlagen, Daten, Riffmodelle, Wettervorhersagen, Schiffsdaten der betroffenen Schiffe, Ladungsinhalte der Schiffe aufgrund der Hafendaten, Staupläne in den Schiffen und so weiter. Es wurden gemeinsam betriebene IT-Stationen für die Vorsorgeplanung und die Bekämpfung der Meeresverschmutzungen eingerichtet. Die Sonderstellen des Bundes und der Küstenländer entlasten die Landesverwaltung bei der Bearbeitung der notwendigen Vorgänge. Bei der Bekämpfung von Havarien im Ernstfall steht in Cuxhaven die zentrale Einsatzleitgruppe zur Verfügung.

Es steht die Frage, ob diese Vereinbarung, die im Jahre 1995 getroffen worden ist, einer Fortschreibung bedarf oder ob sie gar einer Novellierung bedarf. Dabei ist zu berücksichtigen, was der Grobecker-Bericht in Auswertung der „Pallas“-Havarie an Vorschlägen unterbreitet hat. In dieser Darstellung im Grobecker-Bericht sind eine Reihe von Schwachstellen in Leitungs- und Kommunikationsstrukturen festgestellt worden und Vorschläge zur Verbesserung unterbreitet worden. Diese Empfehlungen des Berichtes werden aus unserer Sicht dazu führen, dass eine Modifizierung der Vereinbarung vorgenommen wird. Und ich denke, es wird auch in großer zeitlicher Nähe eine solche Modifizierung geben müssen.

Wir unterstützen unter anderem den Vorschlag, dass im Havariefall ein Havariekommando eingesetzt wird, ein Havariekommando, das dann die Leitung der Bekämpfung übernimmt und das auch die erforderlichen Entscheidungskompetenzen hat, wahrscheinlich dann nur seeseitig, weil die landseitige Kompetenz sicherlich bei den Ländern und Kreisen bleibt.

Ich selber würde mir wünschen, dass bei dieser Gelegenheit die gesamte Vereinbarung noch einmal auf den Prüfstand gestellt wird und dass wir eine neue Vereinbarung haben, die dann auch entsprechend abgeschlossen wird. Modifizierungen könnten übrigens auch auf der Verwaltungsebene vorgenommen werden.

Die Landesregierung berät gegenwärtig mit den zuständigen Ressorts Vorschläge zur Umsetzung der Empfehlungen der Expertengruppe. Wir haben dazu eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Umweltministerium eingerichtet. Wir beziehen das Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund sowie das Amt in Lübeck ein. Die betroffe-

nen Bundesländer haben erste Grundsätze auf Abteilungsleitersebene und das weitere Vorgehen gegenüber dem Bund abgestimmt. Die Landesregierung wird über die Abteilungsleiter an den Maßnahmen zur Umsetzung mitberaten.

Ein paar Bemerkungen abschließend zu Konsequenzen aus den Verunreinigungen der Ostsee durch die „MIMI SELMER“ und auch aus dem Festkommen der „Clement“, was wir auch schon hier diskutiert haben. Es ist festzustellen, dass Ölverschmutzungen durchaus nicht selten sind, sondern viel zu häufig auf der Ostsee vorkommen. Im Schnitt werden jährlich etwa 50 Ölverschmutzungen festgestellt. Diejenigen, die wir besonders öffentlich interessiert wahrgenommen haben in den letzten Monaten, waren besonders dramatisch. Sie sind aber auch durch den zeitlichen Zusammenhang dann auf besonderes Interesse gestoßen.

Verursacher dieser Ölverschmutzungen werden in weniger als fünf Prozent der Fälle ermittelt. In allen übrigen Fällen ist es nicht gelungen, die Verursacher dieser Verschmutzungen aufzuklären. Die Strandreinigung muss dann durch die zuständigen Behörden in den Kreisen organisiert werden. Dieses hat in unserem Land auch sehr gut geklappt. Dafür kann man den Behörden in den Landkreisen auch sehr herzlich danken, dass die Verschmutzung dort so schnell bereinigt worden ist. Die Organisation dieser Strandreinigung funktionierte, die Bundesschiffe „Scharhorn“ und „Bottsand“ haben etwa 80 Prozent der Ölmenge auf der Ostsee bergen können. Trotzdem ist dann natürlich noch umfangreiches Material an den Stränden angespült worden.

Für die Beherrschung solcher Verunreinigungen, wie sie hier aufgetreten sind, reichen die bisherigen Regelungen aus. Die Frage ist aber insgesamt, welcher Regelungsbedarf noch existiert. Und damit komme ich zur Havarie des Tankers „Clement“, der uns hier im Landtag auch schon beschäftigt hat.

Aus unserer Sicht ist es vor allen Dingen ein Problem der Schiffsführung und der Verkehrslenkung auf der Ostsee. Im Bereich der Kadet-Rinne ist die Wassertiefe nur in einem begrenzten Gebiet so tief, dass Großschiffe mit einem Tiefgang von mehr als zehn Metern ungehindert passieren können. Das bedeutet, ein Abweichen von der idealen Fahrlinie kann zu weitreichenden Konsequenzen führen. Dass diese Situation so eingetreten ist, hat natürlich damit zu tun, dass auf der Ostsee immer größere Schiffe fahren, weil die Häfen auch ausgebaut worden sind, und insofern gibt es Handlungsbedarf, dafür Regelungen zu treffen. Es sind Maßnahmen zur Verbesserung der Schifffahrtswege erforderlich, über die wir auch schon gesprochen haben – die Betonung gehört dazu, die Lotsenpflicht, die Radarüberwachung, die ÜBS-Überwachung und anderes.

Gegenüber dem Bundesverkehrsministerium wurde durch unser Haus auf diese Gefahren hingewiesen und wir haben auch die aus unserer Sicht notwendigen Maßnahmen aufgeführt. Wir haben den Bund aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Eine ist inzwischen vollzogen worden. In der vergangenen Woche ist also die Betonung in der Kadet-Rinne verändert worden, wie wir das auch gefordert hatten. Das ist ein erster, wenngleich nicht ausreichend weitreichender Beschluss.

Für diese Aktivitäten zur Verbesserung der Schiffssicherheit muss die Vereinbarung übrigens nicht geändert werden. Das hat mit der Vereinbarung nichts zu tun.

Ich darf Ihnen abschließend ein zweites Ergebnis mitteilen, das auf unsere Aktivität zurückzuführen ist: Die HELCOM, also die Helsinki-Kommission, hat eine Arbeitsgruppe zur Prüfung der Vorschläge aus Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt. Ich habe Sie informiert, dass ich Briefe geschrieben habe an den Bundesverkehrsminister und an andere Gremien, an die Umweltministerien. Und HELCOM hat auf unseren Vorschlag hin eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unsere Vorschläge prüfen soll, um die Schiffssicherheit und um die Verkehrswegeführung dort dann zu verbessern. Ich glaube, das ist ein erster wichtiger Erfolg, sozusagen auch ein internationaler Erfolg, den unser Land erzielen konnte, auch wenn wir nur indirekt zuständig sind. Ich will damit sagen, wir haben das, was wir an Aktivitäten unternehmen konnten, in erster Linie getan, aber es ist noch sehr viel zu tun, um Verbesserungen zu erreichen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Dr. Henning Klostermann, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen basiert auf dem deutschen Systemkonzept zur Öl- und Schadstoffbekämpfung. Das ist Teil des nationalen Sicherheitskonzeptes.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Zur Erinnerung: Bund und Küstenländer begannen 1975 mit dem Abschluss eines Verwaltungsabkommens, um die Grundlagen für Maßnahmen zur Unfallvorsorge auf See und an der Küste zu schaffen. Geregelt wurden Organisation und Finanzierung. 1980 wurde das erste Systemkonzept zu Ölbekämpfungsmaßnahmen auf See zusammengestellt. In einem umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsprogramm wurden von 1984 bis 1987 neue Erkenntnisse und Entwicklungen gefördert. Insgesamt waren circa 60 Millionen DM für 70 Einzelvorhaben vorgesehen. Von 1979 bis 1985 wurden durch das Bundesverkehrsministerium und die vier alten Küstenländer 100 Millionen DM für die Beschaffung von Ölbekämpfungsschiffen und entsprechender Technik ausgegeben, für ein Nachfolgeprogramm nochmals 90 Millionen DM.

1990 kam der Beschluss, das Systemkonzept „Maßnahmen zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen auf dem Wasser“ festzuschreiben. Eines der Hauptgründe für diese weitere Fest- und Fortschreibung war die Einbeziehung der Küste Mecklenburg-Vorpommerns. Die Durchführung dieser Arbeit wurde federführend den Sonderstellen des Bundes beziehungsweise der Küstenländer – Ölfälle See, Küste – sowie dem Umweltbundesamt Berlin übertragen. 1994 lag diese Fortschreibung des Systemkonzeptes über Maßnahmen zur Bekämpfung von Öl und anderen Schadstoffen auf dem Wasser vor. Ergebnis:

Erstens. Ölfälle von einer Größenordnung von 30.000 Tonnen und mehr können auch bei günstigsten Umständen nicht mehr erfolgreich eingedämmt werden.

Zweitens. Vor der deutschen Nordseeküste ist etwa alle sechs Jahre mit einer Ölverschmutzung von einigen hundert Tonnen zu rechnen. Trostpflasterchen der Experten, die dazu vier Jahre benötigten: Mit einem großen Ölfall auf See ist in der deutschen Bucht nur alle einhundert Jahre zu rechnen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte mit dieser Zeitschiene noch einmal deutlich machen, wie lange man in Deutschland an den Inhalten eines nationalen Sicherheitskonzeptes gearbeitet hat, um Erkenntnisse zu gewinnen, die von den Realitäten immer und immer wieder eingeholt worden sind. Es sind eben zu viele Köche – das heißt der deutsche Behördenwirrwarr –, die den Brei verderben. Wissenschaftler einer Universität beziehungsweise Bergungsprofis wären per Computersimulation oder aufgrund ihrer Erfahrung in kürzester Zeit zum gleichen Ergebnis gekommen. Aber die wurden und werden ja bis heute leider nicht zu Rate gezogen.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnern, dass all diese behördlichen Experten vom Tankerunfall an der britischen Küste mit dem Tanker „Braer“ 1993 überrascht wurden. Danach erst erkannten sie das Problem der Notschleppkapazität. Zwei Jahre – und wieder erst nach dem Tankerunfall „Seampres“ vor der englischen Küste – brauchten Experten, um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass es in der Deutschen Bucht keine ausreichenden Notschleppkapazitäten gab.

Der uns vorliegende Antrag der Landesregierung basiert auf den für Deutschland geltenden multi- und bilateralen Schutzübereinkommen sowie den Übereinkommen von Bonn und von Helsinki der Jahre 1974 und 1979. Der vorliegende Antrag ist damit Teil des nationalen Sicherheitskonzeptes. Der wesentliche organisatorische Bereich basiert auf dem Organigramm des deutschen Notfallmanagements als Teil des nationalen Sicherheitskonzeptes.

Der Zentrale Meldekopf, Paragraph 4, ist eine rund um die Uhr besetzte zentrale nationale und internationale Meldestelle der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Meldungen über drohende oder eingetretene Schiffsunfälle werden gesammelt und an die Vertragspartner weitergeleitet. Erst wenn die Meeresverschmutzung den im nationalen Sicherheitskonzept festgelegten Schwellenwert erreicht, übernimmt der Zentrale Meldekopf auch das Alarmierungsverfahren.

Die Einsatzleitgruppe, Paragraph 5, ist das gemeinsame Gremium mit Vertretern der Abkommenspartner, die über den Einsatz der Technik und über die Kostenübernahme entscheiden.

Die Sonderstellen nach Paragraph 9 sind technische Einrichtungen, die zur Beschaffung und Verwaltung der Schiffe und Geräte, zur Fortentwicklung von Bekämpfungsstrategien und zur fachlichen Beratung der Partner eingerichtet wurden. Im Ernstfall sind sie bevollmächtigt, den sofortigen Einsatz von Schiffen, Flugzeugen sowie Bekämpfungsmaßnahmen zu veranlassen, bevor die Einsatzleitgruppe zusammentritt.

Zur Zustimmung zum Antrag gibt es keine Alternative, aber wir haben kein einziges Problem heute in der Ostsee geregelt. Ganz im Gegenteil, wir übernehmen das nach

der „Pallas“-Havarie aufs Schärfste kritisierte Katastrophenmanagement beim Zentralen Meldekopf und der Einsatzleitgruppe und wir übernehmen ein Kompetenzzwirrwarr zu vieler Behörden,

(Caterina Muth, PDS: Wir haben übernommen, wir haben übernommen 1995, als Sie an der Regierung waren.)

das allein bei der „Pallas“-Havarie für 18 Fehlerquellen verantwortlich zeichnete sowie 21 Schwachpunkte im deutschen Sicherheitskonzept offenbarte. Obwohl die Grobecker-Kommission letztlich unsere Vorstellungen für ein nationales Sicherheitskonzept Ostsee bestätigte, blieb dieser Ministerpräsident bis heute untätig. Spätestens nach der Strandung des Bulkcarriers „Kavako“ vor Rügen, des Tankers „Seajoy“ sowie des Tankers „Highland Faith“ in der Kadet-Rinne und nach unserem Antrag hätte das dieser Ministerpräsident zur Chefsache machen müssen, aber bitte nicht wie beim Transrapid und beim Airbus. Aber mehr, als ein paar Tonnen in der Fahrrinne zu versetzen, worüber übrigens alle Experten nur noch den Kopf schütteln, fällt dieser Regierung leider nicht ein. In jeder Tourismusveranstaltung sonnt sich der Wirtschaftsminister in Erfolgen, deren Grundstein doch von uns gelegt wurde.

(Caterina Muth, PDS: Vielleicht fangen Sie mal bei den Ursachen an!)

Wenn es aber um den lebenswichtigen Schutz dieser Tourismusbranche geht, dann taucht er offenbar ab. Und wenn die zuständige Behörde vorsichtig eine Ausbaggerung der Kadet-Rinne ins Gespräch bringt, dann ist das für Dr. Klostermann viel zu teuer und – Zitat – „ökologischer Frevel“.

(Caterina Muth, PDS: Vielleicht fangen Sie mal bei den Ursachen an!)

Wenige Tage später rief er nach dem Auflaufen der „Clement“ in der Kadet-Rinne zur Gründung einer Bürgerinitiative zum Schutz unserer Küste auf. Mit solchen Experten und solch einer Regierung wird Mecklenburg-Vorpommern doch nur noch als Lachnummer wahrgenommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Caterina Muth, PDS: Ach, Herr Thomas, Sie müssen's ja wissen.)

Professor Methling, ich wünschte mir, dass Sie sich wenigstens nun endlich für ein nationales Sicherheitskonzept stark machen. Unsere Vorstellungen liegen auf dem Tisch. Sie wurden und werden in weiten Teilen von den Experten unterstützt. Kommt es zu einer Katastrophe, die wir alle nicht wünschen, werden dieser Ministerpräsident und seine Experten nicht zögern, Ihnen allein die Verantwortung zuzuschieben. Wir müssen uns endlich gemeinsam für den Schutz unserer Küste und die Tourismusindustrie stark machen und wir müssen uns durchsetzen, auch gegenüber den anderen Bundesländern.

Die Dänen haben nach den Pannen, nach dem Auflaufen der „Clement“, ihre Küstenwache und sämtliche Technik dem militärischen Befehlshaber ihrer Marine unterstellt und forcieren präventive Maßnahmen. Küstenwachen mit militärischer Führungsstruktur sind der einzig richtige Weg,

(Beifall Lutz Brauer, CDU – Caterina Muth, PDS: Das Thema hatten wir doch schon im Februar.)

um vom gefährlichen Kompetenzzwirrwarr in Deutschland wegzukommen. Die Dänen haben es uns doch vorgemacht. Warum können wir denn das nicht auch? Die haben wenigstens auf die „Clement“ reagiert, wir noch gar nicht.

Wir brauchen ein nationales Sicherheitskonzept für die Ostsee und das Küstenwachzentrum Rostock, das für die Ostsee zuständig sein muss. Wir müssen sofort einen Schlepper mit 100 Tonnen Pfahlzug in die Ostsee verlegen – entweder die „Mellum“ oder eins chartern – und einen weiteren Schlepper mit gleichem Pfahlzug und ein leistungsfähiges Ölbekämpfungsschiff in der Oderbucht stationieren. Und wir brauchen internationale Verträge für die Ostsee, um Mindeststandards für die einlaufenden Tanker festzulegen.

(Caterina Muth, PDS: Das hätten Sie doch jahrelang machen können, was die Tankerprobleme betrifft. Das haben Sie doch jahrelang nicht gemacht.)

Die EU hat ja schon eine Initiative unternommen. Ich habe von Ihnen nicht gehört, dass Sie sie unterstützt haben.

Und wir brauchen Lotsenpflicht für die stark befahrenen Seewege, eine Hafenküstenwacht und ein Nothafenkonzept. Und wir brauchen vor allem Politiker, die sich Rat bei richtigen Experten holen und nicht bei rot-grünen Träumern.

(Caterina Muth, PDS: Die zur rechten Zeit entscheiden können.)

Wir haben in Warnemünde erleben dürfen, was nur 20 Tonnen Schweröl anrichten. Sie hätten mal in den Ölteppich mit reinfahren

(Caterina Muth, PDS: Herr Thomas, was haben Sie gemacht, als Sie regiert haben? Was haben Sie auf Bundesebene gemacht?)

und sich das ansehen sollen, wie Hunderte dann bei der Beseitigung am Strand im Einsatz waren. Wir sitzen auf einer tickenden Zeitbombe.

Dann erkennen Sie es doch wenigstens heute! Ich behaupte doch nicht, dass nicht auch vorher Fehler gemacht worden sind, aber es geht doch jetzt um die Interessenvertretung unseres Landes – hier und heute.

(Caterina Muth, PDS: Das sind alles alte Erkenntnisse.)

Deswegen brauchen wir den politischen Druck quer durch Parteien und Gesellschaft entlang der Küste.

Im Übrigen, der Kreistag Rügen hat es uns mit seinem Antrag für Maßnahmen zum Schutz der Ostsee vorgebracht. Ich denke, wir sollten weitermachen und weiter mit den Kreistagen an der Küste reden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Tourismusverband hat auch die Gefahr erkannt und unterstützt das.

Mit der Zustimmung zu dieser Vereinbarung verbindet meine Fraktion nachdrücklich die Aufforderung an die Landesregierung, sich für ein nationales Sicherheitskon-

zept Ostsee konsequent und schnell einzusetzen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, für Ihre auch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Thomas.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Klostermann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Vielleicht gehe ich am Schluss meiner Ausführungen noch einmal auf einiges ein, was Herr Thomas hier gesagt hat.

(Heinz Müller, SPD: Lohnt sich das?)

Allein die Tatsache des posthistorischen Zustimmungskontaktes, die wir heute mit einer Verzögerung von fünf Jahren vernommen haben, belegt nicht nur die Trägheit gewisser Gremien – da stimme ich Ihnen zu, Herr Thomas –, sondern, und das wollen wir positiv bewerten, den inzwischen gewachsenen Stellenwert der präventiven Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung von Tankerunfällen und Ölkatastrophen an unserer Küste.

Auf der 34. Sitzung des Landtages haben wir in diesem Hohen Hause ausführlich über die brisanten aktuellen Erfordernisse debattiert und in sechs Punkten die Landesregierung zum Handeln aufgefordert, sie zu unterstützen. Es hätte mich wirklich gewundert, wenn heute die Opposition nicht die Gelegenheit ergriffen hätte, zu diesem Thema die Debatte wieder aufzunehmen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das ist völlig in Ordnung. Auch wenn der Tagesordnungspunkt ziemlich langweilig scheint, aber die Gelegenheit ist günstig.

Interessierte an diesem ungelösten Problemfeld haben mit Sicherheit den Bericht des Vorsitzenden der unabhängigen Expertenkommission an den Bundesverkehrsminister vom 16.02.2000 studiert. Dieser so genannte Grobecker-Bericht spießte eine Reihe von Schwachstellen in den Leitungs- und Kommunikationsstrukturen auf und strebt eine Optimierung des Schutzes deutscher Küsten an Nord- und Ostsee an.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, es kann hier nicht Sinn sein, diese 30 Empfehlungen der Expertenkommission im Bündel zu beleuchten, dennoch stößt die angedachte Einzelung der verschiedenen auf See tätigen Aufsichts- und Vollzugsdienste des Bundes – darüber wurde auch schon vorhin berichtet – in einer Seewache, ein neues Wort wäre das, auf ein sensibles Echo seitens der Betroffenen in den Behörden. Und ob weiterhin ein so genanntes Havariekommando, das die Seewache führt und alle anderen bisherigen Stellen ersetzt, der Weisheit letzter Schluss sein wird, bleibt zunächst offen.

Das von diesem Havariekommando auszuübende Durchgriffsrecht auf alle Einsatzkräfte und Einsatzmittel von Bund, Ländern und Kommunen rüttelt zumindest am Grundgesetzfundament. Es bestehen schon Zweifel, ob eine untergesetzliche Verwaltungsvereinbarung oder mehrere die anstehenden Strukturveränderungen funktionssicher garantieren würden. Sicher ist meines Erachtens nur, dass sich die mit Substandards navigierenden Petrol-Hasadeure, sprich einige Schiffsunternehmen, völlig unbeeindruckt zeigen werden. Wenn die deutsch-fran-

zösische Initiative zur Verbesserung der Sicherheit auf See, vereinbart zwischen dem französischen und dem deutschen Verkehrsminister, als wichtiger Schritt greift, wenn die Europäische Union wirksam wird, die internationale Schifffahrtsorganisation IMO die Überwachung der Schiffe verschärfen würde und die Schiffsunternehmen so stärker in Verantwortung gebracht würden, dann wären gute Wege beschritten. Problemlösungen kommen nicht von heute auf morgen, aber, meine Damen und Herren Abgeordnete, Tankerunfälle können sich täglich wiederholen, können täglich stattfinden. In der Risikoforschung wird dies mit dem Murphy'schen Gesetz beschrieben,

(Volker Schlotmann, SPD: Kenn' ich nicht.)

dem zufolge ein Ereignis eintritt, wenn es eintreten kann. Andererseits sind Ölverschmutzungen durch unerlaubtes Ablassen von Ölresten leider heute fast alltäglich. Alarmierend ist dabei, dass die Verursacher nur mit einer Wahrscheinlichkeit von fünf Prozent – der Minister hat es schon erwähnt – für die Ostsee ermittelt werden konnten. Das ist schon alarmierend. Fünf Prozent der Verursacher sind nur auffindbar.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die letzten Havarien auf der Ostsee haben die Sicherheitsdiskussion zur Bekämpfung belebt und das ist gut so. Das widerspiegelt sich auch darin, dass diverse Firmen, Unternehmen in unserem Bundesland ihre hochentwickelte Technik präsentieren und auch versuchen, die rasanten Entwicklungen im Schiffbau und in der Navigation zu nutzen. Der Wettbewerb in diesem Geschäft wird sich aber nur dann lohnen, wenn diese Technik in der Kommunikationspartnerschaft Mensch und Maschine real eingesetzt wird. Experten beklagen dies und stellen fest, dass die Schifffahrt ein Hochrisikosystem darstellt.

Und meine Damen und Herren Abgeordnete, wie steht es eigentlich mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern unseres Küstenlandes, eines Küstenlandes, das mehr und mehr Touristen und Investoren anlocken möchte? Wollen wir tatenlos mit der unkalkulierbaren Bedrohung durch eine Ölpest leben? Kann uns die sarkastische Beschwichtigungsformel „Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit“ etwa beruhigen? – Wohl kaum.

Halten wir fest: Es geht hier um keine Naturkatastrophe, der wir angstvoll entgegenstehen müssten, weil für uns die endgültige Planungsphilosophie des Planeten Erde immer noch ein Geheimnis ist und wohl auch bleiben wird. Ich denke an Erdbeben, Hochwasser, Stürme. Nein, hier geht es um die Vermeidung eines von Menschen herbeigeführten Risikos, das von Menschen auch vermieden werden kann.

(Caterina Muth, PDS: Das ist nämlich der Punkt.)

Näher betrachtet werden wir wohl noch Jahre darauf warten müssen, bis menschenmögliche Ursachenbekämpfung von Tankerunfällen realisiert und Ölablassungen durch internationale Vereinbarungen auf Null gesetzt werden. Das Verhältnis von anthropogenen Anteilen der Ölhavarien zum geogenen Anteil liegt etwa bei 95 zu 5 Prozent für die Ostsee. Das heißt, durch extreme Naturprozesse wie Sturm oder Eispressungen herbeigeführte Schiffsunfälle unterliegen weit denen durch menschliches Versagen inklusive der durch kriminelle Handlungen herbeigeführten Schiffsunfälle im Verhältnis von etwa 95 zu 5. Und es gilt, dieses Missverhältnis abzubauen. Es darf nicht sein, dass die jahrzehntelangen erfolgreichen Anstrengungen im Rahmen der Helsinki-

Konvention zur Sanierung der Ostsee durch kriminelle Handlungen von Ölfasern unter den Schiffseignern zunichte gemacht werden.

Als Resümee dazu bedarf es erstens auch öffentlichen Drucks – Herr Thomas hat vorhin davon gesprochen, ich begrüße auch, wenn sich Landkreise und Verbände äußern – übergreifender Bürgerinitiativen auf die staatlichen Stellen.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Wenn man so will, ist das ein Aufruf zu außerparlamentarischen Aktionen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Jaja, da muss man vorsichtig sein.)

Zweitens. Es bedarf einer Initiative, die von Mecklenburg-Vorpommern ausgehend die Ostseeanrainerstaaten verpflichtet, nur noch Schiffen mit Standards, wie zum Beispiel Doppelhüllentankern, die Zufahrt zur Ostsee zu erlauben. Ich weiß, dass das sehr schwierig ist, aber wir könnten diese Initiative ja auch befördern.

Drittens. Es bedarf der Einbringung einer entsprechenden Initiative durch Mecklenburg-Vorpommern über die HELCOM – davon hat der Minister schon berichtet, das ist geschehen und auch aufgenommen durch dieses Gremium – oder einer Verstärkung durch die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz, die ja auch in diesem Jahr stattfinden wird und die im nächsten Jahr möglicherweise hier in Mecklenburg-Vorpommern ausgerichtet wird. Auch da sollte man dieses Thema anschneiden.

So weit zu meinen Ausführungen.

Vielleicht doch noch eins, Herr Abgeordneter Thomas: Die Kadet-Rinne ist eine natürliche Rinne, wie Sie wissen, ein Geschenk der Eiszeit. Hier ist an keiner Stelle gebaggert worden in den letzten Jahrhunderten der Schifffahrt. Sie hat eine zur Verfügung stehende Tiefe für die durchfahrenden Schiffe in dieser Hauptwasserstraße, die durchaus ausreichend ist, wenn man ordentlich navigiert.

(Reinhardt Thomas, CDU: Sagen Sie doch wenigstens zur Lotsenpflicht ja.)

Es wäre wirklich Frevel für dieses hochsensible Gebiet, dass man hier überhaupt im Traum daran denkt auszubaggern. Diese natürliche Rinne gestattet, dass sauerstoffreiches Wasser aus der Nordsee in die Ostsee hineinkommt, wenn auch in diesem schmalen Nadelöhr, aber dies ist lebenswichtig für die Erhaltung der Ostsee. Deshalb ist sie so einmalig und auch schutzwürdig und wir dürfen sie nicht wegradieren.

(Beifall Heinz Müller, SPD)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die Fraktion der SPD stimmt diesem Antrag der Landesregierung zu. – Ich bedanke mich bei Ihnen für das Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Klostermann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Muth von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

Caterina Muth, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Worum geht's heute in diesem Tagesordnungspunkt? Es geht darum, dass dieses Parlament nachholend beteiligt wird an der Bestätigung der Verein-

barung von 1995, der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern in Bezug auf die Maßnahmen zum Küstenschutz, eine Beteiligung, die natürlich schon 1995 hätte stattfinden müssen, eine Beteiligung des Parlamentes, die nach alten Kabinettsunterlagen der alten Regierung damals nicht für notwendig erachtet wurde – warum auch immer. Es würde mich ja mal interessieren, welchen Blick die CDU auf diesen Fakt hat, dass das Parlament damals außen vor gelassen wurde, obwohl die Vereinbarung natürlich jedes Jahr finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt hatte und auch haben wird. Dieses führe ich an, weil das wieder deutlich macht, mit welchem Demokratieverständnis Sie regiert haben und welches Demokratieverständnis Sie immer noch haben.

Ich hatte eigentlich vor dieser Landtagssitzung meiner Fraktion gesagt, zu diesem Tagesordnungspunkt brauchen wir nicht zu reden. Im Februar haben wir uns schon grundsätzlich zur Frage Meeresschutz verständigt, unsere unterschiedlichen Positionen ausgetauscht, deutlich gemacht, welche Maßnahmen noch erforderlich sind, welche Probleme noch nicht angepackt sind, auch die Ursachen benannt. Und der Minister hat damals schon so wie auch heute deutlich gemacht, welche Aufgaben noch vor uns liegen und wo er sich und die Regierung engagieren wollen. Was gibt es also Neues seit Februar? – Nichts. Nun ist es Ihr gutes Recht, zu diesem Thema noch mal zu reden. Aber ich denke, indem man nur eine Vereinbarung nachholt und als Parlament damit noch mal das Einverständnis dieser Vereinbarung dokumentiert, muss man diesen Tagesordnungspunkt nicht benutzen, um eine Position deutlich zu machen, die man selbst niemals umgesetzt hatte, als man in der Verantwortung war auf Bundes- und auf Landesebene.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und Herr Thomas, Ihr Engagement – ich habe es Ihnen schon mal gesagt – in allen Ehren, ich bewundere immer wieder Ihre Fachkenntnisse auf dem Gebiet, aber ich sage Ihnen: Die eigentlichen Ursachen für die Katastrophen, die hinter uns liegen und die vielleicht irgendwann wieder geschehen, die haben Sie – und Sie hätten es auch beeinflussen können auf politischem Wege – nicht verhindert, indem Sie zum Beispiel über Tankergrößen geredet haben, indem sich Ihre Partei engagiert hat, dass wir Lotensysteme einführen und so weiter. Nichts ist da geschehen. Und da finde ich es schon ein bisschen doppelzüngig, hier den Helden zu spielen und vorher den Schwanz einzuziehen. – Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Muth.

Ums Wort gebeten hat noch einmal der Umweltminister. Bitte sehr, Herr Professor Methling.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich mach's kurz, weil ich denke, in der Sache ist eigentlich alles besprochen.

Ich gebe Ihnen völlig Recht, Herr Thomas, dass in den Behörden zuweilen oder vielleicht im Regelfall zu lange Diskussionen ohne Ergebnis geführt werden. Das ist sicherlich auch keine neue Erkenntnis an diesem Gegenstand. Hier ist es aber besonders dringlich. Ich will auch sagen, dass ich diesen Diskussionsbedarf sehe und dass wir schnell zu Lösungen kommen müssen. Ich muss aber darauf hinweisen, dass wir nicht autark agieren, sondern

dass wir im Bund mit den anderen Küstenländern hier zu handeln haben. Und dieses tun wir. Wie ich ansonsten reagiert habe, habe ich dargestellt. Zumindest werden wir versuchen, unsere Möglichkeiten zu nutzen, dort mehr Bewegung und schnellere Ergebnisse zu erzielen.

Was das nationale Sicherheitskonzept in der Ostsee betrifft, wir sind da völlig d'accord. Ich staune, wie Sie der Öffentlichkeit gegenüber die Auffassung vertreten, dass der Umweltminister ein solches nationales Sicherheitskonzept in der Ostsee ablehnt. Ganz im Gegenteil, allerdings kommt es dann auf die Details an, über die zu sprechen ist. Ihren Gedanken, mit der Küstenwache eine neue Behörde zu schaffen, teilen wir nicht. Wir können uns eher anderen Empfehlungen dieser Kommission, dieser Expertengruppe anschließen und werden das auch in der Diskussion zum Ausdruck bringen.

Dass Sie uns darauf hinweisen, dass wir mit „wahren“ Experten sprechen, das geht schon ziemlich weit in der Unterstellung, dass wir mit Menschen sprechen würden, die keine Experten sind. Ich glaube, da wären diejenigen ganz schön getroffen, mit denen wir in der täglichen Arbeit in den zuständigen Ämtern zusammenarbeiten. Ich bin sehr erstaunt, wie Sie zu anderen Wertungen kommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Diese Gespräche werden fortgeführt werden. Sie führen auch eine Veranstaltung auf dem Wasser durch. Sie werden darüber diskutieren. Ich hätte mir übrigens auch gewünscht, dass das Umweltministerium aus Mecklenburg-Vorpommern zu dieser Veranstaltung eingeladen wird. Ich bin sehr erstaunt, dass Sie bei dieser Veranstaltung das Gespräch mit uns nicht suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Umweltminister.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/1203. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke sehr. Damit ist der Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/1203 mit den Stimmen der Abgeordneten aus allen Fraktionen bei zwei Stimmenthaltungen in der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Milchwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 3/1219.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Milchwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1219 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Monegel von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Hannelore Monegel, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Milchmarktpolitik zieht sich wie ein roter Faden seit der ersten Legislaturperiode durch die parlamentarische Diskussion dieses Hohen Hauses. Wenn man sich die Mühe macht, anhand vorliegender Protokolle die Entwicklung im Zusammenhang mit der Milchproduktion in Mecklenburg-Vorpommern von der Wende an zu verfolgen und die Probleme dieser Zeit mit dem heute erreichten Entwicklungsstand

der Milchwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu vergleichen, kann man feststellen, dass in einem relativ kurzen Zeitraum auf dem Milchsektor in unserem Bundesland ein enormer Qualitätssprung zu verzeichnen ist. Vergessen darf man dabei allerdings nicht, dass gerade dieser Betriebszweig eine Rosskur hinter sich hat.

Seit dem 1. April 1991 gilt auch für die neuen Bundesländer die Milchgarantiemengenregelung der EU. Der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle, der auch in den neuen Bundesländern die bäuerliche Kleinwirtschaft einführen wollte, hat sich die Übernahme des Quotensystems wesentlich leichter vorgestellt, als es sich danach in der Praxis herausstellte.

In Mecklenburg-Vorpommern waren die gerade eben umstrukturierten Unternehmen mit einer Milchquote von etwa 1,36 Millionen Tonnen zwar in den europäischen Markt eingebunden, aber sie waren aufgrund schwacher investiver Ausstattung, rapide gesunkener Kuhbestände und geringer Milchleistung je Kuh überhaupt nicht in der Lage, wettbewerbsfähig zu sein. Färsenproduktionsbetriebe auf Grünlandstandorten sollten nach damaliger Bonner Lesart zunächst gar keine Quoten bekommen. Der Milchkuhbestand, der in Mecklenburg-Vorpommern 1989 bei 440.000 Milchkühen lag, sank 1991 auf 248.000 Stück, also zuerst 440.000, dann 248.000. 1995 waren es 221.000 Kühe mit einer weit unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Milchleistung je Kuh von 5.032 Kilogramm. Die ohnehin geringe Milchquote damals wurde jahrelang nicht ausgeschöpft. Hinzu kam, dass die Milcherzeuger auf dem prädestinierten Agrarstandort Mecklenburg-Vorpommern das niedrigste Milchgeld in Deutschland erhielten.

Die SPD hat die Sorgen der Milchbauern immer wieder in Anfragen, Anträgen und Anhörungen thematisiert. Ich möchte behaupten, dass der parlamentarische Druck Wirkung auf die Entwicklung von politisch möglichen Rahmenbedingungen für die Milchwirtschaft in diesem Land gezeigt hat. Die Milchproduktion hat dank hervorragender züchterischer Leistungen, geförderter investiver Maßnahmen und eines modernen Systems der Milchleistungsprüfung im Landeskontrollverband, der sich mit seiner Ausstattung im europäischen Maßstab sehen lassen kann, einen enormen Qualitätssprung zu verzeichnen. Mit durchschnittlich 6.317 Kilogramm erreichten die Kühe des Landes bereits 1998 ein Rekordergebnis in der Bundesrepublik Deutschland. 1999 wurde dieses Ergebnis noch überboten und es steigt weiter.

Trotz Saldierung auf Molkereiebene drohten nunmehr erfolgreichen Milchbauern auch aus Mecklenburg-Vorpommern Strafgebühren, die so genannte Superabgabe. Es hat unter unserem Ex-Landwirtschaftsminister Brick über zehn Änderungen von Richtlinien für die Zuteilung von vorläufigen Milchanlieferungsreferenzmengen aus der Landesreserve gegeben. Als diese ausgeschöpft war, wurde mit der Richtlinie vom 11. August 1997 die Tür für die Handelbarkeit von Milchquoten aufgemacht. Von der SPD wurde diese Praxis mit sehr gemischten Gefühlen gewertet.

Meine Damen und Herren! Summa summarum kann festgestellt werden, dass sich die von der ehemaligen Bundesregierung mit der Garantiemengenregelung Milch in Deutschland angestrebten Ziele in wesentlichen Teilen nicht erfüllt haben. Das heißt, weder die Anpassung der Milcherzeugung an den Verbrauch noch der Abbau beste-

hender Überschüsse oder die Stabilisierung der Milchauszahlungspreise zur Einkommenssicherung der Erzeugerbetriebe wurden realisiert. Die Garantiemengenregelung in den neuen Bundesländern mit ihrer vorläufigen Zuteilung von Lieferrechten, der Nichthandelbarkeit der Quoten und ihrer Abkopplung von der Fläche stellte gegenüber den alten Bundesländern zwar eine gewisse Verbesserung dar, hat sich aber nicht als zukunftsfähig bewährt.

Bereits 1996 hatte die SPD vorausschauend die Ziele einer künftigen Milchmarktpolitik formuliert. Diese sind und waren es auch:

- Stärkung der aktiven Milcherzeuger
- Stabilisierung der Erzeugereinkommen am Markt
- Sicherung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung durch Erhaltung der Milcherzeugung auf Grünlandstandorten
- sowie Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Milcherzeugung auf Erzeuger-, Verarbeitungs- und Vermarktungsebene

Meine Damen und Herren, mit dem Auslaufen der Milchquotenregelung am 31. März 2000, also vor kurzer Zeit, eröffnet sich die Chance, Fehlentwicklungen und Mängel zu korrigieren.

Auf dem Berliner Gipfel zur Agenda 2000 am 24. und 25. März 1999 wurden grundlegende Voraussetzungen für die Verwirklichung neuer Regelungen beschlossen. Einigung wurde darüber erzielt, die Milchquotenregelung bis zum Jahr 2006, spätestens aber bis 2008 zu verlängern. Gleichzeitig wurde dem EU-Agrarministerrat die Verpflichtung auferlegt, im Jahre 2003 eine Zwischenauswertung der bis dahin realisierten Beschlüsse vorzunehmen. Ziel ist es, die Mengenbegrenzung nach dem Jahr 2006 auslaufen zu lassen.

Jedem EU-Land wurde die Option zur flächenungebundenen Übertragung von Milchquoten erteilt. Das ist zweifellos ein Fortschritt. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat seine Hausaufgaben zur Neugestaltung der Milchquotenregelung, der so genannten Zusatzabgabenverordnung, gemacht. Am 17. Dezember 1999 stimmte der Bundesrat dem vorgelegten Entwurf zu. Fazit: Die neue Milchquotenregelung ist am 1. April im Jahre 2000 für das Quotenjahr 2000/2001 in Kraft getreten. Sie erfolgt einheitlich für die Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel, die aktiven Milcherzeuger in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Anlieferungsreferenzmengen können in Zukunft deutschlandweit nur noch ohne Flächenanbindung über so genannte Verkaufsstellen oder Börsen an drei Terminen im Jahr von aktiven Milcherzeugern – und nur von diesen – gekauft werden. Eine Verpachtung und ein Verleasen von Quoten von so genannten Sofamelkern in den alten Bundesländern ist damit zukünftig nicht mehr möglich.

Meine Damen und Herren, die Milchproduktion und die Milchverarbeitung sind für die Agrarwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern strukturbestimmender Wirtschaftsfaktor und wichtig für die landwirtschaftliche Einkommenssicherung und Wertschöpfung. Der Ihnen auf Drucksache 3/1219 vorliegende Antrag von SPD und PDS zielt darauf ab, die Landesregierung zu veranlassen, die Auswirkungen der neuen Regelung auf die aktiven Milcherzeuger in Mecklenburg-Vorpommern darzustellen. Die

aktiven Milchproduzenten in unserem Land erwarten, dass die neue Milchmarktpolitik schnell und verlässlich begleitet wird. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Heike Lorenz, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Monegel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, verfahren wir so.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Grams von der CDU-Fraktion.

Friedbert Grams, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat ist die Milchwirtschaft ein wichtiger Zweig unserer heimischen Landwirtschaft, auch wenn dies unter derzeitigen Fördergegebenheiten nicht immer so deutlich wird. Aber von den momentanen Förderbedingungen sollten sich die Milchproduzenten nicht leiten lassen, denn sie erzeugen eines der hochwertigsten Nahrungsmittel.

Trotz der Wichtigkeit der Milchwirtschaft kann ich mit dem vorliegenden Antrag so recht nichts anfangen. Da wird zunächst ein Bericht über das gerade abgelaufene Milchwirtschaftsjahr gefordert. Meines Wissens gibt es dazu einige Ausführungen im Agrarbericht. Wem dies nicht reicht, dem sei die vom Landwirtschaftsministerium erarbeitete „Statistik der Milchwirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ empfohlen, wo eine Vielzahl von Daten der Milchwirtschaft zusammengetragen und mit entsprechenden grafischen Darstellungen veranschaulicht wird. Aber damit noch nicht genug – auch der Landeskontrollverband für Leistungs- und Qualitätsprüfung erstellt einen Jahresbericht zur Milcherzeugung in Mecklenburg-Vorpommern. Und es gibt noch die Schriftenreihe der LMS, deren detaillierte Testbetriebsauswertungen Rückschlüsse auf die Milchwirtschaft in unserem Lande ermöglichen. Ich denke, deshalb kann man auf einen weiteren Bericht verzichten.

Gestatten Sie mir, an dieser Stelle zur Milchquote ein Problem des Landkreises Uecker-Randow anzusprechen. Der Landkreis hat einmal über eine Milchquote von 72,4 Millionen Kilogramm verfügt. Bis zum heutigen Tag sind 18,5 Millionen Kilogramm Milch auf andere Milcherzeuger übertragen worden. Davon sind circa 10 Millionen Kilogramm aus dem Kreis gegangen. Die Abwanderung der Quote bedeutet den Verlust von circa 30 Arbeitsplätzen. Für einen Landkreis mit hohem Grünlandanteil ist das schmerzlich. Aus dem Bereich des Landwirtschaftsamtes Ferdinandshof sollen es sogar 25.000 Tonnen Milchquote sein.

Bemühungen des Kreisbauernverbandes, um eine Regionalisierung der Quote zu erreichen, waren erfolglos. Eine weitere Aufstockung der Mutterkuhbestände als Ausgleich ist auch nicht mehr möglich, da die von der EU vorgegebene Quote in Deutschland bereits überschritten wurde. Wie bei dem Erwerb der Milchquote ergibt sich auch hier für die Landwirte ein finanzielles Problem, Mutterkuhquoten zu erwerben. Die Quote soll nach Informationen mit 1,5 TDM gehandelt werden. Die Landwirte erwarten von der Politik die Einflussnahme auf den Verbleib von Quoten in der Region.

Ja, Frau Monegel, Rinderhaltung gehört nun mal zum Grünland. Die Abwanderung der Milchquote hat auch

Auswirkungen auf die Effektivität und Arbeitsplätze der belieferten Molkereien.

Zum Punkt 2 des Antrages, zu den Auswirkungen der Zusatzabgabenverordnung auf die aktiven Milcherzeuger, einige Bemerkungen: Positiv wird gewertet, dass die Referenzmenge im Land verbleiben soll. Wie bereits erwähnt, ist es für bestimmte Kreise notwendig, dass die Quote regionalisiert wird, im Landkreis oder in den Landwirtschaftsämtern verbleibt. Es ist zumindest den Fachleuten bekannt, dass ab dem 1. April dieses Jahres die neue Milchquotenregelung in Kraft getreten ist. Die Flächenbindung der Milchquote ist dann weggefallen. Außerdem sollen die Belastungen der aktiven Milcherzeuger gesenkt und die Quoten wieder stärker in die Hand der aktiven Milcherzeuger gebracht werden. Der An- und Verkauf von Milchquoten erfolgt über regionale Verkaufsstellen zu bestimmten Terminen im Jahr, wobei dieser Börsenansatz mit einer preisdämpfenden Abzugsregelung kombiniert wird. Diese Regelungen gelten für die alten Bundesländer genauso wie für die neuen. In diesen wäre die Sonderregelung der vorläufigen Milchreferenzmengen ohnehin jetzt abgelaufen.

Statt sich nun – wie im Antrag gefordert – von der Landesregierung die Auswirkungen schildern zu lassen, fände ich es wesentlich interessanter, nach einer entsprechenden Laufzeit dieser Regelung von Betroffenen selber, also von Milcherzeugern, zu hören, wie es um die Praktikabilität dieser Quotenregelung bestellt ist. Die Landesregierung ist – wie wir Politiker – in diesem Falle nur Außenstehender, nicht Betroffener. Betroffene haben bekanntlich eine ganz andere Sichtweise und diese sollte mit die Grundlage für unser politisches Handeln sein.

Ich halte es daher für wesentlich angebrachter, wenn sich zu gegebener Zeit der Landwirtschaftsausschuss – sinnvollerweise in Vor-Ort-Gesprächen – mit aktiven Milcherzeugern und dem Berufsstand über Stärken und Schwächen der Milchquotenregelung unterhalten würde. Bei dieser Vorgehensweise wird gleichzeitig der direkte praktische Bezug hergestellt, den ich für unerlässlich halte. Da der Landwirtschaftsausschuss diese Thematik über das Selbstbefassungsrecht aufgreifen kann, ist der Antrag überflüssig und wir lehnen ihn deshalb ab. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Grams.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Scheringer von der PDS-Fraktion.

Johann Scheringer, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die neue Zusatzabgabenverordnung – wir sollten sie hier der Einfachheit halber einfach Milchquotenregelung nennen – wird vielerorts als Erfolg gefeiert. Das Anliegen der neuen Regelung soll sein, dass die aktiven Milcherzeuger in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus gestärkt werden und, was dabei ganz wichtig ist, dass endgültig die unterschiedlichen Quotensysteme Ost und West zusammengeführt werden und eine einheitliche Regelung für die gesamte Bundesrepublik geschaffen wird.

Das wäre gut, meine Damen und Herren, weil natürlich die Verhältnisse des zweigeteilten Quotensystems eine Benachteiligung der Milchwirtschaft in unseren Bundesländern dargestellt haben. Hinzu kommt – und das ist

eigentlich der wichtigste Punkt, der Knackpunkt überhaupt –, dass die ostdeutschen Betriebe weitaus schlechter mit Milchquoten ausgestattet waren als ihre westlichen Wettbewerber. Das hatte natürlich negative Konsequenzen. Ich rede dabei nicht von den Betrieben, die nicht investieren konnten oder wollten und deshalb die Milchproduktion einstellten oder nicht aufgenommen haben. Ich rede von leistungsstarken Tierproduktionsbetrieben in unserem Land, die aufgrund der geringen Ausstattung mit Milchquoten ihren Viehbestand reduzieren mussten.

Meine Damen und Herren, wir hatten in den letzten zehn Jahren eine durchschnittliche Leistungssteigerung von 300 bis 500 Liter pro Kuh und Jahr. Wir haben, was die Inhaltsstoffe betrifft, Spitzenwerte in Europa erreicht. Es gibt kein Bundesland und kein Land in der Europäischen Gemeinschaft, das einen höheren Eiweißgehalt der Milch hat als Mecklenburg-Vorpommern. Und im Fettgehalt liegen nach meinem Kenntnisstand nur die Niederlande noch höher.

Aber diese Regelung, dass die Milchquote für den Betrieb festgeschrieben ist, hat natürlich für den Einzelbetrieb bei Leistungssteigerung zwangsläufig zur Folge, dass der Kuhbestand abgebaut wird. Und obwohl wir in Mecklenburg-Vorpommern den niedrigsten Kuhbestand je 100 Hektar von allen Bundesländern haben, haben wir zum Beispiel von 1997 zu 1998 den Milchkuhbestand noch einmal um zehn Prozent reduzieren müssen aus der Zwangslage der Milchquotenregelung heraus. Das ist in diesem Jahr die höchste Absenkung des Kuhbestandes aller deutschen Bundesländer. Alle haben ein bisschen Federn gelassen, aber der Nächsthöchste lag erst bei einem Abbau des Kuhbestandes von sechs Prozent.

Die Verringerung des Viehbestandes bedeutet natürlich gleichzeitig den Verlust von Arbeitsplätzen direkt im landwirtschaftlichen Betrieb, aber auch in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Das wissen Sie alle.

Meine Damen und Herren, mein Problem dabei ist, dass man allgemein annimmt, leistungsstarke Betriebe – sagen wir, von der Leistung je Kuh ausgehend – können jetzt zusätzlich Milchquoten erwerben. Insofern könnte die Neugestaltung der Milchquotenregelung scheinbar einen echten Fortschritt darstellen, der den Milcherzeugern mehr Sicherheit verschafft, wenn sie zahlen können.

Wir können natürlich feststellen, dass auch bisher in Mecklenburg-Vorpommern Milchquoten gehandelt worden sind. Das war zwar offiziell nicht zulässig, hat aber in irgendeiner Form stattgefunden. Es gab eine eindeutige Wanderungsbewegung der Milchproduktion von Ost nach West. Mein Kollege Grams von der CDU-Fraktion hat Recht: Die ohnehin strukturschwache Region in Vorpommern hat deutlich höhere Bestandsminderungen und Einbußen hinnehmen müssen oder zu verzeichnen, als die weiter im Westen gelegenen Kreise und Milchproduktionsbetriebe.

Meine Damen und Herren, gefährlich ist außerdem der Preis für den Quotenkauf. Es ist sehr teuer, wenn jemand nach Leistungssteigerung seinen Kuhbestand zur Auslastung der Investitionen einhalten oder behalten will. Bei einer Werthaltigkeit, die jetzt mit der neuen Quotenregelung von ungefähr einer Mark je Liter angenommen wird, nähern sich die Kosten für den Kauf von Milchquoten dem Investitionsbedarf, den man braucht, um einen Kuhplatz zu erstellen. Das bedeutet, wenn ich eine Kuh behalten will, muss ich noch einmal so viel Geld aufwenden, wie für

den Bau des Kuhstalls. Wer das kann, der hat es gut. Und ich denke, man braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass es nur den finanzkräftigen Betrieben gelingt, Milchquoten zu kaufen, so dass man auch bei den Befürwortern dieser Regelung natürlich kritisieren kann, dass es gar nicht so eindeutig geklärt ist, dass die Milch nun zum besseren Milchwirt wandert, sondern sie wandert ganz eindeutig – genau wie der Grund und Boden – zum Geld.

Meine Damen und Herren, gegenwärtig beträgt der Milchpreis 54 Pfennig. Frau Monegel hat davon gesprochen, dass Betriebe nicht wettbewerbsfähig waren nach der Wende 1990/91. 1990 und 1991 betrug der Milchpreis in Mecklenburg-Vorpommern 48,7 Pfennig. Das war der niedrigste aller Bundesländer. In Rheinland-Pfalz betrug er im gleichen Zeitraum zum Beispiel 63,3 Pfennige. Wir haben in dem Zeitraum ungefähr eine Million Tonnen Milch ermolken. Das hat einen rein geldmäßigen Verlust für die Landwirtschaft von Mecklenburg-Vorpommern – nur in dieser Position – von 14,6 Millionen DM bedeutet.

Dieser Schnitt, der ja durch politischen Druck entstanden ist, in das betriebswirtschaftliche Gefüge, ist auch bis heute in der Auswirkung noch festzustellen. Auch ein Milchpreis von 54 Pfennig, meine Damen und Herren, so, wie er sich gegenwärtig zeigt, reicht nicht, um den Kapitaldienst zu leisten, der bei Investitionen im Milchbereich notwendig ist, und reicht damit natürlich auch nicht, um Quoten für, sagen wir mal, eine Mark pro Liter zu bezahlen.

Meine Damen und Herren, und damit ist natürlich auch gesagt, dass die Banken mitreden werden. Das ist ähnlich wie beim Flächenkauf. Wenn die Werthaltigkeit von Milch bei den Banken anerkannt wird, um Kredite auszugeben, entscheiden sie natürlich gleichermaßen mit bei entsprechenden betrieblichen Konzepten. Das ist nicht zu übersehen.

Meine Damen und Herren, abschließend würde ich natürlich auch darüber nachdenken wollen, wo die Börse hin soll. Vielleicht äußert sich der Minister noch dazu. Da wir von einer strukturschwachen Region besonders immer wieder reden, würde ich dafür plädieren, die Börse in Neubrandenburg anzusiedeln – eine Stadt, die dann gewissermaßen für Strukturschwäche auch irgendwie steht. Das macht dann auch einen Sinn, das so zu machen. Und ich möchte abschließend natürlich auch noch einmal feststellen, dass wir mit dieser Milchquotenregelung einen Teil der historischen Benachteiligungen ausgleichen können für die Milchwirtschaftsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist aber zugleich eine spannende Herausforderung, dafür Sorge zu tragen, dass die schwachen Betriebe, die die Tierproduktion in ihrem Betriebskonzept aufgenommen haben, nicht auf der Strecke bleiben. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich hoffe, wir bekommen jetzt die Antworten auf die Fragen.

Das Wort hat jetzt der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei. Bitte sehr, Herr Backhaus.

Minister Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will schon

noch mal am Anfang unterstreichen, dass wir es gerade mit der Milchproduktion in Mecklenburg-Vorpommern und überhaupt in der Landwirtschaft mit einem der sensibelsten Bereiche der Agrarwirtschaft zu tun haben. Und wenn man dann an die Verbraucher appelliert und sich überlegt, dass heute tatsächlich im Verkauf im Durchschnitt mit allen Inhaltsstoffen in Mecklenburg-Vorpommern der Liter im Grundpreis 54,32 Pfennig kostet und mit allen Qualitäten eingerechnet 62,4 Pfennig in den besten Molkereien in Mecklenburg-Vorpommern bezahlt wird, und man setzt das einmal ins Verhältnis zu einem Glas Wasser in einer Gastwirtschaft, dann stimmen einfach die Verhältnisse nicht mehr. Insofern glaube ich schon, dass wir gemeinsam versuchen müssen, Wege aufzuzeigen, wie wir mehr an Marktpräsenz auch mit Produktentwicklung und damit auch neuen Inhalten für die Agrarwirtschaft und insbesondere für die Milchproduktion in Mecklenburg-Vorpommern leisten können.

Uns allen ist, denke ich, nach wie vor bewusst und bekannt, die Agrarwirtschaft ist ein klassischer und strukturbestimmender Wirtschaftszweig in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses wird auf lange Sicht so bleiben. Wir haben sehr, sehr gute Vorteile: nach wie vor große Bewirtschaftungseinheiten, absolut hohe technische Standards, die enge Verzahnung zwischen Wissenschaft und Praxis ist gegeben und auch ein investitionsfreundliches Klima in Mecklenburg-Vorpommern ist vorhanden. Das sind Gründe letzten Endes auch dafür, dass Mecklenburg-Vorpommern eine der anerkanntesten und selbstbewusstesten Agrarregionen Deutschlands geworden ist und nicht nur in Deutschland, sondern auch innerhalb der Europäischen Union absolut anerkannt ist.

Ich darf Ihnen hier vielleicht heute auch mal sagen, ich bin gestern vor dem Bundesverfassungsgericht gewesen, für mich eine völlig neue Erfahrung. Da ging es um die Frage: Bodenreformbestandskraft, ja oder nein? Wie geht es in der Frage der Flächenverteilung weiter? Und ich kann hier und heute nur auch noch einmal unterstreichen: Wir brauchen insbesondere in der Bodenfrage für unsere landwirtschaftlichen Unternehmen die Bestandssicherung und damit auch die Bewirtschaftungssicherheit, denn ansonsten würde dieser Bereich auch noch von großen Veränderungen ausgehen müssen. Das können und dürfen wir gemeinsam nicht zulassen.

Zwar ist Mecklenburg-Vorpommern nicht der milchwirtschaftliche Nabel der Nation, doch immerhin ist es so, dass in Mecklenburg-Vorpommern zum Glück exakt 1.050 Betriebe jährlich die Quote von 1,36 Millionen Tonnen erzeugen. Diese Milch wird in zehn Unternehmen verarbeitet, die hochmodern ausgerüstet und entwickelt sind. Auch hier gibt es erfreulicherweise neue Akzente der weiteren Investitionstätigkeit. In diesem Bereich, im Molkereibereich, sind immerhin 1.300 Arbeitskräfte beschäftigt und somit auch Arbeitsplätze zur Einkommenssicherung im ländlichen Raum nach wie vor vorhanden – Grund genug, sich eingehend tatsächlich mit diesem Wirtschaftssektor auseinander zu setzen.

Mit dem 31. März ist das letzte Milchwirtschaftsjahr zu Ende gegangen. Damit endet ein Milchwirtschaftsjahr mit Ergebnissen und Weichenstellungen für viele Milcherzeugerinnen und Milcherzeuger, die sich sehen lassen können, und – dieses ist auch wirklich mal positiv zu betrachten im Agrarbereich – die Milchwirtschaft kann in eine geordnete Zukunft blicken. Wer kann das heute schon?!

Das Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft ist eines der Kernpunkte unserer konzeptionellen Vorstellungen. Der Landwirt von heute ruft einerseits berechtigt nach mehr Markt, andererseits wird er sich den Bedingungen eines globalen Marktes auch eindeutig stellen müssen. Wir haben diese Herausforderung besonders auf drei Ebenen klar angenommen:

1. – und das habe ich auch in der Vergangenheit gesagt – durch eine leistungsstarke Produktionsorientierung
2. durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche die Wettbewerbsfähigkeit klar fördern und den aktiven Landwirt unterstützen
3. Wir müssen alles daransetzen, eine effektive Vermarktung und die Bündelung unseres Rohstoffes gezielt voranzubringen.

Auf die beiden erstgenannten Punkte werde ich heute besonders eingehen.

Die Entwicklung der Milchproduktion in Mecklenburg-Vorpommern ist eine tatsächliche, wenn man sich die reine Entwicklung der produktionstechnischen Verfahren ansieht, Erfolgsstory. Lag das Niveau 1990/91 noch bei durchschnittlich zwischen 4.200 und 4.600 Kilogramm pro Kuh, so können wir zum Ende des abgelaufenen Milchwirtschaftsjahres laut Angaben des LKV auf eine Pro-Kuh-Leistung in Mecklenburg-Vorpommern von etwa 7.200 Kilogramm pro Kuh klar verweisen. Es erscheint durchaus realistisch, dass das Leistungsniveau der Tiere im Jahr 2005 im Durchschnitt in Mecklenburg-Vorpommern auf über 8.000 Kilogramm pro Kuh ansteigen wird. Diese Entwicklung ist ein deutliches und eindeutiges Indiz für die Managementqualitäten vieler und fast der überwiegenden Zahl unserer landwirtschaftlichen Unternehmen und deren Verantwortungsträger.

Darüber hinaus konnte 1999 die Milchqualität durch gezielte Maßnahmen weiter verbessert werden. Der Milchviehbestand Mecklenburg-Vorpommerns ist von 1991 bis 1999 von rund 448.000 auf 193.000 Tiere zurückgegangen, wobei ein Gefälle – und dieses ist ja hier schon angedeutet worden –, insbesondere ein Gefälle der Bestandsdichten vom Osten in Richtung Westen zu beobachten ist. Dieser Trend wird sich auch – und da, Herr Grams, muss ich Sie enttäuschen, ein bisschen Marktwirtschaft gibt es nun mal nicht und das ist auch so gewollt gewesen – in den nächsten Jahren nachhaltig weiter so entwickeln, da die jährlich wachsende Milchleistung bei einer feststehenden Milchgarantiemenge zwangsläufig mit einem Bestandsabbau einhergehen muss, um letzten Endes eben eine Strafabgabe zu vermeiden oder gar zu verhindern. Ich erinnere daran, dass wir im letzten Jahr eine Superabgabe bei Milch den Landwirtschaftsunternehmen auferlegen mussten in Höhe von fast 50 Millionen DM.

Vorläufige Berechnungen zur Ausschöpfung der Milchreferenzmenge in Mecklenburg-Vorpommern ergeben eine durchschnittliche Unterlieferung der anteiligen Referenzmengen. Damit ist für die Milcherzeuger unseres Bundeslandes das letzte Jahr mit den Sonderregelungen im Milchquotenrecht aller Voraussicht nach ohne notwendige Zahlungen von Superabgaben zu Ende gegangen. Ich hoffe – wir haben da auch gezielt gesteuert und ich denke, damit auch mit Erfolg –, eine Punktlandung hinbekommen zu haben gemeinsam mit den Tierhaltern und insbesondere mit den Molkereien.

Betrachtet man nun die Bewegungstendenzen innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern, so ist festzustellen, dass lediglich oder eben auch traurigerweise immerhin doch 5,1 Prozent der vorhandenen Milchreferenzmenge in andere Amtsbereiche umverteilt wurden. Ich kann das hier auch noch einmal deutlich unterstreichen: Wir haben im Amtsbereich Altentreptow einen Abgang von 15.100 Kilogramm oder in Bützow Zugänge. Oder wir haben in Ferdinandshof, das haben Sie angesprochen, mittlerweile einen Abgang von 21.007 Kilogramm. Das bedeutet, dass wir per Saldo tatsächlich im Amtsbereich Ferdinandshof 17,6 Prozent der Milchquote verloren haben. Aber wir haben natürlich auch – und das ist der Vorteil tatsächlich zugunsten anderer Regionen und damit auch die Abgrenzung innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Zugänge, insbesondere im Amtsbereich Bützow mit 18.100 Kilogramm oder Wittenburg mit 17.400 Kilogramm. Insofern ist wichtig die Aussage, dass zum Glück die Milchreferenzmengen im Land Mecklenburg-Vorpommern verfügbar bleiben und damit die aktiven Milcherzeuger innerhalb des Landes auch unterstützt wurden.

Worauf kommt es nun aus meiner Sicht für Produzenten und Verarbeiter besonders in der Zukunft an? Im Zuge der Globalisierung sind einheitliche Spielregeln für die Wettbewerbsfähigkeit der Milch- und Molkereiwirtschaft von allergrößter Bedeutung. Seit dem 01.04.2000 gilt nun tatsächlich ein gemeinsames Recht nach der Zusatzabgabenverordnung oder der Milchreferenzmengenverordnung für alle Milcherzeuger in Deutschland und quasi, wenn man es so will, auch in Europa. Damit hat der landwirtschaftliche Unternehmer oder der landwirtschaftliche Betrieb tatsächlich jetzt auch die volle Verfügbarkeit, die Handelbarkeit oder damit auch die Kapitalfähigkeit der Milchquote in seiner eigenen Hand.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern richtet in Abstimmung mit dem Landesbauernverband eine eigene Verkaufsstelle in privater – ich betone, in privater – Trägerschaft ein. Diese Entscheidung ist inzwischen zugunsten des Landeskontrollverbandes für Leistungs- und Qualitätsprüfung Mecklenburg-Vorpommern, des LKV, in Güstrow gefallen. Mit dem LKV wird über die Erfüllung der Aufgabe der Verkaufsstelle ein öffentlich-rechtlicher Vertrag geschlossen. Ich glaube, damit haben wir eine sehr, sehr gute Entscheidung getroffen, zumal mein Ziel ganz klar war, keine unnötigen Kosten den Landwirtschaftsbetrieben oder den Unternehmen aufzuerlegen. Und ich wage zu behaupten, dass wir eine der günstigsten Voraussetzungen überhaupt in Deutschland und in Europa damit haben umsetzen können. Im Übrigen glaube ich auch, dass Sie das nachvollziehen können. Der LKV ist ein absolut zuverlässiger, insbesondere bei den Landwirten anerkannter Partner, der sich bereits durch die Wahrnehmung anderer hoheitlicher Aufgaben bewährt hat und damit auch diese anspruchsvolle Aufgabe erfüllen wird. Davon bin ich überzeugt.

Der Verkauf der Referenzmengen ist regional begrenzt und damit auf das Land Mecklenburg-Vorpommern ausgerichtet. Referenzmengen können nur innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern gehandelt und auch angeboten werden. Somit kann einerseits ein Abwandern der Milchreferenzmengen aus Mecklenburg-Vorpommern nicht erfolgen, andererseits aber auch kein – und das bedaure ich sehr – Zugang an Referenzmengen verzeichnet werden. Diese regionale Einschränkung wird zumin-

dest für die ersten Verkaufstermine für notwendig erachtet, um einen eventuellen Ausverkauf von Referenzmengen aus Mecklenburg-Vorpommern heraus durch besonders kaufkräftige Landwirte in den anderen Regionen zu verhindern. Das müssen wir auch im Selbstschutz für unsere Landwirte tun.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Für die Zukunft wird es sicherlich darauf ankommen, dass die Verkaufsstellengebiete ausgedehnt werden, um das Marktvolumen zu vergrößern und letzten Endes auch um eine optimale Preisbildung für den Milchreferenzmengenpreis zu erreichen. Ich glaube, dass Mecklenburg-Vorpommern spätestens mit dem Jahr 2008 zusätzliche Kapazitäten an Milchproduktion erreichen kann, wenn es uns gelingt, die Rahmenbedingungen tatsächlich auch in diese Richtung zu stellen. Ich bin davon überzeugt, dass uns das gelingen kann, dass dann tatsächlich insbesondere auch nach Vorpommern zusätzliche Referenzmengen gelangen oder die Milchproduktion insgesamt wieder attraktiver werden wird.

Im Übrigen ist es ein Irrglaube anzunehmen, dass allein durch das Grünland – leider ist es heute so – die Milch produziert wird. Wir haben gerade eine Erhebung machen lassen, aus der hervorgeht, dass vom Grünland leider nur 1.200 Kilogramm pro Kuh geleistet werden. Es ist leider so, über Konzentrate oder eben auch über die Maissilagen wird in Mecklenburg-Vorpommern der Hauptanteil der Milch produziert – in hervorragender Qualität.

Abschließend ist festzustellen, ein transparenter Quotenpreis als Ergebnis von Angebot und Nachfrage ist für den Übergang in Mecklenburg-Vorpommern richtig und auch notwendig. Dadurch werden Spekulationen gedämpft und wir erwarten tendenziell fallende – und es deuten sich erste Anzeichen dafür an – Quotenpreise. Für die produzierenden Milcherzeuger ist dieses absolut positiv und wir unterstützen das.

Die flexible Regelung bewirkt, dass die Milch zu den effektivsten Milchproduzenten geht und letzten Endes damit auch zu den effektivsten Molkereistandorten fließen wird, im wahrsten Sinne des Wortes. Und positiv ist auch festzuhalten, dass wir zur Zeit eine sehr starke Nachfrage tatsächlich nach Milchprodukten und Molkereiprodukten aus unserem Lande haben. Nicht ganz ohne Stolz kann man sagen, dass insbesondere wir zur Zeit erhebliche Mengen hochqualitativen Käses zum Beispiel nach Mexiko oder Übersee liefern und hier ein völlig neuer Markt erschlossen worden ist. Das hängt natürlich auch mit dem Dollarkurs zusammen, aber trotzdem ist dieses als Grundaussage positiv zu bewerten. Insofern sehe ich auch keine andere Möglichkeit, auch wenn das immer wieder unter anderem von Herrn Scheringer zum Teil gefordert worden ist, eine andere Milchpreisentwicklung voranzubringen. Ich bin der Überzeugung, alles, was wir administrativ steuern, wirkt letzten Endes auch einem realen Preis entgegen. Über den Preis entscheidet in der Zukunft gerade auch in diesem Bereich der Markt und hier kommt es darauf an, gesunde Milchproduzenten langfristig zu sichern, denn sie sind letzten Endes damit ein Garant für die Stabilität der Milchverarbeiter, damit also im Molkereisektor.

Jedoch ist die Strukturentwicklung im Bereich des Molkereisektors in Mecklenburg-Vorpommern nicht abgeschlossen. Deshalb ist entscheidend, dass die Molkereien

unseres Landes ihre noch vorhandenen Reserven nutzen und weiterhin neue Märkte, ganz klar neue Märkte und auch neue Produkte erschließen. Die Sortimentserweiterung einiger Verarbeiter zeigt im Übrigen auch die Machbarkeit von Produktinnovationen – ob das „Weise“ oder „Hansano“ ist, um nur einige Beispiele zu nennen.

In der Milchproduktion blicken wir nun auf eine grundsätzlich positive und geordnete Zukunft. Es ist klar, dass wir uns schrittweise mit dem Jahr 2008 von der Quote verabschieden werden. Bis dahin werden die Produktionsrechte weitgehend nach marktwirtschaftlichen Kriterien durch eine landesweite Verkaufsstelle vergeben. Ich bin wirklich davon überzeugt, dass die Milchproduzenten in Mecklenburg-Vorpommern durch dieses Milchmodell wettbewerbsfähig werden, und insofern werden wir Ihnen zu gegebener Zeit dieses auch noch mal schriftlich vorlegen, um damit die Tendenzen abzuleiten, wie und in welcher Form sich die Milchproduktion in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Frau Monegel von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Hannelore Monegel, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Grams, einige Worte muss ich doch noch verlieren. Es erstaunt mich schon, wenn Sie sagen, Sie können mit dem Antrag gar nichts anfangen und der ist völlig überflüssig,

(Reinhard Dankert, SPD: Lass ihn doch!)

und in den nächsten Sätzen sagen Sie dann, wie schlimm das bei Ihnen im Landkreis aussieht mit der Milchquote.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Zudem wissen Sie, dass eine neue Regelung eingeführt wurde.

(Minister Till Backhaus:
Der Grams ist ein Anfänger.)

Wollen Sie denn gar nicht die Rahmenbedingungen kennen, unter denen die Milchquote dann bei uns weiterbehandelt wird?

(Volker Schlotmann, SPD:
Das eine war die Parteizugehörigkeit,
das andere die persönliche Betroffenheit.)

Aber lassen Sie mich noch mal zum Thema zurückkommen. Die Milchproduktion gehört ja seit eh und je zur hohen Schule der Tierproduktion. Schon immer gab es erfolgreiche und weniger erfolgreiche Milchproduzenten. Die Zusatzabgabenregelung wird diese Entwicklung verschärfen. Darüber müssen wir uns klar sein.

Herr Minister Backhaus hat mit seinen Ausführungen auch deutlich gemacht, dass mit der ab dem neuen Milchwirtschaftsjahr in Kraft getretenen Zusatzabgabenregelung der Wettbewerb unter den Milchproduzenten an Schärfe zunehmen wird. Die Quote wird zu dem besten Wirt wandern. Es ist die freie Entscheidung der Unternehmen, Quotenanteile anzubieten. Wer mit der Milch unter heutigen Bedingungen des Marktes Geld verdienen will, muss nicht nur investieren, das wurde ausführlich beschrieben, er braucht ein gutes Management, einen hohen Bildungsstand und viel Motivation für sich und

seine Mitarbeiter. Jedes Unternehmen sollte sich den Verzicht auf Wertschöpfung über die Veredelungsproduktion gut überlegen. Es ist, so meine ich, allemal besser, die Probleme zu geringer Milchleistung oder anderer Negativposten zu analysieren. Sie haben die Wanderbewegung der Milchquote aufgeführt in den vor allen Dingen vorpommerschen Bereichen und ich denke, das muss ein Hinweis für die Landwirte dort sein. Sie sollten wirklich diese Negativposten analysieren, sich von den zuständigen Stellen beraten lassen, um im Wettbewerb zu bleiben. Das ist immer noch besser, als seine Quote zu Geld zu machen.

Wer nur kurzfristig denkt, beraubt sich selbst der Grundlage für eigene Wertschöpfung. Wer die Milchproduktion erst einmal aufgegeben hat – auch das ist eine Erfahrung, die hier zum Tragen kam – und sich dem reinen Marktfruchtanbau zugewendet hat, wird es schwer haben, wieder neu zu starten. Entsprechend dem beschlossenen Agrarreformpaket zur Agenda 2000 wird der Interventionspreis unter anderem bei Getreide in den Wirtschaftsjahren 2000 bis 2002 um 15 Prozent gesenkt. Dieses wird der reine Marktfruchtbetrieb zu spüren bekommen. Wesentlich günstiger wäre es doch, sich als Marktfruchtbetrieb unter Nutzung der noch bis 2006 bestehenden Förderkonditionen der Milchproduktion zuzuwenden beziehungsweise sie beizubehalten. Auch das ist durch die Zusatzabgabenregelung möglich.

Doch diese Entscheidung müssen die Unternehmen selbst treffen. Und da stimme ich Ihnen zu, Herr Grams, wir wollen da nicht eingreifen, aber wir schaffen die Rahmenbedingungen. Die Regierung kann beraten und für diese Rahmenbedingungen sorgen. Und das macht sie. Dass sie dazu bereit und willens ist, hat der Landwirtschaftsminister dargelegt. Unserem Antrag ist damit entsprochen worden und seitens der Koalitionsfraktionen beantrage ich, den Antrag als erledigt zu behandeln. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1219. Es ist von der Antragstellerin beantragt worden, den Antrag für erledigt zu erklären. Darüber lasse ich abstimmen. Wer der Erledigterklärung des Antrages zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 3/1219 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion für erledigt erklärt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bericht zur Situation der Organisation der Polizei, Drucksache 3/1214.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Bericht zur Situation der
Organisation der Polizei
– Drucksache 3/1214 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Das Innenministerium kommt aus den Schlagzeilen nicht heraus.

(Gerd Böttger, PDS: Welches? Ihres damals!)

Na, wir haben hier doch nur eins. Ach Gott, wollen Sie gleich zu Beginn so anfangen?

(Heiterkeit bei Monty Schädel, PDS –
Gerd Böttger, PDS: Ich kann mich noch
gut erinnern, kann mich gut erinnern.)

Nach den Skandalen, peinlichen Pannen, nach dem Mobbingfall Dieter Hempel und dem PSV-Erlass war die Polizei schon mehr als verunsichert. Zum Management im Hause Timm passen die Schlagzeilen der letzten Woche:

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Ach, hören Sie doch auf, Herr Thomas!)

„Anonyme Strafanzeige gegen LKA-Chef – Mobbingverdacht“, „Gewerkschaft der Polizei beklagt zunehmendes Mobbing“, „Polizisten haben wenig Chancen auf Beförderung“, „Verordnung bringt Polizei unbezahlte Mehrarbeit“, „Polizei erstickt in Überstunden“, „Dr. Timm fordert die Gewerkschaft der Polizei zur Vernunft auf“,

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Sie auch, Herr Thomas.)

„159 Beamte rangeln um eine Beförderungsstelle“, ...

Ja, ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören, das ist aber Ihr Problem.

... „Streit um 500 Polizisten“, „Polizei: Sicherheit im Land in Gefahr“. Noch nie war die Verunsicherung bei der Polizei so groß wie heute.

(Gerd Böttger, PDS: Na, na, na, na!)

Die Landespolizei und die Führung des Hauses waren noch nie voneinander so entfernt wie heute.

(Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS –
Heinz Müller, SPD:
So'n Quatsch! So'n Quatsch!)

Na, das haben Sie doch wohl auch schon mitbekommen!

(Gerd Böttger, PDS: Nein, das habe ich
nun wirklich nicht mitbekommen.)

Wer letztlich seiner Finanzministerin das Personalentwicklungskonzept

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Der redet von der CDU.)

für die Landespolizei überlässt, der steht eben nicht hinter seiner Landespolizei,

(Ministerin Sigrid Keler: Das hat
Herr Geil aber auch gemacht.)

sondern doch wohl ein Stückchen abseits. Aus diesem Grunde gehören die Probleme der Polizei, vor allem das Personalentwicklungskonzept, aus unserer Sicht doch in den Landtag.

Mobbing in der Landespolizei ist auch nicht nur ein Problem im Hause Dr. Timm, sondern ein grundsätzliches und damit unser aller Problem. Wer es zulässt, dass so mit Polizisten umgesprungen wird, dem muss man das wohl doch ein wenig aus der Hand nehmen.

(Heinz Müller, SPD: Das hätten Sie gern!)

Auch Mobbing in diesen Größenordnungen gehört in den Landtag, weil Mobbing die innere Sicherheit tangiert und damit alle Bürger und den Landtag angeht.

(Gerd Böttger, PDS: Kein Mobbing im Landtag.)

Die skandalöse PSV- und Hempel-Affäre, die auch die Zusammenarbeit von Bürgern und Polizei tangierte, setzt sich offenbar flächendeckend in der Landespolizei fort. Mit unsinnigen Anweisungen zu Dienstzeiten, mit Abschiebung von Polizeivollzugsbeamten wegen angeblicher Dienstunfähigkeit aus der Landespolizei,

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

mit Mobbing in allen Bereichen der Polizei in Größenordnungen, über die sogar die Staatsanwälte stöhnen. Alles offenbar geduldet und angeheizt von der Spitze des Hauses, der jegliches Feeling für die Polizei fehlt.

(Heinz Müller, SPD: Wer hat Ihnen denn den Unfug aufgeschrieben?)

Wenn Sie schon länger im Landtag wären, wüssten Sie, dass ich alle meine Reden selbst schreibe. Deswegen bin ich auch aus Ihrer ehrenwerten SPD-Fraktion ausgetreten.

(Beifall Siegfried Friese, SPD –
Heidemarie Beyer, SPD: Das ist auch gut so.)

Ich habe schon sehr früh angefangen nachzudenken.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD –
Heinz Müller, SPD: Dann haben Sie also diesen Mist verbockt. Dann also gut.)

Ein Innenminister, der nach zehnjähriger erfolgreicher Aufbau- und Sacharbeit der Landespolizei bescheinigt, dass sie nicht mehr die Leistungsstandards erfüllt, also mehr oder weniger klar sagt, seine Polizei ist dumm, der ist nun wirklich ein Problem,

(Gerd Böttger, PDS: Ah, na ja, nun!)

der muss sich erst einmal hier im Parlament aus meiner Sicht entschuldigen. Das kann er im Übrigen gleich noch bei den vorpommerschen Kommunalpolitikern machen, denn das war ja auch ein bisschen starker Tobak.

(Heinz Müller, SPD: Schuster, bleib bei deinem Leisten!)

Bevor wir über ein Personalentwicklungskonzept ...

Och, ich bleib bei meinem Leisten, keine Probleme.

(Heinz Müller, SPD: Selbst das ist schlecht.)

Bevor wir über ein Personalentwicklungskonzept Polizei mit allen Aspekten reden, muss es natürlich grundsätzliche politische Weichenstellungen geben. Das aber heißt, Prioritäten setzen und Geld nicht nur einfallslos verwalten. Ich sehe da drei gleichrangige Bereiche:

1. Bildung und Ausbildung, um unsere Zukunft zu sichern,
2. innere Sicherheit für unsere Bürger und unsere Gäste als wichtigen Standortfaktor für Mecklenburg-Vorpommern und

(Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

3. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärken, um das Land fit zu machen für die Zukunft.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist aber nicht viel.)

Das heißt aber auch, dass wir uns für eine Stärkung der Landespolizei stark machen müssen.

Na Sie nicht, Herr Friese, das erwartet auch keiner von Ihnen.

(Siegfried Friese, SPD: Da fällt Ihnen nicht viel ein, Herr Thomas.)

Aus meiner Sicht können wir auf drei klare und unmissverständliche Aussagen nicht verzichten:

1. Der Landtag steht voll hinter der Landespolizei.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

2. Die Arbeit der Landespolizei hat nicht nur eine politische und soziale Dimension. Sie ist ein ganz entscheidender Faktor für die Zukunft unseres Landes.

3. Die Arbeit der Beamtinnen und Beamten verdient gesellschaftliche Anerkennung, Akzeptanz und Achtung.

Diese unsere Grundsätze sind sozusagen der Einstieg zu einem vernünftigen Personalentwicklungskonzept. Danach muss es eine gründliche Analyse der bestehenden und zukünftigen Belastungen und Aufgaben der Landespolizei geben. Es muss ein zeitgemäßer Belastungsindex erstellt werden. Zu den bisherigen Belastungen ist festzustellen, dass es eben überdurchschnittliche waren. 800.000 Überstunden in den letzten drei Jahren sind ein Alarmsignal. Das heißt, dass circa 1.000 Polizeivollzugsbeamte fehlen.

(Heinz Müller, SPD: Die hat uns Herr Seite doch damals versprochen.)

Die bisherigen Überlastungen entstanden durch die größte Häufigkeitszahl in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Flächenländern, ...

Der ist aber nicht auf die Idee gekommen, 500 Polizeistellen zu streichen.

(Heinz Müller, SPD: Nein, der hat heiße Luft produziert, nichts war dahinter.)

... die höchsten Belastungen durch Verkehrsunfälle und präventive Sondereinsätze zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, eine höhere Belastung in der Fläche durch weniger Polizeivollzugsbeamte pro 100 Kilometer Straße und 100 Quadratkilometer gegenüber vergleichbaren Flächenländern.

Höhere Belastung erfordert eine höhere Motivation. Seit 1994 hat aus diesem Grunde das CDU-geführte Haus ein Stellenhebungsprogramm umgesetzt, um diese Motivation zu stärken. Mit dem Haushaltsjahr 2000 wurde unser Programm auf Eis gelegt. Da haben Sie mitgewirkt. Danke.

(Heinz Müller, SPD: Da waren 400 Stellenstreichungen drin.)

Mangelnde Aufstiegsperspektiven, unsinnige Änderungen der Arbeitszeitverordnung und Mobbing führten und führen zu Frustration und Unzufriedenheit in der Landespolizei. Ohne ein vernünftiges Personalentwicklungskonzept, mit dem den Polizeibeamten eine berufliche Perspektive über einen Zeitraum von zehn Jahren gegeben werden kann, wird es in dieser Landespolizei, und das befürchten wir, sehr schnell nur noch Dienst nach Vorschrift geben. Das aber würde bedeuten, dass die innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern wirklich ernsthaft gefährdet ist.

Zweiter Schwerpunkt für die Erarbeitung eines vernünftigen Personalentwicklungskonzeptes muss die zukünftige

ge Aufgabenentwicklung und die Belastung der Polizeivollzugsbeamten sein. Dabei spielen die polizeiliche Kriminalstatistik und die demographische Entwicklung nicht die entscheidende Rolle. Ganz entscheidend wird für uns die Entwicklung im Großraum Berlin mit seinen Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern sein. Neue, qualitativ höhere Anforderungen im OK-Bereich, bei der Wirtschaftskriminalität, der Drogenkriminalität kommen aufgrund der geographischen Lage auf uns zu. Mehr Freizügigkeit innerhalb der EU im Hinblick auf die Osterweiterung bedeutet höhere Anforderungen an die Landespolizei. Die Autobahnen, insbesondere die A 20, werden zu einer Transitstrecke für die grenzüberschreitende Kriminalität.

Das Tourismusland Nummer 1, was wir werden wollen in Mecklenburg-Vorpommern, mit seinen Entwicklungsperspektiven im maritimen Bereich ist zugleich aber auch eine Herausforderung an die Landespolizei. Und fragen Sie doch mal in den Yachthäfen in unserem Land nach, was in diesem Bereich jetzt schon los ist. Die heute schon zusätzlichen Belastungen durch Sonderkommissionen, Bäderpolizei sowie im Gesamtbereich der Verkehrssicherheit nehmen mit Sicherheit weiter zu.

Unsere Lage, unter kriminalgeographischen Gesichtspunkten betrachtet, bringt mit Sicherheit einen Aufgabenzuwachs für die gesamte Landespolizei, von den qualitativen Zuwächsen ganz zu schweigen. Diese Rahmenbedingungen müssen vor der Erarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes gründlich bewertet werden. Wer die jetzige Belastungssituation der Polizei sowie die zukünftigen Aufgabenzuwächse nüchtern betrachtet, der kann nicht auf die Idee kommen, zukünftige Beförderungen mit der Streichung von bis zu 500 Polizeivollzugsstellen kompensieren zu wollen. Solche Pläne ohne gleichzeitige Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes in die Öffentlichkeit zu tragen ist aus unserer Sicht unseriös. Wer so agiert, der muss sich über die heutigen Reaktionen innerhalb der Polizei nicht wundern. Allein aus diesem Grunde würde die friedlichste Gewerkschaft, glaube ich, auf die Barrikaden gehen.

Zu dieser totalen Verunsicherung kommt aber noch einiges hinzu. Skandale, Pleiten, Pech und Pannen werden schlicht und einfach auf dem Rücken der Landespolizei ausgetragen und behinderten und behindern bis heute auch die Präventionsarbeit. Seit anderthalb Jahren herrscht Stillstand und völlige Ungewissheit in der beruflichen Perspektive, hier vor allem bei der Beförderungssituation, bei gleichzeitig – und das muss noch mal gesagt werden –, bei gleichzeitig hohem Überstundenanfall. Arbeitszeitregelung und Regelung von Dienstfahrten, die nur noch Kopfschütteln hervorrufen, machen die Beamten sprachlos. Sie motivieren sie eben nicht.

Die durch die Gesamtsituation gekennzeichneten Mobbingfälle haben die Motivationsbereitschaft in der Landespolizei auf einen historischen Tiefpunkt absinken lassen. Ich weiß nicht, mit welchen Polizisten Sie reden, aber da müssen Sie mal mit denen vor Ort reden, dann werden Sie doch einiges feststellen.

(Heinz Müller, SPD: Ja, genau mit denen rede ich ja.)

Das ist aber toll.

Innenminister und Staatssekretär glauben, dass sie diese Probleme, die in der Landespolizei objektiv vorhanden sind, aussitzen können. Dass das politische Grund-

prinzip dieser Landesregierung ist „Wenig bewegen und wenig Fehler machen“, das mag ja noch funktionieren, aber bei der Landespolizei funktioniert es eben nicht. Um weiteren Schaden von der Landespolizei abzuwenden, war es notwendig, unseren Antrag hier im Landtag zur Beratung einzubringen, um zukünftig gemeinsam die Arbeiten zu erledigen, zu denen das Haus Timm offenbar nicht oder noch nicht in der Lage ist. Mit unserem Antrag zur Vorlage des Berichtes über die Belastungssituation der Polizei, zur Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes und zu Personalproblemen wollen wir zuallererst der Polizei den Rücken stärken. Wir meinen, das ist notwendig,

(Heinz Müller, SPD: Sie wollen Ihr politisches Süppchen kochen.)

wir meinen, das ist notwendig, denn wir haben nicht den Eindruck, dass Sie alles dafür tun, um dieser Landespolizei den Rücken zu stärken. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat der Innenminister Dr. Timm ums Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU zeigt durch diesen Antrag erneut, dass sie von der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern keine Ahnung hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie auch nicht.)

Denn wenn hier behauptet oder festgestellt wird, wir hätten 5.006 Polizeibeamte, dann ist dies falsch. Ein Blick in den Landeshaushalt hätte genügt, wir haben fast 1.000 Polizeibeamte mehr. Und wenn Sie wegen dieser falschen Zahl dann noch behaupten, wir brauchen 1.000 Beamte mehr im Land,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Planstellen! Planstellen!)

wegen dieser Unterschlagung, 1.000 Beamte mehr im Land, dann ist das peinlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gucken Sie vorher in den Haushalt und gucken Sie nach, wie viele Beamte wir haben! Und dann legen Sie einen richtigen Antrag vor!

(Reinhardt Thomas, CDU: Sie müssen mal hinhören, was ich sage. Sie reden immer so viel.)

Zweiter Punkt zum Antrag: In der Überschrift wird ein Bericht zur Organisation der Polizei verlangt, im Text etwas zum Personal der Polizei. Diesen Widerspruch will ich mal dahingestellt sein lassen, den soll die CDU selber aufklären, aber wenn Sie dann, meine Damen und Herren von der CDU, den Polizeibeamten mangelnden Einsatzwillen unterstellen und behaupten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer sagt denn das?)

die Polizei, wie Sie es schreiben, sei ein extremes Sicherheitsrisiko – ich zitiere aus Ihrem Antrag –, dann ist das skandalös und ich erwarte von Ihnen, dass Sie diese Unterstellung zurücknehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese, SPD: Richtig. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Oder aber, meine Damen und Herren von der Opposition, Sie nennen mir den Beamten,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dem Sie hier mangelnden Einsatzwillen unterstellen. Dann gehe ich diesem Beamten nach. Dann nennen Sie mir Namen und Hausnummer!

(Reinhardt Thomas, CDU: Können Sie keine
Anträge mehr lesen? – Dr. Armin Jäger, CDU:
Lesen müssen Sie! Lesen Sie
den Antrag doch mal!)

Wie gesagt, ich gehe jedem Einzelfall nach. Aber der Landespolizei pauschal mangelnden Einsatzwillen zu unterstellen ist ein Skandal und ich hoffe, dass Sie diesen Antrag zurückziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Worum geht es tatsächlich bei der Frage, wo die Polizei im Jahre 2000 steht und wohin sie sich entwickeln soll? Denn ein Entwicklungskonzept für die Polizei kann nicht nur allein das Personal umschließen, sondern bedarf weit mehr Zielen, die auch im Bereich der Organisation, der Aus- und Fortbildung und in anderen wichtigen Bereichen der polizeilichen Arbeit liegen, auf die ich gleich zu sprechen kommen werde.

Wo liegt derzeit die Landespolizei im Vergleich mit anderen Polizeien der übrigen Bundesländer? Die Kriminalitätsbelastung in Mecklenburg-Vorpommern ist seit '95 um ein Sechstel auf circa 10.000 Straftaten pro 100.000 Einwohner zurückgegangen, liegt damit allerdings immer noch circa 25 Prozent höher im Vergleich zu den übrigen Flächen Bundesländern. Dabei nimmt die Jugendkriminalität von 40 Prozent aller Straftaten einen überaus großen und im Vergleich der Bundesländer untereinander den größten Anteil ein.

Die Aufklärungsergebnisse können den Innenminister, Herr Thomas, nicht zufrieden stellen. Diese liegen derzeit bei 47 Prozent, der Durchschnitt im Bundesgebiet liegt bei 53 Prozent, etliche Bundesländer liegen über 60 Prozent. Seit Jahren ist in diesem Sinne die Landespolizei Schlusslicht oder liegt an vorletzter Position wie im Jahr '99.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja warum denn wohl?!)

Und ich sage Ihnen, bei der derzeitigen Polizeidichte von 300 Einwohnern auf einen Beamten – der Bundesdurchschnitt liegt bei 350 Einwohnern auf einen Beamten – ist die Frage nicht die, wie viele Beamte brauchen wir, sondern welche Leistung, welche Qualität erbringt die Polizei. Und Sie können dem Innenminister vertrauen. Er arbeitet an diesen Themen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!
Mal sehen, was dabei rauskommt.)

und wird zum gegebenen Zeitpunkt in aller Ruhe dazu auch entsprechende Konzepte auf den Tisch legen.

Die Verkehrsunfallbelastung ist ebenfalls auf einem sehr hohen Niveau. Sie ist in den letzten Jahren zwar leicht zurückgegangen, aber ein Vergleich der Zahl der Getöteten auf unseren Straßen zeigt, bei uns verlieren 208 Bürger auf den Straßen pro 1 Million Einwohner jähr-

lich – jedenfalls im Jahr '99 – ihr Leben. Im Bundesdurchschnitt sind es 94. Das heißt, das sind weit mehr als das Doppelte auf den Straßen von Mecklenburg-Vorpommern und hier weit über 40 Prozent aller Verkehrstoten auf den Alleen in Mecklenburg-Vorpommern. Das zeigt, wo wir derzeit die großen Herausforderungen haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir zu den Herausforderungen kommen, vor denen die Landespolizei steht, dann will ich Ihnen Folgende nennen:

Die Kriminalität hat sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verändert. Die Organisierte Kriminalität verlangt in ihrer unterschiedlichen und sich an den technischen Entwicklungen leider eben auch orientierenden Ausprägung wegen ihrer Vernetzung und wegen ihrer deliktübergreifenden Kriminalitätsbegehung neue Bekämpfungsstrategien. Kriminalität, insbesondere auch in unserem Bundesland, ist zunehmend international, vor allem organisierte internationale Kriminalität gilt es zu bekämpfen. Und deswegen ist die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarstaaten insbesondere bei der Ausdehnung der Europäischen Union nach Osten unverzichtbar. Die Wirtschaftskriminalität entwickelt ständig neue Begehungsformen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Einführung des Euros. Auch deswegen ist hier eine besondere Strategie der Landespolizei erforderlich.

Welche Anforderungen bestehen aus der Gesellschaft bei den Bürgerinnen und Bürgern durch den gesellschaftlichen Wandel, durch den Wertewandel, in dem wir uns derzeit befinden? Die Bürgerinnen und Bürger verstehen die Landespolizei als Dienstleistungsunternehmen und erwarten zu Recht besondere Berücksichtigung ihrer eigenen Erwartungen an die Polizei. Die Bürger erwarten, dass ihre Partnerrolle von der Polizei ernst genommen wird und dass bei der Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbekämpfung in Sicherheitspartnerschaften und in Präventionsräten die gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten. Daraus erwächst gegenüber der Polizei ein hoher kommunikativer und sozialer Anspruch, den die Polizeibediensteten in Zukunft immer mehr zu erfüllen haben.

Ein Blick in die Meinungsumfragen von Meinungsforschungsinstituten zeigt, meine Damen und Herren, dass die gesellschaftliche Autorität der Landespolizei und der Polizeibeamten insgesamt am höchsten eingeschätzt wird, weit höher als etwa die der Parteien, insbesondere auch die der CDU, meine Damen und Herren,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Und die des Innenministers.)

als die der Gewerkschaften, der Kirchen, der übrigen Vereine, die es gibt, von Verbänden und anderen Autoritäten. Die der Polizei ist am höchsten und gerade hieraus erwachsen Aufgaben der Polizei gegenüber, die sie in ein Licht hoher gesellschaftlicher Autorität stellt. Insbesondere gilt das auch für das Verhältnis von Jugend und Polizei. Ich stelle es besonders dort fest, wo die MAEX jeweils im Einsatz ist.

Meine Damen und Herren, Polizeibeamte streben heute immer mehr nach Selbständigkeit, sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, und erwarten deshalb Transparenz von Vorgesetzten bei ihren Führungsentscheidungen. Veränderte Erwartungen der Mitarbeiter, das heißt der Polizeibeamten, und der Bürger, knappe öffentliche Ressourcen und höhere Ansprüche an die Qualität der Polizeiarbeit verlangen moderne Führungsstrukturen in schlanken Hierarchien und in flachen Organisationsstruk-

turen, verlangen Führen durch Zielvereinbarungen und Delegation von Aufgaben, von Verantwortung und von Kompetenzen. Das sind die eigentlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, meine Damen und Herren, und ich erwarte, dass wir – Sie haben es angeboten, ich bin sehr gespannt, wie Ihr Angebot dann aussieht – bei der Zusammenarbeit in der qualitativen Entwicklung der Polizei letztlich Meinungsverschiedenheiten, Herr Thomas, nicht auf dem Rücken der Beamten austragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Reinhardt Thomas, CDU:
Das machen wir ja nicht.)

Zumindest dürfen wir erwarten, dass Sie wenigstens einen vernünftigen Antrag einreichen und dabei zutreffende Zahlen verwenden. Zu den anderen Zahlen werde ich noch kommen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Über
Zahlen lässt sich aber kräftig streiten.)

Was ist erforderlich, um ein Personal- und Organisationsentwicklungskonzept zu erarbeiten? Wir sind im Innenministerium seit Monaten dabei,

(Reinhardt Thomas, CDU: Jaja.)

Eckpunkte zur qualitativen Entwicklung der Landespolizei auszuarbeiten. Sie können gewiss sein, dass wir in den wenigen Wochen, die noch bis zur Einreichung des Haushaltsplanes 2001 vor uns liegen,

(Reinhardt Thomas, CDU:
Was davon übrig bleibt.)

diese Eckdaten und Konzeptionen, Herr Thomas, auch Ihnen zur Kenntnis bringen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber lassen Sie uns ein solides, vernünftiges Konzept machen und dann darüber streiten, nicht über Nebelkerzen, das hat keinen Zweck.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren, notwendig ist es, eine Personalentwicklung auf den Weg zu bringen, einschließlich der Verbesserung der Aus- und Fortbildung. Ich erinnere nur daran, dass wir bereits im letzten Jahr angefangen haben, einen Direktstudiengang des Polizeibeamten für den gehobenen Dienst zu eröffnen – 20 Direktstudenten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: 20.)

zum ersten Mal, Herr Dr. Jäger. Ich bin froh, dass ich der erste Innenminister bin, der dieses machen konnte, hätte allerdings erwartet, dass auch schon vorher

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie verstehen nicht
viel von der polizeilichen Praxis. Sie haben keine
Ahnung. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dieser Weg den Polizeibeamten eröffnet wird.

Wir sind dabei, ein Organisationsentwicklungsprogramm aufzulegen und Verantwortung zu dezentralisieren. Wir sind dabei, den Einsatz der Technik und vor allem ihrer effizienten Anwendung auf die Tagesordnung zu setzen und Führungs- und Steuerungsmodelle zu entwickeln, die einer modernen Polizeiführung entsprechen.

Wie gesagt, wir sind seit Monaten bei der Arbeit, gemeinsam mit der Polizei und teilweise auch mit der Gewerkschaft der Polizei,

(Reinhardt Thomas, CDU: Die wissen ja
noch nichts davon. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Die haben ja noch gar nichts gemerkt.)

und werden in einigen Wochen fertig sein. Ziel ist es, die Qualität der polizeilichen Arbeit zu verbessern, meine Damen und Herren. Herr Thomas, und wenn Sie vom Innenminister verlangen sollten, dass er schlechte Zahlen schönt, dann werden Sie in die Irre gehen. Derzeit hat Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich die größte Polizei, allerdings die schlechteste Bezahlung, weil die meisten Polizeibeamten im mittleren Dienst sind – nach wie vor –,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, dann tun Sie mal was!)

und zwar bereits seit zehn Jahren, und die geringste Aufklärungsquote.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Gerd Böttger, PDS)

Ich sage Ihnen, wo mein Ziel liegt: Ich will in zehn Jahren die stärkste Polizei haben, aber bei der Bezahlung und Leistung der Qualität im Mittelfeld der Bundesrepublik Deutschland ankommen, und hoffe, dass wir das auch in diesem Jahrzehnt, das jetzt vor uns liegt, erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das ist die Zielstellung, zugegebenermaßen eine ehrgeizige Aufgabe, aber es muss darum gehen, an diesen Zielen zu arbeiten und dabei nicht die Nerven zu verlieren. Das ist die Aufgabe, vor der wir derzeit stehen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren, und nun komme ich zu einigen besonderen Aussagen des Antragstellers – also der CDU – im Antrag.

Zum Thema Überstunden: Die Überstunden sind nach Ansicht von Fachleuten kein geeigneter Indikator, um die Belastungskennziffern der Polizei zu beschreiben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja was denn sonst?!)

Herr Dr. Jäger, lassen Sie mich mal ausreden, ich komme ja dazu!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, aber reden Sie doch
nicht so einen Unsinn! Das ist ja peinlich.)

Polizeiliche Aufgabenerledigung bringt es zwangsläufig mit sich, dass regelmäßig über die Regelarbeitszeit hinaus einsatzbezogene Dienstverrichtung erforderlich ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist
Mehrarbeit, das ist Mehrarbeit!)

Überstunden, meine Damen und Herren, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Keine Ahnung! Das ist Mehrarbeit!)

Das ist in jeder Landespolizei das Thema.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sicher.)

Lassen Sie mich mal ausreden und dann sind Sie ja vielleicht auch noch dran!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ich geb' Ihnen dann
eine Lehrstunde. – Volker Schlotmann, SPD:
Mein Gott, ist das ein arroganter Vogel!)

Überstunden haben einen ganz einfachen Grund.

(Reinhard Dankert, SPD: Wen meinst du denn jetzt? Dr. Jäger? – Volker Schlotmann, SPD: Ja, ich meine Dr. Jäger.)

Ein Polizeieinsatz kann im Einzelfall länger dauern, als die Regelarbeitszeit es vorsieht, und das ist insbesondere bei der Bereitschaftspolizei sehr häufig der Fall. Jeder Bewerber weiß natürlich, vielleicht anders als die Abgeordneten aus der Opposition, dass der Polizeiberuf einer ist, bei dem es nicht unbedingt immer einen geregelten 8-Stunden-Arbeitstag gibt. Das ist ja sozusagen der Sinn des Wechselschichtdienstes

(Reinhardt Thomas, CDU: Halten Sie Ihre Rede nicht wie vor einem Kindergarten!)

und demzufolge werden im Einzelfall natürlich Überstunden,

(Reinhardt Thomas, CDU: Halten Sie die Rede nicht wie vor einem Kindergarten!)

meine Damen und Herren, gemacht, und zwar insgesamt 633.903,5 im Jahre 1999, und nicht 800.000, wie Sie es sagen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben ja noch gar nicht die Mehrarbeitsstunden mit eingerechnet.)

Entscheidend bleibt, dass bei den geleisteten Über- oder Mehrarbeitsstunden, wie Sie es haben wollen, Herr Dr. Jäger, zum überwiegenden Teil durch Freizeitausgleich oder durch finanzielle Vergütung der Ausgleich abgegolten wurde, und zwar wie folgt: Von den 633.903,5 Über- oder Mehrarbeitsstunden sind 444.531 durch Freizeit ausgeglichen worden und 113.789 Stunden wurden finanziell vergütet. Übrig bleiben nicht vergütete Stunden in Höhe von 76.583, das sind 11,9 Prozent. Das ist genau die Summe, die der Jahresübertrag 1999/2000 hatte, das heißt, die die Polizei vor sich hergeschoben hat. Warum ist das so? Das ist deswegen so, weil die Beamten es wünschen, ausdrücklich wünschen, Herr Dr. Jäger, sich ein Stundenpolster anlegen zu können, um an Wochenenden ein oder zwei Tage geschlossen abzufeiern. Das ist der Grund dafür, dass Überstunden gesammelt werden. Ich sage es noch mal, es wurden 76.000 Stunden auf das Jahr 2000 übertragen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, nur wenn sie abgefeiert sind, erscheinen sie nicht mehr.)

Diese werden alle ausgeglichen. Kein Polizeibeamter muss unbezahlte Überstunden in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern leisten. Dieses Märchen brauchen Sie nicht weiter zu erzählen, damit machen Sie sich lächerlich bei den Polizeibeamten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wie alle Polizeibeamten, wie alle Polizeigewerkschaften, nur Sie nicht.)

Damit auch mal ein Eindruck entsteht, was die Polizei tatsächlich leistet, meine Damen und Herren, und zwar mit hoher Einsatzbereitschaft, will ich Ihnen mal anhand einiger Beispiele aufzeigen, wo die Bereitschaftspolizei im Jahre 1999 Einsätze gefahren hat. Die allermeisten Einsätze waren notwendig und wurden gefahren im Zusammenhang mit dem Prozess gegen den Kurdenführer Öcalan, wozu eine ganze Reihe von Demonstrationen der PKK in der Bundesrepublik stattgefunden haben, die allermeisten

wie gesagt in Berlin. Da musste die Bereitschaftspolizei sehr oft nach Berlin ausrücken, außerdem zum Beispiel zum Objektschutz beim EU-Gipfel im März 1999 in Berlin sowie beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999 in Berlin. Bei NPD-Demonstrationen in Magdeburg und anderen weit über die Landesgrenze hinausreichenden Einsätzen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Weltwirtschaftsgipfel in Köln in Berlin!)

hat wie gesagt die Bereitschaftspolizei insgesamt 27,8 Prozent, also ein Viertel aller Überstunden, von denen Sie hier sprechen, selbst geleistet. Das ist natürlich einsatzbedingt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das wissen auch die Beamten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und kein Beamter muss umsonst Überstunden leisten. Deswegen Schluss mit diesem Märchen! Die Einsatzbereitschaft der Landespolizei ist ausgesprochen hoch und ich freue mich darüber, dass die Polizisten dieses auch so sehen.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Deswegen, meine Damen und Herren, will ich auch einen zweiten Punkt ansprechen, das ist die Beförderungssituation in der Landespolizei.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Die Beförderungssituation weist seit 1998 eine gleichbleibende Tendenz auf: 1998 sind insgesamt 225 und 1999 insgesamt 300 Beförderungen durchgeführt worden.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das war ja auch noch unser Förderprogramm. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das war doch unser Programm.)

1999 erfolgten circa 200 Beförderungen im mittleren Dienst und 100 Beförderungen im gehobenen Dienst.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

2000 – das ist vielleicht auch Ihr Programm, würde ich mich freuen –

(Beifall und Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

stehen circa 260 Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung, wovon bereits jetzt 75 vollzogen worden sind.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, wenn von Beförderungsstau die Rede ist – und gelegentlich lese ich das auch in den Zeitungen, auch Sie haben es, glaube ich, behauptet –, will ich Ihnen Folgendes sagen: Es gibt aufgrund einer völlig verfehlten Personalpolitik von 1990 bis 1998,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

nämlich einer Ausbildung nur für den mittleren Dienst, natürlich einen zu starken mittleren und einen zu schwachen gehobenen Dienst.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Genau deswegen haben wir angefangen, für den gehobenen Dienst auszubilden. Aber circa 1.000 Beamte sind in zehn Jahren ausschließlich für den mittleren Dienst aus-

gebildet worden. Dann muss man sich nicht wundern, wenn sie alle im mittleren Dienst landen, Herr Dr. Jäger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Um das umzusteuern, bilden wir in einem Direktstudium direkt für den gehobenen Dienst aus

(Dr. Armin Jäger, CDU: 20! Machen Sie sich
doch nicht lächerlich! 20 bei 6.000 Stellen!)

und werden diesen Weg deutlich aufstocken in den nächsten Jahren. Das will ich hier sagen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wer hat Ihnen denn das erzählt?)

Das habe ich entschieden, Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: 20!
Na wie mutig, mutig. 20, ja.)

und Sie werden sich wundern, wie sich die Qualität der Landespolizei entwickelt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben
keine einzige Beförderungsstelle
ausgebracht im bisherigen Haushalt.)

Sie sind ja noch dran, Herr Dr. Jäger, Sie sollten dann auch Ihre Gelegenheit wahrnehmen zu reden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Kommen wir zum Thema Pausen, Sie haben das ja hier angesprochen. Die Behauptung, Beamte in Wechselschicht dürften Pausen nicht mehr als Arbeitszeit anrechnen, ist falsch.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Bei der Arbeitszeit der Polizeivollzugsbeamten im originären polizeipraktischen Dienst – zum Beispiel im Wechselschichtdienst – handelt es sich um eine spezielle Regelung, die eben gerade nicht Gegenstand der allgemeinen Arbeitszeitverordnung ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt nicht mehr.)

Es ist beabsichtigt, meine Damen und Herren, für die Arbeitszeit der Beamten in der Landespolizei eine gesonderte Verordnung zu verabschieden, aber so weit sind wir ja noch gar nicht. Bis dahin gelten – und das ist im Erlass meines Hauses vom Februar auch ausdrücklich klargestellt worden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Hab' ich.)

auch in einem persönlich von mir unterzeichneten Schreiben an die Gewerkschaft der Polizei – die Bestimmungen aus dem Jahr 1992, in denen in einer Dienstanweisung die Arbeitszeitregelung eindeutig festgelegt worden ist, und zwar so, dass die Pause jeweils als Bestandteil des Dienstes gezählt wird. Das ist völlig klar und da braucht man jetzt auch nicht herumdiskutieren. So ist es geregelt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich komme zum nächsten Punkt, zum Thema Mobbing. Nur hat mir noch keiner genau gesagt, was Mobbing ist. Ich will Ihnen dazu einiges sagen.

(Gerd Böttger, PDS: Das ist das, was
Herr Thomas mit Ihnen immer macht. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU –
Heiterkeit bei Abgeordneten der
SPD, CDU und PDS)

Ich sage noch was dazu, Herr Böttger.

Ich finde das nicht zum Lachen, denn hier geht es wirklich um die Berufsehre von manch einem Polizeibeamten in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich finde das nicht zum Lachen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Denken Sie mal selber daran!)

Wir haben in einer Befragung der Personalleiter der Behörden am 4. April abgefragt, welche Erkenntnisse es zum Thema Mobbing gibt. Es wurden uns keine gemeldet.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Auch von Personalräten, von Gleichstellungsbeauftragten und von den Gewerkschaften der Polizei

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wurden uns bis heute außer allgemeinen Vorwürfen konkret und einzelfallbezogen keine Hinweise gegeben, auch nicht von Abgeordneten der CDU. Außer dass Sie die gesamte Polizei beschimpfen, haben Sie keinen Einzelfall genannt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir haben noch
nie die Polizei beschimpft. Sie sind
der erste Innenminister, der das tut.)

wo ein Beamter einen anderen Beamten mobbt.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Minister, einen Moment mal bitte.

Herr Jäger, ich bitte Sie, Sie haben nachher Redezeit, dass Sie die Redezeit nutzen und nicht bei jedem Satz Ihren Kommentar dazugeben.

(Lorenz Caffier, CDU: Das gilt
aber für Herrn Müller auch.)

Das gilt für alle Abgeordneten. Es gilt in diesem Fall besonders für Herrn Jäger.

Und ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, Herr Caffier.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist so auffällig in diesem Beitrag gewesen. Ich habe das eben mal statistisch für mich eine Weile festgestellt, wie das ist. Da bitte ich auch, das endlich mal zu beachten.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

Ich weise darauf hin, dass ich wieder dazwischengehen werde, auch mit den anderen Maßnahmen, die mir zur Verfügung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bitte darum, dass wir endlich mal zu einer vernünftigen Diskussion kommen und die Redner dann reden, wenn sie ihre Redezeit haben. Für Zwischenrufe bin ich immer, aber nicht ständig.

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich möchte noch einmal erwähnen, dass von Personalräten, Gleichstellungsbeauftragten und Gewerkschaften der Polizei keine konkreten und einzelfallbezogenen Hinweise bei mir eingegangen sind, und sage ausdrücklich, ich gehe jedem Einzelfall nach, wenn er mir denn vorgelegt wird, und erwarte noch, dass mir einige vorgelegt werden.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Du merkst
doch, was hier abgeht. Da bestimmt
Timm, was hier abgeht im Landtag.)

Einen Fall kann und muss ich Ihnen allerdings nennen: Ein Beamter des Landeskriminalamtes hat bereits im letzten Jahr in einem anonymen schmutzigen Pamphlet seinem Dienstvorgesetzten Vorwürfe unterbreitet. Das ist für mich tatsächlich Mobbing. Diesem Fall wird selbstverständlich nachgegangen. Der Chef des Landeskriminalamtes hat dabei meine volle Unterstützung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen, wer solche anonymen und schmutzigen Schriften in die Welt setzt, der hat auch mit dem Dienstherrn zu rechnen. Das ist völlig klar und ich sage noch einmal mit aller Deutlichkeit: Jedem Einzelfall wird nachgegangen, aber wer der Landespolizei insgesamt anonym, allgemein und unkonkret Mobbingvorwürfe macht, der hat damit zu rechnen, dass der Innenminister, Herr Dr. Jäger, dieses zurückweist, und zwar in aller Form, auch hier im Parlament.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Jedem konkreten Fall wird nachgegangen. Und ich sage Ihnen auch, dass jeder Polizeiführer meine volle Unterstützung hat, wenn er durch Gespräche oder aber im Einzelfall durch Disziplinarmaßnahmen gegenüber seinem ihm unterstellten Beamten auf Defizite aufmerksam machen muss. Das kann nicht Mobbing sein, das ist eine völlig korrekte Dienstaufsicht, die auszuüben ist, und zwar auch in der Landespolizei. Wenn hier wie von der CDU flächendeckend der Polizei Fehlverhalten unterstellt wird, ohne Fakten und Tatsachen zu nennen, dann ist das Mobbing. Und ich erwarte, dass diese Mobbingvorwürfe von Ihnen, von der Opposition, hier zurückgezogen werden, und zwar in aller Form.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss sagen, dass dieser Antrag der Opposition zeigt, und zwar anhand der Zahlen, die Sie verwenden, 1.000 Polizeibeamtenstellen mehr zu fordern, dass die CDU tatsächlich keine Ahnung von der Situation in der Landespolizei hat

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

oder aber dass sie vorsätzlich und mit voller Absicht die Polizei in ein schlechtes Licht in Mecklenburg-Vorpommern rücken will, und das hat sie nicht verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich sage Ihnen, wir verfolgen das Ziel, eine Qualitätsentwicklung der Polizei auf den Weg zu bringen und dabei ganz klare Ziele zu definieren für die Personalentwicklung, Organisationsentwicklung, die Modernisierung der Aus-

und Fortbildung, für die Technikeinsätze und vor allem die Anwendung von Kommunikationstechnik – Stichwort LAPIs – sowie für eine moderne Führung und Steuerung in der Landespolizei. Wir werden Ihnen in den nächsten Wochen hierzu ein ausführliches Konzept präsentieren. Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren von der CDU, diesen peinlichen und unsachlichen Antrag zurückzuziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Böttger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Böttger.

Gerd Böttger, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion wurde, wie viele andere Anträge, offensichtlich sehr eilig zusammengebraut. Und schon die Überschrift ist, wie auch ich meine, schwer verständlich: „Bericht zur Situation der Organisation der Polizei“.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Eine fachliche Meisterleistung.)

Meine Damen und Herren, Sie haben dann in der Begründung eine Reihe von Problemen aufgeworfen, Herr Thomas hat dazu auch gesprochen. Ich kann Ihnen sagen, es geht Ihnen, meine Damen und Herren, natürlich überhaupt nicht darum, der Polizei den Rücken mit diesem Antrag zu stärken, es geht Ihnen einzig und allein darum, den Innenminister hier vorzuführen, ihm sozusagen Unfähigkeit nachzuweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Nun sage ich mal, das ist ja sogar Ihr legitimes Recht, meine Damen und Herren,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das machen wir
doch gar nicht. Das machen Sie doch selbst.)

bloß dann verstecken Sie sich nicht hinter der Polizei! Benutzen Sie nicht die Landespolizei für Ihr Spielchen, was Sie hier betreiben!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das hat die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern nicht verdient.

Und, meine Damen und Herren von der CDU, die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern gehört weder Ihnen, gehört weder der SPD, gehört weder der PDS noch anderen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Es ist die Landespolizei und sie leistet alles in allem eine gute Arbeit, das möchten wir hier einmal feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Trotz Innenminister.)

Meine Damen und Herren, das will ich auch zu Beginn gleich deutlich sagen, die Polizei ist natürlich gegenwärtig keinesfalls schlechter als die Polizei zu dem Zeitpunkt, als Sie noch die Innenminister stellten. Herr Jäger, Herr Thomas und andere, Sie haben wohl ein sehr kurzes Gedächtnis. Sie werfen hier tatsächliche und vermeintliche Probleme der Polizei auf. Aber tun Sie doch nicht so,

als ob wir im Lande Mecklenburg-Vorpommern nicht ganz andere Zeiten bei der Polizei hatten! Ich möchte Ihr Gedächtnis doch noch mal auffrischen. Ich wollte es eigentlich nicht tun, aber Sie provozieren mich ja förmlich. Ich erinnere Sie an einen Herrn Letzgus, Staatssekretär im Innenministerium, der im betrunkenen Zustand einen Laternenmast umgefahren hat, und der Abteilungsleiter der Polizei hat ihn sozusagen noch geschützt. Beide sind rausgeflogen, sind also nicht mehr da. Ich erinnere Sie an einen Leiter des Kriminalamtes der Polizei – also LKA – ich will den Namen jetzt auch nicht nennen, der seine Diensträume mit einem Freudenhaus verwechselt hat, der ist natürlich rausgeflogen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich erinnere Sie an andere in der Polizei. Also wenn Sie heute hier so tun, als ob das, was gegenwärtig passiert, Skandale und Vorkommnisse sind, na dann muss ich mal sagen, über Skandale bei der Polizei haben wir in diesem Hause in ganz anderen Dimensionen geredet.

(Beifall bei der SPD und
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS –
Kerstin Kassner, PDS: Da hatten wir schon
schönere. – Reinhardt Thomas, CDU:
Also im letzten halben Jahr nicht.)

Sie sollten sich wirklich daran erinnern, was wir hier alles schon hatten. Aber das kennen wir ja bei Ihnen. Mit dem immergrünen Thema Polizei und Innere Sicherheit kann man natürlich Ängste schüren. Da kann man deutlich machen, wie schlimm das alles ist mit Rot-Rot und dass die Omas Angst haben müssen, auf die Strasse zu gehen und so weiter. Das ist Ihr wahres Ziel. Aber ich warne Sie vor einer solchen Politik, die Sie hier betreiben,

(Lorenz Caffier, CDU:
Na, na, na, na! Wüste Drohungen!)

die fällt auf uns alle zurück. Ich sage noch einmal: Die Polizei hat und hatte Probleme, darüber muss man sachlich reden. Aber bauschen Sie das bitte hier nicht so auf und tun Sie nicht so, als ob es ein Problem dieses Innenministers wäre!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS –
Reinhardt Thomas, CDU: Nach dem Parteitag
ist er schon ziemlich klein geworden. Das haben
wir schon anders gehört, ja. Der erste Kniefall.)

Meine Damen und Herren, Sie wissen natürlich ganz genau, und ich glaube, deshalb haben Sie diesen Antrag gestellt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Also Sie hatten einen ganz anderen Skandal-
innenminister. – Angelika Gramkow, PDS:
Außerdem ist er der, der am längsten im Amt ist.)

dass die Koalitionsfraktionen und der Innenminister seit geraumer Zeit an einem inhaltlichen Konzept für eine langfristige Personalentwicklung der Polizei arbeiten, und Sie wissen auch, dass die Entscheidung darüber, wie viel Polizei und welchen finanziellen Aufwand für die Belange der Polizei sich unser Land leisten kann, am Ende nur politisch – allerdings im Gesamtkontext aller Bedingungen, darunter insbesondere der finanziellen Spielräume – entschieden werden kann.

Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, dass die Forderung, die Sie damals gestellt haben, also Ihr ehe-

maliger Ministerpräsident, 1.000 Polizisten für das Land mehr zu haben, sicherlich ein Thema ist, das wünschenswert wäre. Auch wir können uns vorstellen, dass wir für die persönliche Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in diesem Land haben. Obwohl ich auch sage, die wirklichen Probleme lösen wir natürlich nicht dadurch, indem wir hinter jeden dicken Baum einen Polizisten stellen.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Damit wir uns auch einig sind, das ist nicht die Frage. Aber darüber könnten wir uns ja noch einigen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen ja ganz genau, dass zwischen Wünschen, die wir alle haben, und der Realität, vor allem den finanziellen Spielräumen, natürlich Welten liegen. Meine Damen und Herren, wenn Sie es damals ernst gemeint hätten mit Ihrer Forderung 1.000 Polizisten mehr, Sie hatten lange Zeit, als Sie regiert haben, diese Forderung mit Leben zu erfüllen. Sie haben es nicht getan und jetzt kommen Sie mit einem Mal wieder, wo Sie genau wissen, wie die Lage der Finanzen des Landes ist, und sagen, jetzt wollen wir 1.000 Polizisten mehr haben. Ich finde es unredlich und unseriös. Ich sage sogar hier, es ist populistisch, aber das kennen wir von Ihnen. Seit Sie in der Opposition sind hier und in Bonn,

(Dr. Ulrich Born, CDU: In Bonn
stellen wir keine Anträge mehr.)

machen Sie natürlich eine Menge populistische Anträge. Aber machen Sie ruhig so weiter! Die Menschen im Lande werden das schon erkennen, denn wir reden ja nicht nur über Polizei. Das wissen Sie ganz genau. Wir reden auch über Lehrerinnen und Lehrer, über Erzieherinnen und Erzieher, wir reden über die kommunale Ausstattung der Kommunen, über Präventionsarbeit. Es ist also nicht nur die Frage der Polizei, die kann man natürlich herausziehen, aber zum Schluss muss es vernünftig finanziert werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Wir müssen uns auch darüber verständigen.

Zweitens, glaube ich, meine Damen und Herren, dass man, wenn man über die Polizeistärke im Lande spricht – und ich sage, es wird eine politische Entscheidung zum Schluss, wie viele Polizisten wollen wir uns leisten, wie viele Polizisten können wir uns leisten –, natürlich nicht nur über eine Bezugsgröße reden muss, nämlich die Bezugsgröße zu den Einwohnern. Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland und viele Probleme, die wir bei der Polizei haben, sind natürlich auch Probleme der Fläche. Deshalb sage ich, man kann für jede Bezugsgröße Argumente finden, aber ich warne davor, einfach nur zu sagen, wir nehmen einfach mal das, was allgemein üblich ist. Mecklenburg-Vorpommern muss nach Mecklenburg-Vorpommern schauen. Und da nützt mir kein statistischer Vergleich. Wir müssen hier definieren, wie viele Polizisten brauchen wir und wie viele können wir uns leisten. Aber wir müssen beide Fragen beantworten. Und da glaube ich, dass die Zahl von 1.000 mehr nicht realistisch ist. Ich stimme mit dem Innenminister überein und möglicherweise auch mit Ihnen, die Qualität der Polizeiarbeit muss weiter erhöht werden, weil die Zahl allein das Problem nicht löst. Qualität und Quantität müssen in Übereinstimmung stehen, weil wir sonst das Wünschenswerte nicht finanzieren können.

Weiterhin, meine Damen und Herren, glaube ich auch, dass wir einfach mal überlegen müssen, wie wir den Anteil der Polizeibeamten insgesamt zu den Beamten der Kriminalpolizei neu bewerten. Sie wissen, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern ungefähr 17 Prozent Anteil Kriminalpolizei, im Bundesdurchschnitt sind es 20 Prozent.

Es ist in diesem Zusammenhang auch die Frage zu stellen und darüber diskutieren wir in den Koalitionsfraktionen: Muss man hier möglicherweise die Ausbildung der Kriminalisten verbessern, muss man sozusagen das Verhältnis anders gestalten? Und natürlich auch die Frage der Unterstellungen, die immer mal wieder diskutiert wird, muss man einfach im Polizeikonzept mit beantworten.

Wir sind auch der Meinung, meine Damen und Herren, dass man über die Größe und die Aufgaben der Bereitschaftspolizei neu nachdenken muss. Das hängt auch damit zusammen, dass ja möglicherweise bald der Zuschuss der Finanzierung des Bundes für die Bereitschaftspolizei aufhört, dann steht die Frage sowieso. Wir müssen einfach diese Frage, wie wir weiterhin mit der Bereitschaftspolizei umgehen, diskutieren.

Eine weitere Frage, die uns als PDS am Herzen liegt: Wir haben immer gesagt, wir brauchen Polizei vor allen Dingen sehr nah an den Bürgerinnen und Bürgern, also sozusagen in der Fläche. Ich will nicht wieder die Mär vom ABV hervorholen, das ist nun zehn Jahre her,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber ABV ist ABV. – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

aber die Grundidee, den Polizeibeamten nah an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen, muss erhalten bleiben.

(Angelika Gramkow, PDS:
Ich möchte auch meinen eigenen haben.)

Wir halten deshalb nicht allzu viel von einer weiteren Konzentration der Polizei.

Geklärt werden muss im Polizeikonzept, das sage ich hier auch, die Frage, wie wir uns bei Inspektionen verhalten, dort, wo es gegenwärtig noch mehrere Inspektionen in einem Kreis gibt. Wir sind der Meinung, dieses Problem sollte in Übereinstimmung mit den Kreisen in Ordnung gebracht werden. Ich persönlich plädiere da für einen Flächenkreis – eine Inspektion, um effektive und vernünftige Strukturen zu schaffen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist zentralistisch.)

Ich weiß, wie schwer es ist, das umzusetzen, aber das sollten wir tun.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja sicher. Erst gehen Sie zum Zentralismus, dann wollen Sie eine Polizeiinspektion pro Landkreis.)

Ach nein, Sie wissen ja, wie das alles entstanden ist. Das ist ja Ihr Erbe, darüber muss man diskutieren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie wollen Polizeiinspektionen zusammenlegen.)

Herr Rehberg, Sie mögen möglicherweise von allen Dingen Ahnung haben, aber dass Sie Ahnung von Polizei haben, das glaube ich nun wirklich nicht. Nun halten Sie sich da mal ein bisschen zurück!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Eckhardt Rehberg, CDU:
Herr Böttger, mein Gott!)

Alle Themen belegt er ja.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD:

Mir fallen da noch mehr Bereiche ein. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Passen Sie bloß auf, dass Sie nicht gleich vom hohen Ross runterfallen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Er weiß wirklich nicht, was er daherredet. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ja, nun bleiben Sie mal ganz ruhig!

Eine weitere Frage, über die wir diskutieren müssen: Wir sind dafür, dass wir die Ausbildung der Polizei insgesamt verbessern. Ich sage es hier ganz deutlich. Ich persönlich spreche mich dafür aus, die Polizeiausbildung in Güstrow an unserer Schule zu konzentrieren. Darüber muss man im Rahmen des Polizeikonzeptes weiterreden.

(Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU,
Angelika Gramkow, PDS, und
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich habe doch gesagt, persönlich. Ich werde doch niemals die Auffassung wiedergeben, wenn Sie noch strittig ist. An der Stelle bin ich diplomatisch genug.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Reinhardt Thomas, CDU:
Das ist noch strittig? Das ist ja interessant.)

Ich will an der Stelle nur noch mal sagen: Wir werden in den nächsten Tagen, Wochen, hoffentlich nicht Monaten, über den Inhalt des Polizeikonzeptes reden. Meine Damen und Herren, Sie sind herzlich dazu eingeladen, hier mitzudiskutieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wann geht's denn los?)

Ich habe vorhin schon einmal gesagt, die Polizei gehört nicht einer Koalition, sie gehört dem Lande Mecklenburg-Vorpommern und da kann man die Opposition nicht ausklinken.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Aber mit dem, was Sie hier gemacht haben, mit diesem Antrag werden Sie natürlich keinen hilfreichen Beitrag für diese Fragen leisten. Also Sie sind herzlich eingeladen. Diesen Antrag muss man ablehnen. Wir kriegen das Konzept auch gemeinsam hin ohne diesen Antrag. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke, Herr Böttger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte gerne dem Herrn Präsidenten noch von diesem Pult aus gesagt, dass es mir leid tut, dass ich ihm die Verhandlungsführung etwas erschwert habe. Ich erwarte aber, dass er gleiches Maß anlegt bei Zwischenrufen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Innenminister, es ist mir sehr schwer gefallen, ruhig zu bleiben, als Sie, anstatt sich mit den Problemen der Landespolizei von diesem Pult zu beschäftigen, versucht haben, eine Textanalyse unseres Antrages zu machen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Im Text zeigt sich manchmal der Geist, Dr. Jäger.)

Ich weiß, dass das bei Theologen zur Ausbildung gehört, aber, Herr Innenminister, das genügt uns nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Es war aber recht interessant.)

Dass Sie noch nicht mal richtig lesen können nach über einem Jahr in der Funktion, ist schon etwas deprimierend, denn Sie haben ganz deutlich nicht erkannt, dass wir auch darauf hingewiesen haben, dass der Leistungswille unserer Landespolizei, der bisher ungebrochen ist, darunter leiden könnte, dass der Innenminister jetzt wirklich schon über ein Jahr säumig ist mit einem Personalentwicklungskonzept. Das steht in dem Antrag. Und dass Sie immer noch nicht den Unterschied zwischen Überstunden und Mehrarbeit erkannt haben, das sei nur am Rande bemerkt.

Aber, Herr Innenminister, Sie haben gesagt, wenn mir nicht einer einen Mobbingfall auf den Tisch legt, dann kann ich doch nichts machen. Herr Innenminister, wenn sogar die Staatsanwaltschaft in diesem Lande sich darüber beschwert, dass sie mit Anzeigen von Polizisten gegeneinander überhäuft wird, dann müsste auch bei Ihnen – jetzt muss ich mal fragen – grünes, weißes, rotes Licht angehen

(Gesine Skrzepski, CDU: Sehr schön.)

und Sie müssten merken, dass etwas getan werden muss. Und, Herr Innenminister, es gibt so etwas Ähnliches wie ein amtlich geduldetes Mobbing. Und Sie haben es zumindest in der Zeitung gelesen, dass es in unserer Landespolizei eine Beamtin gibt, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Pittiplatsch hatte einen Hund und der hieß Moppi. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich finde das gar nicht lustig, wirklich nicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich finde das sehr lustig.)

Ich finde es verdammt traurig.

Es ist eine Beamtin, die sich verzweifelt dagegen wehrt, dass man sie aus dem Dienst Herausschupsen will, weil sie eingeschränkt dienstfähig ist. Ist Ihnen eigentlich die PDV 300, also die Polizeidienstvorschrift 300, bekannt?

(Reinhardt Thomas, CDU: Nee, das steht ja nicht in der Bibel. – Heike Lorenz, PDS: Spreizen Sie sich doch nicht!)

Die ist geändert worden. Ist Ihnen der Paragraph 134 Landesbeamtengesetz bekannt, wonach ein Beamter heute, ein Polizeibeamter, seinen Beruf nicht mehr aufgeben muss, nur weil er eingeschränkt dienstfähig ist? Wir haben uns damals alle darum bemüht, diese Vorschriften zu ändern, aber sie müssen dann auch von den Nachfolgern angewandt werden.

Meine Damen und Herren! Auch ein Fall, wo man sich fragt, ist das aus dem Innenministerium so gewollt oder

heißt das – Sie haben etwas von dezentraler Verantwortung gesprochen –, dass der Innenminister die Verantwortung für die Polizei schon an die jetzt im Augenblick nicht anwesende Finanzministerin abgegeben hat?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sie diskutieren im Augenblick öffentlich über den Abbau von 500 Stellen. Erzählen Sie doch hier nicht, dass Sie davon nichts wissen.

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja.)

Das ist doch bekannt. Und Sie fangen damit sehr praktisch an. Wenn jemand von unseren Angestellten in der Polizei Altersteilzeit, eine soziale Errungenschaft, in Anspruch nimmt – was macht man? Man setzt diesen Angestellten auf eine mit kw-Vermerk – künftig wegfallend – versehene Stelle eines Vollzugsbeamten. Und nun geht der Angestellte in den Ruhestand, in Rente, weil die Altersteilzeit ja seine letzte Phase ist. Und was macht man mit der Stelle? Sie fällt weg.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, das steht ja dran an der Stelle. – Heike Lorenz, PDS: Ja, deswegen kw-Vermerk.)

Richtig. Sehen Sie, Frau Gramkow, Sie haben es erkannt, aber der Innenminister hat es offenbar nicht erkannt.

(Angelika Gramkow, PDS: Er hat das sehr gut erkannt. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ihm werden unter seinem Stuhl schon fließend die Polizeivollzugsstellen weggenommen und dann mokieren Sie sich noch drüber, dass in unserem Antrag eine falsche Zahl stehen soll. Herr Innenminister, es ist so, dass 800.000 Über- und Mehrarbeitsstunden – und ich lege jetzt Wert auf die beiden Begriffe – geleistet worden sind. Die schiebt die Landespolizei vor sich her. Und wenn Sie etwas mehr von Ihrer Polizei verstehen würden, wüssten Sie, dass diese 800.000 Über- und Mehrarbeitsstunden geleistet werden etwa von den 2.400 Beamten des Einsatzdienstes, des polizeilichen Einsatzdienstes, das ist draußen der Dienst auf der Straße, 2.400 mit diesen Überstunden. So, und dann sagen Sie, das ist alles nur ein Gerede der Opposition. Wir wollen die Polizei schlecht machen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Peinlich, peinlich.)

Herr Innenminister, hier macht niemand die Polizei schlecht. Der erste Innenminister in diesem Lande, der sich eines solchen Lapsuses hat wirklich schuldig gemacht – ja man muss es ihm vorwerfen, den müssen wir ihm vorwerfen –,

(Götz Kreuzer, PDS: CDU.)

macht bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik eine Aussage, dass die Polizei in unserem Lande qualifizierter werden müsse. Herr Innenminister, und Sie haben auch die Aufklärungsquote mit 47,4 Prozent als eine schlechte Zahl bezeichnet. Wissen Sie, wo diese Landespolizei mit der Aufklärungsquote in 1992 mit 26 und ein paar Krummen angefangen hat?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da waren Sie doch noch gar nicht hier.)

Loben Sie doch bitte mal Ihre Landespolizei, dass sie das aufgeholt hat,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und kritisieren Sie nicht an unseren Beamten in diesem Lande herum, die diese Leistungen bringen. Sie haben mit dieser Leistung überhaupt nichts zu tun.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, Sie doch auch nicht, Sie doch auch nicht das Geringste!

Hören Sie doch auf mit dem Geseire! –

Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Meine Damen und Herren! Der Innenminister hat darauf hingewiesen, wie viel Beförderungsstellen zur Verfügung stehen. Er hat leider nicht dazugesagt, dass es sein Zutun war, sein Zutun in den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2000,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass keine weiteren Hebungen mehr im Haushaltsplan vorgesehen wurden. Ich entsinne mich noch sehr wohl an die Aussage Ihres Staatssekretärs im Innenausschuss: Wir haben genügend Beförderungsstellen. Vielen Dank, liebe CDU! Wir brauchen den Antrag, 100 Beförderungen im Durchstieg vom mittleren zum gehobenen Dienst und 100 Beförderungen im mittleren Dienst nicht, wir haben genügend Beförderungsstellen. Herr Innenminister, das ist über Jahre das Ergebnis eines Personalentwicklungskonzeptes gewesen und nur weil Sie keins vorgelegt haben, gibt es im Haushaltsplan 2000 dieses, was wir über Jahre durchgeführt haben, nicht.

(Gerd Böttger, PDS: Aber sagen Sie mal, wo Sie das Geld hernehmen wollen. Sagen Sie es ruhig mal!)

Wir wollten das sehr wohl.

Herr Böttger, Sie waren doch im Innenausschuss dabei.

(Gerd Böttger, PDS: Sagen Sie doch mal laut, wo Sie das Geld hernehmen wollen! –

Angelika Gramkow, PDS: Na von den Schulsozialarbeitern. – Zuruf von Minister Dr. Gottfried Timm)

Das haben wir durchaus. Gucken Sie doch mal in die Vorlage! Das waren Einzelstreichungen von Luftlöchern und von Blasen im Haushalt 04.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Steinbrüche nennt man so was auch.)

Herr Böttger, lesen Sie die Vorlage noch mal durch, dann lassen Sie das.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. – Gerd Böttger, PDS: Aus dem Bauministerium wollten Sie das nehmen.)

Meine Damen und Herren, warum denn? Warum haben wir das denn vorgeschlagen und warum ist das früher gemacht worden? Weil wir natürlich alle wissen, dass unsere gut ausgebildeten Polizeibeamten den gleichen Dienst wie in den anderen Bundesländern tun, teilweise unter erschwerten Bedingungen. Und, Herr Böttger, ich spreche Ihnen ein ausdrückliches Lob aus. Während die Rede des Innenministers überhaupt keine Substanz hatte zu den Einzelfragen, haben Sie die Probleme genannt. Aber das ist doch genau der Punkt. Sie sind doch teilweise unter schwierigeren Bedingungen hier tätig. Trotzdem kriegen sie nur 86 Prozent.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich fange gleich an zu heulen.)

Da wir das nicht ändern können, da wir das nicht ändern können, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Ach ja? Wozu hat denn das geführt, dass es hier zehn Jahre lang so weitergegangen ist? Sind wir daran schuld?)

Frau, Gramkow, Sie könnten es ja jetzt ändern. Sie sind doch Fraktionsvorsitzende einer Koalitionsfraktion.

(Angelika Gramkow, PDS: Na und?)

Ihre Forderungen habe ich noch nicht gehört. Aber wenn Sie das morgen fordern, reden wir darüber. Wir bleiben seriös.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Jawohl. – Angelika Gramkow, PDS: Da haben Sie heute wahrscheinlich in der Aktuellen Stunde nicht zugehört.)

Wir bleiben, Frau Gramkow, seriös und geben zu,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Seit wann sind Sie seriös, Herr Jäger?)

dass es erhebliche Probleme machen würde, die Polizei, anders als den übrigen öffentlichen Dienst, auf 100 zu bringen. Das wissen wir alle. Es würde auch Probleme machen, den gesamten öffentlichen Dienst auf 100 zu bringen. Auch das wissen wir. Aber, meine Damen und Herren, es gab ein stillschweigendes Übereinkommen in der letzten Koalition, dass wir die Möglichkeiten ausnutzen, die wir haben. Und wir haben den Beamten im mittleren Dienst diese Stellenhebungen jedes Jahr gegeben als Entgelt oder als Ausgleich dafür, dass wir das andere nicht konnten, weil wir es nicht finanzieren konnten.

(Angelika Gramkow, PDS: Und dafür hatten Sie den Abbau von 400 Polizeistellen in Ihrem Haus geplant. Sagen Sie das auch dazu!)

Ich nicht, ich nicht, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Wer dann? Wer dann?)

Gucken Sie mal auf die Regierungsbank! Mit mir ist nichts gegangen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Genau. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Deswegen ist Frau Keler ja heute noch mit mir böse. Mit mir gingen diese Spielchen nicht. Da gab es ja auch noch einen Innenminister, der sich vor die Polizei stellte

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Genau, genau, Recht hat er damit! – Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU, und Gerd Böttger, PDS)

und nicht hinter seinen Schreibtisch

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

und sagt, liebe Frau Finanzministerin, sag mir, was ich noch darf. Das ist genau der Punkt.

(Angelika Gramkow, PDS: Genau das haben Sie vereinbart und kein anderer.)

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, ich bin vorhin da so ein bisschen angegangen worden, ich würde jetzt gerne meine Redezeit in Anspruch nehmen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das sind diesmal die anderen, Herr Jäger. Das dürfen die. –
Lorenz Caffier, CDU: Das sind die anderen.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Frau Gramkow, ich bitte Sie, den Herrn Dr. Jäger aussprechen zu lassen, sonst sehe ich mich gezwungen, auch Ihnen einen Ordnungsruf zu erteilen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Dr. Armin Jäger, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Warum brauchen wir diese Beförderungsstellen im mittleren Dienst? Der Herr Innenminister hat gesagt, man kann ja nicht dauernd befördern. Ich habe das eigentlich nicht verstanden, was Sie gemeint haben.

(Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU,
und Heike Lorenz, PDS)

Es ist doch andererseits eine Binsenweisheit, dass diese Beförderungen gerade deswegen erforderlich sind. Und, Herr Innenminister, Sie haben sich damit gebrüstet, Sie hätten jetzt die Direkteinsteiger im gehobenen Dienst. 20, 20 stellen Sie ein.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist verschärft. –
Heike Lorenz, PDS: Immerhin.)

Und was machen Sie damit? Wir haben keine weiteren Hebungen vom mittleren in den gehobenen Dienst vorgesehen. Die gehen verlustig für die guten Beamten im mittleren Dienst, die bisher den Durchstieg realisieren konnten.

(Angelika Gramkow, PDS:
Warten Sie es doch ab, Herr Jäger!)

Und, Herr Innenminister, vielleicht ein Wort aus der Praxis: Wir haben in den letzten Jahren das Glück gehabt, viele qualifizierte Abiturienten auch für den mittleren Dienst einstellen zu können.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Manchmal sind sie im mittleren Dienst eingestellt worden, weil ihre Kollegen, die um Zehntelpunkte besser im Eignungstest waren, sind dann in den gehobenen Dienst gekommen. Jetzt stellen Sie sich mal die Situation zweier junger Polizeibeamter vor, der eine ist im mittleren Dienst, der hatte eben die Zehntelpunkte im Eignungstest weniger, der andere hatte ein paar Zehntelpunkte mehr und ist im gehobenen Dienst gelandet. Wir wissen doch alle, dass es sich erst in der Praxis zeigt, nicht beim Eignungstest, wer der bessere Polizeibeamte ist. Und Sie wollen den Durchstieg in den gehobenen Dienst einschränken. Damit tun sie der Landespolizei wirklich einen Bärendienst. Dadurch, dass Sie es nicht geschafft haben, ein Personalentwicklungskonzept durchzusetzen oder zumindest mal vorzulegen – wir würden Ihnen gerne helfen, es durchzusetzen –, mochten Sie sich nicht für die 100 Stellen des Durchstiegs aussprechen. Deswegen hat die Koalition das im Innenausschuss abgelehnt.

Sie haben gesagt, es sei ja alles gar nicht so schlimm und vieles sei missverstanden worden von der Gewerkschaft der Polizei. Ich weiß nicht, warum sie plötzlich mit Blindheit geschlagen sein soll. Früher waren die sehr sachkundig und auch als Gegner ernst zu nehmen,

(Harry Glawe, CDU: Das hat Herr Timm ja bestätigt.)

aber auch als Partner. Aber da habe ich ihnen auch nicht über die Presse mitgeteilt, was ich von ihnen halte, sondern ich habe ihnen dabei ins Auge geblickt. Und das sollten Sie auch endlich wieder tun.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Gewerkschaften haben den Verhandlungstisch verlassen. –
Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Ja, natürlich, den würde ich auch verlassen, wenn der Innenminister hinter dem Rücken des Verhandlungstisches schon die Stellenkürzungen ausmunkelt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Das hat er nicht getan.)

Dann würde ich doch mit einem solchen Innenminister nicht mehr verhandeln, Frau Gramkow. Sie doch auch nicht, Sie sind doch eine seriöse Person.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das hat er nicht getan, Herr Jäger.)

Aber, Herr Innenminister, Sie haben sich vorhin darüber ausgelassen, dass alle Leute das mit der Pausenregelung nicht richtig verstehen. Wissen Sie, das sind auch so weiche Faktoren, wie man mit Polizisten umgeht, nicht nur ums Gehalt und die Aufstiegsmöglichkeiten, sondern um die Verhandlung geht es. Sie haben gesagt, ja im Wechselschichtdienst ist dies nicht so. Ja, stimmt, jetzt nicht mehr, aber ursprünglich war es so. Und als Sie den Brief an die Gewerkschaft geschrieben haben, da ist diese Regelung noch gar nicht geändert gewesen. Ich habe mir nämlich mal den Text dieses Diensterlasses besorgt.

(Heike Lorenz, PDS: Muss man das hier alles auskippen, wenn ein Fehler korrigiert wird? Wenn es denn einer war, ist es doch auch in Ordnung.)

Da steht genau drin, dass Wechselschichtdienstleistende auch die Pausenregelung nicht mehr haben. Jetzt stellen Sie sich das mal vor, was das für ein Blödsinn ist. Das sind Beamte, die jederzeit – im Wechselschichtdienst ist das so – zum Einsatz gerufen werden. Deswegen haben wir das damals so geregelt. Und weil Sie das nicht erkannt haben, haben Sie nicht gemerkt, dass da ein Problem entsteht. Aber Sie haben mit Ihrer Arbeitszeitverordnung ein schönes Ding da hingehauen. Das muss man wohl sagen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:

Ja, das stimmt. – Heike Lorenz, PDS:

Also Sie kosten das aus. Es geht doch gar nicht mehr um die Sache. Sie kosten nur seine Fehler aus. Das ist doch unangenehm hoch drei.)

Natürlich geht es um die Sache, um konkrete Punkte geht es, warum wir endlich mal von der Landesregierung einen Bericht darüber haben wollen,

(Heike Lorenz, PDS: Ja, wenn das mal nur so wäre, dann wäre es gut.)

wie sie gegen die offenbar jetzt deutlich werdende Unzufriedenheit in unserer Polizei etwas unternehmen will,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

wie sie da abhelfen will, wenn Sie eine Pausenregelung schaffen, die nicht zum Dienst passt, und eine Dienstfahr-

tenregelung, die lächerlich ist. Ab jetzt – so ist das in dieser Regelung drin – ist jede Fahrt, die nicht Verfolgungs- oder Streifenfahrt ist, keine Dienstfahrt. Also der typische Fall: Der Kriminalbeamte von Schwerin fährt zu einer Vernehmung nach Gadebusch. Das ist sein Privatvergnügen. Haben Sie mal daran gedacht, was passiert, wenn der einen Unfall hat, Herr Innenminister?

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist Fürsorge!)

Also Sie haben Ihre Fürsorgepflicht offenbar noch nicht erkannt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Mein lieber Mann!)

Die Landesregierung muss jetzt endlich Farbe bekennen. Herr Böttger hat ja was gucken lassen, dass hinter den Kulissen so darüber geredet wird, wie viel Polizei wir denn brauchen. Natürlich muss man das immer fragen. Und natürlich muss man auch immer fragen, Herr Innenminister, da gebe ich Ihnen Recht, wohin soll sich eine Landespolizei entwickeln und wie wird sie künftigen Herausforderungen gerecht. Alles in Ordnung. Das darf auch dazu führen, dass man kritisch in die eigene Polizei hineinsieht und sagt, wir sind an diesem oder jenem Punkt noch nicht so weit, wie wir eigentlich sein wollen. Aber dass ein Innenminister bei dem Ergebnis einer jährlichen Kriminalstatistik, die wieder einen Zuwachs an Aufklärungsquote zu verzeichnen hat, seinen Polizisten ins Zeugnis schreibt: Wisst ihr, ihr seid eigentlich noch nicht die Qualität. Erst seit ich hier vorne stehe, weiß man, was Qualität in der Polizei ist,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist wohl wahr, das ist wohl wahr! – Reinhardt Thomas, CDU: Das war die größte Lachnummer.)

und deswegen werdet ihr jetzt anders ausgebildet. Herr Innenminister, wenn Sie dann noch fragen, wo Sie im Lexikon Mobbing finden,

(Heiterkeit bei Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

dann muss ich sagen, dann sollten Sie vielleicht doch noch mal einige Dinge näher nachlesen. So bitte gehen Sie mit der Polizei nicht um!

Ich bitte Sie herzlich, meine lieben Kollegen, bitte lassen Sie uns über den Inhalt dieses Antrages reden, nicht in der Art, wie der Innenminister es getan hat, sondern in der Art, wie vernünftige Politiker mit vernünftigen und wichtigen Themen umgehen. Lassen Sie uns darüber in den Ausschüssen reden, lassen Sie uns vorangehen. Ich bedanke mich für den Hinweis von Herrn Böttger und beantrage Überweisung unseres Antrages in den Innenausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gerd Böttger, PDS: Das habe ich aber nicht gemeint.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Körner von der SPD-Fraktion.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen! Auch wenn Sie zum Schluss Ihrer Ausführungen, Herr Dr. Jäger, sehr freundlich gewesen sind, eine Bitte ausgesprochen haben, glaube ich, dass wir, wenn wir uns morgen noch im Spiegel anschauen wollen, Ihrer Bitte leider nicht entsprechen können.

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS – Zurufe von Martin Brick, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Denn nachdem Sie wieder einmal die Zettelkästen Ihres ungeordneten Halbwissens über uns ausgeschüttet haben,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: O Gott, o Gott! – Gerd Böttger, PDS: Mann, o Mann!)

will ich nur ganz kurz reden,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Bescheidenheit ist eine Zier.)

um die Aussprache zu einem peinlichen Antrag möglichst schnell zu einem Ende zu bringen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ist Ihnen das nicht peinlich, Herr Körner?)

Ihr Antrag – Ausdruck, Inhalt, Struktur – dürfte mit aller Wahrscheinlichkeit nach die Anforderungen an die Prüfung einer Hauptschule nicht erfüllen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Körner, was sind Sie heute wieder bescheiden!)

Deshalb will ich mich an diesem Punkt auch nicht länger bei Ihrem Antrag aufhalten, wohl aber einige Gedanken zum Thema sagen.

(Harry Glawe, CDU: Hat Ihnen der Minister die Rede geschrieben? – Dr. Ulrich Born, CDU: Nicht so tiefstapeln! – Sylvia Bretschneider, SPD: Unsere Abgeordneten haben so etwas nicht nötig.)

Aus meiner Sicht wandelt sich unsere Gesellschaft und das heißt natürlich auch, alles was in dieser Gesellschaft ist, wandelt sich, die Kriminalität wandelt sich, Organisierte Kriminalität, bestimmte Art von Computerkriminalität.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dr. Körner erzählt immer noch so einen Unsinn.)

Und was sich auch wandelt, ist damit natürlich die Herausforderung an die Polizei. Nun ist es kein Geheimnis,

(Reinhardt Thomas, CDU: Hilfe, kann dem Mann nicht geholfen werden?! Hier wird Ihnen geholfen. Da werden Sie geholfen.)

dass die Kriminalitätsbelastung in unserem Land zwar hoch, aber rückläufig ist, dass die Verkehrsunfallbelastung in unserem Land hoch und leicht ansteigend ist, dass die Aufklärungsquote nicht da ist, wo wir sie uns gerne wünschen. Aber das, was im Antrag – nun muss man auch wieder sagen, kurioserweise oder ungereimter Weise – gefordert wird, 1.000 weitere Stellen, das hat schon vor einigen Jahren der jetzige Kollege Brick, damals Landwirtschaftsminister, nicht machen wollen, nämlich hinter jede Kuh einen Polizisten stellen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nicht hinter eine Kuh. Das haben Sie falsch verstanden. Er wollte doch nicht hinter jede Kuh einen Polizisten stellen. Das haben Sie nicht richtig verstanden.)

Es war ihm damals klar, dass das nicht ging. Er hat das damals ein bisschen drastischer ausformuliert.

(Martin Brick, CDU: Was sollen denn da die Polizisten?)

Ich will das hier nicht wiederholen.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Sie entsinnen sich an die Formulierung, ne?

Sie wollten damals nicht hinter jeden Kuharsch einen Polizisten stellen –

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Jetzt werden Sie ja schon präziser.)

wenn Sie mich nötigen, will ich das hier sagen; das war Ihre Formulierung, die ging damals durch die Presse – und das wollen wir natürlich auch nicht.

Ihre 1.000 Stellen, Herr Jäger, und Ihre falschen Zahlen, die sind einfach eine Zumutung. Deshalb werden wir auf einen falschen Weg nicht aufspringen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Deshalb wollen wir dem Weg folgen, den wir für richtig halten, nämlich nicht über eine fragwürdige Quantitäts-erörterung, sondern über Qualitätsfragen wollen wir uns diesem Thema stellen. Davon ist in Ihrem Antrag allerdings nicht viel enthalten. Deshalb warten wir gespannt auf das Eckpunkt Papier des Ministeriums.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na dann wartet mal schön! – Wolfgang Riemann, CDU:
Hoffen und Harren macht manchen zum Narren. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Welches Ministerium? –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich denke, erst dann werden wir Substanz haben. Sie haben – mir ging es auch so, Herr Jäger – den Beitrag des Abgeordneten Böttger gehört. Ich fand ihn auch gut.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Besser als Ihrer.)

Besser als Ihrer.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deshalb möchte ich die Aussprache zu diesem etwas peinlichen Antrag beenden.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist auch besser so. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist auch vernünftig, sehr gut.)

Wir wollen ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also Herr Böttger wäre der Beste. – Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wir empfehlen dem Landtag, diesen Antrag abzustimmen und abzulehnen, denn dann kommt er dahin, wo er hingehört, zum Altpapier. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Kollege.

Ich schließe damit die Aussprache.

Im Verlauf der Debatte wurde vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1214 zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Der Überwei-

sungsvorschlag ist damit mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei einer Enthaltung abgelehnt.

Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung des Antrages in der Sache. Wer diesem Antrag auf Drucksache 3/1214 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da haben sie schon wieder Angst vor der Diskussion. Das ist schade.)

Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 3/1214 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu einer Unterbrechung der Landtagssitzung. Der Ältestenrat trifft sich. Wir werden etwa in fünf Minuten die Landtagssitzung wieder fortsetzen. – Ich danke Ihnen.

Unterbrechung: 16.21 Uhr

Wiederbeginn: 16.34 Uhr

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist hiermit wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Landesregierung – Zustimmung des Landtages zur Mitstiftung des Landes zur Errichtung der Stiftung „Alfried-Krupp-Kolleg Greifswald“, Drucksache 3/1209.

**Antrag der Landesregierung:
Zustimmung des Landtages zur Mitstiftung
des Landes zur Errichtung der Stiftung
„Alfried-Krupp-Kolleg Greifswald“
– Drucksache 3/1209 –**

Das Wort zur Begründung hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Bitte sehr, Herr Professor Kaufold, Sie haben das Wort.

(Martin Brick, CDU: Es sind so wenige hier, da können Sie doch ein bisschen näher rücken.)

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, der Beitrag jetzt ist ein weniger kontroverses Thema für das Plenum.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich bitte nämlich das Haus um die Zustimmung zum Antrag der Landesregierung zur Mitstiftung für das Alfried-Krupp-Kolleg Greifswald.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es fällt uns doch immer schwer, Ihren vernünftigen Vorschlägen nicht zuzustimmen.)

Vielen Dank, Herr Dr. Born. Wenn ich das vielleicht auch als einen Zukunftsbonus nehmen darf, wäre ich sehr zufrieden.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist richtig, Herr Minister.)

Ich möchte daran erinnern, dass die Gründung der Stiftung „Alfried-Krupp-Kolleg Greifswald“ auf die Initiative der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung

zurückgeht und auf das besondere Engagement des Vorsitzenden des Kuratoriums dieser Stiftung, Herrn Professor Dr. Beitz. Die Krupp-Stiftung hat sich in Mecklenburg-Vorpommern schon vor der Wende verdient gemacht mit Zuwendungen für eine Dokumentation der Universität zur Zeitgeschichte. Die Krupp-Stiftung hat auch die Heizungsanlage für den Dom zu Greifswald gesponsert und sie hat 1992 einen Zuschuss von 10 Millionen DM für den Neubau der Klinik für Hämatologie und Onkologie der Universität bereitgestellt.

Das ist also ein sehr hohes Engagement, das seinen Gipfel jetzt erreicht mit dem Projekt für den Bau eines interdisziplinären und internationalen Wissenschafts- und Begegnungszentrums in der Innenstadt mit einem derzeit veranschlagten Finanzvolumen von 20 Millionen DM. Das ist der höchste Betrag, den eine Stiftung in unser Bundesland eingebracht hat.

Die Zielsetzung der Krupp-Stiftung für dieses Projekt ist es, in der Universität Greifswald einen architektonisch herausgehobenen, sehr schönen Gebäudekomplex zu schaffen, der auch die Alte Apotheke in Greifswald einbezieht, und zwar insbesondere für die Geisteswissenschaften. Es sollen geisteswissenschaftliche Projekte verfolgt werden, die dem Profil der Universität in besonderer Weise entsprechen, also auch Projekte, die den Ostseeraum berühren. Das Haus wird offen sein für Lehre und Forschung und für die Begegnung von Wissenschaftlern unterschiedlicher Länder. Mit diesen Projekten erfährt der geistes- und kulturwissenschaftliche Schwerpunkt der Universität eine deutliche Stärkung.

Die Krupp-Stiftung hat in umfänglichen Vorverhandlungen darauf Wert gelegt, dass die Bewirtschaftung dieses Kollegs auf der Grundlage von Kapitalerträgen aus einer Zustiftung erfolgt. Die Krupp-Stiftung bringt in dieses Alfred-Krupp-Kolleg die Grundstücke und die Bauinvestitionen im Wertumfang von zurzeit 20 Millionen DM ein. Und für den Betrieb dieses Gebäudekomplexes wurde kalkuliert, dass Kapitalerträge aus einem Kapital von 8 Millionen DM ausreichen würden. 4 Millionen DM erbringt die Universität aus dem Körperschaftsvermögen und 4 Millionen DM steuert das Land bei. Diese 4 Millionen DM werden haushaltsneutral durch Umschichtungen aus den für Bauinvestitionen vorgesehenen Mitteln des Bildungsministeriums erbracht. Das Personal des Alfred-Krupp-Kollegs Greifswald wird durch einen Kooperationsvertrag zwischen der Universität Greifswald und der Stiftung zur Verfügung gestellt. Das ganze Finanzvolumen, das notwendig ist, wird also nicht erfordern, dass Haushalte in irgendeiner Weise aufgestockt werden.

Mit dem Eintritt des Landes in die Stiftung beschreitet unser Bundesland erstmals den Weg einer alternativen Finanzierung von Hochschulaufgaben. In diesem Projekt vereinigt sich der Wille der Stifter, die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsvoraussetzungen für die Universität in einem bestimmten Segment ganz entscheidend zu verbessern. Gleichzeitig wird damit auch für das Stadtbild der Hansestadt Greifswald ein Beitrag geleistet, weil nämlich eine immer noch offene Baulücke geschlossen und durch Einbeziehung der Alten Apotheke auch das älteste Haus der Hansestadt wieder in einen guten Zustand versetzt wird, so dass also auch die Stadt selbst einen Gewinn aus dieser Stiftung hat.

Ich bitte Sie sehr herzlich, diesem Antrag der Landesregierung zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort zur Aussprache, die mit einer Länge von 30 Minuten vereinbart wurde, hat der Abgeordnete Herr Dr. König von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Arthur König, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, dass der Bundesverband Deutscher Stiftungen mit seiner Wanderausstellung „Stiftungen bauen Brücken – Beiträge deutscher Stiftungen zum Einigungsprozess“ in Mecklenburg-Vorpommern, speziell in Schwerin Station gemacht hat und in Greifswald noch bis zum 2. Mai Station machen wird. Diese Ausstellung präsentiert einen eindrucksvollen Querschnitt des Engagements der Stiftungen in unserem Bundesland und steht, wie gesagt, unter dem Motto „Stiftungen bauen Brücken“.

Und genau das tun die Stiftungen auch. Stiftungen bauen Brücken zum einen zwischen dennehmern und den Gebern. Sie fördern bei dennehmern – und das sind in diesem Fall das Land, die Universität und die Hansestadt Greifswald – Kreativität, partnerschaftliches Zusammenwirken und Engagement, um an das Geld der Geber, nämlich der Stifter, heranzukommen. Auf Seiten der Stifter mögen verschiedene Gründe ausschlaggebend sein, warum gerade diese ihr Geld für gesellschaftliche Anliegen zur Verfügung stellen und damit auch eine Vorbildfunktion erfüllen. Letztlich möge es Stiftern gelingen, mit ihrem Engagement möglichst zahlreiche Nachahmer zum Stiften anzustiften.

Stiftungen haben auch – und das möchte ich ebenfalls erwähnen – nachhaltig in den letzten zehn Jahren Brücken zwischen West und Ost geschlagen und schlagen weitere zu unseren Nachbarländern in Europa. Die großen westdeutschen Stiftungen haben nach der Wende ihre Förderungsschwerpunkte in die neuen Bundesländer verlegt. Ein besonderes Beispiel für schnelle Hilfe ist hierbei die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, die bereits 1989 ein Soforthilfeprogramm für Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg einrichtete. Die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, vertreten durch ihren Kuratoriumsvorsitzenden Herrn Professor Beitz, ist so ein Brückenkopf, ein stabiler Brückenpfeiler in der Stiftungslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Geprägt durch persönliche Beziehungen und Kontakte zur Hansestadt – Beitz ging in Greifswald zur Schule und wurde in Zemmin bei Demmin geboren – partizipieren beide, die Stadt und die Universität, in besonderer Weise vom Engagement der Krupp-Stiftung.

Insgesamt hat die Stiftung mit etwa 35,5 Millionen DM 61 Greifswalder Vorhaben unterstützt. Dabei konzentriert sich das Wirken der Krupp-Stiftung besonders auf die Ernst-Moritz-Arndt-Universität und neuerdings auf das Zentrum für interdisziplinäre Forschung, das hier genannte Alfred-Krupp-Kolleg Greifswald.

Das von der Krupp-Stiftung mit einer Fördersumme von etwa 20 Millionen DM ausgestattete Projekt ist das größte Projekt, das die Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern und damit auch in Greifswald betreibt. Das Kolleg, und darauf wies der Minister schon hin, ist für die historische Altstadt in Greifswald von Wichtigkeit. Es soll Forschergruppen und Arbeitsgemeinschaften für Workshops und andere Veranstaltungen ein Forum bieten. Es soll ein Forum der wissenschaftlichen Aktivitäten im Ostseeraum

bieten und nicht zuletzt soll es über die wissenschaftlichen Aktivitäten auch zum kulturellen Engagement in Greifswald beitragen.

So weit, meine Damen und Herren, einiges zu den Zielen des Alfried-Krupp-Kollegs in Greifswald.

Was die Finanzierung anbelangt, so wurde es auch schon gesagt, steuert die Krupp-Stiftung in Essen 20 Millionen DM zum Alfried-Krupp-Kolleg bei, die Uni und das Land jeweils 4 Millionen DM. Und hier liegt der einzige Wermutstropfen, nämlich im Finanzierungskonzept, denn das Land fällt ja weitestgehend als Nettozahler aus. Wie es im Antrag heißt, refinanziert das Land ja seinen Anteil durch „Umschichtungen innerhalb der Finanzansätze des Ministeriums (Investitionen und Baumaßnahmen)“. Ich gehe einmal davon aus, dass das Greifswalder Baumaßnahmen sein werden. Das ist wohl der Kompromiss, den alle Seiten eingehen mussten, um das Alfried-Krupp-Kolleg auf einen erfolgreichen Weg zu bringen. Insofern ist dies – wenn auch nicht gerade freudig, so doch zumindest hinnehmend – zu akzeptieren.

Nebenbei bemerkt: Die Grundsteinlegung für das Alfried-Krupp-Kolleg in Greifswald wird am 20. Juni 2000 stattfinden und ich hoffe, dass bis dahin auch die Stiftung gegründet sein wird.

Meine Damen und Herren! Wenn die Stiftung gegründet wird, dann wird sich die Zahl der in Mecklenburg-Vorpommern tätigen Stiftungen von derzeit 86 auf 87 erhöhen und die Stiftungslandschaft in unserem Bundesland wäre um ein wesentliches Glanzlicht reicher.

Stiftungen stehen im Allgemeinen für verantwortungsbewussten Umgang mit Vermögenswerten zum Wohle des Gemeinwesens. Ein Gemeinwesen braucht daher Stifter und braucht Stiftungen. Ein funktionierendes Gemeinwesen hat sie und weiß ihre Zahl zu mehren. Die Diskussion anlässlich des Parlamentarischen Abends am 14. März hier in diesem Hause zeigte, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern noch einiges in dieser Richtung getan werden kann und muss. Und auch bundespolitisch ist die rechtliche und steuerliche Situation von Stiftungen zurzeit ein parlamentarisches Thema.

Wie gesagt, auch Mecklenburg-Vorpommern sollte alles tun, um das Engagement von Stiftern zu unterstützen und die Gründung von Stiftungen in unserem Land zu befördern. Insofern, denke ich, sollte der Landtag heute die Gründung der Stiftung „Alfried-Krupp-Kolleg Greifswald“ beschließen,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das kann er doch gar nicht.)

denn unser Bundesland kann durchaus noch viele solche attraktiven Schwergewichte in der Stiftungslandschaft gebrauchen.

An dieser Stelle möchte ich einen Satz aus der Pressemitteilung des Ministers vom 29. März zitieren. Dort sagte er: „Ich freue mich, dass es mit der Zustimmung der Landesregierung zu diesem Projekt nunmehr gelungen ist, den Willen des Hauptstifters, der Krupp-Stiftung in Essen, zur Schaffung eines solchen interdisziplinären und international arbeitenden Kollegs an der Universität Greifswald zu unterstützen.“ Herr Minister, ich freue mich auch und das, denke ich, kann ich auch im Namen der CDU-Fraktion sagen. Die Freude, Herr Minister, wäre ungetrübt und noch viel größer, ließen sich alle Dinge im Spannungsfeld

Ihres Hauses mit der Universität Greifswald unkompliziert und zur Zufriedenheit aller Beteiligten lösen.

Meine Damen und Herren! Zum Schluss möchte ich noch der Alfried Krupp von Bohnen und Halbach-Stiftung und hier insbesondere ihrem Vorsitzenden, dem Kuratoriumschef, dem Ehrensensator und Ehrendoktor der Universität und auch Ehrenbürger der Hansestadt Greifswald, Herrn Professor Beitz, für sein stetes und bedeutendes Engagement für den Wissenschaftsstandort Greifswald danken.

Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, dem vorliegenden Antrag auf Drucksache 3/1209 Ihre Zustimmung zu geben, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. König.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der PDS-Fraktion.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben ja den relativ seltenen Fall einer großen Übereinstimmung. Auch die PDS-Fraktion begrüßt die Bildung des Alfried-Krupp-Kollegs Greifswald aus der tiefsten Überzeugung heraus, dass das für die Entwicklung der Wissenschaftsstadt Greifswald von erheblicher Bedeutung ist.

Ich will versuchen, nichts zu wiederholen von dem, was hier schon gesagt worden ist. Ich will nur den Satz anfügen, dass auch aus meiner Sicht das schon sehr lange währende persönliche Engagement von Herrn Professor Beitz für die Universität Greifswald, die ja schon eine längere Tradition als zehn Jahre hat, zu würdigen ist und dass hiermit ein neuer Punkt erreicht wird, der der Universität und der Stadt und der ganzen Region nur gut tun kann.

Trotzdem, Herr Kollege König, muss ich Ihnen an einem Punkt widersprechen. Wir können entsprechend der Landeshaushaltsordnung heute hier nicht beschließen.

(Dr. Arthur König, CDU: Ja, überweisen.)

Wir müssen den Antrag überweisen – federführend in den Bildungsausschuss und mitberatend in den Finanzausschuss. Da Finanzrelevanz vorliegt, müssen wir das.

Und dann will ich doch darauf hinweisen, dass es in diesem Zusammenhang möglicherweise oder mit Sicherheit ein paar Fragen gibt, mit denen wir uns beschäftigen sollten – nicht um das Projekt in Frage zu stellen, sondern einfach um Klarheit zu gewinnen. Der Minister hat darauf hingewiesen, und das steht auch in der Begründung des Antrages durch die Regierung, dass der Schwerpunkt dieses Kollegs bei den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften liegen soll, was ich sehr begrüße,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

aber in dem Stiftungszweck ist das so nicht ausgewiesen. Darüber sollten wir noch mal reden, wie hier die Zusammenhänge sind.

Zum Zweiten sollten wir uns im Finanz- und im Bildungsausschuss schon genauer angucken, wo denn die 4 Millionen DM tatsächlich herkommen, die das Land hier zur Verfügung stellt.

Drittens habe ich eine Frage zu den bereitzustellenden Stellen durch die Universität. In dem Antrag der Regierung

steht, diese Stellen sind bereits im Stellenplan der Universität vorhanden. Auch dazu, denke ich, sollten wir noch mal reden, wie sich das im Einzelnen verhält.

Dann habe ich noch eine Frage, die mit dem Text der Begründung zu tun hat. Ich lese mal aus dem Antrag der Regierung vor: „Die Alfred-Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung hat in bester Innenstadtlage der Hansestadt Greifswald ... in der Entfernung eines Steinwurfs vom Hauptgebäude der Universität, vom Dom und vom Rathaus, ...“ – hier beende ich das Zitat. Die erste Frage ist, ich glaube, selbst Jürgen Schult wird es nicht schaffen, vom Standort dieses Kollegs bis zum Hauptgebäude zu werfen.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Und die zweite Frage ist: Warum eigentlich soll dieses Kolleg Steine werfen auf die wichtigsten Gebäude der Stadt?

Wir bitten um Überweisung des Antrages in die genannten Ausschüsse.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heinz Müller, SPD – Peter Ritter, PDS:
Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Reißmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einem Jahrzehnt Deutscher Einheit ist der Verlauf der einstmals scharf umrissenen Grenze kaum noch zu erkennen, kaum noch zu sehen. Die Deutschen sind damit beschäftigt, sich in der Gestaltung der Zukunft in Richtung Europa zu bewegen. Andere suchen nach ihren Wurzeln in unserem Bundesland, finden sie und werden wirksam für die Entwicklung unseres Landes. Ich bedanke mich wie meine Vorredner bei Herrn Professor Beitz für dieses Engagement.

„Stiftungen bauen Brücken“ – Thema der Ausstellung, die hier im Hause zu sehen war. Inhalt ist das Wirken von Stiftungen über mehr als ein Jahrtausend und speziell des Verbandes Deutscher Stiftungen seit 1948.

Wenn diese Verbindungen, diese Wurzeln zu Visionen führen, die man vermitteln möchte, mit denen man wirken möchte in seinem Land, aus dem die Wurzeln stammen, in dem man sie wiedergefunden hat, und das in einer Weise dann für uns wirksam und zu erfahren sein wird in Richtung Europa, in Richtung Ostseeregion, in Richtung Förderung der Geisteswissenschaften, an einem Standort mit Tradition, das vermittelt, dass dieser Standort auch einer mit Zukunft bei dem Geber ist.

Aus diesem Grunde gibt es eigentlich nur noch die Formalie, dass wir den Antrag überweisen und im Bildungsausschuss und Finanzausschuss noch einmal beraten müssen. Wir stimmen diesem Antrag in den Ausschüssen nach der entsprechenden Diskussion wahrscheinlich zu. Heute bleibt mir nur, Ihnen die Überweisung ans Herz zu legen. Ich gehe davon aus, dass das einstimmig der Fall sein wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Reißmann.

Ich schließe damit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/1209 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Fachkräftemangel in IT- und Ingenieurberufen, Drucksache 3/1224.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Fachkräftemangel in IT- und Ingenieurberufen – Drucksache 3/1224 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Beyer von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Heidemarie Beyer, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Gesamtzahl der Ingenieurstudenten ist zwischen 1993 und 1999 um rund 23 Prozent zurückgegangen. Bei den Studienanfängern in diesem Bereich ist der Eindruck noch gravierender. Zwischen den Studienjahren 1994 und 1999 beträgt der Rückgang rund 28 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung ist im Bereich Mathematik/Naturwissenschaften zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Studierenden ging hier zwischen 1993 und 1999 um 27.000 zurück.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Besonders gravierend ist der Mangel im Bereich der Informatiker, auch wenn die Zahl der Studienanfänger in dieser Disziplin in den letzten Jahren stetig gestiegen ist. Besonders eindrucksvoll ist der Anstieg der Studienanfänger von 15.070 im Jahr 1996 auf 22.181 im Jahr 1998. Dennoch entspricht dieser Anstieg bei weitem nicht dem Bedarf der Industrie. Die Zahl der Absolventen betrug 1998 6.617 gegenüber einem aktuellen Bedarf von 75.000.

Weniger als 20 Prozent der Ingenieurstudenten sind weiblich.

Die Beteiligung in Mecklenburg-Vorpommern bei „Jugend forscht – Jugend experimentiert“ weist eine erschreckende Bilanz auf. Haben sich 1997 noch 100 Jugendliche an dem Wettbewerb beteiligt, waren es 1999 nur noch 63. Im Bereich Technik ging in dem Wettbewerb die Zahl von zehn Arbeiten auf eine einzige im vergangenen Jahr zurück.

Meine Damen und Herren! Mir scheint, die zugegebenermaßen spektakuläre Greencard-Initiative unseres Bundeskanzlers hat inzwischen auch den Letzten wachgerüttelt. Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass dringender Handlungsbedarf besteht, Fachpersonal auszubilden und zu qualifizieren. Und es wird gehandelt. Das belegen zahlreiche Initiativen von Wirtschaft und Politik, wie Projekte der Bundesregierung „Jedem Schüler ein Laptop“ oder „Per Mausklick in die Zukunft“ sowie die „Initiative D 21“ oder das Projekt „Neue Medien in der Bildung“ oder die Ingenieurinnenkampagne von Bildungsministerin Bulmahn.

Auch im Land tragen zahlreiche Aktivitäten dem Rechnung, wie zum Beispiel die Multimediakonzeption, die Lehrstellenoffensive 2000, deren Programme besonders auf die Förderung von Multimedia, von neuen Berufen, aber auch Medien-, Automobil- und Verfahrenstechnik und die Förderung von Mädchen ausgerichtet sind. Die Berufsausbildung mit Abitur für landwirtschaftliche Berufe ist ebenso zu begrüßen wie der Modellversuch an der Fachhochschule in Stralsund, der das Ingenieurstudium mit einer stärkeren Praxisorientierung ermöglicht. Nicht zu vergessen die Informatikkampagne der Landesregierung, die eine Bekämpfung des eklatanten Nachholbedarfs bei kleinen und mittleren Unternehmen in Bereichen wie elektronischer Handel, in der Internetpräsentation und Computervernetzung zum Ziel hat.

Internet und Computer müssen an jeder Schule ebenso selbstverständlich sein wie Mathe, Deutsch, Fremdsprachen und Naturwissenschaften, Musik, Zeichnen und Sport. Dazu gehören aber auch Lehrer, die bereit sind, ihr Wissen von gestern zu aktualisieren, um in der Lage zu sein, die Schüler auf die Anforderungen von morgen vorzubereiten, zu interessieren und zu begeistern.

Um den ansteigenden Kräftebedarf zu decken – europaweit fehlen bis zum Jahr 2002 1,6 Millionen Fachkräfte –, sollen auch ausländische Spezialisten zu uns kommen, so selbstverständlich wie auch junge Fachkräfte aus Deutschland im Ausland berufliche Erfahrungen machen und einbringen. Und genau das ist der Punkt, der Zündstoff gibt für populistische Angst- und Neidkampagnen. Deutschland hatte bis 1933 einen weltweiten Ruf als Mekka der hervorragenden Talente aus Wissenschaft, Medizin und Kunst. Offenheit und Toleranz und gegenseitige Bereicherung waren selbstverständlich, bis das Klima durch die nationalistische Politik der Nazis vergiftet wurde.

Heute fahren unsere Minister durch die ganze Welt und werben gezielt für den Wirtschaftsstandort Deutschland beziehungsweise Mecklenburg-Vorpommern. Sie aber, meine Damen und Herren von der CDU, wollen – so, wie es scheint – zwar die Investitionen, das Kapital, das Know-how, aber nicht die Menschen. Und das geht nicht.

Sind wir doch ehrlich und sagen, dass kein ausländischer Spezialist Arbeitsplätze wegnimmt, sondern im Durchschnitt vier bis fünf Arbeitsplätze schafft! Wenn für jeden ausländischen Spezialisten, der in unser Land kommen soll, nur ein zusätzlicher Ausbildungsplatz geschaffen wird, dann ist die Diskussion um die Inder ein Gewinn für unsere Kinder. Sind wir doch furchtlos und behandeln hochqualifizierte Migranten nicht wie Sozialfälle, sondern lassen sie während ihres Aufenthalts in Deutschland ihr Wissen und Können zum persönlichen und gesellschaftlichen Nutzen einbringen! So können Vorbehalte gegenüber den Einwanderern in der Bevölkerung abgebaut werden, wie eine Studie des Forschungsinstituts für die Zukunft der Arbeit belegt. Sind wir doch mutig und sagen, dass wir in Deutschland wieder ein Mekka für die Besten der Welt sein wollen! Leben wir Offenheit, Toleranz und Mitmenschlichkeit so selbstverständlich wie Fußballvereine und Künstlergruppen! Jede Krise bringt nicht nur Gefahren, sondern auch neue Chancen. Nutzen wir sie für eine positive Entwicklung unseres Landes! Ich bitte Sie um die Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Beyer.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg von der Fraktion der CDU.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es heißt, der Sünder kehrt regelmäßig an den Ort seiner unrühmlichen Taten zurück.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Und deshalb kann es nicht überraschen,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Kommen Sie deswegen immer wieder nach Schwerin, oder was? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

dass sich gerade Bundeskanzler Schröder zum ersten Mal auf der CeBit in Hannover zur so genannten Green-card äußerte.

Und, Frau Beyer, es gibt Gründe, warum es in Deutschland weniger Informatikstudenten gibt. Es gibt aber auch Gründe, warum es in CDU-geführten Bundesländern wie Baden-Württemberg heute 4.600 Informatikstudenten gibt, 1997 dagegen nur 2.200. In Niedersachsen haben wir eine völlig gegenläufige Entwicklung und der Grund ist darin zu suchen, dass die Schröder-Regierung in Hildesheim 1996 die Studiengänge Informatik und Wirtschaftsmathematik auflöste. Das ist die Realität. Zitat aus der Begründung der damaligen Landesregierung in Hannover: „Um es deutlich zu sagen, wir können uns in Niedersachsen nicht länger leisten, ein Überangebot an Informatikstudiengängen vorzuhalten.“ Im Übrigen habe die vorherige CDU-Landesregierung „leider zu viele Informatikstudienplätze geschaffen“.

(Harry Glawe, CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, Zitatende. Und der gleiche Bundeskanzler Schröder

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

stellt sich vor wenigen Wochen auf der CeBit hin und fordert – ja, wie viel fordert er? –, 75.000, 45.000 fehlende Informatikfachleute aus dem Ausland zu holen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg hat das anders gelöst und hat seine Ausbildungsplätze in den letzten drei Jahren verdreifacht.

(Zuruf von Minister Dr. Rolf Eggert)

Wie glaubwürdig, Herr Eggert, ist eigentlich Politik auch in Mecklenburg-Vorpommern? Das Kultusministerium ist seit 1994 SPD-geführt. Und was wurde 1997 mit dem Informatikstudiengang in Wismar, in Ihrer Heimatstadt, gemacht? Darüber können wir auch noch mal extra debattieren! Das heißt: Wer hat denn hier die Entwicklung verschlafen?

Und der gleiche Schröder, der geht auf die CeBit, faselt von fehlenden IT-Fachleuten und weiß gar nicht, was IT-Fachleute sind.

(Angelika Gramkow, PDS: Na, na, na!)

Übrigens, in seinem Redemanuskript, Frau Beyer,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber wir sind doch hier in
Mecklenburg-Vorpommern, oder was? –
Heike Lorenz, PDS: Das ist doch egal.)

stand überhaupt nicht drin, dass Informatikfachleute fehlen. Offenbar hat es ihm einer der Herren der Computerindustrie ins Ohr geblasen auf seinem Weg vom Auto zum Mikrophon. Übrigens, die gleichen „Computer-Hightech-Fachleute“, die 1993 – auch das Zitat habe ich dabei – gesagt haben, der Boom in der Computerbranche ist vorbei.

(Heidemarie Beyer, SPD: Eben,
das kommt von der Industrie.)

Das ist Realität. Und deswegen soll die Industrie als Erstes mal ihren Bedarf definieren.

Und wenn Sie in Ihrer Pressemitteilung erklären, dass die Telekom-Tochter Tele-Nova in Güstrow 140 Stellen hat und nur 40 besetzen kann, dann ist die Frage: Was sind das eigentlich für Stellen? Ist das ein Call-Center?

(Heidemarie Beyer, SPD: Nee, nee, das
sind hochqualifizierte Arbeitsplätze.)

Und wenn wir so weit gehen, dann komme ich nämlich auf den Punkt, was den Bedarf betrifft: Was sind denn eigentlich IT-Fachleute? Gehört der e-Commerce dazu, gehört das Call-Center dazu? Oder sind es wirklich Systemprogrammierer, Systemanalytiker und Anwendungsprogrammierer? Das definiert im Augenblick doch gar keiner.

(Heidemarie Beyer, SPD: Die sind aber definiert.)

Und Sie, muss ich sagen, mit Ihrem Antrag wollen ja die Landesregierung erst mal zum Jagen tragen. Übrigens, besonders interessant war ja, dass weder Politik noch Arbeitsverwaltung in diesem Land wissen, wo der Bedarf ist und wie der Bedarf definiert ist.

(Heidemarie Beyer, SPD: Aber die Unternehmen
kennen den Bedarf. Und wenn Sie da fragen,
kriegen Sie das ständig gesagt.)

Ich gehe darauf nachher noch ein.

Und deswegen ist es unredlich, dem ehemaligen Bundesbildungsminister Rüttgers dafür die Schuld in die Schuhe zu schieben.

(Heidemarie Beyer, SPD: Das hat
er sich aber selber zuzuschreiben.)

Herr Rüttgers hat in seiner Amtszeit zwei Aktionen gestartet: erstens die Aktion „Schulen ans Netz“ und zweitens hat er dafür gesorgt, dass 36 neue Ausbildungsberufe im IT-Bereich geschaffen worden sind.

(Heidemarie Beyer, SPD: Und die
Bauzeichner werden noch am Zeichenbrett
ausgebildet und nicht am IT-Programm. –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer weiß, wie schwierig es ist, in diesem Bereich mit Kammern umzugehen, mit Wirtschaftsverbänden, der kann diese Tatsache nicht hoch genug einschätzen.

Übrigens, meine Damen und Herren, gerade SPD und Grüne haben sich doch Technikfeindlichkeit zumindest in

der Vergangenheit in hohem Maße in ihre Papiere geschrieben. Die Grünen haben 1998 in ihrem Programm noch die Gentechnik abgelehnt. Und jetzt wollen wir in Deutschland über Biomedizin, über Gentechnik im IT-Bereich reden? Eine Partei, die in Berlin mitregiert, hat in ihrer Programmatik die Ablehnung der Gentechnik. Wie glaubwürdig sind wir denn überhaupt?

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Technikangst, Innovationsangst, das ist doch wahrlich kein Kind der Union. Gucken Sie sich doch selber an, was Sie in diesem Land mit dem Transrapid gemacht haben!

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der
SPD und PDS – Beifall Dr. Ulrich Born, CDU –
Annegrit Koburger, PDS: Oh, das ist ja nicht zu
fassen! – Zurufe von einzelnen Abgeordneten
der CDU und Angelika Gramkow, PDS –
Glocke der Vizepräsidentin)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, interessant ist auch die Kontinuität und Nachhaltigkeit der Bundesregierung. Mir scheint, eine Frist von vier Wochen ist schon interessant, in der sich die Meinung dieser Bundesregierung nicht nur um 180 Grad, sondern um dreimal 180 Grad gedreht hat. So antwortete der Parlamentarische Staatssekretär ...

(Minister Dr. Rolf Eggert: Das geht ja nicht.)

Doch, Sie haben sich dreimal gedreht, dreimal um 180 Grad, Herr Eggert.

(Reinhard Dankert, SPD: Das sind
wieder 180 Grad. – Heiterkeit bei
Dr. Margret Seemann, SPD, und
Annegrit Koburger, PDS)

Herr Andres, der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, antwortete am 28. Januar diesen Jahres auf eine parlamentarische Anfrage: „Gegenwärtig ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, dass die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen an ausländische EDV-Spezialisten erleichtert werden soll. Wie in den anderen Branchen muss auch im Bereich der Datenverarbeitung das Problem der ausreichenden Gewinnung von Fachkräften durch Maßnahmen am inländischen Markt gelöst werden. Die Zulassung von Arbeitnehmern aus dem Ausland würde die Ursachen des Mangels nicht beheben, sondern allenfalls kurzfristig verdecken.“ Weiter: „Bei immer noch knapp 4 Millionen Arbeitslosen (darunter auch rund 31.000 arbeitslose EDV-Fachleute Ende Dezember 1999) dürfen die gerade im Bereich der Informationstechnologie bestehenden und wachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeitssuchenden beschäftigungspolitisch nicht vertan werden.“

(Reinhard Dankert, SPD: Was hat das
damit zu tun? – Siegfried Friese, SPD:
Das hat die CDU jetzt übernommen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Mann ist Parlamentarischer Staatssekretär bei Herrn Riester und spricht für die Bundesregierung. Und vier Wochen später stellt sich der Bundeskanzler dieser Bundesregierung hin und erzählt, wir haben 75.000 fehlende IT-Fachleute in der Bundesrepublik Deutschland und er will sie aus dem Ausland decken. Das ist die Realität.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Siegfried Friese, SPD: Die CDU steht immer noch bei Riester.)

Also wissen Sie, Herr Riester ist nicht ein Bundesminister, der der CDU angehört.

(Harry Glawe, CDU: Die kennen ihre eigenen Leute nicht.)

Das ist ein Bundesminister Ihrer Partei. Und ich will Ihnen eines sagen, Herr Friese: Wer so Politik macht, innerhalb von Wochenfristen völlig die Politik umkehrt, der macht weder nachhaltige noch glaubwürdige Politik, der verkohlt und veräppelt ganz einfach die Menschen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wie ist es denn mit dem Bedarf an Experten? Was ist denn ein IT-Beruf?

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Natürlich liegen die Wurzeln der IT-Branche selbstverständlich im Bereich der Hardwareproduktion. Softwareaktivitäten gehören natürlich auch dazu. Und in den letzten Jahren kam die Telekommunikation bis hin zu Multimedia dazu. Inzwischen werden auch Verlags- und Druckhäuser zur Informationswirtschaft gezählt. Wird ein unstrittig von der IT-Branche lebender Wirtschaftszweig wie e-Commerce zugerechnet, werden, so das Arbeitsamt, selbst Banken, Versicherungen und Handel zur IT-Branche mutieren müssen.

Ist deshalb schon die Abgrenzung der Branchen schwierig, wird es bei den Berufen nun restlos unübersichtlich. Sicherlich fallen uns sofort Informatiker, Datenverarbeitungsfachleute oder Systemtechniker ein. Aber wie schwierig ist es dann eigentlich mit der Begrifflichkeit von einem IT-Fachmann? Vor wenigen Wochen hat der amerikanische Präsident Clinton anlässlich der Angriffe auf wichtige Websites Fachleute zu Rate gezogen. Da saß am Tisch ein Mann, dessen Beruf ich nicht kenne, der allerdings als bester Fachmann vorgestellt wurde, weil er seit Jahren als aktiver Hacker berühmt und berüchtigt ist.

Kurz und gut: Die wenigsten wissen offenbar derzeit, wovon geredet wird. Kein Wunder, dass da unsere Landesregierung, die doch die Initiative des Bundeskanzlers umgehend begrüßt hat, hier keine Ausnahme macht. Meine Damen und Herren, dieses geht aus zwei Anfragen vom Kollegen Monty Schädel und auch von mir hervor. So erklärte die Landesregierung auf die Frage, wie viele Spezialisten Mecklenburg-Vorpommern aufnehmen könnte: „Der Bedarf selbst kann zur Zeit nicht quantifiziert werden, da es dazu keine umfassenden Erhebungen gibt.“ Und eine Woche vorher antwortete die Landesregierung auf meine Frage, wie viele Fachleute Mecklenburg-Vorpommern benötigt: „Aus den Antworten zu den Fragen 2 und 4 ergibt sich, dass die zur Zeit bekannte Arbeitskräftenachfrage im Informations- und Kommunikationsbereich (IuK) mit dem vorhandenen arbeitslosen Arbeitskräftepotential abgedeckt werden könnte.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie eigentlich, wovon Sie reden in diesem Land? Sorgen Sie doch endlich zumindest dafür, dass die Schnittstelle zwischen Industrie, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung klappt, dass die Arbeitsverwaltung endlich konkrete Zahlen hat! Oder, Frau Beyer,

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

sind die vier Stellen, die das DVZ des Landes ausgeschrieben hat, auch bei der Arbeitsverwaltung gemeldet gewesen? Ich bezweifle das, denn die Arbeitsverwaltung kommt nur auf 65 Stellen. Sind die 20 Stellen bei der Arbeitsverwaltung gemeldet gewesen, die mir ein privater Bildungsträger auf dem Unternehmertag in Rostock in die Hand drückt? Sorgen Sie doch endlich erst einmal dafür, dass wir Klarheit haben, wie groß der Bedarf ist!

(Heidemarie Beyer, SPD: Das hat Herr Riester ja inzwischen gemacht. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Definieren Sie das Berufsbild IT und klären Sie, was zum Informationstechnikbereich dazugehört!

Und, meine Damen und Herren, ...

(Reinhard Dankert, SPD: Stellen Sie sich mal vor, wir hätten den Antrag nicht gestellt! Dann hätten Sie auch gemeckert. – Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

Wissen Sie, Herr Kollege Dankert, ich finde das ja ganz toll, dass mittlerweile 80 Prozent der Anträge von SPD und PDS darauf ausgerichtet sind, dass die Landesregierung etwas tun soll. Das finde ich ja schon in Ordnung, dass Sie auch dieses Defizit erkannt haben, dass sich politische Lethargie bei dieser Landesregierung breit gemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das finde ich ja schon ganz fantastisch.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Aber ich muss Ihnen sagen, wenn ich dann Pressemitteilungen lese, wie von Frau Beyer,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Was hat er denn mit dir heute? Menschskinder!)

und zwar die vom 15. März diesen Jahres: „Wir haben inzwischen einschlägigen Bedarf an gut qualifizierten Fachkräften“, dann fordere ich Sie auf: Frau Beyer, definieren Sie den doch mal! Die Landesregierung definiert ihn zumindest nicht oder sie kann ihn nicht definieren.

Und dann gilt es doch eher andere Fragen zu stellen.

(Heidemarie Beyer, SPD: Dann gehen Sie mal ins DVZ und sprechen Sie mal mit den Leuten!)

Wenn Sie sagen, dass ausländische IT-Spezialisten durch ihre besondere Kreativität neue Produkte und dadurch Arbeit für viele schaffen, dann ist doch die Frage zu stellen, ich habe sie Ihnen schon mal gestellt, Sie haben sie auch wieder nicht beantwortet: Warum sind denn zum Beispiel indische EDV-Spezialisten so kreativ? Hat das vielleicht was damit zu tun, dass sie eine exzellente Ausbildung erhalten, dass dort viele auf Privatschulen gehen? Haben Sie sich vielleicht auch mal gefragt, in welchem Alter diese EDV-Spezialisten schon reif sind, im Kreativbereich tätig zu sein?

(Heidemarie Beyer, SPD: In dem Ton würde ich mich gern mal mit Ihnen unterhalten.)

Und haben Sie sich auch einmal gefragt, Frau Beyer, und die Frage richte ich gerade an Sie: Wie sieht es denn mit dem ethisch-moralischen Aspekt aus? Wie sieht es mit dem Aspekt aus, dass wir aus Entwicklungsländern junge Fachkräfte rauskaufen und diesen Ländern Entwicklungschancen und Entwicklungspotentiale nehmen?

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Haben Sie sich das als Sozialdemokraten schon einmal gefragt?

(Rainer Prachtl, CDU: Das ist ein ganz wichtiges Argument. – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Sie haben uns über Jahrzehnte vorgeworfen, dass wir Entwicklungsländer in der Entwicklung hemmen. Ich sage Ihnen eines:

(Heidemarie Beyer, SPD: Wir wollen ja auch, dass sie wieder zurückgehen mit ihren Erfahrungen, die sie machen, um dann Entwicklungshilfe zu machen.)

Wenn Sie sich hier herstellen und sagen, ein Ausländer schafft vier bis fünf einheimische Arbeitsplätze, dann müssen Sie sich erst einmal fragen, wer bezahlt denn Indien die Ausbildung seiner Spezialisten. Das macht doch nicht die Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Sie müssen doch den ethisch-moralischen Aspekt auch wirklich mal hinterfragen!

(Heidemarie Beyer, SPD:
Sie hören mir ja gar nicht zu.)

Wie sieht denn Ihre Entwicklungshilfepolitik ...

Ich muss Ihnen auch im Augenblick nicht zuhören,

(Heidemarie Beyer, SPD: Ja eben.)

ich bin dran. Sie haben vorher geredet

(Heidemarie Beyer, SPD: Sie hören ja nie zu.)

und da habe ich auch meinen Mund gehalten.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU –
Heidemarie Beyer, SPD: Sie wollten doch
eine Antwort. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum hat Schröder das denn alles gemacht? Doch um von den eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken. Denn gucken Sie sich an, wo die Kompetenzzentren für IT in der Bundesrepublik Deutschland liegen! Sie liegen in Sachsen, in Bayern, in Baden-Württemberg und in Hessen. Und gerade die drei erstgenannten Länder sind seit Jahrzehnten unionsgeführt.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD,
und Heike Lorenz, PDS –
Heike Lorenz, PDS: Sachsen?)

Währenddessen Sie Entwicklungen aufzeigen, ...

Seit einem Jahrzehnt ist der Freistaat Sachsen unionsgeführt.

(Annegrit Koburger, PDS: Ja, die haben die Entwicklungspotentiale aus der DDR übernommen.)

Und, Herr Eggert, ich muss Ihnen sagen, ich finde es beachtlich,

(Zuruf von Minister Dr. Rolf Eggert)

wenn ich das Ranking der Kompetenzzentren sehe, dass der Freistaat Sachsen vor vielen Zentren in der alten Bundesrepublik liegt. Und dass wir am ganz hinteren Ende rangieren, darüber kann ich nicht zufrieden sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Minister Dr. Rolf Eggert: Nein, das tun wir nicht.)

Sie müssen wohl auch akzeptieren, dass Bayern und Baden-Württemberg seit Jahren, seit Jahrzehnten in diesem Bereich etwas tun, dass sie ganz zielgerichtet Landesmittel einsetzen. Das sehe ich in Mecklenburg-Vorpommern nicht und Herr Schröder hat bewiesen, dass er es auch nicht kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Minister Dr. Rolf Eggert: Nicht richtig. –
Heidemarie Beyer, SPD: Warum brauchen
Bayern und Baden-Württemberg Spezialisten?
Herr Stoiber hat es ja auch begrüßt.)

Herr Stoiber sagt, erstens setze ich auf meine eigenen Kräfte, zweitens habe ich ...

(Heidemarie Beyer, SPD: Wir auch.)

Also das habe ich bei Ihrer Rede nun wahrlich nicht gehört.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Zweitens ist das bayerische Abitur deutschlandweit als das Abitur mit der höchsten Qualität anerkannt und drittens haben Bayern und Baden-Württemberg in den letzten Jahren immens viele Mittel in den Zukunftsbereich bei den allgemein bildenden Schulen und bei den Universitäten eingesetzt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Frau Beyer, das habe ich in Mecklenburg-Vorpommern nicht erlebt.

(Heidemarie Beyer, SPD: Aber Sie
haben die Polytechniklehrer abgeschafft.)

Und Sie tragen seit 1994 in Mecklenburg-Vorpommern Verantwortung für die Kultuspolitik und seit 1996 für die Finanzpolitik und Sie schröpfen noch eher.

(Heidemarie Beyer, SPD: Sie haben die Polytechniklehrer abgeschafft und heute bedauern Sie das.)

Glauben Sie denn, Sie können mit unserem Schulsystem werben, wenn Sie die Schulen nicht sanieren, wenn Sie sich ein gutes halbes Jahr über die Orientierungsstufe streiten?

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Und glauben Sie denn wirklich, wenn Sie den Ausbau der Universitäten ins nächste Jahrzehnt verlegen, dass wir attraktiv sind in der Bildungs- und Hochschulpolitik? Das können Sie doch wirklich selber nicht glauben!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wie sieht das denn eigentlich aus für die Adressaten an die Greencard. Sie reden von Greencards und wissen gar nicht, was eine Greencard ist. Wissen Sie eigentlich, dass die amerikanische Greencard die unbegrenzte Aufenthaltsdauer in den Vereinigten Staaten von Amerika einschließt?

(Siegfried Friese, SPD: Das haben wir
alle nicht gewusst, Herr Rehberg.)

Wissen Sie eigentlich, dass Voraussetzung für diese Greencard eine Einwanderungspolitik ist,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

die gänzlich anders strukturiert ist als in Deutschland? Dort wird definiert: Wen ich brauche, der darf ins Land kommen. Und wenn wir uns über – auch da lassen Sie mich einen Satz dazu sagen – Einwanderung unterhalten, dann aber bitte im Kontext. Bei 700.000, die jedes Jahr Zuzug nach Deutschland bekommen, Stichwort institutionelle Garantie für Asyl, das heißt Änderung des Artikels 16, und dann ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz, dann können wir uns auch über Greencards nach amerikanischem Vorbild unterhalten. Ansonsten sagen Sie, wir sind für eine zeitweilige Aufenthaltsgenehmigung.

(Peter Ritter, PDS: Da müssen wir aber noch heftig drüber nachdenken.)

Aber wen kriegen Sie denn, wenn Sie das auf drei bis fünf Jahre begrenzen? Kriegen Sie dann den, der am 1. Januar 2001 kommt, ein halbes Jahr Probezeit hat, dann gegebenenfalls seine Familie nachzieht, er nach einem Jahr einigermaßen Deutsch kann, seine Familie gewöhnt sich im zweiten Jahr ein und zu Weihnachten 2002 müssen sie darüber nachdenken, dass sie vielleicht nächstes oder übernächstes Jahr wieder nach Hause müssen? Was glauben Sie denn, welche Spezialisten Sie dafür reinholen können? Ich will Ihnen eines sagen: Dieser Ansatz wird dazu führen, dass Sie zumindest nicht die Elite bekommen. Und wenn Sie davon reden, wir brauchen wirklich die Elite an EDV-Spezialisten, dann muss ich denen eine unbegrenzte Aufenthaltsmöglichkeit geben, aber doch keine zeitlich begrenzte.

(Siegfried Friese, SPD: Da ist die CDU dagegen.)

Sie haben mir, Herr Friese, offenbar nicht zugehört.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Sie haben mir wirklich nicht zugehört.

(Siegfried Friese, SPD:

Ich habe Ihnen ganz genau zugehört. –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist wirklich sehr schwierig. Das ist wirklich sehr schwer.)

Noch mal für Sie: Änderung Artikel 16 – institutionelle Garantie.

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Nee, bitte nicht noch mal, Herr Rehberg!)

Zweitens, Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz. Aber dann definieren wir bitte Zuwanderung nach dem Bedarf der Bundesrepublik Deutschland!

(Heike Lorenz, PDS: Nach dem Bedarf?)

Nur so wird ein Schuh aus dieser ganzen Kiste und nicht, wie Sie es machen. Nur weil Herrn Schröder gerade etwas ins Ohr geblasen wird, sagt er Greencard, 75.000 müssen rein. Und dann erzählen Sie noch, dass ein Spezialist vier bis fünf Arbeitsplätze nach sich zieht.

(Peter Ritter, PDS: Von Greencard steht in diesem Antrag doch gar nichts drin.)

Ich will Ihnen eines sagen: Wir haben doch kein interessantes und herausforderndes Angebot für die Spitzenkräfte in der Informationstechnik der ganzen Welt. Das, was hier auf dem Tisch liegt, können Sie übrigens mit den jetzigen rechtlichen Regelungen und Verordnungen in gleicher Art und Weise machen. Dazu brauchen Sie überhaupt keine neue Verordnung.

(Reinhard Dankert, SPD: Das sagen Sie jetzt. –
Heidmarie Beyer, SPD: Da fragen Sie mal!)

Wir brauchen doch nicht, Entschuldigung, wenn wir wirklich die Elite brauchen, durchschnittlich begabte Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss. Und, Frau Beyer, wenn Sie sagen, ...

(Heidmarie Beyer, SPD: Bei uns dürfen noch nicht mal die Studenten hier bleiben, die hier studieren, die ausländischen.)

Frau Beyer, dann müssen wir natürlich dafür sorgen, dass die Studenten, wenn Sie fertig sind, die gleichen Einkommen erhalten wie in München oder in Stuttgart.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ach?!)

Das müssen wir dann tun. Und dann gehen Sie bitte mal in den IT-Bereich und fragen, wie hoch dort die Einstiegsgehälter im Augenblick sind! Bedarf und Nachfrage regelt da den Preis. Das ist schlichtweg so. Da brauchen Sie nicht mehr mit dem BAT zu kommen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.
Da kommt nichts von der SPD.)

Doch wissen Sie, wann wir eine Chance haben? Das will ich Ihnen genau sagen.

(Zuruf von Heidmarie Beyer, SPD)

Ich will mal aus der Schule plaudern. Weil Sie gesagt haben, Bedarf an Industrie – wissen Sie, was mich massiv ärgert, ist, dass eines der größten deutschen Elektronikunternehmen nicht in der Lage ist,

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

seinen Azubis, die die Lehre mit „sehr gut“ oder „ausgezeichnet“ abgeschlossen haben, erstens einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu geben und zweitens ihnen in diesem Konzernverbund, wenn es in einem Land, in Mecklenburg-Vorpommern nicht ausreichend Arbeitsplätze gibt, diese in München, Hamburg, Berlin oder in Düsseldorf nachzuweisen.

(Minister Dr. Rolf Eggert:
Das haben wir doch schon gemacht.)

Und die gleiche Wirtschaft stellt sich hin und sagt Herrn Schröder, wir brauchen 75.000 IT-Fachleute. Und als Zweites: Wenn denn Wirtschaft wirklich interessiert an Weiterbildung ist, dann müssen sie diesen jungen Menschen auch die Chance geben, sich über die Fachoberschule zum Techniker und so fort weiterzuqualifizieren.

Deswegen, ich komme noch mal darauf zurück: Sorgen Sie dafür, dass die Schnittstellen zwischen Industrie, Wirtschaft, Arbeitsverwaltung und Ausbildung stimmen! Und wenn die Arbeitsverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern sich hinstellt und sagt, wir haben 65 offene Stellen – und ich habe Ihnen allein 20 Stellen aufgezählt, die offenbar nicht dabei sind –,

(Heidmarie Beyer, SPD:
Ja, das sind eine ganze Reihe.)

und wir haben 550 arbeitslose EDV-Fachleute, davon 160 im hochspezialisierten Bereich, davon 60 Prozent unter 45, dann muss es doch wohl möglich sein, zumindest den Bedarf der Arbeitsverwaltung über die arbeitslosen EDV-Spezialisten zu decken. Ansonsten kann ich nur sagen, dann verwaltet Arbeitsverwaltung offenbar nur und gestaltet nicht.

Ich bin gleich am Ende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen ist die Reihenfolge, die Herr Schröder vorgegeben hat, gänzlich falsch.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja was haben wir denn mit Herrn Schröder zu tun?)

Ich weiß nicht, was Sie mit Herrn Schröder zu tun haben, Herr Schoenenburg,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, aber das interessiert mich mal. – Peter Ritter, PDS: Von Schröder steht in dem Antrag nichts drin.)

aber zufällig ist Herr Gerhard Schröder Bundeskanzler in der Bundesrepublik Deutschland,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, aber wir reden doch hier über Mecklenburg-Vorpommern und Sie reden die ganze Zeit über den Bund.)

zweitens hat er die Greencard-Geschichte ins Rollen gebracht

(Glocke der Vizepräsidentin)

und drittens ist es ja offenbar so, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Schoenenburg, lassen Sie Herrn Rehberg bitte ausreden!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Er hat schon viel zu lange geredet. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Lorenz Caffier, CDU: Aber die Redezeit haben wir eingehalten.)

Herr Schoenenburg, ich bitte hier um Sachlichkeit.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Schoenenburg, die Diktatur von Herrn Schoenenburg ist hier vorbei.

(Harry Glawe, CDU: Schoenenburg ist der Präsident.)

Also nicht Sie entscheiden, was und wie lange ich rede. Da können Sie sich echauffieren, wie Sie wollen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wie Sie wollen! Reden Sie ruhig weiter! – Siegfried Friese, SPD: Machen Sie weiter, Herr Rehberg!)

Also wissen Sie, in die alten Zeiten fallen Sie immer wieder zurück. Das merkt man immer an Ihren verbalen Ausdrücken.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das merke ich an Ihnen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erst sollten wir auf die eigenen Potentiale setzen,

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

für unsere Kinder etwas tun, für die Weiterbildung derer etwas tun, die einen Grundlagenberuf haben, und dann sollten wir darangehen, über zweifelhafte Greencards Ausländer nach Deutschland zu holen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Er hat die ganze Zeit nicht zum Thema geredet.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister Professor Eggert.

Minister Dr. Rolf Eggert: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Rehberg, ich weiß, dass Sie gleich gehen wollen. Ich will Ihnen deshalb vorweg – eigentlich wollte Herr Holter jetzt reden – gerne noch einige Antworten geben.

Als Erstes einmal, Sie haben ja selber gesagt, dass die Definition, was ist denn überhaupt ein IT-Fachmann, umstritten ist und dass man das erst einmal fixieren muss. Und da gibt es natürlich eine breite Palette, da verstehen viele Leute ganz was Unterschiedliches.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Elektronisch gesteuerte Fußbälle müssen wir einführen.)

Und wenn Sie das so sehen, dann können Sie auf der anderen Seite nicht genau das von uns verlangen, wozu man noch gar nicht in der Lage ist, nämlich überall exakte Zahlen vorzulegen, und auch nicht sagen – ich gehe mal kurz darauf ein –, dass die Arbeitsverwaltung nicht in der Lage ist, die Situation hundertprozentig wiederzugeben.

Eins steht meines Erachtens fest: Wenn wir Innovation an Produkten und Produktionsprozessen haben wollen in diesem Land, dann benötigen wir dafür dringend Fachkräfte. Und wenn diese Fachkräfte nicht vorhanden sind, kann das auch ein Wachstumshindernis sein. Also wir brauchen in unserer Wirtschaft unbedingt Fachkräfte aus verschiedenen Bereichen und wir dürfen den Technologiestandort Mecklenburg-Vorpommern nicht durch einen Mangel an Fachkräften gefährden.

Aber welche Situation haben wir denn jetzt heute hier in Mecklenburg-Vorpommern? Die Leute, die bei uns ausgebildet werden, werden schon während des Studiums abgeworben von Firmen eben gerade aus Süddeutschland, die natürlich einen erheblichen Vorsprung uns gegenüber haben

(Sylvia Bretschneider, SPD: Und da ist das in Ordnung, nicht?)

und die nicht in der Lage sind, ihren eigenen Fachkräftebedarf abzudecken, auch nicht das von Ihnen gerühmte Land Baden-Württemberg. Und selbst Bayern ist nicht mehr in der Lage, das zu tun. Das führt automatisch dazu, dass unsere besten Leute hier abgeworben werden.

Und wenn das so ist und wir das feststellen, dann ist es natürlich kurzfristig notwendig, dass diese Länder ihre Fachkräfte unter Umständen aus dem Ausland abdecken. Wir sagen ja überhaupt nicht, dass damit das Problem gelöst ist. Sie haben völlig Recht und da stimmen wir völlig überein, wir müssen natürlich auf unsere eigenen Potentiale zurückgreifen, wir müssen unsere eigenen Initiativen hier im Lande natürlich ein Stück weit vorantreiben. Und wir haben das ja auch getan und sind dabei.

Ich will Ihnen noch einmal kurz die Zahlen vortragen, weil Sie diese ja auch angezweifelt haben. Der Bereich Information, Kommunikation und Medien stellt in Deutschland 1999 1,74 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung und hinzu kommen noch einmal in gleicher Größenordnung Arbeitsplätze bei den Informationstechnikern/-anwendern. Die EU-Kommission hat in den aktuellen Mitteilungen den Fachkräftemangel in Westeuropa allein auf 500.000 geschätzt. 500.000 in ganz Westeuropa! Und für 2002 wird eine Steigerung auf 1,6 Millionen fehlende

IT-Fachkräfte erwartet, wenn nicht geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Auf dem inländischen Arbeitsmarkt fehlen circa – das kann man nicht genau sagen – 75 Informationstechnikfachkräfte, aber darüber hinaus natürlich auch Fachkräfte in den Ingenieurbereichen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: 75.000!)

Dabei handelt es sich überwiegend um Fachkräfte, die im marktnahen Bereich, also bei der Bearbeitung kundengerechter Problemlösungen eingesetzt werden sollen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: 75.000! –
Siegfried Friese, SPD: Jaja.)

Richtig, 75.000.

In Gesprächen mit Unternehmen des Landes – und ich führe einige davon – wird mir im Informatik- als auch im ingenieurtechnischen Bereich ständig über fehlende Fachkräfte berichtet. Und dies ist nicht nur in den so genannten Technologieunternehmen der Fall, sondern das trifft auf alle Bereiche der gewerblichen Wirtschaft zu, meine Damen und Herren.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Natürlich sind in der aktuellen Statistik des Arbeitsamtes Nord nur 85 offene Stellen im IT-Bereich und 280 offene Stellen im Ingenieurbereich ausgewiesen. Aber nach meiner Einschätzung entsprechen diese Zahlen nicht der Realität,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

weil viele Unternehmen ihren Bedarf den Arbeitsämtern gar nicht melden.

(Heidemarie Beyer, SPD: Genau.)

Dies liegt sicher daran, dass die Erfolgsquote bei der Vermittlung dieser Fachkräfte über die Arbeitsämter relativ gering eingeschätzt wird. Um in Mecklenburg-Vorpommern den realen Bedarf zu ermitteln, wurde in Abstimmung mit meinem Haus vom Arbeitsminister eine Studie in Auftrag gegeben. Ich denke, er geht in seinem Statement noch näher darauf ein.

Wir müssen darüber hinaus natürlich kurzfristig Schlussfolgerungen ziehen und diese haben wir ja bereits eingeleitet. Ich habe heute Morgen über das Multimedia-Ausbildungsförderprojekt hier im Lande berichtet. Wir haben uns darauf verständigt, dass mit diesem Projekt circa 400 zusätzliche Ausbildungsplätze realisiert werden.

Und ich will an dieser Stelle, weil ich es heute Morgen nicht getan habe, einmal kurz erwähnen, was das Bildungsministerium – praktisch, wenn man so will, als anderer Partner in diesem Geschäft – alleine auf den Weg gebracht hat. Schon jetzt bereiten sich 250 Fachgymnasiasten in der Fachrichtung Datenverarbeitungstechnik auf eine einschlägige Berufslaufbahn einschließlich Studium vor, erhalten 800 Schüler eine Vollzeitschulbildung in IT-Berufen, besuchen fast 700 Berufsschüler mit betrieblichen und außerbetrieblichen Auszubildungsverhältnissen in IT- und Multimediaberufen die Berufsschule. Und, meine Damen und Herren – das ist wie gesagt der Bericht des Bildungsministers –, bei der IT-Ausbildungsoffensive wird eine Berufsschulkapazität von 1.100 IT-Berufsschülern zusätzlich zur Verfügung gestellt, um natürlich hier die entsprechende Ausbildung sicherzustellen. Es gibt die höhere Berufsfachschule Medienassistentin in Waren mit 25 Ausbildungsplätzen und – ich will nicht

alles vortragen – die Sicherung der hohen Ausbildungsrate in den IT-Assistenzberufen mit der Option einer Kammerprüfung von derzeit 169 Schülern im ersten Ausbildungsjahr wird auch im Jahre 2000/2001 fortgesetzt und erhöht.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Also, meine Damen und Herren, es ist überhaupt nicht so, dass wir jetzt erst aufgefordert werden müssen, in diesem Bereich etwas zu tun. Es wird eine ganze Menge getan. Dennoch müssen wir uns darauf einrichten, dass natürlich die Kapazitäten in der Umschulung, in der Qualifizierung zielgerichtet weitergeführt werden. Deshalb schließe ich mich der Forderung der Regierungsfractionen an und bin bereit, an so einem Konzept mitzuarbeiten und es ein Stück weiter voranzubringen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Kerstin Kassner, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Minister für Arbeit und Bau Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Initiative des Bundeskanzlers hat eine breite gesellschaftliche Diskussion ausgelöst. Ich möchte an sich den Ausgangspunkt meiner Überlegungen ganz woanders beginnen, nämlich bei dem, was wir heute Vormittag schon diskutiert haben, bei einem grundsätzlichen Wandel unserer Lebens- und Arbeitswelt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Ihnen allen ist klar, dass das Informationszeitalter begonnen hat. Ob in der Landwirtschaft, in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich, überall in der Wirtschaft beginnt dieses neue Zeitalter. Auf der ganzen Welt verändern sich die Lebensverhältnisse, Millionen von Menschen suchen nach einer neuen Aufgabe. Wir stecken inmitten einer technologisch-industriellen Revolution.

Die neuen wissenschaftlichen Informationstechnologien haben in allen möglichen Bereichen unserer Gesellschaft zu einer Intensivierung und Beschleunigung geführt. Zeit haben wir alle nicht, aber Zeit wird zum alles entscheidenden Kriterium und Unternehmen mit altertümlichen hierarchischen Strukturen werden da wohl kaum mithalten können. E-Commerce erfordert heute neue Vertriebs- und Marketingstrategien. Wer diese nicht tut, wird sich von der Zukunft abkoppeln. Von dieser Revolution sind alle betroffen. Das wissen vielleicht noch nicht alle. Das betrifft den Bierbrauer genauso wie den Betonfacharbeiter, den Werftarbeiter, den Bäcker und den Bauern. Alle werden sich auf diese völlig neue Arbeitswelt einstellen müssen, so, wie es einst ihre Vorfahren bei der Einführung von Dampf und Elektrizität machten.

Und wie ist es denn heute? Bevor unsere Kinder und Enkelkinder lesen und schreiben lernen, werden sie den Mausclick beherrschen. Deutschland geht online, Europa geht online, die ganze Welt geht online, zu Hause und auf Arbeit. Denken wir nur an den klassischen Arbeitsplatz. Für viele wird er dort sein, wo zukünftig sein Computer gerade ist. In Rostock haben wir es gestern nachvollziehen können. Arbeitsplatz und Arbeitszeit werden in dieser neuen Welt eine andere Bedeutung bekommen. Telearbeit ist heute in Mecklenburg-Vorpommern noch etwas

für Exoten. Morgen wird sie aber die Chance sein für so manchen Arbeitslosen im ländlichen Raum.

Per Handy und Laptop im Internet zu surfen ist heute kein Problem mehr. Andererseits wird so mancher Großstädter sein Multimediadorf in Mecklenburg-Vorpommern suchen. Die großartige Lebensqualität zwischen vorpommerschem Strand und mecklenburgischer Seenplatte wird für Hochqualifizierte dann erst recht zur Geltung kommen. Die Entkopplung von der Präsenz am Arbeitsplatz und hochqualifizierter Arbeit in Technologieunternehmen ist in Mecklenburg-Vorpommern also eine sehr chancenreiche Perspektive. „Online auf dem Segelboot“ könnte der Zukunftsslogan für unser Land sein.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Oh!)

Alles befindet sich gerade in den ersten Anfängen.

Jaja, einen Slogan, dem man folgen kann, Herr Born, muss man auch auf die Welt bringen. Ich meine schon, wir sollten uns über solche Dinge verständigen. Dann kann man auch ein bisschen nach Bayern gucken, aber Lederhosen sind uns zu eng. Deswegen meine ich, wir sollten uns auf das Segelboot besinnen.

(Heidmarie Beyer, SPD: Aber nicht zuviel, sonst sieht man nicht mehr, was hier läuft. – Eckhardt Rehberg, CDU: Aber es gibt auch weite Lederhosen. – Dr. Ulrich Born, CDU: Ich hab' welche.)

Natürlich gibt es auch weite Lederhosen.

Wir müssen uns fragen, ob wir auf diese Entwicklung wirklich eingestellt sind, ob wir in den Unternehmen, in der Schule, in der Politik oder jeder einzelne von uns darauf vorbereitet ist, und da möchte ich meine Diskussion beginnen. Was passiert denn? Es passiert eine Dematerialisierung ökonomischer Prozesse und damit werden Qualifikation und Wissen zum entscheidenden Standortfaktor. Das betrifft die Schule, die Berufsausbildung, die universitäre Ausbildung sowie die berufliche Weiterbildung. Neue Unternehmen können und werden entstehen, darüber haben wir im Bündnis für Arbeit gesprochen, was im Zusammenhang mit e-Commerce beispielsweise leistbar ist. Auch diese Unternehmen werden in Mecklenburg-Vorpommern entstehen. Wer heute nicht am Ball bleibt, wer sich heute nicht ständig weiterbildet, der hat weniger Chancen am Markt generell beziehungsweise konkret am Arbeitsmarkt. Wir stehen vor Herausforderungen, weil in den letzten zehn Jahren der Anschluss an diese Entwicklung verschlafen wurde. Was ist zu tun?

Erstens. Da stimme ich Herrn Rehberg und Herrn Eggert zu. Wir müssen uns Klarheit darüber verschaffen, welche Bedarfe und Notwendigkeiten bestehen. Es muss definiert werden.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Und hier gibt es eine Vielzahl von Definitionen. Ich gehe noch darauf ein, aber Computerspezialist ist eben nicht gleich Computerspezialist. Ich nehme an, Herr Born, Sie sind mehr Anwender als Softwareentwickler,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Leider. Leider. – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

wenn Sie den Laptop vor sich haben. Da verstehen Sie sich sicherlich auch als Nutzer von Computertechnik. Aber bei den Leuten, die hier gefragt sind, geht es um IT-

Manager und Softwareentwickler. Ich glaube, dazwischen liegen Welten, das kann sicherlich jeder nachvollziehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Unterschätzen Sie mal nicht Herrn Born! – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Nein, Herr Schoenenburg, das weiß ich. Herr Born ist in der Lage, mit Excel Grafiken und Tabellen zu erstellen. Er ist da schon ein fortgeschrittener Nutzer von Computern. Aber was wir brauchen – und dazu können wir hier in Mecklenburg-Vorpommern sowie aus diesem Landtag heraus einen Beitrag leisten –, ist eine zukunftsorientierte Grundstimmung.

(Beifall Heidmarie Beyer, SPD)

Also eine Grundstimmung muss geschaffen werden, bei der wir einen Beitrag leisten können, nicht bei der Ermittlung des Streitwertes, wer für was verantwortlich ist, sondern konkret etwas im Lande zu tun.

(Reinhard Dankert, SPD: Frei nach dem Motto der CDU „Nach vorne schauen“.)

Drittens müssen wir Maßnahmen mit Zeithorizonten bestimmen.

Viertens braucht es die Festlegung von Verantwortlichkeiten.

Fünftens. Einfach, aber klar – wir müssen jetzt anfangen zu handeln, sonst ist es einfach zu spät.

Dieser Sektor, das ist meine Überzeugung, ist für unser Land wichtig. Wenn über Fachkräftemangel gesprochen wird in diesem Bereich, dann bezieht er sich wohl kaum in unserem Land auf den Bereich der IT-Forschung, sondern vielmehr geht es um den operativen marktnahen Bereich. Dies lässt einen Qualifikationsbedarf erkennen, der Informatikkompetenz mit einer entscheidenden Fähigkeit verbindet, nämlich kundengerechte Problemlösungen zu finden. Projekt- und Teamfähigkeit, Service- und Beratungskompetenz sowie solide Fachkompetenzen werden benötigt.

Hier eine kurze Anmerkung zu der Greencard-Initiative: Auch ich habe hier meine Überlegungen und meine Bedenken. Das kann ein kurzfristiges Strohfeuer sein, welches über den Import von Fachkräften dazu beiträgt, Fehlbedarfe zu decken oder auch eilige Qualifizierungsmaßnahmen, die durchgeführt werden. Aber es ist ein Aspekt in einer Strategie, die hier verfolgt werden muss, und so möchte ich diese Greencard-Initiative eigentlich auch verstanden wissen.

(Heidmarie Beyer, SPD: Richtig. Das verstehen wir ja alles.)

Wer so tut, als wenn damit alle Probleme gelöst werden, glaube ich, der irrt.

(Heidmarie Beyer, SPD: Ich kann nicht sagen „entweder – oder“.)

Deswegen kann das nur eine zeitweilige, kurzfristige Hilfe sein und ich verstehe sie auch so.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, aber der Herr Rehberg hat ja den Antrag nicht gelesen. – Heidmarie Beyer, SPD: Oder er hat nicht zugehört dummerweise.)

Das ist ja sein Problem.

(Heidemarie Beyer, SPD: Er hatte seine Rede etwas anders aufgebaut.)

Meine Damen und Herren, wir tun als Landesregierung, Herr Eggert ist schon darauf eingegangen, etwas, um diese Bedarfe abzudecken. Der Trend in der Anspruchnahme des „AQMV 2000“ insbesondere zur Qualifizierung ist ungebrochen. Er liegt jährlich bei 1.000 Teilnehmern. Die Palette der Themen ist so breit wie der Informations- und Kommunikationssektor im Lande selbst. Damit setzen wir unseren Beitrag fort.

Gegenwärtig ist es in Mecklenburg-Vorpommern so, dass wir 530 Unternehmen in diesem Bereich tätig haben. Davon betreiben circa 180 Forschung und Entwicklung, 5.000 Menschen sind im Dienstleistungsbereich beschäftigt, also alles das, was man bei Siemens oder auch bei der Telekom finden kann. Und mit zunehmender Dynamik entwickeln sich Call-Center, nicht nur der ersten Generation, also die reinen Auskunftszentren, sondern auch in der dritten Generation. Zur Zeit gibt es 28 Call-Center mit fast 5.000 Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich habe vor der Debatte gerade mit Vertretern aus München von Telegate gesprochen, die weiter in Mecklenburg-Vorpommern investieren und weitere Arbeitsplätze schaffen wollen, so dass summa summarum in Mecklenburg-Vorpommern 15.000 Personen in diesem Bereich tätig sind. Es sind sicherlich viel mehr als die, die in diesen von mir genannten Bereichen erfasst sind, denn in vielen Unternehmen, in den Universitäten und anderswo findet man ja diese Berufe.

Wir haben im Ausbildungsbereich elf neu eingeführte IT- und Medienberufe. Hier wird sehr deutlich, dass die berufliche Erstausbildung eine neue Dynamik erfährt. Im Ausbildungspakt „2000 Plus“ ist verabredet worden, dass weitere Berufsausbildungsmaßnahmen hier praktiziert und durchgesetzt werden, um insgesamt den längerfristigen Bedarf der Wirtschaft abzudecken. Es geht also darum, zehn Prozent des Gesamtangebotes daraufhin auszuweiten, im Multimediabereich auszubilden. Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die jungen Leute, es geht auch um die, die etwas älter sind. Das macht mich schon etwas betroffen. Hier geht es auf einmal nicht mehr um die über 50-Jährigen, sondern hier geht es mit einem Mal um die über 35-Jährigen.

(Heidemarie Beyer, SPD: Ja.)

Alle diejenigen, die älter als 35 sind, werden inzwischen als zu alt für diesen Bereich betrachtet. Meiner Meinung nach handelt es sich hier um eine gefährliche Verschiebung von Normen in der Wirtschaft. Auch da muss Aufklärungsarbeit geleistet werden, denn nur die individuellen Fähigkeiten und Qualifikationen sollen zählen. Ich frage mich, wo wir denn da hinkommen wollen, wenn die Altersbarriere auf dieses Niveau 35 oder 38 tatsächlich abgesenkt wird.

Der Arbeitsminister der ersten Clinton-Administration Robert B. Reich schrieb über die Jobs der Zukunft und die notwendigen Qualifikationen. Er hat vier Fähigkeiten ausgemacht:

1. Abstraktionsfähigkeit
2. Systemdenken
3. Experimentieren
4. Teamfähigkeit

Von einer Altersbegrenzung ist überhaupt keine Rede. Wie gesagt, ich kann nur vor einer solchen Tendenz warnen.

Zu dem geforderten Sofortprogramm: Ich schließe mich dem Programm an und bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass wir hier in dieser Frage in der Breite diskutieren können. Ich habe angesichts der verschiedenen Problemlagen, also auch der Bedarfe und Zahlen, die genannt wurden, die Kammern, Sozialpartner und Direktoren der Arbeitsämter des Landes und das DVZ zu einem Meinungsaustausch am 27. März zusammengeholt und wir haben über diese Frage diskutiert.

Dass die Greencard-Lösung ein Aspekt ist, hatte ich bereits gesagt. Aber es ist auch die Frage, sind es nun 4.000 im Lande oder sind es die 65, die die Arbeitsämter benennen. Also die 75.000, die der Bundeskanzler nannte, jetzt einfach auf das Land runterzurechnen, so Pi mal Fensterkreuz, das wird nicht funktionieren. Die 65 freien Stellen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, werden auch nicht der reale Bedarf sein. Das sind die gemeldeten Stellen bei den Arbeitsämtern. Diese könnten tatsächlich abgedeckt werden über die gemeldeten Spezialisten bei den Arbeitsämtern.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat eine Hotline eingerichtet. Auf dieser Hotline hatten sich bis Ende März – also bis zu diesem Termin am 27. März, wo wir zusammengesessen haben – 3.000 Firmen gemeldet und Bedarfe artikuliert. Aus Mecklenburg-Vorpommern wurden 30 Anmeldungen getätigt über die Hotline der Arbeitsämter. Hier gehen die Zahlen augenscheinlich auseinander. Ich meine, das muss man insgesamt zusammenführen, damit wir zu einem realen Bedarf kommen, und zwar nicht nur von der Zahl her, sondern auch von den Spezialisten her, die tatsächlich gefordert werden. Deswegen, meine ich, gilt es nicht nur den Bedarf zu erfassen, sondern alle Fragen, die dieses Sonderprogramm beinhaltet, synchron zu beantworten und abzuarbeiten.

Deshalb möchte ich vorschlagen, dass wir das Fachwissen in meinem Ressort zusammenführen, da sind wir ja dabei mit den Belangen der anderen Ressorts. Wir werden mit der Fachverantwortung und der Kompetenz unserer Partner, insbesondere der Wirtschaft, zusammenarbeiten. Wir sind uns darüber einig. Ich habe dazu eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe in meinem Ministerium gegründet, um uns auf diesem Wege ganz konstruktiv zu beteiligen.

Ich bleibe, Herr Born, bei meiner Politik. Ich werde immer ganz offen und sachlich darüber informieren, welchen Stand wir erreicht haben. Ich glaube, das ist der beste Beitrag, den man auch dazu leisten kann, ein positives Klima in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, sozusagen eine Aufbruchstimmung, damit wir tatsächlich online gehen können, als Ausdruck unseres Landes. Wichtig ist, dass wir uns gemeinsam verantwortlich fühlen für diese Aufgabe und gemeinsam Politik-, Wirtschafts- und Sozialpartner ihren Beitrag leisten, damit Mecklenburg-Vorpommern einen Schritt vorankommt und seinen Beitrag leisten kann in der industriell-technischen Revolution, die vor uns steht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Staszak von der Fraktion der SPD.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Besser als so ein schreiender Fraktionsvorsitzender. –

Dr. Ulrich Born, CDU: Selbst Sie müssen ihm zustimmen, Herr Schoenenburg. Selbst Sie müssen ihm zustimmen. –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da stimme ich Ihnen voll zu.)

Karla Staszak, SPD: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich war etwas erstaunt über den Beitrag von Herrn Rehberg. Leider ist er nicht mehr da.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir nehmen das entgegen.)

Vielleicht können Sie ihm ausrichten,

(Harry Glawe, CDU: Wir reichen das weiter. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

ich würde als Lehrerin sagen: Thema verfehlt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Harry Glawe, CDU: Sie haben den Antrag jetzt gelesen, oder? – Peter Ritter, PDS: Der wollte über die Greencard für Fußballer reden.)

Ja, ich hatte mir extra den Antrag noch einmal herausgeholt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir haben auch noch mal nachgelesen.)

weil ich gedacht habe: Liegst du hier falsch? Also er hat ihn nicht verstanden.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Traust du dich auch, ihm das zu sagen?)

Er hat hier das Podium benutzt, um populistisch zu hetzen gegen den Bundeskanzler und gegen die Landesregierung.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist sein Geschäft. – Heidemarie Beyer, SPD: Wenn ihm das Wasser bis zum Hals steht.)

Das war offenbar das Anliegen. Nun würde ich mal sagen, dass es ein sehr gutes Anliegen ist. Das haben die Herren Minister Eggert und Holter hier schon ausführlich entgegnet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das war ja auch qualifizierter als das, was der Bundeskanzler gesagt hat.)

Wir wollen nämlich etwas tun. Und der Bundeskanzler ist der Erste, der etwas tut.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Noch vor zwei Jahren waren Sie der Seniorpartner der Landesregierung.

(Harry Glawe, CDU: Da hat er ja noch einen Studiengang abgeschafft.)

Sie waren in der Bundesregierung. Und was haben Sie getan? Sie haben die Entwicklung verschlafen, das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD –

Dr. Ulrich Born, CDU: Das war viel qualifizierter als das, was der Bundeskanzler gesagt hat. – Harry Glawe, CDU: Dann fragen Sie mal, was der alles in Niedersachsen angerichtet hat.)

Ja, wer sich getroffen fühlt, der bellt. Das ist ja immer so.

(Harry Glawe, CDU: Er hat ganze Studiengänge aufgelöst. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hören Sie doch mal auf Frau Staszak!)

Gut, das wollte ich nur gern vorausschicken, um das hier mal zu klären. Es wurde hier vieles gesagt, was die Landesregierung vorhat und was sie machen will. Ich möchte auch grundsätzlich etwas dazu sagen, weil mir das Thema sehr wichtig ist,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das haben wir auch mit großem Interesse vernommen.)

natürlich auch im Zusammenhang mit Frauen.

(Harry Glawe, CDU: Das machen Sie sehr gut. – Dr. Ulrich Born, CDU: Das haben wir mit großem Interesse vernommen.)

Dass die Transformation der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft nicht über Nacht vom Himmel gefallen ist, das wissen wir eigentlich alle.

(Harry Glawe, CDU: Ah ja.)

Wir haben es hier mit einem seit Jahren feststehenden Wandel zu tun. Er wird bestimmt durch die Informations- und Kommunikationstechnologien und verändert eigentlich alle gesellschaftlichen Bereiche. Dazu hat bereits Martin Bangemann 1994 in der Veröffentlichung „Europa und die globale Informationsgesellschaft“ Empfehlungen für den Europäischen Rat, noch heute gültige Analysen und Handlungsnotwendigkeiten dargelegt. Auch auf dem Forum Informationsgesellschaft 1996 wurde schon festgestellt, zwar sind wir davon überzeugt, dass die Informationsgesellschaft zu mehr Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Lebensqualität führen kann, jedoch werden diese Folgen nicht sofort und, wenn wir diesen Prozess nicht sorgsam steuern, vielleicht überhaupt nicht eintreten.

Dass die Informationswirtschaft auch in Deutschland bereits heute eine der wichtigsten Zweige für Wachstum und Beschäftigung ist, kann niemand mehr bestreiten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber die Grünen wollten doch 1994 die Sozialverträglichkeit des Computers geprüft haben. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber die haben wir hier ja nicht. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die modernen Informationstechnologien sind die treibende Kraft für die zusätzliche Beschäftigung vor allem im Dienstleistungsbereich. Die Gefahr, den Anschluss an die weltweite Entwicklung zur Informationsgesellschaft zu verpassen, besteht bereits seit drei Jahrzehnten. Trotz aller Abgrenzungs- und Definitionsprobleme ist festzustellen, dass bereits seit 30 Jahren die einschlägige Ausbildung nie ausgereicht hat. Also wir hätten ganz viel tun können in den vergangenen Jahren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin, die Grünen haben 1994 die Sozialverträglichkeit des Computers prüfen lassen wollen.)

Gut, darüber reden wir noch mal.

Fortbildung und Umschulung von Fachkräften mit anderer Erstausbildung sind jetzt seit Jahren an der Tagesordnung. Verlässliche Planungen und Anpassungen an zukünftige Anforderungen setzen exakte Kenntnisse des aktuellen und des zu erwartenden Kräftebedarfs sowie der erforderlichen Qualifikationsstruktur der zu besetzenden Stellen voraus.

Dass hier gewaltige Informationslücken bestehen, lässt sich am Beispiel der IHK zu Schwerin verdeutlichen, das habe ich neulich gerade gelesen. Sie muss derzeit noch eine Recherche in ihrem Kammerbezirk anstellen, um zu zukunftsorientierten Qualifizierungsmaßnahmen aussagefähig zu sein. Wie man bei einer solchen Sachlage jungen Menschen ihre Chancen in IT-Berufen erklären und sie zu einer diesbezüglichen Berufswahl motivieren will, wenn man das jetzt noch nicht weiß, das muss mir erst einmal jemand erklären. Das fand ich schon erhebend.

Die Erhöhung der Bereitschaft, IT-Berufe zu erlernen und in diesen Berufen in Deutschland tätig zu werden, erfordert gemeinsame Anstrengungen von Wirtschafts- und Sozialpartnern, von der Wissenschaft, von gesellschaftlichen Gruppen, von Politik und Verwaltung, aber nicht ausschließlich von Politik, denke ich. Dazu gehört vor allem, Personalbeschaffungs- und Personalentwicklungsplanung als Entwicklungs- und Wachstumsgrundlage zu begreifen und auch zu betreiben. Investitionen in Personalentwicklung sind ureigenste Angelegenheit der Unternehmen und können nicht einer Selbstregulierung überlassen werden. Unternehmen, die in der Hoffnung leben, fertige Fachkräfte in ausreichender Anzahl vom Arbeitsmarkt abschöpfen zu können, werden den Kampf um Marktanteile verlieren. Arbeitgeber und ihre Vertretungen müssen deutliche Signale für ihr Interesse an solider IT-Basisqualifikation setzen.

Die Diskussion zur Kurzlebigkeit des Wissens ist in ihrem Grundgehalt richtig. Sie schreckt aber eher ab, als dass sie motiviert. Nur langfristige Perspektiven ermuntern Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sich für IT-Berufe zu entscheiden. Ein weiterer in Deutschland eher als Entwicklungshemmer denn als Entwicklungschance begriffener Punkt ist: Die Arbeitsbelastung in den IT-Berufen muss auf ein Normalmaß zurückgeführt werden. Innovative Arbeitsformen müssen verstärkt umgesetzt werden. Zurückgehende Anteile von älteren Personen und Frauen in der IT-Branche sind ein Indiz mangelnder Flexibilität in den Beschäftigungsstrukturen des IT-Bereiches. Das sind Potentiale, auf die dieser Wachstumsbereich eigentlich nicht verzichten kann.

Wer die Behebung der Fachkräfteengpässe thematisiert, muss gleichzeitig über Entwicklungsmöglichkeiten und Beschäftigungszuwächse nachdenken. Hierzu sind auch Märkte und Lebensbereiche stärker zu nutzen, die bisher vernachlässigt worden sind, zum Beispiel die Gesundheitsvorsorge oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Dazu gehört aber auch die Intensivierung des Einsetzens der Informationstechnologien in kleineren und mittleren Unternehmen. Dabei sollte die Wertschöpfung für den Betrieb im Vordergrund stehen. Möglichkeiten von Kooperationen und Netzwerken sollten in die Überlegungen einfließen, Auslagerungen von Dienstleistungen erwogen werden. Dabei dürfen nicht die Argumente über Personal- und Technikkosten als Entwicklungsbremse wirken. Ich will damit sagen, dass die Akzeptanz für den Einsatz von Informationstechnologien schnell und grund-

legend erhöht werden muss, ehe über Forderung nach Förderung diskutiert wird.

Die unaufhaltsam fortschreitende Entwicklung zur Informationsgesellschaft wirft aber auch Fragen zu den gesellschaftlichen Auswirkungen auf. Die Zukunft der Menschen wird immer stärker davon bestimmt, ob sie zu den Wissenden gehören oder nicht. Damit ist die Teilhabe und die Mitwirkung an der Informationsgesellschaft ein entscheidender Faktor für die Integration und Chancengleichheit und Maßstab für den Demokratisierungsprozess oder die Potenzierung von Ungleichheiten. Zurzeit zeigen die Beteiligungswerte, dass das Informationszeitalter noch meilenweit von der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern entfernt ist. Der Anteil von Frauen an allen Internetnutzern beläuft sich in Deutschland auf rund ein Drittel, in den Vereinigten Staaten aber bereits auf über 40 Prozent. Nur 23 Prozent der Computerfachleute sind weiblich, der Frauenanteil am Ingenieurstudium beträgt 17 Prozent, im Bereich Informatik nur 8 Prozent. In den vier wichtigsten IT-Berufen sind 13,6 Prozent der Auszubildenden Mädchen.

Gegen all dieses, was ich jetzt gesagt habe, versucht ja die Landesregierung schon etwas zu machen, wie heute mehrfach erwähnt wurde. Dieses hat viele Ursachen. Dazu gehört, dass die Nutzung und Gestaltung von PC-Anwendungen von einem Technikerverständnis geprägt ist, das durch männliche Sichtweisen bestimmt wird. Die Folge ist häufig eine Fehleinschätzung der erforderlichen Qualifikation. Eine besondere Verantwortung kommt dem Bildungsbereich zu, heute auch schon erwähnt. Technische Berufe und Studiengänge stellen vor allem einen nüchternen emotionslosen Umgang mit Technik in den Vordergrund.

Experten aus der Informationstechnik kritisieren daher das Fehlen von Nutzer- und Sozialorientierung sowie von ganzheitlichen Herangehensweisen an die Informationstechnik. Deshalb müssen kooperative und kommunikative Unterrichts-, Ausbildungs- und Studienelemente in technische Ausbildungen einbezogen werden. Eine Schlüsselqualifikation für den Zugang und die Mitgestaltung der Informationsgesellschaft ist die Medienkompetenz. Voraussetzung für ihren Erwerb ist der Zugang zu informationstechnologischen Wissens- und Informationsressourcen. Hierbei erweist sich Berufstätigkeit oft als entscheidender Faktor.

Die Nutzung von Onlinediensten am Arbeitsplatz ist häufig der Auslöser für den privaten Internetzugang. Darüber hinaus wird der Zugang von Frauen zu den neuen Medien von der Ausgestaltung der Netze bestimmt. Hier werden Sie bisher mit Inhalten konfrontiert, die das Leben und die Realität von Frauen nicht widerspiegeln. Neben der Medienkompetenz sind vor allem soziale Kompetenzen und organisatorische, konzeptionelle, kaufmännische und gestalterische Fähigkeiten erforderlich, wie inzwischen zahlreiche Untersuchungen belegen. Sie sehen, nicht informationstechnische Detailkenntnisse sind für IT-Berufe ausschlaggebend, sondern Kompetenzen, die Frauen im Allgemeinen zugeordnet werden. Dieser der Technik zugeordnete Bereich kann und muss kein heiliger Ort nur für Männer sein und bleiben.

(Harry Glawe, CDU: Aha. Sehr gut. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Wenn es gelingt, die Betonung von Inhalten in den Vordergrund zu stellen und anspruchsvolle Anwendungskon-

zepte zu entwickeln, wird es ein verändertes Berufswahl- und Weiterbildungsverhalten von Frauen und Mädchen zugunsten von IT-Technologien geben. Hier ist die Wirtschaft aufgefordert, Angebote zu machen, wenn sie nicht auf die Potentiale verzichten will. Damit verknüpft ist selbstverständlich ein Anforderungsprofil, das Frauen und Männern gleichermaßen erlaubt, Beruf, Karriere und Familienplanung zu verknüpfen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Veränderungen durch das Informationszeitalter sind nicht nur gekennzeichnet durch neue wirtschaftliche Inhalte und Verfahren, sondern vor allem durch neue gesellschaftliche Prozesse. Es besteht die unwiederbringliche Chance, durch die Aufhebung von Zeit und Raum sowie durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten und Qualifikationen von Frauen das Informationszeitalter zur Verwirklichung der Chancengleichheit zu nutzen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag zu unterstützen. Und, Herr Born, ich hoffe, Sie meinen das ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja,
das werden Sie gleich sehen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Stas-zak.

Der Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Kauffold.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Der Minister. Ja, das ist ein Zukunftsthema.)

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann es mir auch nicht verkneifen festzustellen, nachdem Herr Rehberg sehr weit in der Weltgeschichte umhergesurft ist,

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

global und national habe ich kaum bemerken können, dass er in Mecklenburg-Vorpommern gelandet war.

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt nicht. –
Heiterkeit bei Dr. Henning Klostermann, SPD –
Sylvia Bretschneider, SPD:
Er hat jetzt abgehoben.)

Ich habe aber doch im Redebeitrag feststellen können, dass er auch der Meinung ist, dass das ein wichtiges Thema ist, über das man im Landtag reden müsste.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

In diesem Sinne, meine ich, begrüßt auch die Opposition, dass sich der Landtag mit dem Antrag der SPD und der PDS einem Zukunftsthema zugewandt hat, über das wir wahrscheinlich nicht nur dieses Mal sprechen werden.

Wir haben im Übrigen auch schon in der letzten Woche im Bildungsausschuss über das Thema gesprochen. Da hatte sich der Bildungsausschuss dankenswerterweise über Aktivitäten, die im Lande laufen, informieren lassen. Wir haben dort Stellung genommen zu dem, was in den Schulen und in Berufsschulen passiert. Ich möchte das deswegen heute nicht vertiefen. Es kann sein, dass der eine oder andere Abgeordnete darauf noch Bezug nimmt. Es läuft im Land schon allerhand. Es gibt eine Vielzahl von

Aktivitäten, von Bemühungen, die Entwicklungen voranzubringen, von der Weiterbildung über die Ausstattung bis hin zu Projekten. Ich sehe einen Anstoß mit dem Antrag, der hier heute vorgelegt worden ist, und den geforderten Strategien dahingehend und das deckt sich mit dem, was ich meine.

Es muss schneller gehen, damit wir keine Zeit verlieren. Aber wenn wir schneller sein wollen, dann müssen wir natürlich auch Effekte zu nutzen versuchen, die nichts kosten, dass wir besser koordinieren, dass wir besser abstimmen. Solche Möglichkeiten sind immer da, dass wir harmonisieren zwischen den Anforderungen, die die verschiedenen Elemente des Bildungssystems stellen. Aber ganz ohne Kosten ist das nicht zu haben. Das müssen Sie wissen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und
Sylvia Bretschneider, SPD: Richtig.)

Das wäre etwas, was ich nur ganz allgemein zu Schulen sagen möchte. Der Wirtschaftsminister hat ja auch auf die Zusammenarbeit hingewiesen, die das Bildungsministerium und das Wirtschaftsministerium auf dem Gebiet der Berufsschulen haben.

Ich möchte mich hier ausschließlich auf den Hochschulbereich konzentrieren und möchte sagen, dass sich die Studienanfängerzahlen seit Anfang der 90er Jahre in den Ingenieurwissenschaften – mit Ausnahme des Bauingenieurwesens – und in der Informatik rückläufig entwickelt haben. Das möchte ich also auch feststellen, ohne das mit irgendwelchen Schuldzuweisungen zu verbinden. Aber das ist nun einfach so. Und der Zusammenhang zwischen dieser Entwicklung und den relativ schlechten Arbeitsmarktperspektiven zu Beginn dieses Jahrzehnts wird von sachkundiger Seite auch nicht bestritten.

Dieser Trend ist nun seit Mitte des Jahrzehnts gebrochen und insbesondere in der Informatik ist der Andrang an den Hochschulen erheblich bei den Studienanfängern. Wir leiden jetzt aber an den Versäumnissen, die sich in strategischer Planung, auch in der Bereitschaft von Politik meinerseits, ein Risiko einzugehen, und auch von Hochschulen, ein Risiko einzugehen, äußern und die sich nun zeigen. Wir werden qualifizierte Absolventen nicht im Handumdrehen zur Verfügung stellen können, auch wenn die Hochschulen unseres Landes ein umfangreiches und attraktives Studienangebot bereithalten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: In Wismar
aber nicht, in Wismar nicht.)

Ich komme noch darauf, Herr Born.

Ich will auch sagen, die Bayern machen eine sehr gute Technologiepolitik

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

und die Baden-Württemberger machen auch eine gute Technologiepolitik.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Stimmt.)

Aber die haben seit Jahrzehnten eine ziemlich ungebrochene Entwicklung im Bereich der Entwicklung von Technologie und die haben auch mehr Moos. Ohne Moos nichts los! Das muss man hier sagen, nicht wahr?

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Bitte?

(Lutz Brauer, CDU: Das müssen Sie doch nicht uns sagen. Da müssen Sie sich mal umdrehen!)

Nein, das hat damit nichts zu tun. Das hat aber mit der Frage von Herrn Born was zu tun.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Frau Keler hat die Geldmaschine im
Keller. – Kerstin Kassner, PDS: Genau.)

Ja, die hat sie eben nicht im Keller. Und wir bekennen uns zu der Konsolidierungspolitik, die wir hier machen müssen. Aber sie zwingt uns eben zu neuen Ufern, sie zwingt uns dazu, nicht überall Studiengänge zu doppeln. Sie zwingt uns dazu, Kooperationen zu suchen,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD: Richtig.)

Schwerpunkte zu bilden und ein eigenes Profil zu suchen. Auch in Wismar gibt es ein eigenes Profil. Im Übrigen haben die Wismaraner diesen Studiengang selbst mit abgemeldet.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Ja, zwangsläufig, zwangsläufig.)

Herr Born, ich stehe Ihnen immer zur Verfügung, aber lassen Sie mich jetzt bitte meinem Duktus folgen, denn ich möchte das nicht zu lange machen. Die Zeit ist ja auch schon fortgeschritten.

Der Antrag der SPD- und PDS-Fraktion stellt die Forderung, mittelfristig und langfristig sowie kurzfristig etwas zu tun. Ich möchte mich zunächst zur mittel- und langfristigen Perspektive äußern.

An den Hochschulen in unserem Land, das heißt an der Universität Rostock sowie den Fachhochschulen in Stralsund und Wismar, werden insgesamt acht informatikbezogene Studiengänge vorgehalten. Im Wintersemester 1999/2000 studierten in diesen acht Studiengängen 1.664 Studenten, darunter 765 im ersten Fachsemester – Tendenz rapide steigend. Wenn Sie diese Zahlen mit den Gesamtstudentenzahlen von vor vier Jahren vergleichen, ist überall ein sehr steiler Anstieg zu verzeichnen. Und die Kapazität reicht aus, um diesen Anstieg immer noch zu befriedigen. Daneben sind 13 weitere ingenieurwissenschaftliche Studiengänge mit insgesamt 3.400 Studenten an der Rostocker Universität und den Fachhochschulen, darunter sind rund 800 Studienanfänger. Die Tendenz ist auch hier steigend.

Anders ist es bei den Absolventenquoten. Diese sind in diesen Studiengängen derzeit nicht überragend, aber das entspricht der anfangs sehr schwachen Nachfrage. Wir werden also in den nächsten Jahren auch eine steigende Anzahl von Absolventen haben, die die Hochschulen verlassen.

Nun, das sind quantitative Daten. Und wenn ich etwas Inhaltliches hinzufüge, dann möchte ich sagen, wir halten nicht nur über 20 Ingenieurstudiengänge vor, wir sind auch ständig gemeinsam mit den Hochschulen bemüht, sie auf den neuesten technologischen und arbeitsmarktorientierten Stand zu bringen, damit sie den Anforderungen entsprechen. Es ist auch so, dass heute nicht mehr der reine Informatiker gefragt ist, sondern der Bindestrich-Informatiker. Daher sind Studiengänge wie Wirtschaftsinformatik, Medizininformatik, Multimedia-technik geeignete Spezialisierungen, die auch nachgefragt werden.

Derzeit wird geprüft, ob ein Studiengang Geoinformatik an der Fachhochschule Neubrandenburg eingerichtet werden kann, der im Übrigen nur für Frauen angeboten

werden soll. Die Universität Greifswald hat zudem die Einrichtung eines Studiengangs Computational Sciences mit Abschluss Bachelor beantragt. Eine ganz neue und spannende Herausforderung ist die Bioinformatik. Dieses Gebiet wird insbesondere in Rostock mit erheblichen Drittmitteln ausgebaut. Dort wird eine Professur errichtet und wir werden überlegen, inwiefern einzelne Module der Bioinformatik möglichst bald Eingang in Studiengänge finden können. In Greifswald wird der Studiengang Biomathematik vorgehalten, der eine sehr fachliche Nähe zur Bioinformatik ausweist.

Auch in der Ingenieurausbildung sind Innovationen notwendig und im Gange. Nicht nur, dass sich immer mehr Hochschulen auch in diesem Bereich auf moderne Abschlüsse orientieren, auf die Bachelor- und Master-Abschlüsse, es wandeln sich auch die Berufs- und Einsatzfelder. Auch hier spielt die Informationstechnologie eine Schlüsselrolle. Sie sickert gewissermaßen in alle Wissenschaftsgebiete vor und damit auch in die verschiedensten Studiengänge. Bauingenieurwesen ohne Bauinformatik ist genauso wenig denkbar wie Maschinenbau ohne Informatik, ganz zu schweigen von Elektrotechnik. Nicht der klassische Elektrotechniker ist heute so sehr gefragt, sondern der Nachrichtentechniker, der Mobilfunktechniker, der Telekommunikationstechniker, um nur einige aktuelle Gebiete zu nennen. Entsprechende Professuren sind an unseren Hochschulen vorhanden oder werden eingerichtet.

Ich will Ihnen mit diesem Beispiel sagen, dass wir nicht einfach nur von dem Block Informatik oder EDV reden dürfen, sondern dass hier sehr stark diversifiziert wird, dass unsere Hochschulen auch diesem modernen Trend entsprechen und dass sie eine breite Angebotspalette haben, die sie attraktiv machen.

Meine Damen und Herren! Die Breite dieser Struktur zu erhalten und auch bei knappen Ressourcen noch auszubauen, das ist unser Ziel und das wird unser länger- bis mittelfristiger Beitrag sein, um den Fachkräftemangel zu beheben. Und da wird auch Wismar einen Platz einnehmen, weil Wismar zwei spezialisierte Multimediastudiengänge hat.

Nun zu kurzfristigen Maßnahmen: Was machen wir aber nun mit dem akuten, dem kurzfristigen Bedarf, denn auch die grundständige Lehre bringt immer erst nach vier, fünf Jahren qualifizierte Absolventen hervor?

Schneller reagieren kann die wissenschaftliche Weiterbildung. Auch hier können und werden unsere Hochschulen ihr Know-how gezielt einsetzen, um kompakte Angebote zu entwickeln, mit deren Hilfe zum Beispiel beschäftigungssuchenden Ingenieuren oder EDV-Fachkräften, denen der Anschluss an die technologische Entwicklung fehlt, ein Wiedereinstieg in die Branche ermöglicht wird. Deswegen habe ich veranlasst, dass Gespräche mit der Wirtschaft aufgenommen werden. Dabei soll mit Firmen wie Siemens und Telekom gemeinsam ein Curriculum entwickelt werden, das speziell auf den Bedarf dieser Unternehmen abgestimmt ist. Ziel ist, noch im Wintersemester ein einjähriges Aufbaustudium Informatik in Rostock zu eröffnen, so dass bereits im ersten Jahr die ersten spezifisch nachqualifizierten Fachkräfte für die Region bereitstehen.

Bei einem Angebot darf es natürlich nicht bleiben. Die Universität Greifswald und die Fachhochschule Stralsund haben Gespräche miteinander aufgenommen, deren Ziel

ebenfalls die Einrichtung eines Aufbaustudiums mit informatischer Ausrichtung ist.

Im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten sind wir dabei, die Grundlagen für eine feste Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen unseres Landes und den Hochschulen in Stettin zu legen,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

die aus konkreten Anfragen aus der Wojewodschaft Westpommern herrühren. Ich hoffe, die Opposition hat nichts dagegen,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD: Sehr schön.)

dass wir uns auch in diesem Bereich der internationalen Zusammenarbeit und dem Osten öffnen. Das ist ein guter Ansatzpunkt für die weitere Entwicklung.

Also diesen Weg müssen wir, meine Damen und Herren – das muss uns allen bewusst sein –, mit oder ohne Greencard gehen. Unsere Hochschulen werden noch stärker, als das bisher schon der Fall war, erkennen, dass sie internationaler Konkurrenz ausgesetzt sind. Ihre Studienangebote, grundständig oder in der Weiterbildung, werden deswegen konsequent international angelegt – das wollen alle – und entsprechend vorgebildeten Kandidaten auch aus dem Ausland offen stehen. Dieses Stück Weltoffenheit sollte an unseren Hochschulen und in unserem Land eine Normalität werden. Wir sollten das begrüßen, fördern und wünschen.

Ich möchte zum Schluss darauf hinweisen, dass wir zwar Haushaltsvorsorge für die mittel- und längerfristigen Maßnahmen getroffen haben, aber wenn ein Sofortprogramm mit der heimischen Wirtschaft gestartet werden soll, dann müssen, wo das noch nicht der Fall sein sollte, entsprechende Bundes- und EU-Programme auch für unsere Hochschulen geöffnet werden. Wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen, dass auch hier Ressourcen gefragt sind.

Im Übrigen würde ich es für sehr gut halten, wenn wir nicht mit Beiträgen, wie wir sie am Anfang vom Oppositionsführer gehört haben, die Hochschulen unseres Landes schlecht reden. Wir haben gute Hochschulen,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –

Wolfgang Riemann, CDU: Hier redet niemand die Hochschulen schlecht, Herr Professor!)

die sich mit Ehrgeiz auf den Weg machen, auch diesem Bedarf zu entsprechen, auf einem Zukunftsfeld, das für die Absolventen unserer Einrichtungen Chancen eröffnet und das der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes gut tut. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Kassner von der Fraktion der SPD, Entschuldigung, PDS.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Schon konvertiert?)

Kerstin Kassner, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kaum ein Bereich entwickelt sich so dynamisch wie der der Informations- und Kommunikationstechnik. Und welche Faszination dies ausübt, zeigt nicht

zuletzt auch die Diskussion in der letzten Stunde, wie sehr auch viele von dieser Faszination betroffen sind, wie sehr sie sich damit selbst konfrontiert fühlen.

Die Geschwindigkeit der Innovation ist so enorm. Sie bringt damit eine Fülle von neuen Einsatzgebieten, schafft aber auch neue Probleme, meine Damen und Herren, wie zum Beispiel die Ethik des Internets. Oder auch, wie gehen wir mit dem Schutz der Kinder und Jugendlichen vor diesem neuen Medium um? Die Internet-Technologie wird in den nächsten Jahren alle gesellschaftlichen Bereiche verändern und eben nicht nur den Wirtschaftsbereich. Gewaltige Aufgaben stehen deshalb vor uns und erfordern einfach ein neues Denken. Und das kann man natürlich nur mit Menschen mit hoher Qualifikation, die sowohl die Vorteile erkennen und nutzbar machen können, aber auch die Gefahren aufspüren und Maßnahmen zu deren Abwehr entwickeln können.

Unsere Gesellschaft hat also einen großen Fachkräftebedarf, zweifelsohne, und, ich sage es ganz deutlich, das nicht nur bei Softwareentwicklern und Informationstechnikern. Die meisten der anderen Berufe müssen sich ebenfalls auf diese neue Technologie einstellen und Schlussfolgerungen zum Beispiel für ihre Berufsausbildung umsetzen. Es geht also nicht nur um fehlende Fachleute in den neuen Berufen der Informationstechnik, es geht um die Umstellung der gesamten Bildung auf diese neue Technologie und deren Anwendungsgebiete. Wir haben deshalb den Antrag ganz bewusst nicht nur auf Fachkräfte in IT-Berufen beschränkt, sondern eben auch auf Ingenieurberufe erweitert.

Meine Damen und Herren, wenn wir jetzt analysieren, ob wir hier in Mecklenburg-Vorpommern einen besonderen Rückstand haben oder ob die Entwicklung nicht in einem solchen Tempo abläuft, wie wir uns das wünschen, dann müssen wir dabei sehr ehrlich sein. Für uns bedeutet das, schnell und zügig die erforderlichen Schritte zu gehen, dabei aber nicht in irgendwelche Hektik zu verfallen, sondern besonnen und klug die Notwendigkeiten zu analysieren und umzusetzen. Wir möchten dabei das ganze Spektrum für unser Land erschließen. Der Fachleutenbedarf und der Nachwuchs in dieser Branche bedürfen wirklich gesonderter Maßnahmen, die wir in einem Sonderprogramm gebündelt haben möchten. Wir als PDS-Fraktion sehen darin ganz bewusst ein Gegenstück zur Greencard-Diskussion in Deutschland.

(Reinhard Dankert, SPD: Eben.)

Wir schließen uns den kritischen Stimmen an, die in diesen Maßnahmen den falschen Weg sehen, um den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu begegnen.

Nun ist die Fachkräftesituation in unserem Land bestimmt nicht das Spiegelbild für die Lage in Deutschland. Das Potential unseres Landes ist leider immer noch viel zu bescheiden und die Chancen, es beträchtlich zu erweitern, werden von Unternehmern der Branche nicht als sehr gut bewertet, da die Abnehmer dieser Dienstleistung in unserem Land eben noch nicht zahlreich genug vorhanden sind. Allerdings, über den wahren Bedarf der Wirtschaft liegen, wie wir es schon mehrfach gehört haben, keine verlässlichen Zahlen vor.

Das eigentliche Problem bei der Debatte um die Greencard sind nach unserer Meinung nicht die fehlenden oder angeblich fehlenden Computerspezialisten, sondern die seit geraumer Zeit fehlenden Qualifikationsstrategien.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wenn wir in Zukunft nicht mehr die Klage über Fachkräftemangel hören wollen, dann dürfen wir einfach nicht mit ansehen, dass Stundenausfälle in naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern in den Schulen die Regel sind, dass das Ausbildungsangebot der Industrie zurückgeht, dass die Zahl der strategisch wichtigen Studienplätze stagniert und dass keine Maßnahmen eingeleitet werden, um diese wenigen Studienplätze dann auch tatsächlich mit Studenten zu belegen.

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Heute früh beispielsweise brachte das Radio die Meldung, dass die Studenten an der Ingenieurhochschule Wismar die besten Bedingungen für ihr Studium haben. Zwölf Systeminformatik-Studenten können dort eine maximale Betreuung durch die Dozenten in Anspruch nehmen. Aber ich will hier noch einmal die Zahl wiederholen: Zwölf Studenten!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Dies passt gut zu einer anderen Meldung, die besagt, dass sich 1999 in Deutschland 21.600 junge Leute um einen Ausbildungsplatz in den Berufen der IT-Branche bemüht haben, aber nur 13.500 Ausbildungsverträge dann auch tatsächlich geschlossen wurden, weil eben nicht genügend Plätze vorhanden waren. Die Branche klagt über Spezialistenlücken, die sie jedoch selbst verursacht hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Wirtschaft hat im vergangenen Jahr eine Initiative mit dem volltönenden Slogan „Deutschland 21 – Aufbruch in das Informationszeitalter“ gestartet. Ich sage, spät kommt sie, doch sie kommt. In diesem Rahmen verpflichtet sich die Wirtschaft, 40.000 Ausbildungsplätze in den nächsten Jahren zu schaffen. Das Tempo ist trotz großer Worte jedoch noch viel zu gering, denn erst in drei bis fünf Jahren werden die Kräfte zur Verfügung stehen, die jetzt mit der Ausbildung beginnen.

Nun könnte man sagen, wir benötigen die Zuwanderung von Spezialisten, um diesen Zeitraum auszufüllen. Dem steht jedoch die große Zahl der Arbeitslosen in den IT-Berufen gegenüber und die noch größere Zahl derjenigen, die zur Zeit in Weiterbildungsmaßnahmen der Arbeitsämter beispielsweise für diesen Berufszweig qualifiziert werden.

(Lutz Brauer, CDU: Nichts anderes hat Rehberg gesagt.)

Deutschland verfügt über genügend ausgebildete Fachleute und die Republik hat auch sehr viel Geld dafür ausgegeben, um diesen Stand zu erreichen. Allein für die Weiterbildung durch die Arbeitsämter wurde etwa 1 Milliarde DM zur Verfügung gestellt. Es drängt sich deshalb die Frage auf, ob mit der Greencard nicht doch eine andere Richtung eingeschlagen wird. Wir vermuten, dass eine neue Stufe der Deregulierung des Arbeitsmarktes eingeleitet werden soll.

Wenn wir aber der Industrie sagen, dass sie den Nachweis antreten sollte, dass sie ausländische Spezialisten eben nicht als billigen Ersatz für die Ausbildung junger Leute begreift, dann sollte sie einen konsequenten Weg gehen, nämlich für jeden im Moment angeworbenen Spezialisten, der unbedingt gebraucht wird, einen neuen ein-

schlägigen Ausbildungsplatz zu schaffen. Dann wäre das ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

In unserem Land haben etwa 500 bis 600 Arbeitslose der Berufsgruppe Datenverarbeitungsfachleute keinen Job in unserem Land. Dem gegenüber steht aber nur eine verschwindend geringe Zahl der offenen Stellen in dieser Branche – in unserem Land wohl gemerkt. Warum qualifizieren wir nun nicht diese 500 bis 600 – oder einen Teil davon – entsprechend? Dabei müssen die Firmen der Branche einfach mit mehr Engagement als bisher diese Aufgabe angehen. Wir müssen mehr als bisher die speziellen Anforderungen bewerten, die gebraucht werden.

Vielleicht haben Sie den Artikel im „Nordkurier“ vom 15.12. auch gelesen, der unter der Überschrift „Multimediabranche zwischen Traum und Alptraum“ recherchierte, dass viele Personalentscheider die Suche nach qualifizierten Mitarbeitern bislang als schwer beziehungsweise sehr schwer bezeichnen. Den Bewerbern fehle es an Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit und Kundenorientierung, allerdings auch nach wie vor an den erforderlichen Spezialkompetenzen. Dieses Ergebnis ist doch symptomatisch für die Situation, wenn weiter in dem Artikel festgestellt wird, dass immer dann neu eingestellt wird, wenn ein großes Projekt ins Haus steht. Von jetzt auf gleich werden dann die neuen Mitarbeiter gesucht, die kaum eine angemessene Einarbeitungsphase haben. Diese Strategie kann einfach nicht aufgehen und jeden Versuch, eine solche Strategie auf Kosten der Gesellschaft umzusetzen, lehnen wir ab.

Die Landesregierung überarbeitet – wir haben es von den drei Ministern gehört – die Multimediakonzeption und schlägt vielfache Möglichkeiten vor, wie wir mit dieser Situation umgehen. Wir sollten das nicht aus der Hand geben. Ich denke, dass das wirklich eine Anforderung ist, die hier in diesen Landtag gehört, wo wir uns regelmäßig mit der Situation auf diesem wichtigen Feld beschäftigen müssen, ob das in den Ausschüssen ist, ob das in Gesprächsrunden vor Ort ist, in den Universitäten, in den Schulen. Das ist eine Aufgabe, die an uns alle gestellt ist. Ansonsten werden wir mit den notwendigen Schritten nicht zu Rande kommen, um etwas in Richtung Zukunftsfähigkeit dieses Landes zu erreichen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Kassner.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Bretschneider von der Fraktion der SPD.

Sylvia Bretschneider, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst wundert es mich doch, zwei Redner, eine Partei und doch so unterschiedliche Äußerungen. Frau Kassner, wenn die Welt so schön schwarz-weiß wäre, wie Sie sie eben versucht haben an einigen Stellen zu malen, wäre einiges, glaube ich, etwas einfacher. Nicht jeder derjenigen mit gewissen Vorkenntnissen, die sich zur Zeit auf dem Arbeitsmarkt als arbeitssuchend gemeldet haben, ist eben geeignet, um für spezielle Anforderungen eingesetzt werden zu können.

(Kerstin Kassner, PDS:
Aber versuchen müsste man es.)

Und nicht jede Umschulung und Weiterbildungsmaßnahme führt dazu, dass den speziellen Bedürfnissen der Branche Rechnung getragen wird. Das ist vielleicht auch ein Grund für die geringe Zahl der fehlenden Fachkräfte, wie sie bei den Arbeitsämtern gemeldet ist, denn die Zahl liegt sicher weitaus höher, weil die Unternehmen – und wir wissen ja, der Markt regelt vieles – ins Internet gehen und dort ihre Bedarfe anmelden und gar nicht beim Arbeitsamt melden.

(Kerstin Kassner, PDS:
Genau das habe ich gesagt.)

Das ist ein Punkt.

(Kerstin Kassner, PDS: Die Wirtschaft ist
den enormen Bedarf schuldig geblieben.)

Gut, aber kommen wir zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Schade, dass Herr Rehberg nicht mehr da ist. Dass nun der Inderwahn des Herrn Rüttgers auch Herrn Rehberg und die CDU erfasst hat, wen wundert das. Statt die Greencard-Überlegungen des Bundeskanzlers als das zu nehmen, was sie sind,

(Reinhardt Thomas, CDU: Luftnummern. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das war unausgegoren.)

nämlich die Reaktion auf das bildungspolitische Erbe einer verfehlten Berufsbildungspolitik der letzten Jahre,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist der Sinn
der Sache. Niedersachsen hat den Minister-
präsidenten gehabt, der das gemacht hat.)

wird in einer unerträglichen Revitalisierung des Koch-Wahlkampfes mit unterschwelliger Ausländerfeindlichkeit versucht, Stimmungen zu manipulieren. Denn wer, Herr Rehberg, nimmt Ihnen wohl ab, dass Sie mit einem Mal Ihr Herz für die Entwicklungsländer entdeckt haben?

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Annegrit Koburger, PDS)

Wir sollten uns lieber um eine bedarfsgerechte Neuorientierung der Berufsbildungspolitik kümmern, statt hier zu streiten. In diesen Bereich ist seit geraumer Zeit große Bewegung gekommen und die Schaffung neuer und Überarbeitung bereits bestehender Berufsbilder hat zwischenzeitlich schon enorme Dimensionen angenommen. Man sehe sich dazu nur die Internetseiten beispielsweise des Bundesinstitutes für berufliche Bildung an. Auch die jüngsten Änderungen der Landesförderung in der beruflichen Ausbildung – das spielte heute früh in der Aktuellen Stunde ja schon eine Rolle – dienen genau dem Zweck, den Bedarf an Fachkräften im IT-Bereich zu decken.

Ich will hier nicht wiederholen, was Herr Minister Eggert schon ausgeführt hat, dass die Forderung nach Fachkräften nicht neu ist, sondern bereits seit Jahren dargestellt wurde. Ich glaube, dass gerade am Beispiel von IT und Multimedia eigentlich auch deutlich wird, wie schnelllebig die Zeit ist und wie sich die Halbwertszeit auch von Bildung verringert. Und es wird auch deutlich, dass unsere Systeme offensichtlich doch noch viel zu wenig flexibel sind, um auf die aktuellsten Forderungen zu reagieren. Die Entwicklung im IT-Bereich ist rasant und – das müssen wir einfach so eingestehen – noch ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung von der Schule bis zur Universität einfach zu schwerfällig.

Wie kann man diesem Fachkräftemangel in den genannten Bereichen begegnen? Ich glaube, dass der

Antrag eigentlich zwei Richtungen deutlich macht: Wir müssen mittel- und langfristig durch Ausbildung neue Fachkräfte auf den Markt bringen und wir müssen kurzfristig Fort- und Weiterbildung vorhandener Fachkräfte mit gewissen Vorkenntnissen nutzen, um hier die momentane Situation zu entspannen.

Ich glaube, ein ganz wichtiger Punkt für den ersten Teil ist, dass wir Voraussetzungen schaffen dafür, dass Grundkenntnisse erworben werden. Und die erwirbt man in der Schule. Wo denn sonst?! Das setzt natürlich voraus, dass wir kompetente Lehrkräfte haben, die diese Techniken möglichst besser beherrschen als ihre Schülerinnen und Schüler. Und ob das in jedem Fall heute schon erreicht ist, da mache ich mal an der Stelle ein Fragezeichen. Aber wir arbeiten daran. Einerseits, denke ich, ist es wichtig, dass wir Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse im Umgang mit der Technik verbessern, aber andererseits diese Technik nicht als Selbstzweck sehen, sondern auch als Mittel zum Zweck, um Bildungsmöglichkeiten und Bildungschancen zu verbessern, also Medienkompetenz zu erwerben und auch weiterzugeben.

Herr Minister Kauffold hat heute zu Recht die Ausschusssitzung am 5. April angesprochen und ich möchte noch mal einige Ergebnisse dieses Expertengesprächs hier anführen, wenn auch nur in Kurzform:

Es wird eine ganze Menge gemacht im Bereich der Lehrerbildung – Herr Professor Kauffold hat ja auch die Bereiche der Hochschulen ausführlicher dargestellt –, aber auch im Bereich der Lehrerfortbildung. Dort gibt es direkt ein Programm zur Integration neuer Medien in den Unterricht. Dieses Programm läuft in modularisierter Form über das L.I.S.A. Wir haben im Land Modellversuche und Versuchsschulen sowohl im allgemein bildenden als auch im berufsbildenden Bereich. Und gerade im Bereich der beruflichen Bildung gibt es hier schon sehr wertvolle Ergebnisse.

Wir sind dabei, im Land die Rahmenpläne entsprechend weiterzuentwickeln, bestimmte Kern-Curricula zu entwickeln, und ich glaube, auch hier gibt es schon erste positive Arbeitsergebnisse. Anführen möchte ich außerdem den medialen Einsatz als grundlegendes Unterrichtsprinzip in den Klassenstufen 5 und 6 – auch das ist sehr wichtig – und dass man auch im schulorganisatorischen Bereich insbesondere Schulleiter und Schulleiter in speziellen Weiterbildungen, in Qualifizierungen auf ihre Aufgaben vorbereitet beziehungsweise sie qualifiziert, diese noch besser lösen zu können als bisher.

Es gibt im Land inzwischen eine Reihe von Strukturen, die diese Vorhaben unterstützen und befördern. Das L.I.S.A. habe ich, glaube ich, schon erwähnt, aber auch das Medienpädagogische Zentrum in Güstrow spielt hier eine wichtige Rolle. Der Landesbildungsserver und einzelne Initiativen wie „Schulen ans Netz“ und das „Programm D 21“ sind hier auch schon erwähnt worden. Natürlich ist, gerade was den Bereich der beruflichen Ausbildung angeht, hier noch einmal die Zusammenarbeit zwischen den Häusern zu erwähnen, also insbesondere zwischen dem Bildungsministerium und dem Wirtschaftsministerium.

Professor Kauffold hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die weitere hardware- und softwareseitige Ausstattung der Schulen und Bildungsstätten eine sehr wichtige Komponente in den nächsten Jahren darstellen wird. Und ich sage hier ganz deutlich: Ich halte den Zeitraum von

vier Jahren, der erst einmal avisiert ist, eigentlich für zu lang, weil in vier Jahren ein Großteil der Technik, die heute gerade angeschafft wird und den neuesten Stand dokumentiert, schon wieder veraltet sein wird. Also hier werden wir uns sputen müssen und überlegen müssen, wie wir in der zeitlichen Umsetzung zu Verbesserungen kommen.

Lobenswert sind an dieser Stelle natürlich auch Initiativen der Wirtschaft hervorzuheben, die hier ganz massive Unterstützung angekündigt hat und zum Teil schon umsetzt. Ich nenne hier nur Microsoft, die Deutsche Telekom und andere Unternehmen, die im Bildungsbereich in den nächsten Wochen und Monaten wirksam werden.

Ich denke, dass es auch Aufgabe und Pflicht von Landes- und Bundesregierung sein wird, die berufliche und die akademische Ausbildung – bei aller Freiheit der Berufswahl – durch zielgerichtete Förderung und öffentliche Wertschätzung zu lenken, um hier arbeitsmarktpolitische und wirtschaftliche Effekte zu erzielen und Bedarfe zu decken. Und ich glaube, dass in dieser Richtung auch die jüngsten Änderungen beim Ausbildungspakt 2005 als wichtig zu begrüßen sind. Eine gewisse Lenkung der beruflichen Ausbildung wird notwendig sein und ist im Übrigen natürlich auch aus sozialpolitischer Verantwortung heraus notwendig, denn Arbeit ist Voraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand aller ihrer Mitglieder. Fehlinvestitionen auf diesem Sektor schaden den Arbeitnehmern ebenso wie den Arbeitgebern. Dies, denke ich, haben auch beide Sozialpartner erkannt, weshalb sie auch dem Inderwahn des Jürgen Rüttgers eine deutliche Absage erteilen. – Ich danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Bretschneider.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1224. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. –

(Annegrit Koburger, PDS:
Oh, wie technologiefeindlich!)

Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1224 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und einer Gegenstimme der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Überarbeitung des Operationellen Programms des Landes für die Förderperiode 2000 bis 2006, Drucksache 3/1215.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Überarbeitung des Operationellen Programms
des Landes für die Förderperiode 2000 bis 2006
– Drucksache 3/1215 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zunächst die Motive meiner Fraktion erläutern, die uns bewogen haben, diesen vorliegenden Antrag zu stellen. Ihnen allen ist noch unsere Kritik in den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres für den Haushalt des

Wirtschaftsministers in Erinnerung. Um noch einmal zu rekapitulieren, wir haben dort im Zusammenhang mit der Verwendung der EU-Fördermittel im Bereich EFRE insbesondere zwei Dinge kritisiert:

Erstens. Die Substitution von Landesmitteln durch Fördermittel der Europäischen Union – so unsere damalige Kritik – wird dem Zweck der Mittel, nämlich eine strukturschwache Region über die eigenen Möglichkeiten hinaus zu stärken, nicht gerecht. Vielmehr – so unsere damalige und heutige Kritik – wird der Versuch offenkundig, die wichtige und notwendige Haushaltskonsolidierung mit Strukturfondsmitteln zu bewältigen.

Zweitens. Die Schwerpunktsetzung bei der Verwendung der EFRE-Mittel ging deutlich zu Lasten der gewerblichen Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Meine Damen und Herren, so weit unsere damalige Kritik.

Inzwischen sind unsere Vorwürfe von damals allerdings nicht entkräftet, sondern eher noch erhärtet worden. In einem Entwurf der Europäischen Kommission zum gemeinschaftlichen Förderkonzept für die Ziel-1-Gebiete in Deutschland heißt es: „Mit 14,7 Prozent der gesamten Gemeinschaftsbeteiligung ist der Schwerpunkt ‚produktive Investitionen‘ schwächer ausgestattet als in den Operationellen Programmen der neuen Bundesländer.“

Genau das bedeutet allerdings nicht mehr und nicht weniger, als dass der Anteil der EU-Fördermittel für produktive Investitionen drastisch gesenkt wurde. Schlussfolgerung: Ganz offensichtlich ist diese Landesregierung nicht mehr der Auffassung, dass produktive Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern besonders unterstützt werden müssen. Das ist eine klare Botschaft. Wie aber, so muss ich wohl fragen, wollen Sie dann aber die von Ihnen ja auch geforderte Verbreiterung der unternehmerischen Basis im Land unterstützen? Mit deutlich weniger Engagement – nur so kann die Antwort lauten, die wir nicht akzeptieren. Es bleibt die Frage, meine Damen und Herren: Wohin geht denn das Geld, das nicht mehr für produktive Investitionen zur Verfügung steht? Auch hier ist die Antwort im zitierten Papier zu finden.

Eine massive Aufstockung erfolgt im Bereich Infrastruktur. Damit wir uns an dieser Stelle nicht falsch verstehen, auch wir halten die intensive Unterstützung des Infrastrukturausbaus für dringend geboten. Das wurde ja auch in dem jüngst veröffentlichten Gutachten zum Solidarpakt II noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht. Gerade in den qualitativ bedeutsamen Sektoren wie Schulen, Hochschulen und vor allem Straßen- und Wasserwirtschaft bestehen noch markante Defizite, so auch die Studie. Inhaltlich sind wir hier also vollständig beieinander. Warum allerdings dann die Strukturfondsmittel zu Lasten der Landesmittel eingesetzt werden, diese Erklärung ist uns die Landesregierung bis heute schuldig geblieben. Wir fordern deshalb eine Überarbeitung des OP mit der Maßgabe, verstärkt produktive Investitionen zu fördern, das heißt Geld aus der Infrastruktur in den Bereich GA und Aufstockung der Mittel im Infrastrukturbereich auf den gleichen Ansatz durch Einsatz von Landesmitteln.

Meine Damen und Herren, so weit zum ersten Teil unseres Antrages. Wir halten eine Überarbeitung des OP im eben skizzierten Feld für unbedingt geboten.

Nun zum zweiten Teil. Wir wollen von der Landesregierung wissen, wie die Umsetzung der einzelnen Struktur-

fonds im Land erfolgt. Lassen Sie mich das begründen. Das Land hat zusammen mit den Sozialpartnern das Operationelle Programm beraten und danach eingereicht. Das ist in Ordnung und ich begrüße das ganz ausdrücklich. Nun sollte man eigentlich davon ausgehen können, dass die Umsetzung auch entsprechend erfolgt, kann man aber nicht. Ich will Ihnen dies am Beispiel des ESF verdeutlichen. Wesentliche Mittel des ESF werden über das AQMV 2000 umgesetzt. Das ist überhaupt kein Problem. Es wird allerdings dann zum Problem, wenn das AQMV in wesentlichen Bereichen nicht den Intentionen des Operationellen Programms entspricht, das ja mit den Sozialpartnern abgestimmt war.

Meine Damen und Herren, wenn von dieser Seite dann bemängelt wird, dass die aktuellen Richtlinien des AQMV in 8 von 17 Fällen nicht mit dem OP übereinstimmen, so stellt sich schon die Frage, was für eine Politik hier betrieben wird. Die Vorwürfe, die gemacht werden, sind dann in jedem Fall als schwerwiegend zu bezeichnen. Nachverzerrung, fehlende Innovation, fehlende Förderung von Unternehmertegeist sind da nur Auszüge aus der langen Liste der Kritik und das kann meiner Meinung so nicht sein.

Nun kann und wird sich der Landesminister Holter sicherlich hier ans Podium stellen und verkünden, dass das für das Jahr 2000 noch nicht anders ging, weil ja der Haushalt und das AQMV geplant werden mussten.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt kommt Herr Eggert! – Sylvia Bretschneider, SPD:

Legen Sie das schon fest, Herr Riemann, wer von der Regierung spricht?)

Das mag ja alles sein und mit etwas gutem Willen kann man das auch noch akzeptieren. Es kann aber nicht angehen, dass das im kommenden Jahr so weiterläuft. Deshalb halten wir es für dringend geboten, dass die Landesregierung deutlich macht, wie in Zukunft mit den Strukturfonds und ihrer Umsetzung umgegangen wird. Wir halten diese Frage für außerordentlich wichtig, schließlich sind die Fördergelder der EU ein zentrales finanzielles Element zur Gestaltung von Landespolitik. Wir hoffen, dass Sie diese Auffassung teilen und hier der Zielsetzung unseres Antrages folgen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Vierkant.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Professor Eggert. Bitte, Herr Professor.

Minister Dr. Rolf Eggert: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Vierkant, um eins gleich mal vorneweg zu sagen: Wenn Sie immer wieder kritisieren, dass die Europäischen Strukturfondsmittel abgekoppelt werden von der Gemeinschaftsaufgabe, dann sage ich Ihnen nur mal, das mit absoluter CDU-Mehrheit geführte Land Sachsen hat bereits in der vorangegangenen Periode die EFRE-Mittel von der GA abgekoppelt und hat inzwischen im Übrigen überhaupt keine EFRE-Mittel mehr an die GA gekoppelt. Das nur mal zu Ihrer Information.

(Jörg Vierkant, CDU: Aber die liegen bei 25 Prozent und wir bei 40.)

Ich gehe auf Ihre Argumente ein.

Der Programmplanungsprozess für die Europäischen Strukturfonds in der Förderperiode 2000 bis 2006 befindet sich derzeit in einer ganz entscheidenden Phase. Die Europäische Kommission hat nach intensiven Verhandlungen mit der Bundesregierung und mit den neuen Ländern inzwischen den dritten Entwurf des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes vorgelegt. Dieser Entwurf hat bereits ein hohes Reifestadium, das heißt, das Dokument ist nicht mehr weit von seiner Endfassung entfernt.

Sie müssen mir erlauben, zur Erläuterung beziehungsweise auch zur Erinnerung etwas weiter auszuholen, auch wenn wir jetzt schon eine fortgeschrittene Stunde haben. Das Gemeinschaftliche Förderkonzept – kurz GFK genannt – wird von der Kommission auf Grundlage des Inputs erstellt, den Bund und Länder mit dem Regionalentwicklungsplan, mit dem so genannten REP, vorgelegt haben. Der Regionalentwicklungsplan Mecklenburg-Vorpommern wurde zusammen mit dem Operationellen Programm am 03.08.1999 vom Kabinett verabschiedet. Am 03.08.1999!

(Beifall Angelika Gramkow, PDS:
Ja, das war wirklich früh!)

Diese beiden Dokumente waren zuvor im Unterausschuss zum GFK-Begleitausschuss mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern und anderen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen abgestimmt worden. Das bedeutet, dass bereits spätestens seit Juli letzten Jahres die Schwerpunktsetzungen der Operationellen Programme öffentlich bekannt sind. Seit Juli vergangenen Jahres! Warum also, frage ich Sie, Herr Vierkant, wird erst ein Dreivierteljahr später eine Änderung der damals beschlossenen Größenordnungen beantragt, also heute, ein Dreivierteljahr später?

Nun ist es beileibe nicht so, dass ein Antrag auf Überarbeitung des Operationellen Programms selbst zum damaligen Zeitpunkt eine Berechtigung gehabt hätte. Ich werde Ihnen das erläutern. Für den Regionalentwicklungsplan ist eine volkswirtschaftliche Analyse der Ergebnisse des Mitteleinsatzes in der Förderperiode 1994 bis 1999 vorgenommen worden. Und diese Analyse hatte beispielsweise zum Ergebnis, dass die Diversifizierungsprozesse innerhalb des verarbeitenden Gewerbes weiter voranzutreiben sind. Eine Konzentration der Investitionsförderung auf diesem Sektor hat neben den direkten positiven Effekten auch indirekte Wirkungen im Baugewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Also diese Analyse war Ausgangspunkt für das REP, was wir in diesem Lande verabschiedet haben.

Man kam ferner zu dem Ergebnis, dass die Förderung stärker auf Investitionsgüter- und Finalproduzenten auszurichten ist, da diese in der Regel eine vergleichsweise hohe Wertschöpfung realisieren. Außerdem sind sie in der Lage, hochwertige, einkommensstarke Arbeitsplätze zu schaffen. Eine weitere zentrale Erkenntnis der Untersuchungen war, dass die Informations- und Kommunikationstechnologien in weiteren Anwendungsbereichen zu nutzen sind und dass die Einbeziehung der vorhandenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in Unternehmensnetzwerke voranzutreiben ist. Auch das – über dieses Thema haben wir heute lang und breit gesprochen –

hat Eingang gefunden. Der Grundtenor der Aussage der Analyse ist somit klar: Wir müssen von der Förderung mit der Gießkanne Abstand nehmen. Es ist eine Binsenweisheit, aber sie stimmt: Nicht jede in produktives Sachkapital investierte Fördermark erbringt den gleichen Nutzen.

Die Dimension des Mittelansatzes bei den produktiven Investitionen leitet sich daneben aus dem beobachteten Trend beim Investitionsverhalten der Unternehmen ab. Bis zur Mitte der neunziger Jahre bestand ein hoher Bedarf an Nachholinvestitionen. Das steht im Übrigen auch in der Studie, die Sie erwähnt haben. Seitdem weist der Trend bei den Bruttoanlageinvestitionen in Mecklenburg-Vorpommern im gewerblichen Bereich nach unten. Diese Tendenz ist in allen neuen Bundesländern zu beobachten, nicht nur wir haben das beobachtet. Sie können es, wie gesagt, in dieser Studie in dem neuesten Investitionstest Ost des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung nachlesen.

Hier kommt man zu dem Ergebnis, dass die Investitionen der ostdeutschen Industrie noch weitere ein bis zwei Jahre sinken werden. Die Wirtschaftsstruktur Mecklenburg-Vorpommerns mit vielen kleinen Unternehmen im produzierenden Gewerbe und sehr vielen Kleinstunternehmen im Dienstleistungssektor lässt darüber hinaus den Rückschluss zu, dass zumindest auf absehbare Zeit förderfähige Investitionsvorhaben überwiegend geringere Investitionsvolumina realisieren. Im Bereich der gastgewerblichen Unternehmen, die zwischen 1994 und 1998 allein ein förderfähiges Investitionsvolumen von etwa 1 Milliarde Euro repräsentierten, ist die Aufbauphase abgeschlossen. In weiten Bereichen der Fremdenverkehrswirtschaft verfügen wir heute über hinreichende Kapazitätsreserven.

Meine Damen und Herren, was wird denn nun eigentlich kritisiert? Etwa die Ausstattung des OP-Schwerpunktes „Produktive Investitionen“ mit 15,3 Prozent der Strukturfondsmittel? Ich will Ihnen sagen, welche Zahlen sich dahinter verbergen. Der Anteil steht für eine Gemeinschaftsbeteiligung von rund 361 Millionen Euro oder mehr als 700 Millionen DM. Es darf erwartet werden, dass in den Jahren bis 2006 über die Verknüpfung mit nationalen und privaten Mitteln mehr als 3 Milliarden DM an Gesamtinvestitionsvolumen im gewerblichen Bereich ausgelöst werden. 3 Milliarden DM! Diese Summe macht etwa 28 Prozent des gesamten veranschlagten Programmvolumens aus und über den so genannten Leverage-Effekt gelingt es uns damit, die direkte Förderung ...

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Rechnen Sie mal die privaten Investitionen
gleich mit ins Programmvolumen ein!)

Ja, natürlich, das müssen Sie doch machen, Herr Riemann. Wenn Sie das nicht mit ins Feld führen, dann gehen Sie doch von völlig falschen Zahlen aus. Sie können doch nur die verlorenen Zuschüsse werten.

Das heißt, über den Leverage-Effekt gelingt es uns damit, die direkte Förderung der gewerblichen Wirtschaft zur zweitgrößten Position nach der Entwicklung des ländlichen Raums zu machen. Im Übrigen: Auch hinter dem Schwerpunkt „Entwicklung des ländlichen Raums“ verbergen sich beträchtliche Anteile investiver Maßnahmen.

Nun hat die Anpassung des Schwerpunktes „Gewerbliche Wirtschaft“ ihre Entsprechung in der Aufstockung des Schwerpunktes „Infrastruktur“. Sie sind ja schon darauf

eingegangen. Meine Damen und Herren, den Schwerpunkt „Infrastruktur“ haben wir nicht umsonst mit 27,5 Prozent aller Strukturfondsfördermittel ausgestattet. Die Verlagerungen in den Bereich der weitestgehend unternehmensorientierten Infrastrukturmaßnahmen sind ganz einfach folgerichtig. Eine weitere Diversifizierung innerhalb des verarbeitenden Gewerbes und eine erhöhte Wertschöpfung im Bereich der Dienstleistungen sind zentrale Ziele der Wirtschaftspolitik des Landes und sie werden mit aller Kraft verfolgt. Dennoch kann der Prozess der sektoralen Transformation der Wirtschaft unseres Landes als weitgehend abgeschlossen gelten. Worauf kommt es in erster Linie jetzt an?

Es gilt, die in den vergangenen Jahren getätigten Investitionen im gewerblichen Sektor wie auch im Dienstleistungsbereich – und hier insbesondere auch im Tourismus – abzusichern. Die ansässigen Unternehmen müssen ein Umfeld für bessere Wachstumsbedingungen erhalten. Die Standorte des Landes müssen überdies noch attraktiver für die Ansiedlung neuer Betriebe werden.

Es ist insbesondere die Verkehrsinfrastruktur, die das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessern muss, um die Verbindung mit den überregionalen Märkten zu intensivieren. Die von uns nun forcierte Infrastrukturförderung wird harte wie auch weiche Standortfaktoren des Landes weiter verbessern und damit Bürgern und Unternehmen von großem Nutzen sein. Wir haben in den neuen Ländern allein 1,9 Milliarden DM, die zusätzlich faktisch an Strukturfondsmitteln in die neuen Länder kommen, im Bereich der Infrastruktur eingesetzt, und davon rund 700 Millionen hier im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang, dass Infrastrukturförderung mittelbar immer auch Förderung der gewerblichen Wirtschaft ist. Die Umsetzung von Infrastrukturprojekten wird schließlich von der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere der Bauwirtschaft, vorgenommen.

Und noch eines möchte ich zu bedenken geben, meine Damen und Herren: Mecklenburg-Vorpommern hat im Interventionszeitraum 1994 bis 1999 den EFRE durchgängig zu 100 Prozent an die Investitionsförderung angebunden. Andere neue Bundesländer – ich bin schon darauf eingegangen – haben die hierzulande mit dem vorliegenden OP eingeleitete teilweise Entkopplung von GA und EFRE bereits in der abgelaufenen Förderperiode vorgenommen. Und auch dies gilt es zu berücksichtigen, wenn man zu einer sachgerechten Bewertung der Ausstattung der Förderschwerpunkte des Operationellen Programms kommen will.

Um noch einmal zum Beginn meiner Ausführungen zurückzukommen: Detailregelungen und -anforderungen des Programmplanungsprozesses sind in der Tat oft sehr spät von der Europäischen Kommission offengelegt worden und auch der Rücktritt der Kommission unter Herrn Santer und nachfolgende Umstrukturierungen haben da eine Rolle gespielt. Aufgrund der Anstrengungen aller an diesem Prozess Beteiligten ist eine Genehmigung des „Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes“ heute jedoch in greifbare Nähe gerückt. Und es ist uns bei den Gesprächen des Ministerpräsidenten und mir von Herrn Banier auch noch einmal bestätigt worden. Eine Überarbeitung des OPs – wenn sie denn überhaupt irgendeine Berechtigung hätte – käme jetzt absolut zur Unzeit. Sie

würde den Startschuss für die europäischen Fördergelder nicht nur in unserem Land, sondern wahrscheinlich auch in allen anderen neuen Bundesländern verzögern. Das können Sie doch nicht ernsthaft wollen!

Lassen Sie mich zusammenfassen, meine Damen und Herren. Aus zahlreichen gewichtigen Gründen gibt es keinerlei Veranlassung für eine Überarbeitung des Operationellen Programms des Landes. Noch einmal die wichtigsten Punkte in Kürze:

Die finanziellen Größenordnungen des OPs sind mindestens seit Juli 1999 öffentlich bekannt. Die in der Vergangenheit betriebene Förderung über eine breite Palette von Wirtschaftszweigen ist stärker auf Schlüsselbranchen zu orientieren. Im gewerblichen Bereich werden zwischen 2000 und 2006 voraussichtlich etwa 3 Milliarden DM an Gesamtinvestitionsvolumen angeschoben. Die besonderen Anstrengungen im Schwerpunkt „Infrastruktur“ werden die im gewerblichen Sektor wie auch im Dienstleistungsbereich getätigten Investitionen absichern. So viel zum ersten Teil Ihres Antrages.

Im zweiten Teil Ihres Antrages, Herr Vierkant, wird ein Bericht über Umsetzungserfahrungen mit den einzelnen Strukturfondsprogrammen gefordert. Dazu möchte ich Folgendes anmerken: So, wie das Ansinnen einer Überarbeitung des Operationellen Programms zu spät kommt, kommt diese Berichtsforderung zu früh. Denn selbstverständlich wird die Landesregierung dem Parlament auch unaufgefordert über die Erfahrungen mit der Umsetzung des neuen Programms berichten.

(Wolfgang Riemann, CDU: So, wie Sie mit unseren Kleinen Anfragen umgehen als Landesregierung, habe ich erhebliche Zweifel daran.)

Das geschieht, sobald hinreichende Ergebnisse vorliegen. Ich darf in Erinnerung rufen, dass wir uns am Beginn der Förderperiode befinden. Umfassende und gehaltvolle Erkenntnisse können zum heutigen Zeitpunkt nicht ernsthaft erwartet werden. Was ich an dieser Stelle aber gerne tun will, ist, anhand einiger Beispiele aufzuzeigen, wie die Förderung im neuen Programmplanungszeitraum der EU so übergangslos wie möglich durchgeführt wird.

Zum Hintergrund: Am 22. November vergangenen Jahres hat die Kommission das Operationelle Programm des Landes als prüffähig entgegengenommen. Mecklenburg-Vorpommern gehörte damit zu den ersten Ländern, die das Testat „prüffähig“ bekamen. Das Datum 22. November 1999 ist von Bedeutung, weil seit diesem Tage im Rahmen des Programms förderfähige Ausgaben bezuschusst werden können. Strukturfondsmittel werden selbstverständlich erst nach der Programmgenehmigung fließen können. Ich will Ihnen erläutern, wie wir in dieser Situation mit dem EFRE verfahren.

Nach wie vor werden beachtliche Anteile der EFRE-Mittel an die Gemeinschaftsaufgabe gebunden. Die Bundesrepublik Deutschland stand hier vor einem Förderhinderis und das war nicht die ausstehende OP-Genehmigung. Die beihilferechtliche Genehmigung des 29. Rahmenplanes durch die Kommission musste erreicht werden. Das war eine wichtige Aufgabe und die liegt nun seit einigen wenigen Tagen endlich vor. Damit ist die letzte und entscheidende Barriere in der Investitionsförderung beseitigt. Bescheide werden jetzt ausgefertigt. Es sind Landesgelder, die jetzt fließen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Anfang April!)

Sobald die OP-Genehmigung vorliegt, setzt die Kofinanzierung aus dem EFRE ein. Und es ist natürlich auch klar, wenn Sie das AQMV beanstanden, muss natürlich aus Landesmitteln eine Vorfinanzierung gemacht werden, damit wir das dann nachher ablösen können durch die entsprechenden ESF-Mittel.

Auch in anderen Einsatzbereichen des EFRE erfolgen Bewilligungen bereits vor der OP-Genehmigung. So erhielt der Landestourismusverband Zuwendungen, die mit EFRE-Mitteln kofinanziert werden. Der Verband hat kontinuierlich werbliche Maßnahmen umzusetzen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir können die Imagepflege des Landes nicht in der Nachsaison weitermachen. Vom 20. April bis 3. Juni fährt unser Ausstellungsschiff, dafür mussten die Gelder bereit gestellt werden.

Der Punkt ist also: Sollte die Kommission eine Einzelmaßnahme, die jetzt eine Bewilligung erfährt, nicht als EFRE kofinanzierungsfähig billigen, dann ist das nicht gleich das Ende für diese Maßnahme. Wir haben dafür Vorkehrungen getroffen. Der Bewirtschaftungserlass des Finanzministeriums vom 22.12.1999 erlaubt es, Ausgabumschichtungen vorzunehmen, im Rahmen derer Aufanglösungen möglich sind.

Ganz knapp möchte ich noch auf den Stand der Umsetzung in den anderen Fonds eingehen. Beim EAGFL sind in den Bewilligungsstellen die Vorbereitungen für den Programmstart getroffen worden. Hier wird für die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz eine Zwischenlösung angestrebt. In Kürze werden Landkreise und die Ämter für Landwirtschaft ermächtigt, Genehmigungen für den vorzeitigen Maßnahmebeginn im Bereich Flurneuordnung, Wegebau und Dorferneuerung zu erteilen. Damit soll die kontinuierliche Förderung bis zur Genehmigung des OPs gesichert werden. Das Ministerium für Arbeit und Bau finanziert die ESF-Förderung auf der Basis des Bewirtschaftungserlasses des Finanzministeriums mit Landesmitteln vor. Mit der Förderung nach dem Landesprogramm „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“ wurde am 1. März 2000 begonnen.

Der Fischereifonds FIAF schließlich nimmt Anträge auf Fördermittel der Periode 2000 bis 2006 zur Bearbeitung entgegen. Darüber hinaus wird in Abstimmung mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium der vorzeitige Maßnahmebeginn für Einzelmaßnahmen zugelassen. Nach Genehmigung des FIAF-OPs, die für den Frühsommer erwartet wird, können dann ganz zeitnah auch Bewilligungen ausgesprochen werden.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich schließen. Es müsste, meine ich, allen klar geworden sein: Eine Überarbeitung des Operationellen Programms wäre ein abwegiges Unterfangen und die Umsetzung der Förderung geht unter den gegebenen Umständen bestmöglich vonstatten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Kassner von der Fraktion der PDS.

Kerstin Kassner, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gegenwärtig wird sehr konzentriert an der Formulierung und Ausgestaltung der Entwicklungsschwerpunkte und Handlungsfelder für den Einsatz der Strukturfonds im neuen Förderzeitraum 2000 bis 2006 gearbeitet, aber das Prozedere ist ins Stocken geraten. Wir haben heute den 12. April 2000. Es müsste also schon längst damit begonnen worden sein, das umzusetzen. Stattdessen ist das Förderkonzept eben immer noch nicht durch die Kommission durch, das heißt, noch nicht beschlossen. Wenn also die Förderung von Projekten nicht unterbrochen beziehungsweise neue Vorhaben nicht gefährdet werden sollen, so sind Eile und zügiges Arbeiten geboten.

Am 3. August vorigen Jahres hat das Kabinett den Entwurf des Operationellen Programms als Arbeitsgrundlage für die Abstimmung mit der Europäischen Kommission bereits beschlossen. Dabei wurden bewusst andere Maßstäbe der Verteilung der Mittel vorgesehen. Das hat der Wirtschaftsminister hier sehr deutlich dargelegt. Es ist so, das wissen Sie alle, dass für den Zeitraum 1994 bis 1999 etwa 30 Prozent der Strukturfondsmittel für den Schwerpunkt Nummer 1 „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen“, und nur etwa 10 Prozent der Mittel für den Schwerpunkt Nummer 2 „Infrastrukturmaßnahmen“ eingesetzt wurden.

Wir waren damals das einzige der Länder, das so eine strikte Bevorzugung der einzelnen betrieblichen Investitionen vornahm. Alle anderen Länder hatten einen größeren Schwerpunkt auf den Ausbau der Infrastruktur gelegt. Der Anteil von zehn Prozent war das Minimum von dem, was überhaupt möglich war. Weniger durfte nicht sein.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Diese Entwicklung führte nun zu der Situation, dass wir in einzelnen Unternehmen einen hohen technischen Standard erreicht haben, aber genau diese Unternehmer jetzt immer deutlicher zum Ausdruck bringen, dass der ungenügende Ausbau der Infrastruktur zum Hemmnis für die weitere Entwicklung ihrer Betriebe wird.

Mecklenburg-Vorpommern hat zwar ein modernes Kommunikationssystem, der Ausbau der Landesstraßen und – gucken Sie sich um in Ihren Wahlkreisen – in noch erheblicherem Maße der Ausbau der Straßen der Kommunen beziehungsweise der Kreise ist sehr zurückgeblieben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da geht aber das Geld nicht hin, Frau Kassner. Das wissen Sie auch!)

Das gilt im Weiteren auch für die Entwicklung der so genannten weichen Standortfaktoren, die für die Unternehmen eine immer größere Bedeutung erlangen.

Im Haushalt 2000 sind erste Schritte für die Umsetzung dieser Philosophie gegangen worden. Der Haushalt des Wirtschaftsministeriums sieht 70 Millionen DM aus den EFRE-Mitteln für den Straßenbau und 36,2 Millionen DM für die Förderung von Technologie, Konversion und erneuerbarer Energien, für die Förderung der Verbesserung des Managements der Unternehmen, die Begleitung von regional bedeutsamen Unternehmen

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist doch alles sehr vernünftig.)

sowie für Werbemaßnahmen im Export und im Tourismus vor. 67 Millionen DM können die Ministerien außerhalb des Wirtschaftsministeriums für die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen einsetzen, wohlgemerkt außerhalb. Das kommt ganz sicher auch produktiven Unternehmen zugute.

Wenn Sie den Haushalt nun unter dem Gesichtspunkt Ihres Antrages analysieren, so wird deutlich, dass wir zwar weniger direkte Investitionshilfe darin eingeräumt haben, dass aber ein wesentlich größeres Auftragsvolumen für Unternehmen möglich geworden ist. Mittel für Straßenbau sind eindeutig Aufträge für die Bauwirtschaft.

(Jörg Vierkant, CDU: Es werden
die Landesmittel abgesenkt.)

Zum Beispiel 3,7 Millionen DM für Werbemaßnahmen für Außenhandel und Tourismus gehen ganz sicher in die Werbeindustrien. Auch Dienstleistungs- und Forschungsunternehmen können von dieser Umverteilung profitieren. Ich denke, diese Mittel sind wirklich in erster Linie tatsächlich Mittel für Wirtschaftsförderung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann gucken
Sie sich doch mal die Arbeitsmarkt-
zahlen im Baubereich an!)

Na ja, also, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie sagen das
alles so positiv. Für Sie ist das alles okay. –
Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling)

Diese Branche ist nicht so positiv, aber das hat andere Ursachen und die müssten wir dann an der Stelle, wo sie hingehört, analysieren, aber nicht an diesem Punkt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann fragen wir
doch mal nach Staatshochbau oder Kommunal-
bereich. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine Damen und Herren, damit erfüllen wir auch das Kriterium eins eben dieses gemeinschaftlichen Förderkonzepts, denn das lautet ja „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft“. Da dies nun nicht durch Investitionszuschüsse, sondern durch die Finanzierung von Arbeiten geschehen kann, ist es eine allgemeine Erkenntnis. Darüber, glaube ich, brauchen wir hier nicht zu streiten.

Für die kleinen und mittleren Unternehmen wird auch nach der Veränderung genügend Geld übrig bleiben. Gucken Sie sich das Kapitel 603 an! Von den dort eingestellten 430 Millionen DM können sehr viele Unternehmen, insbesondere kleine, unterstützt werden. Das zu dem inhaltlichen Problem, das Sie in Ihrem Antrag benannt haben.

Ein weiteres Problem sehen wir in dem zeitlichen Ablauf. Wenn man davon ausgeht, dass bis Ende Mai das gemeinschaftliche Förderkonzept von der Kommission beschlossen wird und damit im Juni die Voraussetzung für die Freigabe der Strukturfondsmittel geschaffen werden kann, dann kann Mecklenburg-Vorpommern jetzt nicht darangehen, das Operationelle Programm zu ändern. Damit würden wir tatsächlich die zügige Diskussion erheblich erschweren und dies würde zu Verzögerungen der Bestätigung führen. Und genau das können wir doch hier alle nicht wollen.

Zum zweiten Teil des Antrages möchte ich nur anführen, dass schwer über etwas zu berichten ist, was

noch nicht begonnen hat. Aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, werden wir den vorliegenden Antrag ablehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Vierkant von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Vierkant.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Wirtschaftsministers waren sehr ergiebig für mich. Ich kann also einen Teil meines Vortrages oder meiner Rede hier einsparen. Aber, Herr Minister Eggert,

(Heiterkeit bei Minister Dr. Rolf Eggert)

wie Sie so diese zeitlichen Schienen dort hingezaubert haben, dass wir mit dem Punkt 1 viel zu spät gekommen wären und der Punkt 2 überhaupt noch nicht realisierbar wäre, Sie können uns alles vorhalten, aber den Punkt 1 haben wir doch wirklich seit der Haushaltsdebatte permanent eingefordert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Substitution von Landesmitteln durch EFRE-Mittel in dieser Weise und in diesem Umfange haben wir immer angemahnt und kritisiert, und das, wie gesagt, permanent seit der Haushaltsdebatte. Wir kommen ja heute nicht zum ersten Mal mit unserer Kritik und unseren Problemen.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Und, Herr Eggert, natürlich weiß auch ich, wie schwierig es ist, in einem Haushalt die Investitionsquote hoch zu halten. Aber es ist doch einfach so, dass mit einer Investitionsquote von 22,8 Prozent Mecklenburg-Vorpommern einen hinteren Platz bei den Ländern einnimmt. Hier geht es nicht ...

(Ministerin Sigrid Keler: Nee. –
Angelika Gramkow, PDS: Nennen
Sie doch mal die absolute Zahl!)

Das sind etwa 2,5 Milliarden DM, Frau Gramkow, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr! –
Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Wie ist die Zahl? Kennen Sie sie?

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, 3,2 Milliarden!)

2,56.

(Sigrid Keler, SPD: 3,2 Milliarden.)

Ja? Okay.

(Angelika Gramkow, PDS: Und dann sagen
Sie mir bitte jetzt, wie das in den Ländern
aussieht! – Zuruf von Sigrid Keler, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Was ist das denn hier?)

Darum geht es doch nicht.

Präsident Hinrich Kuessner: Die Ministerin hat sich verwandelt als Abgeordnete. Als Abgeordnete kann sie reden.

Jörg Vierkant, CDU: Ja, ich sehe schon, wenn Frau Keler der Stuhl da hinten zu heiß wird, dann nimmt sie des Öfteren dort Platz.

(Sigrid Keler, SPD: Und wenn so ein Unfug geredet wird, müssen wir schon mal einschreiten.)

In Ordnung, wenn Sie die Zahl auf 3,2 beziffern, dann lasse ich mich gern belehren. Fakt ist aber, dass wir vom Ansatz sehr hinter den neuen Bundesländern prozentual hinterherhinken

(Sigrid Keler, SPD: Aber das ist falsch!)

und den Einsatz der EFRE-Mittel ...

(Sigrid Keler, SPD: Herr Vierkant, das ist falsch!

Wir liegen nach Sachsen an zweiter Stelle. –
Unruhe bei Dr. Ulrich Born, CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Keler, ich bitte, Herrn Vierkant jetzt reden zu lassen.

(Heiterkeit bei Sigrid Keler, SPD)

Jörg Vierkant, CDU: ... zusätzlich noch eingestellt haben.

Wenn es schon schwer ist, um darauf noch einmal Bezug zu nehmen, im öffentlichen Haushalt die Investitionsquote hoch zu halten, kommt es um so mehr darauf an, durch den Einsatz von Fördermitteln zusätzliche Investitionen anzuregen. Dies ist ja auch immer der Grundsatz aller bisherigen Förderprogramme gewesen, insbesondere im Zuschussbereich, mit möglichst geringem öffentlichen Mitteleinsatz möglichst hohe Investitionszahlen zu erreichen.

Das Ziel der Europäischen Union ist es, mit Mittelstrukturfondsinterventionen und dementsprechender nationaler Kofinanzierung eine Steigerung des Sozialproduktes im deutschen Ziel-1-Gebiet von 4,6 auf 4,9 Prozent sowie eine zusätzliche Erwerbstätigkeit von 180.000 bis 195.000 Menschen letztlich zu erreichen. Ich muss mich an dieser Stelle wiederholen, um den entscheidenden Punkt noch einmal aufzuwerfen. Der EU-Kommission ist es eben aufgefallen, dass Mecklenburg-Vorpommern lediglich – diese Zahl habe ich hier – eine absolute Summe von 2,46 Milliarden DM an Gemeinschaftsmitteln für so genannte produktive Investitionen einsetzt. Die Zahl stimmt sicherlich.

(Sigrid Keler, SPD: Kann ich nicht nachvollziehen. – Angelika Gramkow, PDS:
Das müssen Sie uns vorrechnen. –
Sigrid Keler, SPD: Die müssen Sie
uns vorrechnen, Herr Vierkant.)

Genau das sind eben diese 14,7 Prozent. Und dieses sind prozentual gesehen weniger als die Hälfte der eingesetzten Mittel in der vergangenen Förderperiode von 1994 bis 1999. Dort lagen wir bei etwa 32,5 Prozent.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Zinsen für die Verschuldung, die uns das gekostet hat, haben wir natürlich auch zu tragen, zumindest bis '96.)

Auch das müssen Sie wohl so akzeptieren, wobei ich mir vorstellen kann, dass die Landesregierung hier sehr schnell wiederum mit einer Argumentation zur Hand ist, die da lauten könnte – und Herr Eggert hat sie auch schon gebracht –, dass die Investitionsneigung inzwischen eben nachgelassen hat und dass die Länder, die für uns in gewisser Weise auch Vorbild sein sollten, Sachsen und Thüringen beispielsweise,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, wie können die denn Vorbild sein für uns?
Da ist doch die CDU am Ruder.
Die können doch nicht Vorbild sein.)

jeweils mehr, das habe ich auch bereits erwähnt, als 25 Prozent der zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsmittel für produktive Emissionen

(Sigrid Keler, SPD: Also Sie verwechseln hier Äpfel mit Birnen.)

und damit also für Forschung, Technologie und, und, und einsetzen.

In unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, diesen Sachverhalt zu überprüfen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie gehen hier an die Sache ran wie der Sender Jerewan. – Heiterkeit bei Sigrid Keler, SPD)

und nicht nur zu erklären, sondern zu verändern. Herr Eggert, es wäre auch wünschenswert, wenn Sie vielleicht etwas sagen könnten zu dem, was 2001 vorgesehen ist, ob wir dort in gleicher Weise verfahren wollen

(Sigrid Keler, SPD: Sie kennen doch die Mittelfristige.)

oder ob wir in 2000 eine besondere Situation hier gehabt haben. Das interessiert uns in erster Linie, wie es also in Zukunft aussieht und wie hier im Lande dann auch mit diesen weiteren Strukturfondsmitteln umgegangen wird. Das wäre unser Antrag. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

(Sigrid Keler, SPD: Mach's kurz!)

Erhard Bräunig, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren, die noch hier sind! Um es gleich vorwegzunehmen: Ich kann dem eigentlich kaum etwas hinzufügen, was der Minister Eggert gesagt hat. Selbstverständlich, natürlich ist es so, Herr Vierkant, nachdem im Sommer 1999 das Programm beschlossen worden ist, wird man heute nicht mehr dazu übergehen, es überarbeiten zu lassen. Das hätte fatale Folgen. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Ich glaube, die Verantwortung wäre viel zu groß, als dem Antrag hier zuzustimmen.

Das Zweite ist, das Anliegen, das wir ablehnen, weil der Zeitraum viel zu kurz ist, jetzt schon irgendwelche Auswirkungen des Operationellen Programms darzulegen, geht auch nicht. Es wäre eigentlich genug Zeit gewesen, um Kritik und Änderungsvorschläge anzubringen. Jetzt kommen sie eigentlich eindeutig zu spät.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Dennoch möchte ich kurz auf das eigentliche Anliegen zurückkommen, auf die stärkere Berücksichtigung insbesondere produktiver Investitionen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Minister Eggert hat es deutlich dargelegt, warum sich die prozentuale Verteilung zwischen produktiven Investitionen und Investitionen in der Infrastruktur notwendigerweise geändert haben. Wir begrüßen daher die Entscheidung der Landesregierung, den Schwerpunkt verstärkt auf Infrastrukturmaßnahmen zu setzen, denn das bringt das Land deutlich voran und wirkt sich nachhaltig auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität in Mecklenburg-Vorpommern aus und schafft Arbeitsplätze in Unternehmen in unserem Land. Ich

meine, wir sind uns wahrscheinlich alle einig gewesen über den Bau der A 20 bis nach Stettin. Und ich nehme an, wir sind uns auch darin einig,

(Heike Lorenz, PDS: Wir sind uns alle einig gewesen.)

dass der Bau der A 20 als Infrastrukturmaßnahme die Wirtschaft dort mehr fördern würde, als wenn sie nicht käme. Insofern sind unsere ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber, Herr Bräunig, da halten wir nur still. – Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Ja, gut. Okay, ich spreche von Infrastrukturmaßnahmen. Ja, okay.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ja, das bedauere ich aber nicht, Herr Schoenenburg. Es wäre schön, wenn Sie zustimmen würden. Ich kann Ihre Haltung auch nicht verstehen, was Autobahnen betrifft. Dafür habe ich kein Verständnis, aber bedauerlicherweise ist das so. Das muss ich zur Kenntnis nehmen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja sicher, deswegen haben wir es ja auch nur richtiggestellt. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Jaja, das ist ja auch kein Problem für mich, Herr Schoenenburg. Ich nehme an, für Sie auch nicht.

Meine Damen und Herren, zum zweiten Teil des vorliegenden Antrages ist zu sagen, die Forderung der CDU nach dem Bericht der Landesregierung über die Umsetzung – das sagte ich schon – des Operationellen Programms kommt zu früh. Wir befinden uns erst ganz zu Beginn der neuen Förderperiode. Wir sollen daher umfassende Erkenntnisse vorlegen, aus denen man bereits Erfahrungen und Rückschlüsse ziehen kann. Zu einem späteren Zeitpunkt sollten wir sicherlich noch einmal über dieses Thema diskutieren. Zu dem Einwurf von Herrn Riemann, der da sagt, die Kleinen Anfragen werden auch nicht beantwortet, meine ich, Sie haben die Möglichkeit,

(Wolfgang Riemann, CDU: Berichte werden nicht geliefert und Kleine Anfragen werden nicht ordentlich beantwortet.)

nach einem späteren Ablauf der Programme den Antrag noch mal zu stellen. Aber insofern, aus den genannten Gründen, die hier schon mehrfach gesagt worden sind, lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Da hätten Ihr ja nun wirklich zustimmen können.)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1215. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1215 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Landesregierung – Einwilligung des

Landtages gemäß § 63 Absatz 1 LHO zur weiteren Beteiligung des Landes an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Drucksache 3/1210.

**Antrag der Landesregierung:
Einwilligung des Landtages gemäß
§ 63 Absatz 1 LHO zur weiteren
Beteiligung des Landes an Gesellschaften mit beschränkter Haftung
– Drucksache 3/1210 –**

Das Wort zur Begründung hat der Minister für Arbeit und Bau Herr Holter. Bitte sehr.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung wurde auf der 22. Sitzung am 24. Juni 1999 vom Landtag beauftragt, die auf Landesebene vorhandenen beschäftigungspolitischen Trägergesellschaften, die TGL Mecklenburg-Vorpommern und die TGS Schiffbau auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Außerdem sollte bis zum 31. März dieses Jahres ein Konzept zur Weiterentwicklung beziehungsweise Straffung der Trägerstruktur entwickelt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und dem Landtag berichtet.)

Immer mit der Ruhe, Herr Riemann, immer mit der Ruhe. Diesem Auftrag hat sich das Ministerium für Arbeit und Bau als zuständiges Ressort gern gestellt, da ohnehin bis Jahresmitte über das Fortbestehen beider Träger entschieden werden muss. Anderenfalls enden die Gesellschaften am 31.12.2000.

Nun werden einige von Ihnen vielleicht meinen, Letzteres wäre nicht die schlechteste Lösung, zumindest aber die sparsamste Lösung. Können wir uns in Mecklenburg-Vorpommern die Struktur überhaupt länger leisten? Diese Frage, meine Damen und Herren, bewegte mich auch. Angesichts der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit im Lande ist es eine sehr schwerwiegende Frage mit weitreichenden Konsequenzen – je nachdem, wie die Antwort ausfällt. Und, Herr Riemann, an der Stelle sind wir jetzt. Wir haben den Auftrag erfüllt und zum 31.03. den Landtag mit der vorliegenden Drucksache über unser Arbeitsergebnis informiert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dazu
kommen wir noch, Herr Holter.)

Ja, ich weiß, dass Sie noch dazu kommen.

Der aktuelle Entscheidungsbedarf hat uns zu einer intensiven Evaluation der TGL und der TGS geführt. Mitte 1999 wurde ein intensiver Diskussionsprozess mit den Gesellschaftern eingeleitet. Relativ schnell zeichnete sich ab, dass die von den Trägergesellschaften angebotenen Beratungsleistungen sowohl für die Beschäftigungsträger als auch für die Kommunen und die bestehenden Wirtschaftsunternehmen weiterhin als dringend notwendig erachtet werden, um Arbeitsmarktpolitik kreativ im Lande umsetzen zu können. Allerdings stellte ich in vielen Einzelgesprächen auch fest, dass es bei den bisher erbrachten Leistungen der TGL Kritikpunkte gab. Daher habe ich ein Beratungsinstitut beauftragt, eine Wirksamkeitsanalyse zur Tätigkeit der TGL zu erstellen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Im Ergebnis bestätigte sich, dass bei den arbeitsmarktpolitischen Akteuren ein großer Bedarf an solider hochwertiger Beratung durch die Trägergesellschaft besteht,

jegliche Konkurrenzsituation der TGL jedoch zu diesen arbeitsmarktpolitischen Akteuren ausgeschlossen werden muss. Dennoch will ich ausdrücklich sagen, die Verdienste der TGL in der Vergangenheit, insbesondere für den ländlichen Raum, sind deutlich besser als ihr Image. Besonders betonte das der Bauernverband mit einer Äußerung, die ich hier gerne zitiere: „Wenn es die TGL nicht gäbe, müsste sie erfunden werden.“

Dennoch sah sich das Land als Hauptgesellschafter aufgrund der Befragungsergebnisse veranlasst, im dritten Quartal 1999 eine Wende in der Personalstruktur der TGL inklusive Geschäftsführerwechsel herbeizuführen. Die Gesellschafter der TGS Schiffbau hatten ja, wie Sie den Beratungsunterlagen entnehmen können, eine Neuausrichtung der Gesellschaft bereits Ende 1996 erfolgreich in Angriff genommen. Diese Neuausrichtung haben wir nun auch gemeinsam mit den Gesellschaftern der TGL auf den Weg gebracht.

Ich möchte einige Ausführungen zu den Ergebnissen seit 1996 machen. Die Leistungen können Sie der Landtagsdrucksache entnehmen. Deswegen möchte ich mich auf folgende Punkte beschränken: Die TGL hatte in den vergangenen Jahren einen hohen Anteil daran, dass Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger in den Landkreisen und Gemeinden in geförderte oder ungeforderte Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden konnten. Hierzu liefen erfolgreich abgeschlossene Modellprojekte in den Landkreisen Rügen und Müritz, in die 1.200 Personen einbezogen waren. Ebenfalls über ein Modellprojekt initiierte die TGL zusammen mit der Arbeitsverwaltung und im Auftrag des Landes eine beachtliche Zahl von Vergabe-ABM. Dadurch wurden vor allem kommunale Investitionen unterstützt. 750 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten so in Wirtschaftsunternehmen beschäftigt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Welches
war der Anteil der Landesgesellschaft
daran? Welches war der Anteil?)

Diese Leistungen fanden und finden bundesweite Anerkennung. An sie soll weiter angeknüpft werden. Die TGL führt im Auftrag des Landes und der ehemaligen Treuhandanstalt ein Sonderförderprogramm für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch. Sie hat seit 1994 für insgesamt 179 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Arbeitsverhältnisse akquiriert und dafür einen 16-Millionen-Fonds bewirtschaftet. Inzwischen hat die BvS dem Land angeboten, aus den nicht verbrauchten Mitteln 2001 ein neues länderübergreifendes Programm aufzulegen, kofinanziert für die Bundesanstalt für Arbeit. Dies könnte für das Land ein interessantes Projekt werden, um zum Beispiel über Teilzeitarbeit für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jugendliche Arbeitslose zu beschäftigen.

Die TGS Schiffbau hat sich insbesondere bei der Durchführung von Kriseninterventionen in Wirtschaftsunternehmen verdient gemacht. Bei der Nutzung struktureller Kurzarbeit konnten betroffene Arbeitnehmer qualifiziert und ein großer Anteil durch Praktika in den allgemeinen Arbeitsmarkt wieder integriert werden. Die gelungene Sanierung der Mineralwolle Lüz oder die Verbesserung der Privatisierungschancen für die MTW Wismar und die Volkswerft Stralsund belegen die erfolgreiche Arbeit der TGS. Hoch einzuschätzen sind auch deren Aktivitäten beim Management der Sozialplanfonds für verschiedene Treuhänder und Treugeber. Rund 110 Millionen Mark wur-

den verwaltet. Dadurch konnten der Personalabbau im Werkbereich maßgeblich eingeschränkt und Existenzgründungen ermöglicht werden. Die TGS hat ihre Existenzgründungsberatung auch für Arbeitslose ausgeweitet. Zunächst modellhaft im Arbeitsamtsbezirk Rostock erprobt, wird nun dieser Schritt von allen arbeitsmarktpolitischen Akteuren ausdrücklich begrüßt. Inzwischen laufen Gespräche, dieses Beratungsmodell auch auf andere Arbeitsamtsbezirke zu übertragen.

Meine Damen und Herren, in einem dritten Punkt möchte ich etwas zu der Neuausrichtung ab 2001 sagen. An dieser Stelle schließt sich für mich, sicherlich auch für Sie, die Frage an: Wie soll es denn nun weitergehen mit beiden Gesellschaften? Einig sind wir uns wohl alle in dem Punkt, dass die Landesregierung alle Möglichkeiten ausschöpfen muss, um die hohe Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern spürbar einzudämmen. Eine Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen um aktuell 19,1 Prozent, das sind derzeit 172.130 Arbeitslose, ist keineswegs akzeptabel. Hier müssen wir mit unseren landespolitischen Möglichkeiten mithelfen, wirksam gegensteuern. Vor allem gilt es, Arbeitslosigkeit und ganz besonders Langzeitarbeitslosigkeit im ländlichen Raum mit ihren für die betroffenen Menschen verheerenden Folgen zu bekämpfen. Dazu bedarf es Stützstrukturen, auf die es einen unmittelbaren Zugriff gibt. Die von den Trägergesellschaften TGL und TGS inzwischen einstimmig verabschiedeten Unternehmenskonzepte für die Jahre 2001 bis 2005 werden diesem Anliegen vollauf gerecht.

Gestatten Sie mir, die schwerpunktmäßige Neuausrichtung der Trägergesellschaften vorzutragen. Die TGL, damit möchte ich beginnen, wird sich vor allem der Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik widmen. Regionalisierung ist ein Kommunikations- und Handlungsprinzip, das davon lebt, Akteure zum gemeinsamen Handeln zusammenzubringen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Schlagwörter, alles Schlagwörter!)

Die TGL versteht sich schon heute als aktives Bindeglied zwischen regionaler und landespolitischer Arbeitsmarktpolitik. Dieses Profil gilt es weiterzuentwickeln. Und, Herr Riemann, warten Sie es ein bisschen ab. Wir arbeiten an dem Thema der Regionalisierung, um praktische Schritte einzuleiten, um die verschiedenen Entwicklungsunterschiede in Mecklenburg-Vorpommern auch wirksam ausgleichen zu können. Haben Sie etwas Geduld und wir werden die Ergebnisse hier auf den Tisch packen.

(Peter Ritter, PDS: Und wenn wir dann
die CDU in Demmin überzeugt haben,
dann kommen wir da auch vorwärts.)

Die TGL wird das Dienstleistungsangebot für Kommunen erweitern, in deren Bestreben Ausgaben aus dem Sozialhilfereich durch Aktivitäten zur Beschäftigungsförderung zu beschränken. Ebenso werden Dienstleistungen zum Beispiel zur Unterstützung von Unternehmen bei der Anwendung arbeitsmarktpolitischer Instrumente, insbesondere im ländlichen Raum, eine verstärkte Rolle spielen. Die Geschäftsbesorgertätigkeit für das Land soll fortgeführt werden. Diese Aufgabe ist für die Suche und für die Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik von großer Bedeutung. Als ein wichtiger Schwerpunkt ist dabei die landesweite Initiierung der gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte anzusehen, denn die Rostocker

Erfahrungen lassen sich nicht so ohne Weiteres eins zu eins landesweit umsetzen. Hier ist die TGL beauftragt und gebeten, diese Arbeit zu leisten. Die Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Zielvorgaben für Beschäftigungsträger wird eine wichtige Rolle bei der Geschäftsbesorgertätigkeit der TGL spielen.

Zur TGS Schiffbau ist zu sagen, dass die Beratungstätigkeit zur Existenzgründung für Personen ausgeweitet wird, die aufgrund ihres finanziellen Hintergrundes keinen Zugang zu gewerblich tätigen Beratern haben. Das ist eine wichtige Aufgabe. Sie wird zweitens die Tätigkeit bei Kriseninterventionen für Gesellschaften weiterqualifizieren, um deren Neuausrichtung beziehungsweise Neuordnung oder Ausgründung zu ermöglichen. Auf nötige arbeitsmarktpolitische Kriseninterventionen müssen wir stets vorbereitet sein.

Die TGS ist ein Instrument, eine Gesellschaft, die flexibel über Nacht auf entstehende, schwierige Situationen in Unternehmen reagieren kann. Sie hat das mehrfach unter Beweis gestellt. Die TGS wird Strukturentwicklung in Beschäftigungsgesellschaften und Unternehmen betreiben, wenn diese für die Entwicklung der lokalen und regionalen Wirtschaftsstruktur von Bedeutung sind. Auch wird die Gesellschaft das Fondsmanagement kollektiver Sozialplanmittel im Auftrag von Treuhändern und Treugebern vertragsgemäß bis längstens Ende 2005 fortführen.

Es steht die Frage: Kann man auf die Trägergesellschaften verzichten? Der Verzicht auf diese Trägergesellschaften würde einen erheblichen Einschnitt für die Umsetzung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik des Landes bedeuten. Beide Gesellschaften, TGS und TGL, sind feste Bestandteile unseres arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums mit klar abgegrenzten Aufgabenstellungen. Inzwischen haben sich alle Gesellschafter dazu bekannt, auf der Grundlage der Arbeit in Unternehmenskonzepten weiter in der TGL und in der TGS zu verbleiben. Andere für das Land tätige Dienstleister können diese Aufgabe zumindest nicht ohne Aufbau neuer ergänzender Kapazitäten leisten.

Ein Beschluss, die Tätigkeit der TGL und der TGS ganz oder auch nur teilweise einzustellen, würde bedeuten, dass neue Ersatzstrukturen geschaffen werden müssten. Damit gingen wertvolles Know-how und auch Zeit verloren.

Die Einflussnahme des Landes über Einrichtungen, die per Werkvertrag oder Zuwendungsbescheid ihre Dienstleistungskapazitäten ausweiten müssten, wären wegen der fehlenden Gesellschafterfunktion stark eingeschränkt. Auch wäre mit unzureichender Flexibilität der betreffenden Einrichtungen auf wechselnde arbeitsmarktpolitische Bedarfe zu rechnen. Hinzu kommt, dass derart neu eingekaufte Dienstleistungen in der Regel teurer werden als der Verlustausgleich, den das Land bisher für die Trägergesellschaften zahlt. Ein Zusammenlegen beider Einrichtungen wird auch von den Gesellschaften nicht getragen. Synergieeffekte beim Zusammenlegen beider Trägergesellschaften wären auch eher marginal. Da die Beratungskapazitäten spezialisiert sind, blieben sie in ihrem Umfang auch bei der Zusammenlegung beider Gesellschaften gleich hoch. Schnittstellen zwischen den beiden Trägergesellschaften bestehen nicht, weil ihre Aufgaben klar abgegrenzt sind. Die Existenzgründungsberatung wird auch im Bereich der TGL im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen allein von der TGS Schiffbau gewährleis-

tet. Wirtschaftsnahen Dienstleistungen grenzen sich dahingehend ab, dass die TGL am Markt bestehende Unternehmen bei der Eingliederung von Arbeitslosen, vor allem aus arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen, im ländlichen Raum berät, während die TGS Schiffbau im Rahmen der Krisenintervention für Wirtschaftsunternehmen bemüht ist, Arbeitslosigkeit weitgehend zu verhindern.

Die Betreuung von Beschäftigungsträgern hat für die TGS Schiffbau praktisch keine herausgehobene Bedeutung mehr und betrifft auch nur insgesamt 19 Gesellschaften. Alle anderen Beschäftigungsträger werden von der TGL betreut. Wenn also Arbeitsmarktpolitik weiterhin auf hohem qualitativen und bedarfsgerechten Niveau gestaltet werden soll, sind beide Trägergesellschaften notwendig.

Die Umsetzung neuer Politikansätze, wie zum Beispiel die gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte und die arbeitsmarktpolitisch gewünschte Regionalisierung, erfordern ein flächendeckendes Dienstleistungsangebot in Mecklenburg-Vorpommern. Bedeutung hat in diesem Zusammenhang auch, dass über die Gesellschafterstruktur ein konsensbildender Runder Tisch der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbanken für die Arbeitsmarktpolitik des Landes erreicht wurde, der nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte.

Und zu einem letzten Punkt, zur Finanzierung. Gleichwohl hat die Landesregierung nicht unberücksichtigt gelassen, dass die Trägergesellschaften im Zeitraum der nächsten fünf Jahre weiter an einer höheren Effizienz arbeiten müssen. Daraus resultieren Einsparvorgaben zum Verlustausgleich bis Ende 2005 von insgesamt über 1 Million DM.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Da sind wir ja mal gespannt.)

Sie brauchen ja bloß die Drucksache nachzulesen.

Dies ist vor allem für die TGL eine große Herausforderung. Die Landesregierung hat auch deshalb beschlossen, die Trägergesellschaften in 2003 erneut auf den Prüfstand zu stellen und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass ich Sie mit meinen Ausführungen von der Notwendigkeit überzeugen konnte, dass das Land, die TGL und die TGS auch zukünftig eine aktive Beschäftigungspolitik benötigt. Ich bitte um Ihre Einwilligung, dass sich das Land zunächst bis 2005 weiter an diesen Gesellschaften beteiligt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Minister Holter, Sie haben eben auf die in der Drucksache beinhalteten Einsparvolumen hingewiesen.

Ich weiß nicht, ich habe die Drucksache sehr genau studiert, aber dort steht nichts von Einsparvolumen. Vielleicht haben Sie ja noch eine andere, eine zweite Drucksache, vielleicht ohne Nummer? Ich habe natürlich auch noch eine zweite Drucksache ohne Nummer, die ursprünglich dem Landtag zugeleitet werden sollte. Aber darauf komme ich später gerne noch mal zurück.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

Herr Holter, Sie haben hier eben eine rückwärts gewandte Leistungsbeschreibung von TGL und TGS gegeben. Sicher, Werftenkrise, Arbeitsplatzabbau im ländlichen Bereich haben die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften unabdingbar gemacht – das ist unstrittig – und sie haben auch die Berechtigung beider Gesellschaften in der Vergangenheit unbestritten gemacht.

Und, Herr Minister Holter, Sie müssen sich schon fragen lassen, wieso in der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Born vom 08.02.2000, Drucksache 3/1100, der Zweck der TGL dahin gehend definiert wird, dass insbesondere Beratung und Betreuung von Beschäftigungsgesellschaften geleistet werden sollen? Heute führen Sie aus – und ich habe Ihre Pressemitteilung schon gelesen –, dass die TGL als Aufgabe vorwiegend die Unterstützung von Unternehmen bei der Eingliederung von Arbeitslosen im ländlichen Raum leisten soll. Das definieren Sie als Hauptaufgabe. Ja, da frage ich mich natürlich: Können wir dann Teile des Arbeitsamtes einsparen? Können wir die Arbeitsmarktkoordinatoren im Bereich der Landkreise einsparen? Ich frage mich natürlich: Wird hier eine konsequente Aufgabenkritik geleistet oder wird hier am Besitzstand festgehalten?

Die TGS – auch das haben Sie in Ihrer Pressemitteilung dargestellt – betreut nur noch 19 Beschäftigungsgesellschaften. Über die Anzahl der Beschäftigungsgesellschaften, die durch die TGL betreut werden, geben Sie auch in Ihrer Pressemitteilung, auch in Ihrer heutigen Rede keine Auskunft. Sie definieren die TGS heute als Kriseninterventionskraft. Ja, da frage ich mich natürlich: Nach einer abgestimmten Stellungnahme der Landesregierung – was sagt denn der Wirtschaftsminister dazu, wenn der Herr Holter klammheimlich Aufgaben in seinen Bereich zieht, die eigentlich dem Wirtschaftsminister zustehen, wo dieser auch Instrumente hat? Ich nenne hier nur „Anker“.

Und, meine Damen und Herren, der Antrag der Landesregierung, der uns heute hier vorliegt, trägt die Überschrift „Besitzstandswahrung“, ein Wort, welches wir Ostdeutschen vor der Wende nicht einmal gekannt haben. Wir haben im Land zwei Gesellschaften, die denselben Zweck, nämlich die Betreuung von Beschäftigungsgesellschaften und Vereinen, als ihre Aufgabe definieren, siehe auch Beantwortung der Kleinen Anfrage. Bei der im Rahmen der Finanzausschussberatungen zum Haushalt 1999 geführten Diskussion um TGL und TGS forderte die Abgeordnete Gramkow – eine nicht unwichtige Abgeordnete

(Zurufe von Abgeordneten der PDS: Oh!)

und ich zitiere sie gern: „denn ein Konzept und eine Analyse seien notwendig, welche Aufgaben künftig wie und in welchem Umfang realisiert werden sollen.“

(Heike Lorenz, PDS: Und damit
hat sie bestimmt auch Recht.)

Daraufhin hat der Landtag auf der Basis eines einstimmigen Finanzausschussbeschlusses die Landesregierung

gebeten, die „Trägergesellschaften ... auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und bis zum 31.03.2000 ein Konzept zu entwickeln, die Trägerstruktur zum frühestmöglichen Zeitpunkt entsprechend der konkreten Situation ... weiterzuentwickeln und zu straffen, gegebenenfalls beide Gesellschaften zusammenzulegen“. Ende des Beschlusszitates.

Meine Damen und Herren, soll diese nicht mal – wenn man sie zusammenschreibt –

(Barbara Borchardt, PDS:
Wer soll denn das lesen?)

eine Seite umfassende Drucksache vom 30.03.2000 mit der Nummer 3/1210 das geforderte Konzept der Weiterentwicklung, Straffung und Zusammenlegung sein? Nein, Herr Holter, dieses Konzept sind Sie uns bis heute schuldig geblieben, wie übrigens auch – und deshalb hatte ich vorhin beim Wirtschaftsminister Eggert die Anmerkung gemacht – der Umweltminister zu den Situationen der Gesellschaften auf dem Ihlenberg, die den Landtag trotz Terminisierung bis heute nicht erreicht haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr. Ich habe Ihnen das schon mal gesagt.)

Vielleicht hat sie Sie erreicht, Frau Gramkow, vielleicht auch die SPD, aber die Opposition hat sie nicht erreicht. Und das muss man auch feststellen dürfen.

Der Beschluss des Landtages ist weder dem Inhalt nach noch von der Form her, noch termingerecht vom Hause Holter abgearbeitet. Stattdessen soll der Landtag mit dem Antrag den Besitzstand beider Gesellschaften um weitere fünf Jahre verlängern, ohne, meine Damen und Herren, dass wir die Rahmendaten kennen, ohne dass wir den notwendigen Betreuungs- und Beratungsaufwand kennen. Dieses, meine Damen und Herren von der Koalition und Opposition, dürfen wir der Landesregierung nicht durchgehen lassen. Der Antrag ist zurückzuweisen.

Schon mit der Ausschussdrucksache 2/318 – und hier kann man auch mal in die Geschichte gucken, wie oft sich der Landtag mit den Gesellschaften beschäftigt hat und wie viel Bauchschmerzen der Landtag mit der Aufgabenerfüllung durch die Gesellschaften hatte – aus dem Jahr 1995 hat sich der Landtag mit den Trägergesellschaften beschäftigt. Mit der Unterrichtung auf der Drucksache 2/944 vom 03.11.1995 wurde dem Ersuchen, über eine mögliche Reduzierung der Dachgesellschaften – und, meine Damen und Herren, hören Sie richtig zu – auf maximal zwei zu berichten, entsprochen. Also schon damals hatte der Landtag die Intention, unter diese zwei zu gehen, denn maximal zwei heißt besser nur eine. Schon damals hatte sich die Landesregierung diesem Ersuchen des Landtages gestellt und damals, meine Damen und Herren, wurden TGL und TGS flugs zusammengeschlossen. Schon in der Unterrichtung wurde eine Verbesserung der Effizienz gefordert. Und, meine Damen und Herren, die Verlustausgleiche für die Gesellschaften konnten in dem Folgejahr um knapp 400.000 DM reduziert werden.

Die Drucksache 3/466 von 1999 beinhaltet die Forderung nach einem Konzept. In der Drucksache 3/996 hat meine Fraktion zwei Sperrvermerke über eine Summe von insgesamt 1,5 Millionen DM gefordert, um dem Ersuchen auch den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Was finden wir stattdessen im Haushalt 2000? Sinkende Erträge

bei den Gesellschaften bei gleichzeitig steigender Stellenausstattung, zwei Geschäftsführer außer Tarif vergütet.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das war auch vorher schon so.)

Das sind die Tatsachen. Das, Frau Finanzministerin, und das, Herr Holter,

(Angelika Gramkow, PDS:
Das hat Herr Holter übernommen.)

sind die Häuptlinge, die wir meinen.

Ja, Frau Gramkow, Sie wissen doch, dass wir darum ringen, dass es dort etwas besser wird,

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Wir sind lernfähig.)

nur leider blockiert die Landesregierung das bis heute.

(Barbara Borchardt, PDS: Den Gesellschaftsvertrag haben Sie doch mit abgestimmt.)

Das, Frau Finanzministerin, das, Herr Holter, sind die Häuptlinge, die wir meinen. Bei diesen Dopplungen muss die vom Landesrechnungshof geforderte Aufgabenkritik ansetzen. Mehr als 4 Millionen DM kosten uns beide Gesellschaften an Zuschüssen und deren Wirksamkeit bei sehr unterschiedlicher Beurteilung vor Ort durch die Landkreise und durch die Beschäftigungsgesellschaften nimmt stetig ab. Meine Fraktion sieht hier Einsparmöglichkeiten, und zwar nicht erst in drei oder fünf Jahren, sondern von jährlich mindestens 1,5 Millionen DM. Und damit, meine Damen und Herren, ließen sich bei einem Zuschuss von nur 500.000 DM in den nächsten fünf Jahren 15 Schulen im Land sanieren. Und das, Frau Finanzministerin, verstehen wir unter intelligentem Sparen.

(Beifall Heinz Müller, SPD –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig nett!)

Bevor ich zum Schluss komme, gestatten Sie mir noch eine Frage: Die Drucksache 3/1210 vom 03.03.2000 weicht in einem Ansatz von der ursprünglich dem Landtag zugeleiteten Drucksache vom 24.03.2000 ab. Meine Damen und Herren, es fehlt genau der Absatz, der auf das Ersuchen des Landtages hinweist, das Ersuchen vom 24.06.1999. Auf wessen Veranlassung wurde dieser Absatz gestrichen? Für wie blöd hält diese Landesregierung eigentlich die Abgeordneten des Landtages, wenn sie mit Herausnahme die Nichtvorlage des geforderten Konzeptes verschleiern will? Nein, meine Damen und Herren, wir sind nicht bereit, eine solche Missachtung des Landtages zu dulden.

(Heinz Müller, SPD: Das freut uns.)

Ich komme zum letzten Satz: Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam diesen Antrag zurückverweisen! Lassen Sie uns bei der Forderung nach einem Konzept vor einer Neuentscheidung beharren. Wir haben mindestens noch zweieinhalb Monate Zeit, auf der Basis fundierter Daten zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Riemann, wir werden hier nichts zurückweisen, wir werden überweisen, so, wie sich das gehört, in die Ausschüsse. Das vielleicht noch mal vornweg.

Man merkt bei Ihrer Rede die seit eigentlich schon fast einem Jahrzehnt bestehenden Vorurteile gegen die Strukturen des zweiten Arbeitsmarktes. Da hat sich in Ihrer Fraktion nichts geändert. Da sind Sie konservativ. Wertneutral sind Sie nicht in diesem Fall. Aber diese Werte wollen wir nicht bewahren. Und deswegen sind wir dafür, dass es weiterhin diese Strukturen gibt.

Wir sind genauso wenig erfreut darüber, dass solche Strukturen sein müssen. Das, glaube ich, haben wir auch immer sehr deutlich gemacht. Bei einer Anzahl von Arbeitslosen, die nach wie vor zu hoch ist – egal, welche Statistik man anlegt, sie sind nach wie vor zu hoch –, benötigen wir weiterhin Strukturen des so genannten zweiten Arbeitsmarktes und TGL und TGS gehören dazu.

Und, Herr Riemann, derselbe Zweck – natürlich haben beide Gesellschaften ein und denselben Zweck, nämlich bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu helfen. Aber dann hören die Unterschiede oder die Gemeinsamkeiten auch schon auf. Diese beiden Gesellschaften kommen – etwas salopp gesagt, Herr Holter hat es besser beschrieben – sich nicht in die Quere bei ihren Aufgaben. Und das ist ganz deutlich auch festgestellt worden in der Rede des Arbeitsministers.

Ich darf vielleicht noch mal konstatieren: Die Sozialpartner wollen diese Konstruktion. Herr Holter hat es gesagt. Die Arbeitslosenzahlen sind wie gesagt hoch, und der ursprüngliche Bedarf der 90er Jahre nach dem Motto „Wir müssen die Massenentlassungen sozialverträglich gestalten“ – ein Widerspruch an sich, aber das war ja unser aller Ansinnen – hat sich natürlich extrem gewandelt. Das ist doch ganz klar. Die Probleme sind sehr viel spezieller geworden, sehr viel mehr sektoral oder auch regional ausgerichtet, sehr kurzlebig einerseits – wir müssen also sehr schnell intervenieren –, und andererseits macht sich leider die Langzeitarbeitslosigkeit breit. Und deswegen ist die Kooperation mit Kommunen, Sozialämtern auf diesem Arbeitsmarkt immer wichtiger – ich sage nach wie vor, leider.

Die neuen Instrumente brauchen wir natürlich. Die Grundphilosophie hat sich etwas geändert und demzufolge muss man auch im Lande neue Strategien der Arbeitsmarktpolitik fahren. Und wenn Sie sinkende Erträge bemängeln – na verflucht noch mal, wo soll man auf dem zweiten Arbeitsmarkt denn Erträge herkriegern?!

(Heinz Müller, SPD: T, t, t!)

Das ist doch keine Gesellschaft, die sich auftragsgemäß im so genannten ersten Arbeitsmarkt, vielleicht wo hier und da noch eine Mark zu holen wäre, bewegt, sondern sie arbeitet streng auf Auftrag auf dem zweiten Arbeitsmarkt.

Und das Ausspielen gegen Schulen, Herr Riemann, das ist eine der übelsten Nummern, die Sie hier wieder abgezogen haben. Ich glaube, das spricht für sich, wenn Sie da diese Sachen so vermengen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein. Das ist das Versagen der Landesregierung.)

Ich denke, und das steht eben nicht in den Aufträgen der beiden Gesellschaften, die wichtigste Aufgabe – und das hat Ihre Rede, Herr Riemann, eben gerade wieder

bewiesen – ist eigentlich nach wie vor, die ideologischen Vorbehalte bei den Akteuren dieser beiden Arbeitsmärkte gegeneinander abzubauen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Minister für Arbeit und Bau hat noch einmal ums Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister Holter.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU: Oh!)

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zu Herrn Riemanns Ausführungen – ich sage nicht, seine kulturlosen Ausführungen, auf das Niveau will ich mich gar nicht begeben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Siegfried Frieze, SPD: Gut.)

es steht übrigens dem Landtag nicht gut zu Gesicht, wie Abgeordnete hier auftreten, das will ich Ihnen mal sagen –, es gibt folgende Drucksachen: Die Drucksache 3/1210, das ist der Antrag der Landesregierung, der heute hier zur Verhandlung vorliegt. Mit dieser Drucksache, termingerecht zum Antragsschluss, sind seitens der Landesregierung auch das Konzept der Regierung und die Unternehmenskonzepte übergeben worden. Diese befinden sich, wie ich das jetzt von der Landtagsverwaltung erfahren habe, in der Druckerei und werden unter Drucksache 3/1226 den Abgeordneten zur Verfügung gestellt. Weil das aber ein Druckverfahren ist, hat jede ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir werden immer für dumm gehalten. Erst eins einbringen und dann das andere liefern.)

Warten Sie doch erst mal ab, Herr Riemann! Klären Sie erst mal in Ihrer Fraktion, wo das Exemplar ist, welches die CDU-Fraktion erhalten hat! Jede Fraktion hat vor der Abgabe in die Druckerei ein Exemplar erhalten, um sich auf diese Landtagssitzung vorbereiten zu können.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist exakt. – Georg Nolte, CDU: Der Termin war aber der 31.03., Herr Holter.)

Schaffen Sie also Ordnung in Ihrer Fraktion und machen Sie nicht solche Sprüche, wie Sie sie hier abgelesen haben!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU-Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Termin war der 31.03. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Herr Riemann, Antragsschluss war, ich weiß nicht genau, ich glaube, der 25. März und wir haben zum Termin des Antragsschlusses alle Dokumente, die diesen Tagesordnungspunkt betreffen, fristgemäß dem Landtag übergeben.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, die Wahrheit verbiegen sie öfter mal, die Herren von der CDU.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

Barbara Borchardt, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, bevor ich mit meiner Rede beginne, auch einige Worte zu Herrn Riemann zu sagen. Herr Riemann, was verstehen Sie unter Besitzstandswahrung? Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das, was Sie hier gemacht haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn ich Sie so angucke, dann weiß ich, was das ist.)

ist auch eine Diffamierung ...

Präsident Hinrich Kuessner: Also, Herr Riemann, ...

Barbara Borchardt, PDS: ... gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ...

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Entschuldigen Sie, ...

Barbara Borchardt, PDS: ... die in der TGL und TGS arbeiten und die gute Arbeitsergebnisse vorgelegt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Abgeordnete, ...

Barbara Borchardt, PDS: Und wenn Sie Kritik an dieser TGL und TGS ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Darf ich Sie einmal unterbrechen?

Herr Abgeordneter Riemann, ich gebe Ihnen einen Ordnungsruf für diese Äußerung gegenüber der Rednerin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir sollten nicht klatschen.)

Barbara Borchardt, PDS: Und wenn Sie Kritik üben gegenüber diesen MitarbeiterInnen, dann hätten Sie vorher schon mal darüber nachdenken können, ob nicht in Bezug auf die Konkretisierung der Aufgaben der TGL und TGS in den vergangenen Jahren etwas hätte gemacht werden können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Jahre 1999 haben wir die Regierung beauftragt, bezüglich der vorhandenen beschäftigungspolitischen Trägergesellschaften TGL und TGS ihre Wirksamkeit zu überprüfen und bis zum 31.03.2000 ein Konzept zur weiteren Trägerstruktur zu entwickeln, gegebenenfalls beide Gesellschaften zusammenzulegen. Das Ergebnis liegt uns heute zur Ersten Lesung vor, auf dessen Grundlage wir entscheiden sollen, ob der Landtag Mecklenburg-Vorpommern in eine weitere Beteiligung des Landes an den Gesellschaften einwilligt.

Zur Bewertung dieser Frage gestatten Sie mir einen Blick zurück. Aufgrund des Strukturwandels in Mecklenburg-Vorpommern, der Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie der Gewährleistung von Auffanglösungen von Treuhandbetrieben wurden im Jahre 1992 in Mecklenburg-Vorpommern drei Trägergesellschaften gegründet. Der bei der Gründung der Gesellschaften erteilte Auftrag ist jetzt nach acht Jahren nicht mehr gegeben. Diese Entwicklung wurde durch die Gesellschaften selbst erkannt. Aus diesem Grunde haben sie selbst, wenn auch differenziert, ihre Aufgaben auf der Grundlage der Entwicklung und der

Erfordernisse weiterentwickelt. Die Trägergesellschaft Schiffbau hat unserer Meinung nach diesen Aufgabenwechsel sehr kontinuierlich und erfolgreich vollzogen. Das wird durch die Darstellung der bisherigen Ergebnisse und die Festschreibung der zukünftigen Aufgaben im Unternehmenskonzept deutlich. Die Betreuung von Beschäftigungsgesellschaften aus Betrieben des Schiffbaus und der Zulieferindustrie sowie die Beratung bei der Unternehmensgründung aus diesen heraus ist eine Aufgabe, die von den Gesellschaften und von uns auch weiterhin als notwendig erachtet wird.

Fraglich ist für uns die Ausweitung der kostenlosen Existenzgründerberatung für Arbeitslose. Hier ist zu prüfen, ob nicht in einen bestehenden Markt von Leistungsanbietern für Beratung eingegriffen wird. In diesem Zusammenhang wäre es auch interessant zu erfahren, wer auf diesem Gebiet bereits tätig ist, mit welchen Ergebnissen und welche Strukturen mit Mitteln des Landes unterstützt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das aber nur am Rande.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die TGL ist aus unserer Sicht komplizierter und differenzierter zu betrachten. Damit ich nicht falsch verstanden werde, die PDS-Fraktion ist für den Fortbestand der TGL als Dienstleistungseinrichtung des Landes zur Umsetzung des Programms „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“ und für den damit verbundenen arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkt. Das sind aus unserer Sicht

- die Organisation des Prozesses der weiteren Entwicklung der Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik, der Initiierung von breiten Bündnissen in den Regionen unter Einbeziehung aller Akteure auf dem Arbeitsmarkt,
- die Beratung der Träger bezüglich der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik und hier insbesondere im Bereich der gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte,
- die Ausübung der Kontrolle im Auftrage des Landes,
- die Qualifizierung der Tätigkeit der Beauftragten für den Arbeitsmarkt und die regionale Entwicklung entsprechend der Aufgabenstellung der Richtlinie im AQMV 2000 und
- die Entwicklung von Indikatoren zur Evaluierung der vorhandenen Instrumente in unserem Land.

Bewusst beschränke ich mich bei der Benennung der Schwerpunkte auf die Aufgaben, die die TGL zukünftig im Auftrag des Landes durchführen sollte. Ob und inwieweit die im Unternehmenskonzept dargestellten Dienstleistungsangebote gegenüber Dritten beziehungsweise den beteiligten Gesellschaften insbesondere von den Beschäftigungsgesellschaften und den Kommunen angenommen werden, werden wir sehen.

In Bezug auf die Aufgaben der TGL gegenüber dem Land sollten wir gemeinsam auch im Interesse der TGL über die konkreten Anforderungen diskutieren. Diese Notwendigkeit sehe ich auch insbesondere durch die im Antrag der Regierung dargestellten Probleme in der Vergangenheit.

Kritik an der Arbeit ist die eine Seite. Das setzt aber auch voraus, dass man die Aufgaben so konkret wie möglich definiert, um dann eine sachgerechte Beurteilung der

geleisteten Arbeit vorzunehmen. Gleichzeitig ist aus meiner Sicht so schnell wie möglich ein Trägerwechsel für die Projekte notwendig, wo die TGL selbst als Träger auftritt. Diese Situation widerspricht der Aufgabenstellung, die im Konzept dargestellt wurde, und sollte für die Zukunft auch ausgeschlossen werden, denn wenn die TGL Kontrollfunktionen übernehmen soll beziehungsweise sie schon heute hat, dann kann sie nicht gleichzeitig selbst Träger sein. Man kann sich wohl kaum selbst kontrollieren.

Zu diskutieren wäre auch, wie es uns gemeinsam gelingt, der TGL einen höheren Stellenwert gegenüber den jeweiligen Trägern im Rahmen ihrer Aufgaben durch die Übertragung von Kompetenzen einzuräumen. Das Gleiche gilt in Bezug auf die verstärkte Tätigkeit im Prozess der weiteren Regionalisierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In meinem Beitrag habe ich nur auf einige Probleme hingewiesen. Ich hoffe und wünsche mir, dass wir in den Ausschüssen zu einer konstruktiven Diskussion kommen. Die PDS stimmt der Überweisung zu. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Zu einer kurzen Rede hat der Abgeordnete Herr Born jetzt die Möglichkeit. Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Ich habe mich eben davon überzeugt, dass das, was der zuständige Minister hier ausgeführt hat, was die fristgerechte Vorlage des Berichts und des Konzepts bei der Landtagsverwaltung

angeht, zutreffend ist, und deshalb will ich das hier ausdrücklich bestätigen. Es ist bei der Drucklegung zu einer Verzögerung gekommen, die nicht der Minister zu verantworten hat. Ich denke, das gehört hier zur Fairness der Auseinandersetzung, dass das klargestellt wird. Deshalb möchte ich das ausdrücklich hier vor dem Landtag erklären. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/1210 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung und zur Mitberatung an den Finanzausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist bei einer Gegenstimme der CDU-Fraktion angenommen worden.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Donnerstag, den 13. April 2000, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss: 19.51 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Herbert Helmrigh, Bärbel Kleedehn, Dr. Harald Ringstorff, Ute Schildt und Steffie Schnoor.